



Vergangenheit und Gegenwart. Daß die Gegenwart eine Kritik der Vergangenheit ist, darüber hinaus, daß sie [und weil sie] ihre »Überwindung« ist. Aber ist die Vergangenheit darum wegzuwerfen? Wegzuwerfen ist das, was die Gegenwart »ihrem inneren Wesen nach« kritisiert hat, sowie jener Teil von uns selbst, der dem entspricht. Was heißt das? Daß wir uns exakt dieser wirklichen Kritik bewußt sein und ihr einen nicht nur theoretischen, sondern politischen Ausdruck geben müssen. Das heißt, wir müssen stärker an der Gegenwart haften, die wir selbst mitgeschaffen haben, und uns dabei der Vergangenheit und ihrer Fortdauer bewußt sein (und nacherleben).«

Antonio Gramsci, Gefängnishefte, Heft 1, § (156)



Nr. 7
September 1991

Kebir/Heiseler/Bischoff

■ Gramsci, Zivilgesellschaft, Demokratie

Holub/Peters-Ackermann

■ Kultur und Hegemonie

Burmeister/Neubert

■ Realsozialismus und Zivilgesellschaft

Vidal-Naquet

■ Die Mörder des Gedächtnisses (I)

Dal Bosco/von Barga

■ Weltmarkt/Subjekt der Veränderung

Jahn/Heinrich

■ Ware, Wert, Sozialismus



Antonio Gramsci Gefängnishefte

Band 1, 1. Heft
Hg. von Klaus Bochmann
Einleitung von Wolfgang Fritz Haug
288 S., geb., DM 46,—
Subskriptionspreis: DM 37,—

Im Herbst erscheint:

Antonio Gramsci Gefängnishefte 2

(2. und 3. Heft)
Hg. von Wolfgang Fritz Haug
ca. 340 S., geb., DM 46,—
Subskriptionspreis DM 37,—

Die Ausgabe wird insgesamt 10
Bände umfassen. Bitte fordern Sie
einen Subskriptionsprospekt an!

Argument

Rentzelstraße 1 2000 Hamburg 13

Neu zu entdecken: Gramsci, Antonio

(1891–1937)

Am 22. Januar dieses Jahres hat sich Antonio Gramsci Geburtstag zum einhundertsten Mal gefeiert — Anlaß genug, sich einen Denker und Revolutionär ins Gedächtnis zu rufen, der wie kaum ein anderer den westlichen Marxismus der Nachkriegszeit beeinflusst hat. Eine zentrale Rolle spielt dabei sein Hauptwerk: die *Quaderni del carcere*, die er unter schwierigsten geistigen und materiellen Bedingungen in den Kerkern der italienischen Faschisten zwischen 1929 und 1935 niederschrieb.

Mit dem seit Ende März vorliegenden ersten Band der *Gefängnishefte* kann die Gramsci-Debatte nun auch hierzulande endlich auf gesicherte Grundlagen gestellt werden. Für die interessierte Öffentlichkeit ist das ein ungeheurer Gewinn — und für den Verlag ein hohes Risiko. Bis 1996 soll die integrale Ausgabe der *Gefängnishefte* in 10 Bänden (mit insgesamt ca. 4.000 Seiten) vorliegen. Bei der Realisierung dieses Vorhabens sind Subskriptionen eine willkommene Hilfe. Von daher unsere Bitte an alle Interessierten: *Unterstützen Sie das deutsche Gramsci-Projekt! Subskribieren Sie die deutsche Ausgabe der Gefängnishefte.*

(Subskriptionsschluß: 31.12.1991)

Hiermit subskribiere ich: *Antonio Gramsci, Gefängnishefte*

(10 Bände, 1991 bis 1996, Band 1 bereits erschienen).

Ich erteile Einzugsermächtigung (Zusendung erfolgt portofrei)

Kto.-Nr.

BLZ

Bank:

Ich erbitte Zusendung mit Rechnung (pro Band DM 2,-Porto)

Name:

Straße:

PLZ/Ort:

Datum/Unterschrift:

ZEITSCHRIFT MARXISTISCHE ERNEUERUNG

Vierteljahresschrift
2. Jahrgang
Heft 7 (September 1991)

Herausgegeben vom Forum Marxistische
Erneuerung e.V. (Wiesbaden)

und

Harry von Bargaen, Joachim Bischoff,
Ulrike Bohnenkamp, Ulrich Briefs, Olaf
Cless, Monika Domke, Rainer Eienkel,
Heike Flessner, Wolfgang Gehrcke, Jörg
Heimbrecht, Johannes Henrich von
Heiseler, Jörg Huffschmidt, Stefan
Isensee, Heinz Jung, Peter Jung, Jörg
Jungmann, Fritz Krause, Stefan Krull,
Steffen Lehdorff, Anja Maschinsky,
Hans-Joachim Müller, Norman Paech,
Lothar Peter, Jürgen Reusch, Josef
Schleifstein, Ursula Schumm-Garling,
Susanne Schunter-Kleemann, Alexandra
Wagner, Harald Werner, Dietmar
Wittich

Redaktion:

Klaus D. Fischer, Johannes Henrich von
Heiseler, Heinz Jung

4 Editorial

Zivilgesellschaft: Analytische Kategorie der Gegenwart

- 7 *Sabine Kebir:*
Gramscis Zivilgesellschaft - eine neoliberale Theorie?
- 14 *Johannes Henrich von Heiseler:*
Bürgerliche Gesellschaft, Zivilgesellschaft, Demokratie
- 26 *Joachim Bischoff:*
Parasitismus und Selbsttätigkeit
Zur Fordismus- und Zivilgesellschaftsanalyse bei Gramsci
- 38 *Holger Burmeister:*
Das Verhältnis von Staat und Gesellschaft bei Marx und Gramsci
- 48 *Harald Neubert:*
Die Dialektik von ziviler und politischer Gesellschaft bei Gramsci
und deren Dysfunktion im "realen Sozialismus"
- 59 *Renate Holub:*
Gramsci und die Intellektuellen der USA
- 70 *Reiner Peters-Ackermann:*
"Immer zur Nähe voran" (Ernst Bloch)
Gramsci: Kultur und Hegemonie
-
- 80 *Kuno Füssel:*
Kapitalismus als Religion
- 88 *Pierre Vidal-Naquet:*
Die Mörder des Gedächtnisses (1987) (I)
- 106 *Georg Fülberth:*
Warten auf die nächste Tram?
-
- 111 *Elvio Dal Bosco:*
Weltmarkt und Zusammenbruch des Realsozialismus
- 123 *Harry von Barga:*
Arbeiterklasse - Achse der Veränderung oder von der Geschichte
überholt?
- 131 *Manfred Müller, Barbara Lietz, Jürgen Jungnickel:*
Zur Erstveröffentlichung des Originalmanuskripts zum 3. Buch
des "Kapitals" in der MEGA

- 141 *Wolfgang Jahn:*
Ware, Wert, Geld und Sozialismus
Die Problemantonomie in der Entwicklung von Ware, Wert und Geld zwischen
dem esoterischen und exoterischen Werk von Marx und die Folgen

- 149 *Michael Heinrich:*
Zum Verhältnis von Kapitalismusanalyse und
Sozialismuskonzeption bei Marx und Engels
-

Diskussion, Kritik

- 159 *Friedemann Schuster:*
Zur Gorbatschowismus-Kritik von Heinz Jung
- 164 *Franz Drey:*
Marx entgrenzen
(Zur Position von Lothar Peter)

Berichte

- 168 *Heinz Jung:*
Internationales Gramsci-Kolloquium
- 173 *Reinhard Schweicher:*
AG Marx-Engelsforschung des IMSF e.V.
- 181 *Sebastian Reinfeldt:*
"Die Linke neu erfinden"
-

- 185 **Buchbesprechungen:**
Bücher von und über Gramsci (Heiseler)
Weltmarkt und neue Weltordnung (Goldberg/Jung)
Moderne (Jung)
Geschlechterverhältnisse (Tjaden)
Scheitern des Realsozialismus (Jung/Krause)
isw-Berichte
-

- 121 Impressum

- 78 Vorschau

- 184 AutorInnen

- 224 Errata

Editorial

Mit dem Schwerpunkt zur Zivilgesellschaft sind wir zwar bei weitem nicht die ersten, die dieses Thema aufgreifen, schalten uns aber dafür in eine der zentralen laufenden Diskussionen nicht nur der marxistischen Linken ein. Anregungen erhielten wir nicht zuletzt durch die Berliner Gramsci-Tagung im März 1991, deren Mitträger unsere Zeitschrift Z war.

Dieser Teil des vorliegenden Heftes wurde von unserem neuen Redaktionsmitglied Johannes Henrich von Heiseler betreut.

Einen weiteren Hauptpunkt bilden einige Beiträge, die thematisch dem Schwerpunkt von Z Nr. 6 (Kapitalismuskritik) zugeordnet waren, aus Termin- und Raumgründen aber erst jetzt veröffentlicht werden können. Mit den Beiträgen von Michael Heinrich und Wolfgang Jahn setzen wir die Diskussion über Warenproduktion, Geld und Sozialismus fort. Dieses Heft zeugt auch vom Versuch der Redaktion, den Berichts- und Rezensionsteil auszubauen. Wir bemühen uns dabei besonders darum, die neuen Titel aus dem Spektrum der marxistischen Linken unseren Lesern vorzustellen. Die Fortsetzung der Rubrik Kritik und Diskussion verhindern wir wiederum mit der Aufforderung an unsere Leser zu entsprechenden Aktivitäten.

Im Editorial von Z Nr. 6 machten wir auf die anstehende Jahreszusammenkunft des Herausgeber-Gremiums unserer ZEITSCHRIFT MARXISTISCHE ERNEUERUNG aufmerksam, das gemeinsam mit dem Forum Marxistische Erneuerung e.V. als Herausgeber dieser Zeitschrift fungiert. Die Zusammenkunft fand am 1.6.1991 in Frankfurt/Main statt und bestätigte die bisherige Entwicklung von Z als "offenes pluralistisches und marxistisches Diskussions- und Publikationsorgan im Kontext marxistischer Erneuerung", wie es in der Plattform des Herausgeber-Gremiums (Z - 1) festgelegt war. Dies setzt freilich im Zweifelsfall immer die Akzeptanz der Toleranzformel ("Ich teile Ihre Meinung nicht, bin aber dafür, daß sie abgedruckt wird!") durch alle Beteiligten voraus. Die anwesenden Herausgeber sahen dies in der bisherigen Redaktionsarbeit gewährleistet.

Freilich mußte auch zur Kenntnis genommen werden, daß sich die Ausgangsbedingungen für Z seit Herbst 1989 verändert haben. Damit ist der ursprüngliche Konsens der Herausgeber-Plattform nicht mehr für alle Beteiligten akzeptabel geblieben. Wir müssen also realisieren, daß auch für uns das heute so beliebte Wort gilt: "Nichts ist sicher außer dem Wandel". Dies schließt auch die Veränderung der persönlichen Lebensumstände ein, was manchem ein Engagement nicht mehr als möglich erscheinen läßt. Gleichwohl bestand Übereinstimmung darin, daß das Herausgeber-Gremium als demokratisches Bestimmungs- und Kontrollorgan des Z-Projektes, auch gegenüber Redaktion und Produzentengruppe, unverzichtbar ist.

Editorial

Dabei muß unter den derzeitigen Umständen allerdings davon ausgegangen werden, daß die Mitgliedschaft in diesem Gremium keine lebenslange Angelegenheit sein muß und eine Fluktuation in der Zusammensetzung als normal angesehen werden sollte. Manche werden gehen, neue werden kommen.

Aus unterschiedlichen Gründen - weil sie die Plattform nicht mehr als verbindlich ansehen können, Schwierigkeiten mit in Z veröffentlichten Beiträgen haben, die Zeit für ein Engagement zur aktiven Mitgestaltung fehlt u.a. - scheiden aus dem Herausgeber-Gremium aus: Gertrud Antoni, Christiane Bainski, Albert Engelhardt, Werner Stürmann, Cornelia Teller, Elke Vesper. Wir möchten ihnen an dieser Stelle für ihre persönliche Identifikation mit dem Projekt Z durch ihre Mitgliedschaft im Herausgeber-Gremium danken.

Neu gewonnen wurden für das Herausgeber-Gremium: Joachim Bischoff (Hamburg), Monika Domke (Köln), Josef Schleifstein (Bad Homburg), Alexandra Wagner (Berlin), Dietmar Wittich (Berlin).

Aus Gründen beruflicher Neuorientierung scheidet Albert Engelhardt auch aus der Redaktion aus. Er hat die bisherige Entwicklung von Z durch seine Redaktionsarbeit wesentlich mitgeprägt. Wir sind ihm zu Dank verpflichtet.

Neu übernehmen als ständige Redaktionsmitglieder Verantwortung: Klaus D. Fischer und Johannes Henrich von Heiseler. In diesem Zusammenhang konnten auch die Bedingungen für eine kontinuierliche Abwicklung unserer Redaktions- und Vertriebsarbeit geschaffen werden. Wir sind nun auch in der Regel tagsüber in unserer kleinen Bürogemeinschaft zu erreichen (Kölner Straße 66, 6000 Frankfurt/Main 1, Tel. 069-739 29 34).

Gegenüber dem Herausgeber-Gremium hatte die Produzentengruppe auch Rechenschaft über die finanziell-ökonomischen Aspekte des Z-Projektes abzulegen. Die Unterlagen wurden auch den nichtanwesenden Mitgliedern des Gremiums übermittelt. Das Wichtigste: Das Erscheinen von Z ist bei Sicherung des gegenwärtigen status quo - was die Fortsetzung der Spendentätigkeit einschließt - auch für 1992 gesichert. Allerdings werden wir dies nochmals zum Jahresende zu überprüfen und zu bestätigen haben.

Die Zahl unserer Einzelabonnenten im Direktbezug beträgt z. Z. etwa 750. Hinzu kommt der Verkauf und Absatz über den Buchhandel (Abonnements und Kommission), über den Buch- und Zeitschriftenvertrieb, über Kommissionsabnahmen (Büchertische, Konferenzverkauf, Vertrieb im Bekanntenbereich), Einzel- und Mehrfachnachlieferungen (u.a. bei Neuabonnements). Alles zusammengenommen liegt die bis dato verkaufte Auflage der Nummern 5 und 6 zwischen 1.400 und 1.600 Exemplaren. Hinzu kommen, wie bekannt, Beleg- und Austauschexemplare, Werbeexemplare und ein Minimum an Lagerhaltung für die Nachliefe-

rung, was insgesamt z. B. für die Nr. 6 eine Druckauflage von 2.250 Exemplaren erforderlich machte.

Nr. 7 wird allerdings wieder mit einer etwas niedrigeren Auflage gedruckt, weil wir uns nicht bei jeder Nummer den Zusatzposten Werbeexemplare leisten können.

Da wir nicht auf Subsidien spekulieren oder davon abhängig sind, können wir uns "Potemkinsche Dörfer" ersparen und uns auch auf diesem Gebiet "Glasnost" gestatten.

Angesichts dieser Sachlage wunderte es uns doch etwas, daß "Konkret" (Nr. 7/91, S. 47) in dem Überblick eines gewissen Herrn Chris Toffel, der als "bekannter Marktforscher" vom Bodensee figuriert, über die Absatzsituation linker Zeitschriften Z mit "ca. 600 Abonnenten" mitlaufen läßt. Bei den anderen werden die Verkaufs- und Abnehmerzahlen angegeben. Müßte nicht auch für sie angenommen werden, daß sie der "Herr Stoffel" durch die Addition seiner Kneipenrechnungen ermittelt hat, läge Z nicht schlecht im Rennen. Freilich ließen Herrn Toffels Auslassungen unschwer erkennen, daß die Szenen-Kleinen nur Staffage für seine "Konkret"-Apotheose waren - wohl mit der gezielten Absicht, die Umlenkung bisheriger Subsidien zu blockieren.

Wie auch immer, es gibt für uns nicht den geringsten Anlaß zur Selbstzufriedenheit. Wir hatten beim Beginn unseres Projektes gesagt, daß Z einen Festabsatz von 2000 Exemplaren und darunter mindestens 1000 Einzelabonnements braucht, um auf die Dauer überlebensfähig zu sein. Daran hat sich nichts geändert, selbst wenn wir diesen Zielen nach anderthalb Jahren etwas näher gekommen sind. Deshalb auch heute wieder die Bitte an unsere Leser und Leserinnen um Unterstützung per Abogewinnung und Kommissionsverkauf. Ein kaum beackertes Feld ist der linke Buchhandel. Wir bitten deshalb sehr darum, bei der linken Buchhandlung am Ort auf unsere Existenz aufmerksam zu machen.

Nr. 8 mit dem Schwerpunkt "Neue Weltordnung - Globale Probleme" wird Anfang Dezember 1991 ausgeliefert. Auch für die Nr. 9 (März 1992) - Schwerpunkt "Der Marxismus nach der Niederlage des Realsozialismus - internationale Übersichten, Regional- und Länderberichte" - hat die Redaktionsarbeit längst begonnen. Für die folgenden Ausgaben 1992 bestätigte das Herausgeber-Gremium folgende Schwerpunktorschläge: Nr. 10 - Barbarei in der Zivilisation; Nr. 11 - Linke Gewerkschaftspolitik heute; Nr. 12 - Kultur und Ästhetik des Postfordismus. Jetzt ist also die Zeit, sich zur aktiven Beteiligung einzurasten. Die Nummern 10-12 werden durch Ad-boc-Gruppen vorbereitet: Mitarbeit ist möglich.

Sabine Kebir

Gramscis Zivilgesellschaft - eine neoliberale Theorie?

Mit dem Konzept der 'Zivilgesellschaft' (*società civile*) hat Antonio Gramsci (1891-1937) die marxistische Interpretation von hürgerlichen Herrschaftsverhältnissen weiterentwickelt. Darüber hinaus schuf er damit eine demokratische Perspektive der Vergesellschaftung, die - im Gegensatz zum stalinistischen Modell - den Potenzen der entwickelten kapitalistischen Staaten entsprach.

Aus der Analyse des Scheiterns der revolutionären Bewegungen, die in der Folge des Ersten Weltkrieges in Mitteleuropa stattgefunden hatten, erkannte er schon zu Beginn der zwanziger Jahre, daß das kapitalistische System hier nicht durch eine staatsstreichartige Revolution zu beseitigen sei, wie sie in Rußland stattgefunden hatte. Der moderne kapitalistisch-parlamentarische Staat wäre nicht durch einen einzigen Gewaltstreich hinwegzufegen, weil seine Herrschaft selbst nicht - wie Gramsci es im alten Rußland unterstellte - vorwiegend Gewaltherrschaft war. Er stütze sich vor allem auf die Zivilgesellschaft, "welche ohne 'Sanktionen und ohne genaue Verpflichtungen' wirkt, die aber dennoch einen kollektiven Druck ausübt."

In seiner Analyse moderner parlamentarischer Systeme im 'Westen' unterscheidet er zwei Ebenen von Überbauten, "jene, die man 'Zivilgesellschaft' (*ital: società civile*) nennen kann, d. h. die Gesamtheit von Organismen, die gemeinhin 'privat' genannt werden und jene der 'politischen Gesellschaft oder des Staates' (*ital: società politica o Stato*). Die erstgenannte Ebene entspricht der 'hegemonialen' Funktion, die die herrschende Gruppe über die ganze Gesellschaft ausübt und die andere der Funktion der 'direkten Herrschaft' oder des Kommandos, welche sich im Staat und in der 'juristischen' Regierung ausdrückt. Diese Funktionen sind in präziser Weise organisierender und verbindender Natur."

Zur Zivilgesellschaft sind nach Gramsci Organisationen zu zählen, in die einzutreten eine "private", d. h. freiwillige Entscheidung der Individuen ist, wie Kirche, Gewerkschaften und Parteien. Die Zivilgesellschaft produziert historisch wirksame Ideologien: "Die Presse ist der dynamischste Teil dieser ideologischen Basis, aber nicht der einzige: Alles, was indirekt oder direkt die öffentliche Meinung beeinflusst oder beeinflussen kann, gehört ihr

¹ Antonio Gramsci: *Quaderni del carcere*, Turin 1975, S. 1566

² Antonio Gramsci: *Marxismus und Kultur*. Hamburg 1983, S. 61-62

an: die Bibliotheken, die Zirkel und Clubs verschiedener Art bis hin zur Architektur, zur Anlage der Straßen und Straßennamen.³

Wie und wann kam es in den mitteleuropäischen Gesellschaften zur Herausbildung moderner Zivilgesellschaften? "Die moderne politische Technik hat sich seit 1848 gewandelt, seit der Entwicklung des Parlamentarismus, des Regimes der Assoziationen von Gewerkschaften und Parteien, der Herausbildung breiter staatlicher und 'privater' Bürokratien (politisch-privater Natur, von Parteien und Gewerkschaften) und in den Veränderungen, die im weiten Sinne bei der Organisierung der Polizei eingetreten sind, d. h. nicht nur als staatlicher Dienst zur Unterdrückung der Kriminalität, sondern als Ensemble der organisierten Kräfte des Staates und der privaten Kräfte, um die politische und ökonomische Herrschaft der führenden Klasse zu schützen."⁴

Der Jakobinismus der Französischen Revolution - der weder das allgemeine Wahlrecht noch die Assoziationsfreiheit durchgesetzt hatte - habe in der Mitte des 19. Jahrhunderts jedoch "seine juristisch-konstitutionelle 'Perfektionierung' im parlamentarischen Regime gefunden, das in der an 'privaten' Energien reichsten Periode der Gesellschaft die permanente Hegemonie der städtischen Klasse über die ganze Bevölkerung realisiert, in der hegelianischen Form der Regierung mit dem permanent organisierten Konsensus (aber die Organisation des Konsensus ist der Privatinitiative überlassen und daher von moralischem und ethischem Charakter, weil der Konsens in der einen oder anderen Form freiwillig ist). Die 'Grenze', die die Jakobiner im Gesetz Le Chapelier und im Maximum gefunden haben, wird überwunden und progressiv weiter verschoben werden über einen ganzen Prozeß, in dem sich propagandistische und praktische (ökonomische, politisch-juristische) Aktivität abwechseln: die ökonomische Basis für die Entwicklung der Industrie und des Handels wird kontinuierlich erweitert und vertieft, von den Unterklassen steigen die energiereichsten und unternehmendsten gesellschaftlichen Elemente zu den führenden Klassen auf, die ganze Gesellschaft ist in einem kontinuierlichen Prozeß der Pormation und der Auflösung, gefolgt von noch komplexeren und an Möglichkeiten reicheren Formationen: das dauert in allgemeiner Linie bis zur Epoche des Imperialismus an und kulminiert im Weltkrieg. In diesem Prozeß wechseln Aufstandsversuche und rücksichtslose Repressionen einander ab, Erweiterung und Beschränkungen des politischen Wahlrechts, Assoziationsfreiheit und Beschränkungen oder Aufhebung dieser Freiheit, Freiheit auf gewerkschaftlichem, aber nicht auf politischem Gebiet, unterschiedliche Formen von Wahlrecht... es herrscht ein veränderliches Gleichgewicht der Gewalten. . . (in einigen Ländern 'schien es', daß sich demokratische Regimes gebildet hätten, aber sie hatten sich nur formal gebildet, ohne Kampf, ohne konstitutionelle Sanktion und es war

³ Antonio Gramsci: Marxismus und Kultur. Hamburg 1983, S. 96

⁴ Antonio Gramsci: Quaderni del carcere. Turin 1975. S. 1620-1621

leicht, sie ohne Kampf, ganz oder beinahe zu zerstören, weil sie keine juristisch-moralische und militärische Unterstützung hatten ...)... Die 'normale' Ausübung der Hegemonie auf dem klassisch gewordenen Terrain des parlamentarischen Regimes wird von der Kombination der Gewalt und des Konsenses geprägt, die sich unterschiedlich ausbalancieren, ohne daß die Gewalt den Konsens zu sehr übersteigt: ja, man versucht zu erreichen, daß die Gewalt mit dem Konsens der Mehrheit gestützt erscheint, was die sogenannten Organe der öffentlichen Meinung ausdrücken - Zeitungen und Assoziationen - die deshalb in bestimmten Situationen künstlich vermehrt werden. Zwischen Konsens und Gewalt steht die Korruption und der Betrug (was für bestimmte Situationen charakteristisch ist, in denen die Ausübung der hegemonialen Funktion schwierig ist). . ."⁵

Gramsci, dem im Gefängnis die Möglichkeit, philologisch exakt zu arbeiten, nicht gegeben war, verweist im Zusammenhang mit dem Konsensprinzip auf Hegel. Es ist aber zu beachten, daß er nicht den - um das Privateigentum zentrierten - Begriff des Privaten aus Hegels 'bürgerlicher Gesellschaft' übernommen hat. Der Sinngehalt von Gramscis Begriff des Privaten ist über die Hegelkritik des jungen Marx zu erschließen, nach dem es nicht mehr um die Teilnahme von (in verschiedenem Maße über Privateigentum verfügenden) Ständen am gesellschaftlichen Leben ginge, sondern um die "Prage, ob A l l e e i n z e l n an der 'Beratung und Beschließung der allgemeinen Angelegenheiten. . . teilnehmen sollen'"⁶.

Die kleinste politisch agierende Einheit ist also sowohl bei Marx als auch bei Gramsci bereits das Individuum und nicht die Klasse, die ja nur organisiert überhaupt politisch wirken kann. 'Zivilgesellschaftlich' ist eine historische Bewegung, in der die Tendenz zur Aufhebung vormundtschaftlicher Beziehungen zwischen den Individuen besteht. Dabei handelt es sich nicht nur um die Abschaffung der Klassen. Auch der Emanzipationsprozeß der Geschlechter, die Aufhebung der Bevormundung der Jugend durch das Alter usw. sind Prozesse, die mit der Entwicklung der Zivilgesellschaft einhergehen.

Zur Prage der historischen Herausbildung der Zivilgesellschaft ist es wichtig hinzuzufügen, daß in den sich kapitalistisch entwickelnden europäischen

⁵ Antonio Gramsci: Quaderni del carcere. Turin 1975. S. 11636-1638

⁶ Karl Marx, Friedrich Engels: Werke, Band 1, Berlin 1981, S. 323. Ich habe an anderer Stelle schon darauf hingewiesen, daß Gramscis *società civile* nicht als Übersetzung der 'bürgerlichen Gesellschaft' von Hegel oder von Marx gelten kann, da sie nur Überbaufunktionen umfaßt. Hegels 'bürgerliche Gesellschaft' umfaßte auch eine Basisfunktion wie die Arbeit und die Rechtsprechung, die bei Gramsci dem Staat zuzuordnen ist. Die "Anatomie der bürgerlichen Gesellschaft" sei "in der politischen Ökonomie zu suchen", heißt es im 'Vorwort zur 'Kritik der politischen Ökonomie' (Marx, Engels, Werke 13, S. 8-9). Auch der Staatsbegriff von Gramsci sollte nicht mit dem von Marx identifiziert werden. Indem er den Staat als Träger der koerziven Herrschaftsfunktionen definiert, schließt Gramsci eher an Lenin an, geht aber doch gleich über diesen hinaus, indem er die faktische Verwobenheit von politischer und ziviler Gesellschaft in den modernen Gesellschaften als konstitutiv hervorhebt.

Gesellschaften die ersten kulturellen Grundlagen für die Herausbildung moderner Zivilgesellschaften wohl durch jene Formen des Protestantismus gelegt wurden, die die absolute Eigenverantwortlichkeit der Individuen vor Gott und auf Erden behauptet haben⁷. Der Parlamentarismus mit dem allgemeinen Wahlrecht ist also nicht als historischer Ausgangspunkt der Herausbildung moderner Individualität anzusehen, sondern als ihr bislang konsequentester Ausdruck.

Gramsci sah in den unterentwickelten Gesellschaften wie z. B. der russischen nicht nur Unterentwicklung der Industrie, sondern auch der Zivilgesellschaft, die er 'embryonal' und 'gefroren' nannte: Im alten Rußland fehlten "die legale politische Freiheit" und die "religiöse Freiheit"⁸: Der Staat als koerzitives Machtinstrument der Herrschaft war allmächtig. Es fehlte aber auch der gesamte Bereich der in West- und Mitteleuropa entstandenen laizistischen Volkskultur, die Massenzeitschriften mit ihren trivialen 'Fortsetzungsromanen', Elemente der Zivilgesellschaft, die für Gramsci einen wesentlichen Faktor der Bewußtseinsbildung der großen Mehrheiten darstellten. (Auch der Kauf einer Zeitschrift ist ein Akt 'individueller Wahl'.) Mit ihren überwiegenden affirmativen 'Ideologien' war die Zivilgesellschaft im 'Westen', wie Gramsci sagte, zum Bollwerk des kapitalistischen Systems geworden. Der im Feudalismus auch in diesen Gesellschaften allmächtige Apparat der täglichen Gewalt sei, so beobachtete Gramsci, hinter die Zivilgesellschaft zurückgetreten. Er werde nur punktuell, gegen marginale Oppositionsgruppen, bzw. in schweren Krisen kurzfristig auch einmal gegen die gesamte Gesellschaft aktiv. Den auf gesellschaftliche Veränderung drängenden Kräften stünde eine Epoche des 'Stellungskrieges' bevor, in denen sie nach und nach wichtige Positionen der Zivilgesellschaft besetzen müßten. Gramsci meint, daß es in entwickelten westlichen Gesellschaften unmöglich sei, Sozialismus ohne bewußten Konsens der Bevölkerungsmehrheit zu verwirklichen.

Seine frühe Einsicht in den notwendigerweise demokratischen Prozeß einer Transformation der westlichen Gesellschaften zum Sozialismus kamen zustande unter dem Eindruck des in Italien schon 1922 an die Macht gelangenden Faschismus. Dieser zerschlug nicht nur die Parteien und Gewerkschaften der Arbeiterklasse, sondern 1926 sogar das ganze parlamentarische System: Die in Italien ähnlich mühsam wie in Deutschland errungenen 'Freiheiten' der Zivilgesellschaft wurden wieder abgeschafft, vom 'Staat' geschluckt. Für den zum Faschismus übergetretenen Philosophen Giovanni Gentile waren, wie Gramsci beobachtete, "Hegemonie und Diktatur ununterscheidbar, Gewalt ist sofort auch Konsens: man kann die politische Gesellschaft (= Staat) von der Zivilgesellschaft nicht

⁷ Siehe: Antonio Gramsci: Quaderni del carcere. Turin 1975. S. 1389

⁸ Antonio Gramsci: Quaderni del carcere. Turin 1975. S. 1666

unterscheiden: es existiert allein der Staat und natürlich der regierende Staat usw."⁹

Unter dem Eindruck des Zusammenbruchs der 'Zivilgesellschaft' im Faschismus kam Gramsci als einer der ersten kommunistischen Marxisten zu der Einsicht, daß sie von der Linken nicht als 'bürgerlich' verunglimpft, sondern verteidigt und ausgebaut werden müßte. Gramsci sah bereits zu Beginn der dreißiger Jahre voraus, daß der Faschismus nicht durch eine, die Zivilgesellschaft erneut verschluckende 'Diktatur des Proletariats' abgelöst werden könne, sondern zunächst durch eine 'Verfassungsgebende Versammlung' aller antifaschistischen Parteien und Organisationen, in deren Rahmen die Linke dann um den Konsens für ihre politischen Ziele zu ringen habe.

Freilich bedeutet die Schwerpunktverlagerung des Kampfes um Sozialismus auf die Zivilgesellschaft bei Gramsci nicht die Abkoppelung des kulturell-politischen Bereichs von der Ökonomie und der Staatsfrage. Er sah sehr wohl, daß "das ökonomische Reformprogramm sogar die konkrete Art ist, auf der sich jede intellektuell-moralische Reform durchsetzt."¹⁰ Und "jeder politische Kampf hat immer ein militärisches Substrat"¹¹. Bei der Transformation zum Sozialismus käme es zu einer 'Neugründung des Staates'. Dann wäre allerdings eine Politik zu verfolgen, in der tendenziell "die politische Gesellschaft (= Staat) von der Zivilgesellschaft absorbiert" werde¹².

Das Konzept der Zivilgesellschaft hat Gramsci ab 1927 in seinen Gefängnisheften entwickelt. Es hatte sich aber praktisch schon in seiner politischen Tätigkeit als Kader der Sozialistischen und später als Führer der Kommunistischen Partei in zwei wesentlichen Grundzügen herausgeformt: In der Überwindung des Ökonomismus der II. Internationale und in der Option für eine weitgesteckte Bündnispolitik.

Während die II. Internationale der Auffassung war, daß eine auf den Sozialismus gerichtete Kulturentwicklung im großen Maßstabe erst nach der Umwälzung stattfinden könne, war bereits der junge Gramsci überzeugt, daß eine solche Entwicklung schon vor dem Bruch einzusetzen habe und sogar eine seiner grundlegenden Vorbedingungen sei. Die kulturellen Aktivitäten, die Gramsci beeinflusste, waren nicht wie die der alten Sozialdemokratie nur darauf gerichtet, den Arbeitern die humanistischen Traditionen des Bürgertums zu vermitteln, sie wollten auch auch zur Herausbildung einer neuen kulturellen Identität beitragen. Wenn sich Gramsci damit den Bestrebungen des Proletkults anschloß, vermied er doch sogleich dessen Sektierertum. Er förderte g l e i c h z e i t i g auch die Aneignung

⁹ Antonio Gramsci: Quaderni del carcere. Turin 1975. S. 691

¹⁰ Antonio Gramsci: Quaderni del carcere. Turin 1975. S. 1561

¹¹ Antonio Gramsci: Quaderni del carcere. Turin 1975. S. 123

¹² Antonio Gramsci: Quaderni del carcere. Turin 1975. S. 662

des humanistischen Kulturerbes und bemühte sich um Bündnisbeziehungen zu zeitgenössischen hürgerlichen Intellektuellen bis hin zu den Futuristen. Der von Gramsci geleitete 'Ordine Nuovo' veröffentlichte "jeden Montag ... diese Geschichten, Dichtungen, kritische, literarische und geschichtliche Aufsätze, alle von Arbeitern geschrieben; weil er darauf wartete, daß bei einer wirklichen und originalen Revolution, bei einer wirklichen und originalen Erneuerung auch die Kultur aus dem revolutionären Geist entspringen müsse, den für ihn die Lohnarbeiter darstellen. Zugleich druckte der Ordine Nuovo aber auch Autoren wie Mark Twain, Anton Tschechow, Guy de Maupassant, Emile Zola, Leonid Andrejew, Henri Barbusse, Rudyard Kipling, Anatole France, Marcel Prévost"¹³ und nicht zuletzt Theaterkritiken des Linkliberalen Piero Gobetti.

Der 'Ordine Nuovo' war die wöchentlich, zeitweise auch täglich erscheinende Zeitschrift der Turiner Rätebewegung von 1918-1920. Die Existenz von Räten in Betrieben, auf dem Lande usw. sah Gramsci nicht als Gegensatz zu einer demokratischen Parteienlandschaft. Sowohl Räte bzw. Bürgerbewegungen - in denen durch die basisdemokratischen Entscheidungsstrukturen das zivilgesellschaftliche Konsensprinzip herrscht - als auch Parteien sind Entwicklungselemente der Zivilgesellschaft.

Gramscis bündnispolitische Orientierungen bezogen sich nicht nur auf die Intellektuellen. Er erklärte ein Programm zur Lösung der 'Südtalientischen Frage', d. h. der Bauernfrage als wesentlich für die Politik einer Arbeiterpartei, die zum Kampf um die politische Macht in Italien antreten wollte.

Schon 1919 erklärte er, daß eine Arbeiterpartei auch offen für Christen sein müsse. Die neugegründeten Popolari, die erste christliche Massenpartei, hielt er für einen potentiellen Bündnispartner.

Hinter dem Rücken des ersten - zu extremem Sektierertum neigenden - Führers der IKP, Amadeo Bordiga, versuchte Gramsci 1922 Bündnisbeziehungen zum Dichterstürzen Gabriele D'Annunzio herzustellen, der eine Bewegung der Kriegsheimkehrer anführte.

Als er 1924 selbst Leiter der IKP wurde, eröffnete er das Ringen um die Gewerkschaftseinheit und um die Fusion mit den Maximalisten der Sozialistischen Partei, die durch den Übertritt der Fraktion von Giacinto Serrati in den PCI auch teilweise erfolgte. Schließlich arbeitete er aktiv im Aventin, dem 1924, nach dem faschistischen Mord an dem PSI-Abgeordneten Matteotti sich formierenden 'Antiparlament' der Oppositionsparteien, das friedlich wieder zusammenbrach.

In den Gefängnisheften findet sich eine Textpassage, die Aufschluß über die von Gramsci für notwendig gehaltene 'Technik' von politischen Bündnissen gibt: "Eine angemessene politische Initiative ist notwendig, um den ökonomischen Druck von den Fesseln der traditionellen Politik zu be-

¹³ Bermani, Cesare: Letteratura e vita nazionale. In: Agazzi, Bermani u. a.: Gramsci, un'eredità contrastata. La nuova sinistra rilegge Gramsci, Mailand 1979, S. 101.

freien, um in der politischen Führung eine Wandlung durchzusetzen und die Kräfte heranzuziehen, die notwendig sind, um einen neuen, homogenen historischen Block ökonomisch-politischen Charakters zu verwirklichen, der keine inneren Widersprüche hat. Denn zwei 'ähnliche' Kräfte können nur zu einem neuen Organismus verschmelzen über eine Reihe von Kompromissen oder mit Waffengewalt, d. h. entweder vereint man sich auf der Ebene von Bündnissen oder man ordnet den einen dem anderen durch Zwang unter. Die Frage ist jedoch, ob man die Kraft dazu hat und ob es produktiv ist, sie anzuwenden. Wenn die Einheit der beiden Kräfte notwendig ist, um eine dritte zu besiegen, ist der Rückgriff auf die Waffen und auf den Zwang (vorausgesetzt, daß man überhaupt darüber verfügt), eine rein methodische Hypothese und die einzige konkrete Möglichkeit besteht im Kompromiß, weil die Gewalt gegen die Feinde eingesetzt werden kann, nicht gegen einen Teil von sich selbst, den man schnell assimilieren will und dessen 'guten Willen' und Enthusiasmus man braucht"¹⁴.

Der Ende 1926 bis zu seinem Tode 1937 eingekerkerte Gramsci blieb bei seinen bündnispolitischen Optionen, auch als die Komintern Ende der zwanziger Jahre mit der Formel des 'Sozialfaschismus' ihre sektiererische Wende vollzog.

Damit nahm er die Isolierung in seiner Partei und in der Gruppe der mitgefangenen Kommunisten in Kauf. Zeitweilig war sein einziger Gesprächspartner im Gefängnis der Sozialist Sandro Pertini, Italiens späterer Ministerpräsident.

In der Sowjetunion und in den sich nach dem Zweiten Weltkrieg herausbildenden sozialistischen Staaten wurde keine 'Absorption' des Staates durch die Zivilgesellschaft eingeleitet. Im Gegenteil, die im zaristischen Rußland nur 'embryonale' Zivilgesellschaft wurde weiterhin in ihrer Entwicklung gehemmt: 'Verstaatlichung' und nicht 'Vergesellschaftung' war die Devise.

Freilich erweisen sich auch die westlichen Zivilgesellschaften alles andere als stabil. Im Golfkrieg brachen die nach Gramsci 'dynamischsten' Bestandteile der Zivilgesellschaft zusammen: Die modernen Massenmedien wurden unter Zensur gestellt.

Die Zivilgesellschaft wird solange fragil und unvollständig sein, solange sie keinen oder doch nur wenig Einfluß auf ökonomische und ökologische Entscheidungsprozesse gewinnt.

¹⁴ Antonio Gramsci: Quaderni del carcere. Turin 1975. S. 1612-1613

Bürgerliche Gesellschaft, Zivilgesellschaft, Demokratie

An den Anfang meiner Überlegungen möchte ich einige Gedanken zur Sprache, die dabei verwandt wird, stellen. Probleme der Sprache verweisen meist auf Probleme der Sache, und das bißchen Anstrengung, das dafür erforderlich ist, zahlt sich meist mehrfach in der gewonnenen Klarheit aus.

Heute wird der Begriff der *società civile*, dieser bei Antonio Gramsci¹ zentrale Begriff, ins Deutsche meist mit Zivilgesellschaft übersetzt. Dies geschieht mit den unterschiedlichsten Begründungen. So wird z.B. die Ansicht vertreten, '*società civile* mit 'bürgerliche Gesellschaft' wiederzugeben ... hieße, der Quelle ständiger Verwechslung mit der sozialökonomischen Formation weitere Nahrung zu geben. Der ... Ausdruck 'Zivilgesellschaft' lehnt sich an die italienische Form an, seine Komponenten sind im Deutschen bekannt, 'zivil' läßt an andere Schlüsselbegriffe Gramscis, 'Zivilisation', 'zivilisiert', anklingen. Die Bedeutung 'nichtmilitärisch' ist eher wohl bei 'zivile Gesellschaft' suggeriert, während 'Zivilgesellschaft' Analogien zu 'Zivilrecht', 'Zivilcourage' usw. herstellt.²

Worte verändern ihren Gehalt, aber sie haben ihre Geschichte. Der deutsche Begriff der bürgerlichen Gesellschaft ist ein anderer, wenn damit Lockes *civil society* übersetzt wird, er ist anders, wenn damit Thiers' *société civile* ins Deutsche gebracht wird, er ist ein anderer bei Hegel und wiederum ein anderer bei Marx. Bei jedem Späteren klingt der Unterschied zum früheren Begriff an, und doch klingt auch die wechsel- und widerspruchsvolle Geschichte des Begriffs mit. In der Wort- und Begriffsgeschichte zeigt sich ein Stück Realgeschichte. Gramsci, dem dies alles wohl bekannt war, knüpft an diese Tradition an und verändert wiederum grundlegend den Bedeutungsgehalt des Worts. Daraus allein läßt sich eben gerade kein Argument für eine neue Wortschöpfung gewinnen.

Das Unbehagen, das ich bei dem Neologismus empfinde, ist darin begründet, daß die Vorgeschichte des Begriffs, wie er mit Gramsci in die heutige Diskussion kommt, gleichsam ausgeblendet bleibt. Dies wird besonders deutlich an der gegenwärtigen Benutzung dieses Worts in Osteuropa. Ich werde daher im ersten Teil dieses Aufsatzes, solange weder dies Unbeha-

¹ Eine kurze Darstellung wichtiger Lebensdaten von Antonio Gramsci findet der Leser in der Rezension der Gefängnishefte in diesem Heft.

² Klaus Bochmann: Editorische Vorbemerkung. In: Antonio Gramsci: Gefängnishefte. Band 1. Hrsg. v. Klaus Bochmann mit einem Vorwort von Wolfgang Fritz Haug. Hamburg 1991. S. 18-19.

gen beseitigt, noch eine klare Begründung für die Neuschöpfung gegeben ist, die neutrale, lateinische Form der *societas civilis* zur Bezeichnung unseres Gegenstandes benutzen.

Versuchen wir zunächst in einer anderen Hinsicht geschichtlichen Boden zu gewinnen. Bei Antonio Gramsci ist die Gegenüberstellung von politischer Gesellschaft (*società politica o Stato*) und *societas civilis* selbstverständlich. An diesem Punkt setzen bei ihm grundlegende Überlegungen zur Stabilität der modernen, 'westlichen' bürgerlichen Ordnung an.³ Diese Gegenüberstellung scheint uns aus dem Gegensatz von bürgerlicher Gesellschaft und Staat bei Hegel bekannt. Aber in der ganzen antiken und mittelalterlichen Denktradition werden die Worte *societas civilis* und *societas politica* gleichbedeutend gebraucht.⁴ Dort, wo bei Cicero das Wort in lateinischer Form und prägend für zwei Jahrtausende in den verschiedenen europäischen Sprachen auftaucht, verweist Cicero selbst auf die Gleichung des lateinischen *civilis* mit dem griechischen *politikos*, verweist er auf den Ursprung der *societas civilis* in der Aristotelischen *koinonia politica*. Der Möglichkeit, daß überhaupt übersetzt werden kann, liegt der stadtstaatliche Ursprung Roms wie Athens, die zentrale Rolle des Marktplatzes, der Ort des Tauschs und Handels, des Gerichts und der politischen Entscheidung war, zu Grunde.

Die Gleichsetzung von bürgerlicher und politischer Gesellschaft bleibt seitdem in der europäischen Denktradition bis hin zu Hobbes und Locke bestehen. Das beginnt mit der Aristoteles-Rezeption des 13. Jahrhunderts (Albertus Magnus: "*Civitas est communicatio civilis sive politica*") und schlägt einen Bogen über das gesellschaftstheoretische Denken der Reformatoren (Melanchthon: "*societas civilis seu imperium*") und die Bedeutungsgleichheit von *civilis* und *politicus* findet sich immer noch bei den englischen politischen Denkern (Thomas Hobbes: "*Body politic or civil society*"; John Locke: "*Political or civil society*") des 17. Jahrhunderts.

Im 18. Jahrhundert zeigt sich eine Dynamisierung des Wortstamms *civilis* im Begriff der Zivilisation, der eine fortschreitende Bewegung ausdrücken soll. Die Freisetzung dessen, was dann als bürgerliche Gesellschaft bezeichnet wird, wird aufgefaßt als Zivilisierung.⁵

³ Vgl. Sabine Kebir: Gramscis Zivilgesellschaft - eine neoliberale Theorie? In diesem Heft.

⁴ Vgl. hierzu und zum Folgenden den überaus instruktiven Aufsatz von M. Riedel: Bürgerliche Gesellschaft. In: Historisches Wörterbuch der Philosophie, hrsg. v. Joachim Ritter. Neubearbeitete Ausgabe des Wörterbuchs der philosophischen Begriffe von Rudolf Eisler. Band 3. Darmstadt 1974, S. 466-473.

⁵ Die Rolle, die dies für das revolutionäre Bürgertum spielt, ist schön herausgearbeitet von Norbert Elias: Über den Prozeß der Zivilisation. I. Band. Basel 1939, S. 43 - 64. Elias verweist auf das programmatische Diktum des französischen Aufklärers Dietrich von Holbach (Thierry d'Holbach): "*La raison humaine n'est pas encore suffisamment exercée; la civilisation des peuples n'est pas encore terminée.*" - ebenda S. 59.

Der entscheidende Wendepunkt in dem Verhältnis der Worte *civilis* und *politicus* liegt in der Französischen Revolution. Jetzt werden aus Synonymen Antonyme. Bürgerliche Gesellschaft (so heißt *societas civilis* damals im deutschen Sprachgebrauch) und politische Gesellschaft (= Staat) sind nicht mehr gleichbedeutend: Sie bezeichnen nun Gegensätze.

Die Französische Revolution macht den Menschen zum Rechtsbegriff, und nicht mehr den Bauern, den städtischen Bürger, den schöffbaren Edelreien usw. Politisches Anspruchsrecht ist nicht mehr auf die Stellung auf den Stand gegründet. Nicht mehr der Handwerker, der Adlige, der geistliche Herr, der Stadtbürger hat sein je verschiedenes Recht. Es ist der Mensch als Mensch und als Staatsbürger, der zum Subjekt und Objekt des Rechts wird. Die Grundtafel der neuen Anspruchs begründung ist die Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte. Die Gesellschaft wird politisch atomisiert. Aber gerade die politische Atomisierung zeigt, daß die Mitglieder der bürgerlichen Gesellschaft keine Atome sind.⁶ Die soziale Gliederung, ihre Sitten, die Organisation ihrer Arbeit, ihre Öffentlichkeit enthüllt sich jetzt als geformt durch grundlegende Interessen. Dieser Zusammenhang wird um so deutlicher sichtbar, da die ständischen Bande, die die politische und soziale Organisation zur Deckung brachten, von der bürgerlichen Revolution zerbrochen werden. Gerade die politische Atomisierung enthüllt die großen Strukturen, in deren Kräftefeld sich die scheinbaren Atome bewegen. Diese Strukturen, so die Ansicht von Marx, finden ihren Kern und ihren letzten Ursprung in dem, was er "politische Ökonomie" oder "ökonomische Struktur" nennt, freilich nicht im Sinne eines simplen mechanischen ökonomischen Determinismus. In diesem Sinne bezeichnet Marx die politische Ökonomie als "Anatomie der bürgerlichen Gesellschaft."

Marx gebraucht das Wort 'bürgerliche Gesellschaft' (und durchaus synonym 'société civile', 'civil society'), um einerseits den Ursprung des realen Auseinanderfalls von *societas civilis* und *societas politica*, von bürgerlicher und politischer Gesellschaft kritisch zu untersuchen und andererseits die darin deutlich werdende Tatsache hervorzuheben, daß die Gestalt von Gesellschaft und Staat strukturiert wird durch die herrschenden ökonomischen Grundmuster einer geschichtlich bestimmten (und mit dem historischen Charakter der Arbeit vermittelten) Art von Herrschaft und Knechtschaft, von Über- und Unterordnung, die Grundlage für allgemeine Herrschafts- und Knechtschaftsstrukturen gerade auch in den freiesten bürgerlichen Gesellschaften bleibt. Für ihn spielt der Begriff eine wichtige Rolle in der Bestimmung der letztlich entscheidenden Rolle der ökonomischen Struktur für die Gesamtstruktur.

⁶ Friedrich Engels, Karl Marx: Die heilige Familie. (1845) VI. Kapitel. In: Karl Marx, Friedrich Engels: Werke, Band 2. S. 127.

⁷ Karl Marx: Vorwort zur Kritik der politischen Ökonomie (1859) In: Karl Marx, Friedrich Engels: Werke, Band 13. S. 36.

Wenn bei Marx die ökonomische Struktur einen, wenn auch deutlich von den anderen Momenten unterschiedenen Bestandteil der bürgerlichen Gesellschaft ausmacht, so reduziert Gramsci seinen Begriff der *società civile* gegenüber diesem umfassenden Sinn bei Marx. Ebenso wie Marx (und auf andere Weise Hegel) die bürgerliche Gesellschaft dem Staat gegenüber gestellt gesehen hatten, steht sie bei Gramsci als *società civile* dem staatspolitischen Bereich als der *società politica* o Stato gegenüber. Aber anders als Marx, für den die ökonomische Struktur als Anatomie der bürgerlichen Gesellschaft ihr Kernstück ist, gehört bei Gramsci der ökonomisch-strukturelle Bereich nicht zur *società civile*. Diese Reduktion lenkt die Aufmerksamkeit auf wichtige und bedeutsame Mechanismen.

Moderne politische Regierung beruht sicher auch auf einem Apparat, der gegenüber dem Widerstrebenden ein sorgfältig aufgebautes System von Zwang einsetzt, ein Apparat, zu dem unter anderem Polizisten, Gerichtsvollzieher, Gefängnisbeamte, Haftrichter usw. gehören. Aber die politische Regierung wäre unerhört gefährdet, beruhte sie nur auf diesem Apparat und seinem Funktionieren. Die Herrschaft des Kapitals ist in der modernen Demokratie, so meint Gramsci, viel sicherer als die Herrschaft früherer Klassen bei anderen politisch-gesellschaftlichen Strukturen je war. Das liegt daran, daß vor dem unmittelbaren Gewaltapparat der politischen Gesellschaft das System der Schützengräben der bürgerlichen Gesellschaft liegt. Was macht genau diese "massive Struktur" der modernen Demokratie aus? Es ist die Herstellung der Hegemonie, die Organisation des Konsenses.

Die Organisation des Konsenses wird in den entwickelten modernen Staaten wesentlich von jenem Bereich geleistet, der nicht Staat ist und zwar auf der ökonomischen Struktur letzten Endes beruht, aber auch nicht die politische Ökonomie der Gesellschaft ist. Diesen für die moderne Herrschaft entscheidenden Zwischenbereich nennt Gramsci *società civile*.⁹

Sabine Kebir hat deutlich gemacht, welche Aufgabe die Reduktion hat, die Gramsci vornimmt. Mit dieser Reduktion soll nicht die grundlegende Bedeutung der ökonomischen Struktur der Gesellschaft verwischt werden. Vielmehr läßt sich gerade an dieser bewußten Reduktion, wie Sabine Kebir dargelegt hat¹⁰, zeigen, daß es sich bei Gramsci nicht um einen Abschied von der historisch-materialistischen Methode der Analyse und Kritik handelt, nicht um eine Rebegelianisierung des Marxismus, sondern um eine Vertiefung und Erweiterung der Marxschen Analytik. Die Reduktion des Marxschen Begriffs der bürgerlichen Gesellschaft auf den von Gramsci

⁸ Antonio Gramsci: Philosophie der Praxis. Frankfurt 1967, S. 356.

⁹ Ich kann darum Harald Neubert nicht beipflichten, wenn er meint, daß man der *società civile* im Sinne Gramscis auch die ökonomischen Verhältnisse (vgl. seinen Aufsatz in diesem Heft!) zurechnen muß. Eine ganz andere Frage ist die Frage der Hegemonie im Bereich der Welt der Arbeit und ihrer Kultur.

¹⁰ Sabine Kebir: Antonio Gramscis Zivilgesellschaft. Alltag, Ökonomie, Kultur, Politik. Hamburg 1991, S. 58 ff.

verwandten Begriff der *società civile* ist geeignet, sowohl das Verhältnis dieser Sphäre zu ihrer Anatomie, zu ihrer ökonomischen Struktur genau zu bestimmen, als vor allem die Funktion dieser Sphäre, die Herstellung der Hegemonie, zu beschreiben. Die Reduktion des Begriffs verdeckt nicht die Verbindung dieser Sphäre zur Welt der gesellschaftlichen Arbeit, aber wie unter einer Lupe wird klar, welche Besonderheiten für diese Sphäre gelten.

Will man im Sinne der Marxschen Begrifflichkeit den Terminus hürgerliche Gesellschaft für den gesamten Bereich, der nicht zur unmittelbar politischen Gesellschaft gehört, festhalten, so könnte man für den Ort, wo bei Gramsci die *società civile* steht, versuchen, den Begriff der bürgerlichen Öffentlichkeit¹¹ zu setzen.

Die scheinbare Atomisierung der Gesellschaft durch die Zerschlagung der ständischen Organisation kommt zum Ausdruck in der Erklärung der Menschenrechte. Hier wird der allgemeine Begriff Mensch Anknüpfungspunkt für Status und Rechte.

Das darin liegende Prinzip der formalen Gleichheit der Menschen als Menschen ist geschichtlich mit dem Klasseninteresse des Bürgertums verbunden gewesen - das macht gerade das progressiv-revolutionäre Moment des frühen bürgerlichen Denkens aus. Die bürgerliche Klasse legt hier eine Dynamik frei, die über sie selbst hinausweist.

Ich brauche hier die Marxsche Kritik an der Form der hürgerlichen Gleichheit als der Gestalt, in der sich die soziale Ungleichheit mit naturgesetzlicher Gewalt durchsetzt, nicht zu wiederholen.¹² Ich glaube, ich habe gezeigt¹³, daß sie nicht Ausdruck einer Verachtung für die Menschenrechtsvorstellungen des demokratisch-revolutionären Bürgertums sind. Sie ist vielmehr Ausdruck des Bemühens, diese schwärmerischen Vernunftideale historisch festzumachen, durch den zwischen ihnen und der hürgerlichen Wirklichkeit aufgezeigten Widerspruch beide zu kritisieren, um auf dieser Grundlage die Möglichkeit zu schaffen, einen materialistisch begründeten Begriff der Menschenrechte zu entwickeln.

Antonio Gramsci verweist darauf, daß die Gewaltenteilung und wiederum besonders innerhalb der staatlichen Gewalten die Rechtsprechung Teile

¹¹ Vgl. Jürgen Habermas: Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft. Neuwied 1962, 2. A. 1965.

¹² Am 14. Juni 1791 wird im revolutionären Frankreich das Gesetz *Le Chapelier* verabschiedet: In Artikel 4 werden alle Arbeiterkoalitionen, Streikmaßnahmen und Arbeitskämpfbeschlüsse als verfassungswidrig und gegen die Menschenrechte verstößend erklärt, was ihre Nichtigkeit und Strafbarkeit zur Folge hat. Marzens Äußerung über die Menschenrechte im Ersten Bande des Kapital liest sich wie ein Kommentar zu diesem Gesetz: "Gleiche Exploitation der Arbeitskraft ist das erste Menschenrecht des Kapitals" Karl Marx, Friedrich Engels: Werke, Band 23, S. 309.

¹³ Johannes Henrich von Heiseler: Basisdemokratie - Selbstorganisation - sozialistische Perspektive. In: Jürgen Reusch (Hrsg.): Demokratisierung. Marxismus - Demokratie - alternative Strategie. IMSF, Frankfurt am Main 1990.

des hegemonialen Apparats sind.¹⁴ Gewaltenteilung und *rule of law*, in Deutschland Entwicklung des Rechtsstats mit subjektiven öffentlichen Rechten entspringt den Lebens- und Entfaltungsbedingungen der Bourgeoisie. Aber ebenso wie die hürgerliche Gesellschaft Potenzen enthält, die weit über die kapitalistisch verfaßte Herrschaftsstruktur hinausweisen, so gilt das auch für die Formen des demokratischen Rechtsstaats und der Gewaltenteilung. Die Gewaltenteilung war zunächst eine Porderung des Bürgertums gegenüber der monarchischen Gewalt: Der königlichen Regierung gegenüber sollte die Gesetzgebung und die Rechtsprechung unabhängig sein.

Die Forderung nach Gewaltenteilung war etwas ähnliches wie eine bürgerliche Mitbestimmungsforderung gegenüber dem Feudalstaat. Daher gibt es vergleichbare Entwicklungen in fast allen europäischen Ländern. In England wird die "Rule of Law" ein Kampfbegriff des Bürgertums. Unter den deutschen liberalen Rechtstheoretikern wird der Begriff des "Rechtsstaats" entwickelt, wobei zunächst der englische Begriff noch Pate steht.¹⁵ Es ist darauf hingewiesen worden, daß das Interesse an der Justizförmigkeit der Verwaltung etwas mit dem Bedürfnis des Handel und Gewerbe treibenden Bürgers an der Kalkulierbarkeit der Bedingungen innerhalb derer er seine Geschäfte betreibt, zu tun hat. Wie soll man denn einen Preis, wie soll man einen Durchschnittsprofit kalkulieren können, wenn die vom Staat gesetzten Bedingungen willkürlich, nach Laune und Finanzbedürfnis des Souveräns geändert werden können, wenn man nicht weiß, auf welcherart von Geschäften man sich einlassen kann, auf welche nicht? Es ist darum auch nicht zufällig, wenn von den liberalen Theoretikern im vorigen Jahrhundert

¹⁴ Antonio Gramsci: Philosophie der Praxis. Frankfurt 1967, S. 357; vgl. auch Sabine Kebir: Antonio Gramscis Zivilgesellschaft. Alltag, Ökonomie, Kultur, Politik. Hamburg 1991, S. 66.

¹⁵ Der Rechtsstaat ist nach Auffassung des damals auf diesem Gebiet führenden liberalen deutschen Juristen Otto Mayer "ein Staat, in dem durch die Trennung der Gewalten die Herrschaft des Gesetzes gesichert ist, auch für das Gebiet der Verwaltung, und zugleich für diese obrigkeitliche Aussprüche, Verwaltungsakte, vorgesehen sind, um im Einzelfalle zu bestimmen, was Rechtens sein und vollzogen werden soll. Diese Einrichtungen beruhen auf einer Entlehnung dessen, was in der vorausgehenden Entwicklungsstufe für die Justiz sich bereits bewährt hatte. Wir können also kurz sagen: der Rechtsstaat bedeutet die Justizförmigkeit der Verwaltung." Otto Mayer: Deutsches Verwaltungsrecht. 2.A. 1914., S. 63 f. Die Frage ist nach Mayer, ob der Bereich der staatlichen Verwaltung und der Bereich der Beziehungen zwischen Bürger und Staat lediglich durch Herrschaft, oder durch auf Gesetz beruhender Herrschaft gekennzeichnet ist. Der Gegensatz zum Rechtsstaat ist im liberalen Denken der Polizeistaat. Das Kriterium ist für die liberale Rechtslehre daher die Existenz von Recht, das über die Regelung des privaten Bereichs, der Konfliktzone im Reich der Individualinteressen zwischen den einzelnen Bürgern, das über diesen Bereich hinaus, den öffentlichen Bereich, die Konfliktzone zwischen den einzelnen Bürgern und der staatlichen Organisation regelt. "Hier ist denn für den Polizeistaat der Weisheit letzter Schluß, daß es ein solches Recht nicht gibt. Das öffentliche Recht ist kein Recht." Otto Mayer: Deutsches Verwaltungsrecht. 2.A. 1914, S. 48.

als Modell für das subjektive öffentliche Recht das Eigentumsrecht genommen wird.¹⁶

Das Eigentumsrecht ist das Recht des Privaten schlechthin. Das Eigentumsrecht als Modell für das subjektive öffentliche Recht und das subjektive öffentliche Recht als ein Strukturmoment des gesamten öffentlichen Rechts - das ist die rechtliche Reflexion der Tatsache, daß sich zwischen den Bereich des Hauses und den des Staates, zwischen Ökonomischem und Politischem ein Zwischenreich eingeschoben hat.¹⁷ Dieses Zwischenreich liegt also zwischen dem "alten" öffentlichen Bereich, der mit der politisch-staatlichen Sphäre identisch war und dem "alten" Bereich des Privaten. Es ist die neuartige, bürgerliche Öffentlichkeit, die von "privaten" Organisationen und Aktivitäten: Vereinen, Gesellschaften, kulturellen Bewegungen, "privater" Meinungsbildung, Parteien, Sportclubs und Bürgerinitiativen geprägt ist.

In der tatsächlichen Entstehung einer relativen Selbständigkeit dieses Zwischenreichs liegt ein wirkliches Argument für die Wortschöpfung "Zivilgesellschaft" in deutscher Sprache.¹⁸ Es ist die Entwicklung des Bürgertums, die dieses Zwischenreich schafft. Die Entwicklung der Zivilgesellschaft als Zwischenreich zwischen der politischen und der privaten Sphäre, in der sich die Kraftlinien beider kreuzen, ist die gesellschaftliche Ergänzung zu der Entwicklung des bürgerlichen Rechtsstaats, zur Durchsetzung privater Regulierungsprinzipien im Bereich des öffentlichen Rechts. Klassisch wird das ausgedrückt durch Carl Friedrich Gerber in der Mitte des vorigen Jahrhunderts, der Pate bei dem Begriff des subjektiven öffentlichen Rechts stand: "... das öffentliche Recht beruht weniger auf principiellen objektiven Normen als auf der sachgemäßen Ausübung von Individualrechten, die in Bezug auf Klarheit, Bestimmtheit und Fähigkeit zur gerichtlichen Geltendmachung den Privatrechten nicht nachstehen."¹⁹ Die Entstehung einer Zivilgesellschaft ist Moment des gleichen großen geschichtlichen Prozesses, der zur Entstehung von Justizförmigkeit der Verwaltung, Heraushildung subjektiver öffentlicher Rechte, Verwaltungsgerichtsbarkeit, bürgerlichem Rechtsstaat führt. So wie dieser Prozeß den Raum für demokratische Bewegungsformen schafft, aber sie noch nicht selbst hervorbringt, so entsteht mit der Zivilgesellschaft der Raum für den Kampf um eine alternative Hegemonie, aber noch nicht diese selbst.

Gegen diese Art der Verwendung des Begriffs kann nicht eingewandt werden, daß sie unzulässigerweise Wertungen in die begrifflichen Instrumente hineintrage. Zivilgesellschaft ist ein historischer Begriff, er läßt sich nicht

¹⁶ Vgl. dazu vor allem die Überlegungen von Max Weber in: Max Weber: Wirtschaft und Gesellschaft. Tübingen 1. A. 1922 (mit vielen Nachauflagen), S. 368 ff. S. 386 ff. S. 603 ff.

¹⁷ Sabine Kebir: Antonio Gramscis Zivilgesellschaft. Alltag, Ökonomie, Kultur, Politik. Hamburg 1991, S. 66

¹⁸ So begründet letztlich Sabine Kebir ihren Gebrauch dieses Wortes.

¹⁹ Carl Friedrich Gerber: Über öffentliche Rechte. 1852. S. 20.

übergeschichtlich verwenden. Es gibt in der Geschichte der Menschheit unterschiedliche Formen und Orte der Konsensbildung. Wird jeder Ort der Konsensbildung mit "Zivilgesellschaft" bezeichnet (um Wertungen zu vermeiden), so verliert das Wort "Zivilgesellschaft" jede begriffliche Schärfe. Verlust an Geschichtlichkeit ist noch immer Begriffsverlust.

Wir benutzen also diesen Ausdruck, indem wir stets daran zu erinnern suchen, daß "zivil" eben etwas mit der progressiven und widersprüchlichen Entwicklung des Bürgertums zu tun hat.²⁰ In ihm konnte sich nicht nur noch zur Zeit der herrschenden feudalen Gewalten ein neuartiges, revolutionär-bürgerliches Wertesystem²¹ herausbilden. Gramsci untersucht gerade auch die andere Seite: Als es der zur Herrschaft gekommenen Bourgeoisie nach einigen Jahrhunderten schiefer und mißglückter Versuche gelingt, eine relativ stabile Form ihrer Regierung aufzubauen, beruht die Stabilität eben darauf, daß nun, nach der Umformung der ganzen Gesellschaft nach bürgerlichem Bilde, die Zivilgesellschaft als Hauptort der Konsensbildung nicht beseitigt wird. Er bleibt bestehen, wird ausgebaut und verschränkt mit der politischen Sphäre und hält das "Konsenspotential für Krisenzeiten"²² bereit.

Gramscis Begriff der Zivilgesellschaft ist daher ein zutiefst kritischer Begriff. Er eignet sich in hervorragender Weise, um die Formen der Dominanz zu untersuchen, die nicht oder nicht in erster Linie oder nicht allem auf staatlicher Zwangsgewalt beruhen. Die Konsensbildung als Grundlage der Herrschaft von bornierten Privatinteressen: Das ist ein aktuelles und faszinierendes Thema.²³

Der Begriff der Zivilgesellschaft ist ein Begriff, der sich dazu eignet, die widersprüchlichen Bedingungen des Prozesses der gesellschaftlichen Konsensbildung zu untersuchen. Im Bereich der Zivilgesellschaft wirken die Mechanismen, die die Hegemonie der noch Herrschenden sichern. Aber die Zivilgesellschaft ist zugleich die Arena, wo (wenn auch bislang nicht ausreichend oder verformt und umfunktioniert) neue Bedürfnisse ihren Ausdruck finden können. Sie ist der Ort, wo der Kampf um die Hegemonie ausgetragen wird.

Gramscis Begriff rechtfertigt keinen zynischen Pessimismus. Er öffnet den Blick für die neuen Unmöglichkeiten bei der Strategie gesellschaftlichen

²⁰ Was die Argumentation von Klaus Bochmann (vgl. Fußnote 1) angeht, so ist sie so falsch nicht, auch wenn sich ganz andere Schlußfolgerungen ergeben. Es sei daran erinnert, daß ebenso die Herausbildung eines "Zivilrechts" die in der Stellung der Bourgeoisie angelegte Abstraktionsform, die kennzeichnend erst für das bürgerliche Recht ist, und ohne die das Bürgertum seine Interessen nicht durchsetzen kann, voraussetzt und daß der Begriff der "Zivilcourage" als klassenspezifischer bürgerlicher Gegenbegriff zur adeligen Tugend des Muts im Dienst entstand.

²¹ Michel Vovelle: Die Französische Revolution. Soziale Bewegung und Umbruch der Mentalitäten. München 1982. Frankfurt 1985.

als Modell für das subjektive öffentliche Recht das Eigentumsrecht genommen wird.¹⁶

Das Eigentumsrecht ist das Recht des Privaten schlechthin. Das Eigentumsrecht als Modell für das subjektive öffentliche Recht und das subjektive öffentliche Recht als ein Strukturmoment des gesamten öffentlichen Rechts - das ist die rechtliche Reflexion der Tatsache, daß sich zwischen den Bereich des Hauses und den des Staates, zwischen Ökonomischem und Politischem ein Zwischenreich eingeschoben hat.¹⁷ Dieses Zwischenreich liegt also zwischen dem "alten" öffentlichen Bereich, der mit der politisch-staatlichen Sphäre identisch war und dem "alten" Bereich des Privaten. Es ist die neuartige, hürgerliche Öffentlichkeit, die von "privaten" Organisationen und Aktivitäten: Vereinen, Gesellschaften, kulturellen Bewegungen, "privater" Meinungsbildung, Parteien, Sportclubs und Bürgerinitiativen geprägt ist.

In der tatsächlichen Entstehung einer relativen Selbständigkeit dieses Zwischenreichs liegt ein wirkliches Argument für die Wortschöpfung "Zivilgesellschaft" in deutscher Sprache.¹⁸ Es ist die Entwicklung des Bürgertums, die dieses Zwischenreich schafft. Die Entwicklung der Zivilgesellschaft als Zwischenreich zwischen der politischen und der privaten Sphäre, in der sich die Kraftlinien beider kreuzen, ist die gesellschaftliche Ergänzung zu der Entwicklung des bürgerlichen Rechtsstaats, zur Durchsetzung privater Regulierungsprinzipien im Bereich des öffentlichen Rechts. Klassisch wird das ausgedrückt durch Carl Friedrich Gerber in der Mitte des vorigen Jahrhunderts, der Pate bei dem Begriff des subjektiven öffentlichen Rechts stand: ".. das öffentliche Recht beruht weniger auf principiellen objektiven Normen als auf der sachgemäßen Ausübung von Individualrechten, die in Bezug auf Klarheit, Bestimmtheit und Fähigkeit zur gerichtlichen Geltendmachung den Privatrechten nicht nachstehen."¹⁹ Die Entstehung einer Zivilgesellschaft ist Moment des gleichen großen geschichtlichen Prozesses, der zur Entstehung von Justizförmigkeit der Verwaltung, Herausbildung subjektiver öffentlicher Rechte, Verwaltungsgerichtsbarkeit, hürgerlichem Rechtsstaat führt. So wie dieser Prozeß den Raum für demokratische Bewegungsformen schafft, aber sie noch nicht selbst hervorbringt, so entsteht mit der Zivilgesellschaft der Raum für den Kampf um eine alternative Hegemonie, aber noch nicht diese selbst.

Gegen diese Art der Verwendung des Begriffs kann nicht eingewandt werden, daß sie unzulässigerweise Wertungen in die begrifflichen Instrumente hineinbragt. Zivilgesellschaft ist ein historischer Begriff, er läßt sich nicht

¹⁶ Vgl. dazu vor allem die Überlegungen von Max Weber in: Max Weber: Wirtschaft und Gesellschaft. Tübingen 1. A. 1922 (mit vielen Nachauflagen), S. 368 ff. S. 386 ff. S. 603 ff.

¹⁷ Sabine Kebir: Antonio Gramscis Zivilgesellschaft. Alltag, Ökonomie, Kultur, Politik. Hamburg 1991, S. 66

¹⁸ So begründet letztlich Sabine Kebir ihren Gebrauch dieses Wortes.

¹⁹ Carl Friedrich Gerber: Über öffentliche Rechte. 1852. S. 20.

übergeschichtlich verwenden. Es gibt in der Geschichte der Menschheit unterschiedliche Formen und Orte der Konsensbildung. Wird jeder Ort der Konsensbildung mit "Zivilgesellschaft" bezeichnet (um Wertungen zu vermeiden), so verliert das Wort "Zivilgesellschaft" jede begriffliche Schärfe. Verlust an Geschichtlichkeit ist noch immer Begriffsverlust.

Wir benutzen also diesen Ausdruck, indem wir stets daran zu erinnern suchen, daß "zivil" eben etwas mit der progressiven und widersprüchlichen Entwicklung des Bürgertums zu tun hat.²⁰ In ihm konnte sich nicht nur noch zur Zeit der herrschenden feudalen Gewalten ein neuartiges, revolutionär-bürgerliches Wertesystem²¹ heraushilden. Gramsci untersucht gerade auch die andere Seite: Als es der zur Herrschaft gekommenen Bourgeoisie nach einigen Jahrhunderten schiefer und mißglückter Versuche gelingt, eine relativ stabile Form ihrer Regierung aufzubauen, beruht die Stabilität eben darauf, daß nun, nach der Umformung der ganzen Gesellschaft nach bürgerlichem Bilde, die Zivilgesellschaft als Hauptort der Konsensbildung nicht beseitigt wird. Er bleibt bestehen, wird ausgebaut und verschränkt mit der politischen Sphäre und hält das "Konsenspotential für Krisenzeiten"²² bereit.

Gramscis Begriff der Zivilgesellschaft ist daher ein zutiefst kritischer Begriff. Er eignet sich in hervorragender Weise, um die Formen der Dominanz zu untersuchen, die nicht oder nicht in erster Linie oder nicht allein auf staatlicher Zwangsgewalt ruhen. Die Konsensbildung als Grundlage der Herrschaft von bornierten Privatinteressen: Das ist ein aktuelles und faszinierendes Thema.²³

Der Begriff der Zivilgesellschaft ist ein Begriff, der sich dazu eignet, die widersprüchlichen Bedingungen des Prozesses der gesellschaftlichen Konsensbildung zu untersuchen. Im Bereich der Zivilgesellschaft wirken die Mechanismen, die die Hegemonie der noch Herrschenden sichern. Aber die Zivilgesellschaft ist zugleich die Arena, wo (wenn auch bislang nicht ausreichend oder verformt und umfunktioniert) neue Bedürfnisse ihren Ausdruck finden können. Sie ist der Ort, wo der Kampf um die Hegemonie ausgetragen wird.

Gramscis Begriff rechtfertigt keinen zynischen Pessimismus. Er öffnet den Blick für die neuen Unmöglichkeiten bei der Strategie gesellschaftlichen

²⁰ Was die Argumentation von Klaus Bochmann (vgl. Fußnote 1) angeht, so ist sie so falsch nicht, auch wenn sich ganz andere Schlußfolgerungen ergeben. Es sei daran erinnert, daß ebenso die Herausbildung eines "Zivilrechts" die in der Stellung der Bourgeoisie angelegte Abstraktionsform, die kennzeichnend erst für das bürgerliche Recht ist, und ohne die das Bürgertum seine Interessen nicht durchsetzen kann, voraussetzt und daß der Begriff der "Zivilcourage" als klassenspezifischer bürgerlicher Gegenbegriff zur adeligen Tugend des Muts im Dienst entstand.

²¹ Michel Vovelle: Die Französische Revolution. Soziale Bewegung und Umbruch der Mentalitäten. München 1982. Frankfurt 1985.

Gramscis Begriff rechtfertigt keinen zynischen Pessimismus. Er öffnet den Blick für die neuen Unmöglichkeiten bei der Strategie gesellschaftlichen Wandels (Unmöglichkeit der *Révolution à la russe*), aber auch für die neuen Möglichkeiten.

Es bleibt die Frage, warum sich in den Gesellschaften des Ostens eine Zivilgesellschaft nicht oder nur unzureichend entwickelt hat²⁴. Von den großen bürgerlichen russischen Historikern ist ein interessanter Gedanke geäußert worden, den Trotzki²⁵ dann wiederholt und erweitert hat. Danach unterscheidet sich die russische Geschichte von der englischen und französischen unter anderem dadurch, daß eine gesellschaftliche Problemstellung schon entsteht, bevor die Lösungsbedingungen dafür vorhanden sind. So treten die Vertreter einer geschichtlichen Kraft auf der russischen Bühne immer wieder schon auf, bevor diese Kraft selbst da ist. Bevor ein entwickeltes Bürgertum erscheint, treten die Dekabristen als gleichsam als vorweggenommene Vertreter auf, bevor das russische Bauerntum seiner Interessen politisch bewußt wird, erscheinen die *Narodniki* als dessen Vertreter und vor dem Augenblick, in dem sich die russische Arbeiterklasse sozial und vor allem politisch konstituiert, treten die russischen marxistischen Intellektuellen an dessen Stelle auf.

So problematisch dieser Gedanke ist, wenn man daraus eine ganze Geschichtssystematik konstruieren will, so ist doch jedenfalls die Kombination von historischem Rückstand und Vorgriff auf Probleme des übermorgen für die russische Geschichte kennzeichnend. So wird eine der ersten modernen Revolutionen, der Versuch, aus dem Kapitalismus auszubrechen, unter Bedingungen unternommen, die in anderen Ländern schon überholt sind.

Unter anderem ergibt sich daraus, daß sich das Problem der Erkämpfung der Hegemonie in der Sphäre der Öffentlichkeit nicht so stellte, wie im Westen.²⁶ Das heißt aber auch, man war nicht genötigt, sich auf die Dialektik der bürgerlichen Gesellschaft einzulassen, die erfordert hätte, die immanente Fortschrittlichkeit des Formensystems dieser Gesellschaft im Sinne einer Zivilisierung²⁷ gegen ihre bornierten Inhalte zu entwickeln. Die Unterentwicklung des demokratischen Moments in dem Versuch, eine

²⁴ Vgl. die Beiträge von Holger Burmeister und Harald Neubert in diesem Band!

²⁵ In einem Artikel in *Kiewskaja Mysl* 1912, in: Lew D. Trotzki: *Sotschinenija*, Band XX (*Kultura Starogo Mira*). Moskau 1926, S. 327-342. Zitiert nach Isaac Deutscher: *Trotzki*, Band I. *Der bewaffnete Prophet. 1879-1921*. Stuttgart 1962, S. 184-187. Ein ähnlicher Gedanke schon in N. Trotzki: *Naschi Polititscheskie Sadatschi*. Genf 1904, deutsch jetzt in: Leo Trotzki: *Schriften*. Hrsg. v. Helmut Dahmer, Rudolf Segall und Reiner Trosstorff, Band 4, Berlin (Rasch und Röhring) 1989; dazu Deutscher, l.c. S. 96.

²⁶ Einigermaßen anders wohl in der Tschechoslowakei und in der Sowjetischen Besetzungszone Deutschlands in der ersten Zeit nach dem Kriege, weshalb ein genaues Studium dieser Phase wahrscheinlich aufschlußreich ist.

²⁷ Im Sinne der Entwicklung von Zivilisierung aus menschlicher Vernunft, in der Entwicklung der Dialektik des oben zitierten Aufklärers Holbach: "La raison humaine n'est pas encore suffisamment exercée; la civilisation des peuples n'est pas encore terminée."

sozialistische Gesellschaft aufzubauen, scheint mir sehr viel mehr mit den besonderen Bedingungen der russischen Wirklichkeit zusammenzuhängen, als mit einer derartigen theoretischen Tradition im marxistischen Denken, auch wenn unter anderem auch eine solche Denktradition nachweisbar ist.

In dem sowjetischen Modell eines Versuchs der Entwicklung einer sozialistischen Gesellschaft entstand eine Zivilgesellschaft im Sinne Gramscis nicht als organischer Bestandteil der neuen Gesellschaft, sondern als Gegenwelt. In der in der Krise der Länder, die nach dem sowjetischen Vorbild organisiert waren, neu entstandenen Zivilgesellschaft lag deshalb auch keine strategische Reserve der Konsensbildung für die dort herrschende Ordnung. Das wird deutlich daran, daß, als der Versuch unternommen wird, Öffentlichkeit²⁸ als Moment in diese Gesellschaft einzuführen, diese Öffentlichkeit nach kurzer Zeit beherrscht wird von denjenigen, für die zivilisatorischer Fortschritt nur das Kürzel für die Rückkehr zu einer Gesellschaft eines kapitalistisch strukturierten Marktmodells ist.

Dem Mangel an Demokratie entsprach die nur embryonal oder nur als Gegenwelt vorhandene Zivilgesellschaft. Hier liegt die innere Logik des Zusammenbruchs, der in letzter Instanz ein Zusammenbruch der kulturellen und politischen Grundlagen war. Hier liegt der Grund dafür, daß dieses Modell keine inneren Entwicklungskräfte mehr besaß, mit Hilfe derer der Durchbruch zu einer menschlichen Gesellschaft, d.h. vergesellschafteten Menschheit möglich gewesen wäre.²⁹

In der DDR hatte sich eine Zivilgesellschaft als Gegenwelt zum regierenden politischen System herausgebildet. Schon eine Weile vor dem Zusammenbruch war zu beobachten, wie einerseits eine kritische Öffentlichkeit keineswegs nur illegal, sondern in der offenen akademischen Diskussion, die nicht auf universitäre Kreise beschränkt war - entstanden war, andererseits aber diese Öffentlichkeit mit der Öffentlichkeit, wie sie sich in Rundfunk und Presse darstellte, so gut wie keinen Ausdruck fand. Beim Lesen der Berichterstattung über die Diskussionsveranstaltung vom Vortag, an der man teilgenommen hatte, konnte man auf den Gedanken kommen, es handele sich um zwei verschiedene Veranstaltungen. Zwischen dem Bereich der Gegenöffentlichkeit und der quasi-staatlichen Öffentlichkeit stand eine hohe Mauer. Für eine historische Sekunde sah es so aus, als sei eine neue Zivilgesellschaft entstanden: Bürgerbewegungen, Runde Tische, kritische Öffentlichkeit, ein grundlegend sowohl gegen eine undemokratisch-zentralistisch organisierte Staatswirtschaft wie gegen die Übernahme des westdeutschen Modells der Herrschaft der Kapitalinteressen gerichteter Konsens. Die Illusion zerfiel rasch, als deutlich wurde, daß die demokratischen Bewegungen, daß die zivilgesellschaftlichen Strukturen tatsächlich,

²⁸ "Glasnost" kommt von *golos*, der Stimme, mit der etwas bekannt gemacht wird.

²⁹ Wenn das stimmt, ergeben sich z.T. durchaus andere Schlußfolgerungen als bei der im übrigen scharfen Analyse von Heinz Jung.

entgegen ihren Intentionen, die Tür für die kapitalistische Restauration geöffnet hatten.

Dabei spielt eine wichtige Veränderung eine Rolle. So wie durch den kapitalistischen Weltmarkt die Welt real zu einer einheitlichen Welt geworden ist, so wie aus Universalgeschichte Weltgeschichte geworden ist, so hat auch die Zivilgesellschaft Züge erhalten, die globaler Art sind. Die Abschottung der Öffentlichkeit eines Landes von der der andern ist nur noch sehr begrenzt wirksam und so gut wie ganz unwirksam, wenn keine Sprachbarrieren dazwischen treten. Probleme der Entwicklung der Zivilgesellschaft heute müssen immer die Hegemonialverhältnisse auf der globalen Ebene mitreflektieren. Freilich gilt das auch umgekehrt für die Entwicklung alternativer Kultur³⁰.

Die Momente der Zivilgesellschaft, die sich in der Krise des Sozialismus in der DDR entwickelt hatten, wurden drastisch beschränkt, beschnitten, enthaupet. Dem politischen und ökonomischen Sieg des Kapitals folgt schlüssig der Versuch, die Besiegten - und das sind Kräfte, die in der früheren DDR auf beiden Seiten standen, aber jetzt die Niederlage teilen - moralisch zu besiegen. Die Umbenennung der Straßennamen ist vielleicht etwas, das im Sinne der hloßen Politik nicht so wichtig ist, aber im Bereich der Zivilgesellschaft spielt eine solche "Kleinigkeit" eine Rolle. Die Kriminalisierung von Handlungen, die der früheren Legalität entsprachen, ist ebenso folgerichtig. Die Auflösung ganzer wissenschaftlicher Einrichtungen gehört zur gleichen Logik. Ebenso gehört dazu die Übertragung der Direktionsgewalt über Verlage, Zeitschriften und Zeitungen an westliche Verleger vom Typ des Murdoch- oder des Springer-Konzerns. Bei der Beschreibung dieses Prozesses kann es nicht darum gehen, alles, was jetzt von der herrschenden Klasse attackiert oder beseitigt wird, schon deshalb zu unterstützen und zu verteidigen. Einiges gehörte darunter, was Entwicklung in Richtung Sozialismus blockierte und zum Sturz der dortigen Gesellschaft beitrug. Es kommt aber darauf an, die innere Logik dieses Prozesses zu entschlüsseln.

Der Vorgang hat bisher noch kein Beispiel in der bisherigen Geschichte. Die Pariser Commune hatte nur 70 Tage gedauert, ihr Sturz endete schlicht mit einem Massaker. Das konnte kein Vorbild für die "Zivilisierung" der DDR (und der anderen osteuropäischen Länder) sein. Um so erstaunlicher ist (gewisse Entgleisungen eingerechnet) die Zielsicherheit und Präzision, mit der die Mechanismen des herrschenden Systems wirken. Die Gewinnung einer dauerhaften Hegemonie setzt voraus, daß die dort entstehende Zivilgesellschaft eine dementsprechende Form aufweist. Was unter den Verhältnissen der DDR aufgestanden war als Gegenwelt prosozialistischer Kritik, als kritische Gegen-Öffentlichkeit gegen eine Gesellschaft, deren sozialistische Zielsetzung mit dem genetischen

³⁰ Vgl. den Beitrag von Renate Holub in diesem Band!

Mangel an Demokratie verbunden war, das wird jetzt ebenso niedergemacht,³¹ wie alle widerständigen Momente aus der sozialistischen SED-Tradition. Die Aufgabe, alle in die Zukunft weisenden Momente dieser Entwicklung in eine neue gesamtdeutsche, ost-westdeutsche Kultur zu übernehmen, steht noch bevor.

Nachdenken über Probleme der Zivilgesellschaft heute muß sich vor allem zwei Themenkreisen zuwenden. Der eine Kreis ist die Auseinandersetzung mit der durch die neuen Medien und Informationstechnologien völlig veränderte Struktur von jeder Art von Öffentlichkeit. Die gegenwärtigen Veränderungen werden oft mit der Erfindung des Buchdrucks mittels beweglicher Lettern zu Beginn der Neuzeit verglichen. Ich meine, dieser Vergleich kennzeichnet die Situation nicht radikal genug. Die Veränderungen, in deren Mitte wir stehen, und die noch nicht zu Ende sind, sind vergleichbar mit der Erfindung der Schrift zum Zeitpunkt des Übergangs zu Klassengesellschaften (Hochkulturen des fruchtbaren Halbmonds). Es ist auch unsere Aufgabe, dazu beizutragen, daß die heutigen Veränderungen nicht am Ende der Geschichte der Menschheit als Gattung stehen, sondern einmal genutzt werden können für die ersten Wege aus dem Gehäuse jener Zivilisation, die die bisherigen Jahrtausende immer auf dem Kommando über fremde Arbeit beruhte. Der zweite Themenkreis, den man durchschreiten muß, wenn man heute über Zivilgesellschaft nachdenkt, ist die Frage der mit der Arbeit zusammenhängenden Kultur.³² Die Frage des Verhältnisses von politischer Demokratie und Arbeitsplatz, die Frage einer Demokratie der Arbeit hat eine Entsprechung auf dem Felde des Kampfes um Hegemonie. Hier stößt das Nachdenken über die Zivilgesellschaft heute in den Kernbereich von Herrschaftsverhältnissen der kapitalistischen Gesellschaft. Und hier erweist es sich, wie wichtig dies Nachdenken ist, um den unfruchtbaren Gegensatz zwischen ökonomistischen Tagesproblemen und revolutionären (oder heute: "transformationellen") Feiertagsreden aufzubrechen.

³¹ So wenn in einem Ausschuß des Deutschen Bundestags der Abgeordnete Jutta Braband (Vereinigte Linke, über die PDS-Liste gewählt) von einem CDU-Mitglied gesagt wird: "Das hätten Sie in Ihrem Staat sagen sollen - Sie wären dafür ins Gefängnis gekommen!" Worauf ihr nichts übrig bleibt, als darauf hinzuweisen, daß sie und nicht er es war, die neun Monate Haft in der DDR für politische Tätigkeit verbüßt hat.

³² Vgl. hierzu den Beitrag von Reiner Peters-Ackermann in diesem Heft!

Parasitismus und Selbsttätigkeit

Zur Fordismus- und Zivilgesellschaftsanalyse bei Gramsci

In den Gefängnisheften notiert Gramsci, daß sich schon bei Hegel eine Analyse des Vereinswesens, der Verbände und Parteien findet. Zwar konnte Hegel noch nicht auf ein reiches Anschauungsmaterial der bürgerlichen Gesellschaft zurückgreifen, dennoch bestimmt er diesen Bereich bereits als das "private Gewebe des Staates"¹. Die ausführliche Auseinandersetzung mit diesen gesellschaftlichen Phänomenen, wobei Gramsci sich auf die entwickelten Verhältnisse der kapitalistischen Hauptländer beziehen konnte, verdichtet sich in der These von der Zivilgesellschaft, ohne deren Kenntnis und Anwendung auf konkrete Verhältnisse die politisch-kulturellen Strukturen und Entwicklungen nicht erfaßt werden können.

Der parlamentarische Staat und das private Gewebe

Gramsci erkennt bei Hegel Ansätze zu einer Theorie des parlamentarischen Staates mit seinem Parteienregime; zugleich drückt sich ein bestimmtes Erkenntnisinteresse aus: Da Hegel und auch Marx keine reichhaltigen historischen Erfahrungen hatten, lohnt es sich, dieses private Gewebe des Staates genauer zu durchdringen. Immerhin, so Gramsci, findet sich bei Hegel schon das Grundproblem: "Regierung mit dem Konsens der Regierten, aber mit dem organisierten Konsens, nicht mit einem allgemeinen und vagen, wie er sich zum Zeitpunkt der Wahlen äußert: der Staat hat und verlangt den Konsens, aber er 'erzieht' auch zu diesem Konsens mittels der politischen und gewerkschaftlichen Vereinigungen, die jedoch private, der Privatinitiative der führenden Klasse überlassene Organismen sind... (Hegels) Auffassung von Vereinigung ist zwangsläufig noch vage und primitiv, angesiedelt zwischen dem Politischen und dem Ökonomischen, der historischen Erfahrung seiner Zeit gemäß, die noch sehr beschränkt war und nur ein einziges vollendetes Beispiel von Organisiertheit besaß, das 'korporative' (auf die Wirtschaft aufgepfropfte Politik)."²

Diese Bemerkungen umreißen die Bandbreite der aktuellen Interpretationsansätze. Welche Beziehung besteht zwischen Zivilgesellschaft und Produktionsweise? Stellt das "private Gewebe" eine formationsspezifische Erscheinung der kapitalistischen Gesellschaft dar oder handelt es sich um eine Kategorie, die mehreren Gesellschaftsformationen gemeinsam ist?

¹ Antonio Gramsci: Gefängnishefte Band 1. Hamburg 1991, S. 117

² Antonio Gramsci: Gefängnishefte Band 1. Hamburg 1991, S. 118

Zwischen Ökonomie und Politik

Angesichts populärer Gemeinplätze über das Ende der Arbeitsgesellschaft und das Verschwinden des Produktionsparadigmas herrscht eher eine Ausgrenzung von ökonomischen und formationsspezifischen Zusammenhängen vor. So konstatiert z.B. Habermas eine "inzwischen gängige Bedeutung des Ausdrucks 'Zivilgesellschaft', die, anders als die moderne, seit Hegel und Marx übliche Übersetzung von 'societas civilis' in 'bürgerliche Gesellschaft', die Sphäre einer über Arbeits-, Kapital- und Gütermärkte gesteuerten Ökonomie nicht mehr einschließt. In den einschlägigen Publikationen sucht man freilich vergeblich nach klaren Definitionen. Den institutionellen Kern der 'Zivilgesellschaft' bilden jedenfalls nicht-staatliche und nicht-ökonomische Zusammenschlüsse auf freiwilliger Basis, die, um nur unsystematisch einige Beispiele zu nennen, von Kirchen, kulturellen Vereinigungen und unabhängigen Medien, Sport- und Freizeitvereinen, Debattierclubs, Bürgerforen und Bürgerinitiativen bis zu Berufsverbänden, politischen Parteien, Gewerkschaften und alternativen Einrichtungen reichen."³

Die theoretisch-politische Auseinandersetzung erstreckt sich weniger auf den Erscheinungsbereich des "privaten Gewebes" als auf das Problem, in welchem Umfang die Kenntnisse über ökonomische Strukturzusammenhänge selbst Bedingung für die Analyse dieses Bereichs sind. Damit wird zugleich die Bedeutung dieser Kategorie für die Analyse und Gesellschaftstheorie deutlich: In Absetzung von einer bestimmten Tradition von Kapitalismusanalyse erscheint der Begriff 'Zivilgesellschaft' besonders tauglich zur Erfassung einer Gesellschaftsformation, in der Erwerbsarbeit und das Produktionsparadigma längst ihre Schlüsselstellung verloren hätten. Diese betont nicht-ökonomistische Herangehensweise hat freilich einen deutlichen Schwachpunkt; ohne Anbindung an ökonomische Ressourcen, daher den materiellen Reproduktionsprozeß, ist die gesellschaftliche Wirksamkeit von Kirchen, Medien, Sport- und Freizeitverbänden etc. kaum zu entschlüsseln. Bei großen Teilen der Presse und einigen gewichtigen Segmenten des Sports handelt es sich zudem um gewöhnliche Kapitalanlagesphären, sodaß die Eingrenzung auf "nicht-ökonomische" Zusammenschlüsse einigermaßen fragwürdig wird. Eine solche Absetzung wird bestenfalls verständlich gegenüber der lange Zeit verbreiteten Behauptung, mit der Aufdeckung der ökonomischen Strukturen der zivilgesellschaftlichen Institutionen seien zugleich deren gesellschaftliche Relevanz und Wirksamkeit fixiert. Jene Einseitigkeit gegenüber den komplexen Vermittlungszusammenhängen zwischen den Grundstrukturen des materiellen Reproduktionsprozesses und zivilgesellschaftlichen Organisationen sollte nicht mit einer neuen Einseitigkeit beantwortet werden, der zufolge die

³ Jürgen Habermas: Strukturwandel der Öffentlichkeit. Vorwort zur Neuauflage, Frankfurt/Main 1990, S. 46

ökonomischen Strukturen für unerheblich erklärt werden. Es geht, wie Sabine Kebir zurecht feststellt, um die theoretische Reproduktion der Verschränkung von sozioökonomischer Basis, 'Zivilgesellschaft' und Staat.⁴

Die Zivilgesellschaft markiert die Sphäre der Vermittlung zwischen den Produktions- und Verkehrsverhältnissen einerseits und der 'società politica', der politisch-staatlichen Sphäre andererseits. Verschiedene Bestimmungen von Antonio Gramsci zusammenfassend, stellt Kebir folgende Aspekte dieser Kategorie fest: "Sie beinhaltet nicht nur die als Konsequenz des - das Individuum in die Verantwortung ziehenden - allgemeinen Wahlrechts in Westeuropa errungenen politischen Rechte der Staatsbürger, sondern auch alle im weitesten Sinne kulturellen Faktoren, jene Aktivitäten, die heute unter die Formel juristisch indifferent fallen, die unter der Herrschaft der Zivilgesellschaft sind, welche ohne Sanktionen und ohne genaue Verpflichtungen wirkt, die aber dennoch einen kollektiven Druck ausübt und objektive Resultate bei der Ausarbeitung von Sitten, Denk- und Handlungsweisen, in der Moral usw. bekommt'. Zur Zivilgesellschaft sind die 'sogenannten privaten Organisationen' zu rechnen, wie 'die Kirche, die Gewerkschaften, die Schulen'. 'Die Presse ist der dynamischste Teil dieser ideologischen Basis, aber nicht der einzige: Alles, was direkt oder indirekt die öffentliche Meinung beeinflussen kann, gehört ihr an: die Bibliotheken, die Schulen, die Zirkel und Clubs verschiedener Art bis hin zur Architektur, zur Anlage der Straßen und Straßennamen'.⁵

Ausgehend von dieser Bestimmung kann auch die Argumentation zurückgewiesen werden, daß zwischen dem von Marx in Übereinstimmung mit der politischen Ökonomie zugrundegelegten Begriff der 'bürgerlichen Gesellschaft' und der von Gramsci hervorgehobenen Bedeutung der 'zivilen Gesellschaft' ein grundlegender Gegensatz bestehe. "Gramsci hat die Determinierung der Zivilgesellschaft durch die sozioökonomische Basis und die politische Gesellschaft durchaus gesehen und beschrieben.⁶ Gerade weil es in der Sphäre der Zivilgesellschaft um die Ausformulierung, Ausgestaltung und gesellschaftliche Durchsetzung von Wertorientierungen, d.h. Denk- und Vorstellungsweisen, geht, ist es zunächst wichtig, sich der Auffassungsweisen über die ökonomischen Fundamentalstrukturen zu versichern.

Es ist gerade für die kapitalistische Gesellschaftsformation charakteristisch, daß die gesellschaftlichen Beziehungen und Bedeutungen in gegenständliche Qualitäten der Sachen aufgelöst werden, die vermeintlich erst durch die Konkurrenz der Wirtschaftssubjekte in gesellschaftliche Bewegung und Verkehr gebracht werden. Diese eigentümlich verrückten Vorstellungen oder transponierten Bewußtseinsstrukturen sind für das All-

⁴ Sabine Kebir: Gramscis Zivilgesellschaft, Hamburg 1991, vor allem Kapitel 4, S. 58ff.

⁵ Sabine Kebir: Gramscis Zivilgesellschaft, Hamburg 1991, S. 19

⁶ Sabine Kebir: Gramscis Zivilgesellschaft, Hamburg 1991, S. 59

tagsbewußtsein der Ausgangspunkt weitergehender Beurteilungen und Bewertungen. Marx' Anspruch bestand keineswegs darin, Strukturen und Bewegungen in der zivilen und politischen Gesellschaft ausschließlich auf ökonomische Zusammenhänge zurückzuführen; die Konstitution von Alltagsbewußtsein, die gesellschaftliche Auseinandersetzung um Wertorientierungen, Moral etc., die politische "Besetzung" von gesellschaftlichen Problemfeldern mit spezifisch semantischen Bedeutungen und Symbolen etc. - all diese wesentlichen Operationen setzen selbst schon eine verdrehte, mystifizierte Vorstellung von dem ökonomischen Gesamtproduktionsprozeß der hürgerlichen Gesellschaft voraus. Deshalb ist die Kenntnis des transponierten Alltagsbewußtseins für jede Analyse politischer Prozesse eine wesentliche Voraussetzung. Gleichmaßen unterstellen die Aktivitäten im "privaten Gewebe" wie in der eigentlich politisch-staatlichen Sphäre nicht nur den ökonomischen Reproduktionsprozeß, sondern auch eine entsprechende Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums. Die Untersuchung, in welcher Weise die privaten Organisationen aus dem gesellschaftlichen Verkehr hervorgehen, heißt eben nicht, alle Aspekte auf rein ökonomische Aspekte zurückzuführen.

Marx war sich grundsätzlich über die Bedeutung der zivilgesellschaftlichen Strukturen im klaren. "Auf den verschiedenen Formen des Eigentums, auf den sozialen Existenzbedingungen erhebt sich ein ganzer Überbau verschiedener und eigentümlich gestalteter Empfindungen, Illusionen, Denkweisen und Lebensanschauungen."⁷ Die verschiedenen Klassen schaffen und gestalten diese Überbaustrukturen ausgehend von den materiellen Grundlagen, den diesen entsprechenden gesellschaftlichen Verhältnissen und den diesen Zusammenhängen entsprechenden Anschauungsweisen; denn auch die Ökonomie kann nicht ohne Bewußtseinsstrukturen funktionieren.

In den konkreten gesellschaftlich-geschichtlichen Auseinandersetzungen müssen die Symbole, die Phrasen oder die politischen Programme vor dem Hintergrund der konkreten ökonomisch-sozialen Interessen interpretiert werden. Es ist jedoch ein grundlegender Fehlschluß, wenn die Klassen selbst in den Rang von konkret handelnden geschichtlichen Subjekten erhoben werden, Klassenstruktur und Klassenhandeln also weitgehend in eins gesetzt werden. Für Marx bleibt der verdeckte Sinn der sich in oberflächlichen Formen und Gestalten vollziehenden politisch-sozialen Auseinandersetzungen aber nur dechiffrierbar, wenn der verborgene Bau der Gesamtkonstruktion der kapitalistischen Gesellschaftsformation durchschaut wird. In diesem Sinne sind die ökonomischen Bewegungsgesetze der kapitalistischen Gesellschaftsformation die Grundlage für die Entwicklung von zivilgesellschaftlichen Verhältnissen.

⁷ Karl Marx: Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte. In: Marx, Engels: Werke, Band 8, S. 139

Der zusammenfassende Ausdruck "bürgerliche Gesellschaft" sowohl für die ökonomische Anatomie als auch die zivilgesellschaftlichen Lebenswelten markiert sicherlich einen relativ unentwickelten Grad in der Produktivität gesellschaftlicher Arbeit; ist die Gesellschaft insgesamt reicher, das Maß der frei verfügbaren Zeit umfangreicher, nehmen die zivilgesellschaftlichen Strukturen einen gewichtigeren Platz im Gesamtgefüge ein. Der Begriff "bürgerliche Gesellschaft" kann darüberhinaus dann in die Irre führen, wenn die freiwilligen Assoziationen, Handlungen und Wertorientierungen immer noch als eine exklusive Veranstaltung der besitzenden Klasse gedacht werden. Weil mit wachsender Produktivität die Lohnabhängigen selbst vielfältige Gestaltungen im zivilgesellschaftlichen Bereich hervorbringen, eine Tendenz, die durch sozialstaatliche Umverteilungen und Transfers noch verstärkt wird, macht die begriffliche Unterscheidung von "Zivilgesellschaft" und "bürgerlicher Gesellschaft" durchaus einen Sinn. Die Ausklammerung der ökonomischen Begründungszusammenhänge ist damit weder impliziert, noch eine grundlegende theoretische Differenz zwischen Marx und Gramsci behauptet.

Zivilgesellschaft und Sozialismus

Der Einwand, eine auf Gramsci sich stützende zivilgesellschaftliche Konzeption habe in der Kritik der politischen Ökonomie keine Fundierung, hat wenig Überzeugungskraft. Die Hypothese vom "Absterben des Staates", die der Sozialismuskonzeption der Marx'schen Kritik der bürgerlichen Gesellschaft unterliegt, zielt darauf, daß eine Form des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses geschaffen werden muß, die die Selbsttätigkeit möglichst aller Gesellschaftsmitglieder gewährleistet.

In der Marx'schen Kritik der politischen Ökonomie wird unterstrichen, daß in der kapitalistischen Gesellschaftsformation die undemokratischen Strukturen in der betrieblichen Arbeitsteilung, die Anarchie in der gesellschaftlichen Arbeitsteilung und die relative Verselbständigung der öffentlich-allgemeinen Funktionen im Staat zusammenhängen. Die substantielle Konsequenz der Kritik dieser spezifischen Form gesellschaftlicher Arbeit ist die Forderung nach einer bewußten Kontrolle und Regelung des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses. Allerdings weist Marx entschieden den Vorschlag zurück, eine solche Regelung könne dadurch erreicht werden, daß die gesamte Gesellschaft in eine einzige Arbeitsstätte verwandelt wird. Marx spottete stets darüber, daß "die begeisterten Apologeten des Fabriksystems nichts Ärgers gegen jede allgemeine Organisation der gesellschaftlichen Arbeit zu sagen wissen, als daß sie die ganze Gesellschaft in eine Fabrik verwandeln würde"⁸ und plädierte für eine Organisation der

⁸ Karl Marx: Das Kapital, Band III. In: Marx, Engels: Werke, Band 25, S. 377

gesellschaftlichen Arbeit, die die Selbsttätigkeit der Gesellschaftsmitglieder gewährleistet: In der gesellschaftlichen Ökonomie der freien und assoziierten Arbeit ist jene Gleichzeitigkeit von Anarchie und Despotie verschwunden; die Mitglieder der Gesellschaft etablieren Regulations- und Steuerungssysteme der Gesamtökonomie, die demokratisierte Einzelwirtschaften zur Voraussetzung haben und die folglich keine letztlich zwangsweise Subordination unter allgemeine gesellschaftliche Strukturen erzwingen.

Die Demokratisierung der "bürgerlichen Gesellschaft", also der spezifischen Form des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses, ist die Voraussetzung für eine neue Qualität in der Entwicklung der Zivilgesellschaft. Die Gesellschaft kann erst dann in die Assoziation freier Produzenten verwandelt werden, wenn der gesellschaftliche Reproduktionsprozeß selbst der Kontrolle und Steuerung durch alle Gesellschaftsmitglieder unterworfen ist. Gesellschaftliche Steuerung ist dabei eine andere Qualität als die umfassende Subsumtion aller individuellen Arbeitskräfte unter ein von der Staatsbürokratie fixiertes System von gesellschaftlichen Bedürfnissen und Arbeitsarten. Die Rückverlagerung von politisch-staatlichen Funktionen in die Zivilgesellschaft unterstellt das spontane Wirken der Gesetze der gesellschaftlichen Ökonomie der freien und assoziierten Arbeit, d.h. das Handeln von demokratisierten Unternehmen bei gleichzeitiger gesamtgesellschaftlicher Steuerung. Die Reorganisation der gesellschaftlichen Ökonomie ist die Bedingung für eine Erweiterung der Zivilgesellschaft und einen Abbau der politischen Überbanten. "Der Staat ist das Instrument, um die Zivilgesellschaft an die ökonomische Struktur zu adaptieren, aber es ist notwendig, daß der Staat das tun 'will'... Das Warten, daß die Zivilgesellschaft sich durch Propaganda und Überzeugung an die neue Basis anpasst, daß der alte homo oeconomicus verschwindet, ohne, daß man ihn mit allen ihm zukommenden Ehren beerdigt hat, ist eine neue Form von ökonomischer Rhetorik, eine neue Form von ökonomischem Moralismus, leer und unzugänglich... Auf Grund der Tatsache, daß man essentiell auf der Grundlage der ökonomischen Kräfte arbeitet, daß sich der ökonomische Produktionsapparat reorganisiert und entwickelt, daß sich die Struktur erneuert, darf es nicht dazu kommen, daß die Überbauelemente sich selbst überlassen bleiben, ihrer spontanen Entwicklung, einer zufälligen und sporadischen Keimung. Der Staat ist auch auf diesem Gebiet ein Instrument der 'Rationalisierung', der Beschleunigung, der Taylorisierung... Das Recht ist der repressive und negative Aspekt der ganzen positiven Zivilisierungsaktivität, die vom Staat ausgeht"⁹.

In der Transformationsperiode stellt sich das "kulturelle Problem in seiner ganzen Komplexität und tendiert zu einer grundsätzlichen Lösung", d.h. jetzt "müssen sich alle Überbauten entwickeln, bis hin zur Auflösung des

⁹ Antonio Gramsci, zitiert bei Sabine Kebir: Gramscis Zivilgesellschaft. Hamburg 1991, S. 61

Staates.¹⁰ In dem Maße, wie die assoziierten Produzenten ihren Stoffwechsel mit der Natur rationell regeln, ihn unter ihre gemeinschaftliche Kontrolle bringen, statt von ihm als einer blinden Macht kontrolliert zu werden, in demselben Maße erhalten auf Grundlage reduzierter Arbeitszeiten und erweiterter gesellschaftlicher Produktivkräfte die zivilgesellschaftlichen Formen eine neue Bedeutung. Die Konzeption einer genossenschaftlichen, auf Gemeingut an den Produktionsmitteln gegründeten Gesellschaft darf freilich nicht mit der Verallgemeinerung einer fabrikmäßigen Teilung der Arbeit verwechselt werden, über die eine mehr oder minder verselbständigte Staatsbürokratie disponiert.

Es bleibt das Verdienst von Gramsci, angesichts der völlig veränderten Entwicklungsstufe des Kapitalverhältnisses darauf aufmerksam gemacht zu haben, daß die schematischen Vorstellungen von Ausbeutung und Klassenkampf schon längst nicht mehr den Lebensverhältnissen der Lohnabhängigen in den kapitalistischen Metropolen gerecht wurden. Im Osten, d.h. in den Ländern an der kapitalistischen Peripherie, spielen die zivilgesellschaftlichen Strukturen noch kaum eine größere Rolle im gesellschaftlichen Leben, wohingegen der erfolgreiche Modernisierungsprozeß in Amerika eine weitreichende Entwicklungsdimension des Kapitalismus erschloß. Der Übergang zur fordistischen Produktionsweise hatte den USA die Hegemonie gesichert, während die umfassende gesellschaftliche Rationalisierung in Europa durch überlieferte parasitäre Gesellschaftsschichten blockiert wurde.¹¹

Modernisierung und parasitäre Strukturen

Der Hinweis auf die vom bürgerlichen Staat ausgehende positive Zivilisierungsaktivität verweist darauf, daß Umfang und Struktur des "privaten Gewebes" keineswegs eine Garantie für die fortschreitende Demokratisierung einer kapitalistischen Gesellschaftsformation sind. Ein hoher Entwicklungsgrad der Produktivität gesellschaftlicher Arbeit ermöglicht eine Beschränkung der Arbeitszeiten und eine Differenzierung der zivilgesellschaftlichen Aktivitäten. Zum einen erwächst aus diesen umfangreicheren Möglichkeiten der Entwicklung und Organisation von gesellschaftlichem Konsens eine außerordentliche Stabilität der entwickelten kapitalistischen Gesellschaften. Im Zentrum der neueren Gramsci-Rezeption steht daher zurecht die These, daß sich in den entwickelten kapitalistischen Gesellschaften mit der Ausfächerung der "società civile" eine "sehr komplexe und

¹⁰ Sabine Kebir: Gramscis Zivilgesellschaft. Hamburg 1991, S. 60

¹¹ Zur Analyse des Fordismus vgl. Joachim Bischoff, Richard Detje: Massengesellschaft und Individualität. Krise des 'Fordismus' und die Strategie der Linken, Hamburg 1989.

Wichtige Hinweise auf Gramscis Interpretation des Systems der Kritik der Politischen Ökonomie liefert D. Boothman: Gramsci als Ökonom. In: Argument 185, 33. Jg., Heft 1, S. 57ff.

gegen katastrophale 'Einbrüche' (Krisen, Depressionen usw.) widerstandsfähige Struktur herausgebildet¹² habe. Blenden wir hier die umfangreiche Debatte aus, ob für die kapitalistischen Metropolen dieses Entwicklungsgrades Wirtschaftskrisen überhaupt noch ein Gefährdungspotential darstellen; festhalten läßt sich dann: Es herrscht weitgehend Konsens über die Verarbeitung ökonomischer Fehlentwicklungen und Brüche im Alltagsbewußtsein: "Infolge der Krise organisieren sich die angreifenden Truppen keineswegs sofort in Zeit und Raum, und sie sind auch nicht von Kampfgeist erfüllt; andererseits werden auch nicht die Angegriffenen demoralisiert und verlassen nicht auch ihre Verteidigungslinie, selbst wenn sie in Trümmern liegt, und sie verlieren keineswegs das Vertrauen in die eigene Kraft und die eigene Zukunft... Zu dieser Gruppe von Problemen gehört auch die Frage, warum in den Gewerkschaften neue Strömungen so wenig Erfolg hatten."¹³

Diese Problemstellung wird erneut bestätigt durch die aktuellen Erfahrungen mit einem Jahrzehnt neokonservativer Deregulierungs- und Privatisierungspolitik. Auch die katastrophalen Ergebnisse des Crash-Kurses zur staatlichen Einheit Deutschlands unterstreichen die außerordentliche Bedeutung des "privaten Gewebes" für die Sicherung der Hegemonie. Obgleich die destruktiven Langzeitfolgen der Reaktion auf die Krise des Sozialstaates die Lebenswelten prägen - hartnäckige Massenarbeitslosigkeit, Wohnungsmangel, der Infarkt des Verkehrssystems, Pflegenotstand etc -, bleibt die Erosion der Hegemonie des herrschenden sozialen Blocks begrenzt.

Aber die kräftige Struktur der Zivilgesellschaft kann die Ausbildung von neuen parasitären Strukturen nicht verhindern, die sich trotz erfolgreicher Modernisierung der kapitalistischen Metropolen herausbilden. Es bliebe ein höchst einseitiges Bild über die Zivilgesellschaft, wenn Gramscis Argumentation über den Amerikanismus oder Fordismus ausgeblendet würde. Im Unterschied zu Italien und Deutschland, wo sich die faschistischen Bewegungen durchsetzen konnten, gingen die USA modernisiert und gestärkt aus der gravierenden Krise der kapitalistischen Gesellschaftsformation hervor. Für Gramsci steht der Aufstieg der USA zur führenden Weltmacht im Zusammenhang mit einer erfolgreichereren, zügigeren Modernisierung des Produktionsapparates. Der Übergang zu einer neuen Etappe beschleunigter Kapitalakkumulation und die damit verbundene Verallgemeinerung einer neuen gesellschaftlichen Betriebsweise konnte in den USA deshalb zügig vonstatten gehen, weil die antimodernistischen Widerstände wesentlich geringer waren. "Amerika hat keine großen 'geschichtlichen und kulturellen' Traditionen... Hier liegt einer der Hauptgründe (gewiß gewichtiger als der sogenannte natürliche Reichtum) für seine großartige Kapitalakkumulation... Das Fehlen dieser, aus

¹² Antonio Gramsci: Zu Politik, Geschichte und Kultur. Frankfurt a. Main 1980, S. 270

¹³ Antonio Gramsci: Zu Politik, Geschichte und Kultur. Frankfurt a. Main 1980, S. 271

vergangenen geschichtlichen Phasen ererbten, leimig parasitären Seditimentierungen, erlaubte es, der Industrie und besonders dem Handel eine gesunde Basis zu geben... Angesichts dieser, durch die geschichtliche Entwicklung rationalisierten Vorbedingung ist die Rationalisierung von Produktion und Arbeit relativ leicht gewesen.¹⁴ Die europäischen Metropolen wurden dann nachfolgend durch den internationalen Wettbewerb zu einer nachholenden Modernisierung und zur Überwindung der gesellschaftlichen Widerstände gegen eine Modernisierung gezwungen. "Die Einführung des Fordismus (stößt) in Europa auf so viele 'geistige' und 'moralische' Widerstände und erfolgt in besonders hinterhältigen Formen durch äußersten Zwang. In dürren Worten: Europa möchte seinen Pelz waschen, ohne naß zu werden, möchte aller Wohltaten teilhaftig werden, die der Fordismus für die Konkurrenzfähigkeit bereithält, und möchte zugleich sein Heer von Parasiten behalten, das, gewaltige Massen von Mehrwert verzehrend, die Grundkosten erhöht und die Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt schwächt. Deshalb muß die europäische Reaktion auf den Amerikanismus aufmerksam studiert werden. Aus ihrer Analyse ergibt sich mehr als ein notwendiges Element zum Verständnis sowohl der augenblicklichen Situation einer Reihe von Staaten des alten Kontinents wie der politischen Ereignisse der Nachkriegszeit."¹⁵

Gramsci begreift die mit dem Übergang zu einer neuen gesellschaftlichen Betriebsweise erzwungene Reduktion der höchsten Überbauten auf die der ökonomischen Basis äquivalentesten als Übergang zur Bildung einer neuen Kultur. Der Aufstieg von faschistischen Bewegungen in etlichen europäischen Ländern wird von ihm in den Zusammenhang einer umfassenden Modernisierung und Rationalisierung der Gesellschaft eingeordnet.

Der Übergang zu einer neuen Entwicklungsstufe der gesellschaftlichen Betriebsweise prägt zugleich die gesamten Lebenswelten und stellt damit das Problem der Hegemonie auf neue Grundlagen. Die zentrale These lautet: "die neuen Arbeitsmethoden sind mit einer bestimmten Weise des Lebens, des Denkens und des Lebensgefühls unlöslich verbunden."¹⁶ Infolge des Übergangs zur fordistischen Produktionsweise sind wir mit einer weitreichenden Veränderung von gesellschaftlichen Verhältnissen und Mentalitäten konfrontiert. Dies heißt nun für Gramsci nicht, daß nicht auch aus anderen gesellschaftlichen Zusammenhängen eine umfassende Krise von Lebenswelten und gesellschaftlichen Wertorientierungen einsetzen kann. So verweist er z.B. für die Zeit nach dem ersten imperialistischen Weltkrieg auf einen solchen Zusammenhang: "Während der Nachkriegszeit vollzog sich eine Krise der Sitten und Gewohnheiten von unerhörter Tiefe. Sie richtete sich jedoch gegen eine Form von Zwang, die nicht der Einführung von neuen, den veränderten Arbeitsformen entsprechenden

¹⁴ Antonio Gramsci: Philosophie der Praxis. Frankfurt a. Main 1967, S. 382

¹⁵ Antonio Gramsci: Philosophie der Praxis. Frankfurt a. Main 1967, S. 378

¹⁶ Antonio Gramsci: Philosophie der Praxis. Frankfurt a. Main 1967, S. 392

Gewohnheiten diene, sondern aus den Notwendigkeiten des Kriegs- und Schützengrabenlebens resultierte, die als vorübergehend aufgefaßt wurden."¹⁷

Die fordistische Betriebsweise schafft nicht nur die Bedingungen für eine längere Phase beschleunigter Kapitalakkumulation und die sozio-ökonomischen Grundlagen für die reichhaltige Ausgestaltung der Lebensweise auch für die lohnabhängige Bevölkerung; darüberhinaus schafft der enorm gesteigerte Überschuß aus der gesellschaftlichen Produktion neue Differenzierungen der Sozialstruktur: Es wachsen die sozialen Schichten, die konsumieren ohne zu produzieren und in der Folge werden die Verteilungskonflikte dieser Gesellschaftsformation komplizierter. Es ist eine naheliegende Ausflucht, wenn von den politischen und wissenschaftlichen Repräsentanten der besitzenden Klassen der gestiegene Volkswohlstand für die vermeintliche Überbeanspruchung des Akkumulations- und Reproduktionsprozesses verantwortlich gemacht wird; es sind aber weder der gestiegene Konsum der subalternen Klassen noch der vermeintliche Verfall von Arbeitsmoral und sittlichen Wertorientierungen ein tauglicher Grund zur Erklärung von Überakkumulation und Wachstumsschwäche. "In der Nachkriegsperiode ist die Kategorie der unproduktiven und parasitären Schichten im absoluten wie auch im relativen Sinne enorm gewachsen, und das ist es, was die gesellschaftliche Ersparnis beschränkt. In den europäischen Ländern ist sie noch bedeutender als in Amerika... Die Gründe der Krise sind daher nicht 'moralischer' (Vergnügen etc.) und auch nicht politischer, sondern sozio-ökonomischer Natur: die Gesellschaft produziert selbst das Übel; sie muß Bevölkerungsmassen unterhalten (und nicht nur arbeitslose Lohnabhängige), die die gesellschaftliche Ersparnis behindern und so das dynamische Gleichgewicht (des Nationaleinkommens) zerstören."¹⁸

Bereits in der großen Weltwirtschaftskrise wurden Grundstrukturen der kapitalistischen Metropolen sichtbar, die sich mit der Verallgemeinerung der fordistischen Produktionsweise ausweiteten und verschärften:

- * Die USA verlieren ihren ursprünglichen Startvorteil bei der Modernisierung der Gesellschaftsformation; schließlich verwandelt sich die Niederlage der einstigen faschistischen Achsenmächte (Deutschland und Japan) sogar in einen Wettbewerbsvorteil, weil die Zerstörung des materiellen Produktionspotentials und die erzwungene Durchmischung ihrer Gesellschaftsstrukturen andere Bedingungen für die Kapitalakkumulation eröffnet.
- * Zwar wird mit der fordistischen Lebensweise auch eine starke Differenzierung des gesellschaftlichen Gesamtarbeiters und der subalternen Klassen durchgesetzt, aber die ökonomisch und politisch relevanten

¹⁷ Antonio Gramsci: Philosophie der Praxis. Frankfurt a. Main 1967, S. 390

¹⁸ Antonio Gramsci: Quaderni del Carcere, Band 6, Turin, S. 792

Erscheinungen einer unproduktiven und parasitären Belastung der Kapital- und Wachstumsdynamik können an dem anderen Pol der Verteilungskonflikte lokalisiert werden. Die Gesellschaft, obgleich durch die enormen Produktivitätssteigerungen wesentlich reicher, zerstört sich selbst, weil sie keine rationale Verteilung des Überschusses zustande bringt. Gerade in der Politik des öffentlichen Kredits und der Staatsverschuldung faßt sich dieser Zusammenhang wie in einem Brennpunkt zusammen: Gerade an der "Politik der öffentlichen Schulden" wird deutlich, "daß man die inneren Verhältnisse nicht ändern (und sie auch nicht rational korrigieren) will (oder kann), weil sie kontinuierlich die Last der parasitären, passiven Bevölkerungsschichten erböt, besonders wenn infolge von Krise und Arbeitslosigkeit der aktive Teil der Bevölkerung reduziert worden ist. Das Nationaleinkommen vermindert sich und die Parasiten vermehren sich, die gesellschaftliche Ersparnis kontrahiert und die Investitionen in den produktiven Prozeß sind rückläufig; zugleich nimmt die Ausschüttung über die öffentliche Verschuldung zu, die so zum Grund für das absolute und relative Wachstum des Parasitismus wird."¹⁹

- * Letzte Schlussfolgerung: Die gesellschaftliche, politisch-kulturelle Auseinandersetzung über die Gründe von Überakkumulation und anhaltender Akkumulationsschwäche dreht sich um einen vermeintlichen Verfall von Arbeitsmoral (Hedonismus, immaterielle Werte) und um Verteilungsstrukturen, die die Leistungsorientierung behindern. Durch die Veränderung der Sozialstruktur wird aber zugleich das Problem der Durchsetzung einer anderen Hegemonie auf vollständig neue Grundlagen gestellt. Die Lohnabhängigen können die Verhältnisse gesellschaftlicher Subalternität nur radikal verändern, wenn eine Verständigung von aktiven und passiven, von weniger und hochqualifizierten sozialen Schichten im sekundären wie im tertiären Sektor erreicht werden kann.

Die konsequente Demokratisierung der Produktionsweise eröffnet nicht nur weitreichende Perspektiven zur gesellschaftlichen Steuerung der Ökonomie und zur Entwicklung einer ökologisch verträglichen Lebensweise, sondern zugleich ist dies die wesentliche Bedingung für eine konsequente Entfaltung der Zivilgesellschaft. Durch die staatssozialistischen Gesellschaften ist der verbreitete Eindruck eines tiefen Gegensatzes von Zivilgesellschaft und Sozialismus entstanden. Übersehen wird zumeist, daß auch in den entwickelten kapitalistischen Staaten ein großes Gefährdungspotential für die vorhandenen zivilgesellschaftlichen Strukturen vorhanden ist. Die Linke hat angesichts des eindeutigen Scheiterns des Staatssozialismus durchaus eine Chance, die faktische Enteignung von der zivilgesellschaftlichen Zielvorstellung rückgängig zu machen.

¹⁹ Antonio Gramsci: Quaderni del Carcere, Band 19, Turin, S. 1991

Wenn Sie vom

Sieg des Kapitalismus

überzeugt sind, dann sollten Sie eher einen pfiffigen Wirtschaftsdienst abonnieren und sich um die Vermehrung ihres Kapitals kümmern. Oder Sie lassen die Dinge einfach treiben, getreu der Auffassung, daß die Menschen – zumal die wirtschaftlich weniger potenten – die geschichtlichen Verläufe eh nicht beeinflussen können.

Vielleicht sind Sie aber wie wir der Meinung, daß die Linke (Ost und West) Antworten auf die politischen Herausforderungen finden muß. Dann werden Sie diese monatliche Informationsquelle nicht missen wollen:

Sozialismus

eine unabhängige marxistische Zeitschrift

mit aktuellen Berichten, Kommentaren und Analysen aus dem In- und Ausland. Wir setzen uns – nicht erst seit dem Zusammenbruch des autoritär-bürokratischen Staatssozialismus – für die umfassende Erneuerung der sozialistischen Bewegung und marxistischen Theorie ein.

Wenn Sie also Lust auf eine interessante politische Monatszeitschrift haben, fordern Sie ein kostenloses Leseexemplar an oder abonnieren Sie gleich (DM 75,- pro Jahr) bei:

VSA-Verlag, Postfach 50 15 71
D-2000 Hamburg 50



Das Verhältnis von Staat und Gesellschaft bei Marx und Gramsci

Angesicht der Tatsache, daß sich in den ehemals sozialistischen Ländern der Staat zu einer die Gesellschaft beherrschenden Macht entwickelt hatte, indem er auf fast alle gesellschaftlichen Teilprozesse versuchte unmittelbar Einfluß zu nehmen, wurde er mit seiner "lenkenden" und "leitenden" Tätigkeit zugleich zu einer unmittelbaren Bedingung der Reproduktion der Gesellschaft in ihrer Gesamtheit wie auch der einzelnen Teilbereiche.

Am augenscheinlichsten wurde dies vor allem im Bereich der materiellen Produktion, wo der Staat als Eigentümer fungierte und damit wesentlich die Zwecksetzung der Produktion bestimmte. Indem er einerseits, als im wesentlichen alleiniger Eigentümer an Produktionsmitteln, auf dirigistische und administrative Weise die Prozesse in der Wirtschaft zu lenken versuchte, was im Zusammenhang mit anderen Prozessen letztlich zu Stagnation und Regression führte, so war dieses Fungieren als Eigentümer und die damit verbundene permanente Zwecksetzung der Produktion zugleich zu deren Bedingung geworden.

Wenn man also davon ausgeht, daß die Gesellschaft in den ehemals sozialistischen Ländern in hohem Maße vom Staat her geprägt wurde und dies auch eine Ursache dafür war, daß das gesellschaftliche Gesamtsystem letztlich zusammenbrach, da die Eigendynamik der Entwicklung des Staates sich zunehmend gegen Entwicklungsprozesse der Gesellschaft richtete, so stellt sich zugleich die Frage, welche Möglichkeiten der Entwicklung des Verhältnisses von Staat und Gesellschaft sich für jene Länder aus den gegebenen inneren und äußeren Bedingungen heraus ergeben. Kernproblem ist dabei, wie es möglich ist, sich von einem Staat zu befreien, der zwar einerseits die Gesellschaft beherrschte, aber zugleich als äußerlicher primärer Vermittler zwischen den verschiedenen Teilprozessen wirkte. Eine bloße Zerschlagung des Staates muß zur Folge haben, daß ein abgestimmtes Funktionieren der gesellschaftlichen Teilprozesse fast unmöglich wird. Von daher erscheint es notwendig, daß, solange es keine inneren Vermittlungsmechanismen gibt, die Gesellschaft sich jenes administrativen Staates bedienen muß, wobei dies keinesfalls ausschließt, daß über demokratische Mechanismen jener Staat im Interesse der Gesellschaft wirkt.

Vor einer ähnlichen Fragestellung, hinsichtlich des Verhältnisses von Staat und Gesellschaft, wie sie heute vor den ehemals sozialistischen Ländern steht, stand auch Marx, als er sich dem Problem der Entwicklung von der feudalen Gesellschaft zur bürgerlichen Gesellschaft zuwandte. Insbesondere die bürgerliche Demokratie in Frankreich vor Augen, stellen sich für

ihn die Monarchie bzw. die feudale Gesellschaft in der Weise dar, daß dort der Staat die Gesellschaft in einer Art und Weise bestimmt, bei der Staat und Gesellschaft letztlich zusammenfallen, während umgekehrt der politische Staat der bürgerlichen Gesellschaft von dieser begründet wird. "In der Demokratie ist der politische Staat, so wie er sich neben diesen Inhalt stellt (gemeint sind Eigentum, Ehe, bürgerliche Gesellschaft - H.B.) und von ihm unterscheidet, selbst nur ein besondrer Inhalt, wie eine besondere Daseinsform des Volkes. In der Monarchie z. B. hat dies Besondere, die politische Verfassung, die Bedeutung des alles Besondern beherrschenden und bestimmenden Allgemeinen. In der Demokratie ist der Staat als Besondres nur Besondres, als Allgemeines das wirkliche Allgemeine, d.h. keine Bestimmtheit im Unterschied zu dem andren Inhalt."¹ Zugleich stellt sich damit für Marx die Frage, welches im konkreten die Bedingungen sind, die dem Verhältnis der bürgerlichen Gesellschaft zu ihrem politischen Staat und umgekehrt zu Grunde liegen.

Eine erste Voraussetzung dafür, daß der Staat mittels der Demokratie von der Gesellschaft her bestimmt werden kann, sieht Marx in dem Umstand, daß die in der Gesellschaft lebenden Individuen zunächst die Möglichkeit haben müssen, über sich selbst zu verfügen, ehe sie über einen Staat verfügen können, d.h. daß die Individuen zunächst juristisch von den feudalen Fesseln befreit sein müssen. Eben darin sah er auch die vorrangige Errungenschaft der bürgerlichen Revolution, die jene Selbständigkeit der Individuen schuf. "Die politische Revolution bob damit den politischen Charakter der bürgerlichen Gesellschaft auf. Sie zerschlug die bürgerliche Gesellschaft in ihre einfachen Bestandteile, einerseits in die Individuen, andererseits in die materiellen und geistigen Elemente, welche den Lebensinhalt, die bürgerliche Situation dieser Individuen bilden."²

Jene individuelle Freiheit, die die bürgerliche Revolution mit sich bringt, ist für Marx zugleich kein Umstand, der sich aus einem Vernunftsprinzip oder einem abstrakten Freiheitswillen erklärt, sondern die Sicherung der individuellen Freiheit durch den politischen Staat der bürgerlichen Gesellschaft ist auf einer bestimmten historischen Stufe zu einer Notwendigkeit für die Reproduktion der Gesellschaft geworden. Diese Notwendigkeit verbindet sich vor allem mit den Bedingungen der materiellen Produktion. So bedingte die fortschreitende Arbeitsteilung bis zur Vergesellschaftung der Produktion eine zunehmende Abhängigkeit der Produzenten untereinander und machte den Austausch von Produkten selbst zur Bedingung der Produktion. Die sich entwickelnde Warenproduktion, die des Austauschs von Waren bedurfte, um die Reproduktion zu sichern, erforderte zugleich, daß die Individuen frei über ihr Eigentum verfügen konnten, was eben

¹ Vgl. Marx, Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie, - In: Marx, Engels: Werke, Bd.1, - Dietz Verlag Berlin 1981, S. 232

² Vgl. Marx, Zur Judenfrage, - In: Marx, Engels: Werke, Bd. 1, - Dietz Verlag Berlin 1981, S. 368

auch erforderte, daß sie selbst frei sein mußten. Wird also die freie Verfügung eines jeden über sein Eigentum (das individuelle Arbeitsvermögen oder die Arbeitskraft ist hierbei selbst schon eine Form des Eigentums) zur Bedingung der individuellen wie der gesellschaftlichen Reproduktion, so kommt dem Staat der bürgerlichen Gesellschaft die Aufgabe zu, das Eigentum eines jeden zu schützen. Marx begründet die Notwendigkeit des Staates mit der Tatsache, daß die im Kapitalismus fortschreitende Arbeitsteilung zwar eine allgemeine Abhängigkeit der Individuen untereinander bewirkt, daß aber zugleich die Abhängigkeit des Eigentümers vom Austausch seiner Ware gegen für die Produktion oder individuelle Reproduktion notwendige Waren eine Konkurrenz zwischen den Individuen bewirkt. Damit eröffnet sich ein Widerspruch zwischen den individuellen Interessen und der sich aus der Arbeitsteilung ergebenden Abhängigkeit der Individuen voneinander. Dem Staat kommt so die Aufgabe zu, zwischen dem individuellen und dem gesellschaftlichen Interesse zu vermitteln. Da es sich dabei eben um widersprüchliche Interessen handelt, muß dieser Staat notwendig über der Gesellschaft stehen oder (wie bei Hegel) ein äußerer Staat sein.³

Neben der bisher sich aus der Arbeitsteilung und der Vergesellschaftung der Produktion ableitenden Begründung des Verhältnisses von Staat und Gesellschaft im Kapitalismus sollte vor allem Marx' Sicht auf die konkrete Form der Entwicklung der Arbeitsteilung und die sich daraus ableitenden Konsequenzen für das Verhältnis von Staat und Gesellschaft in den Mittelpunkt der Betrachtung rücken. Gerade daraus lassen sich wichtige Schlußfolgerungen für die Analyse und Beurteilung der tendenziellen Entwicklung des Verhältnisses von Staat und Gesellschaft in den ehemals sozialistischen Staaten ziehen.

In der deutschen Ideologie schreibt Marx: "Was sie (die Individuen - H.B.) sind, fällt also zusammen mit ihrer Produktion, sowohl damit, was sie produzieren, als auch damit, wie sie produzieren." "... die ganze innere Gliederung dieser Nation selbst hängt von der Entwicklungsstufe ihrer Produktion und ihres innern und äußern Verkehrs ab."⁴ Indem er sich vor allem in seinen ökonomischen Schriften der Frage des Wie der Produktion zuwendet, gelingt es ihm, aus den damaligen Bedingungen der materiellen

³ Die Arbeitsteilung unter den Bedingungen des Kapitalismus wird aus Marx' Sicht zu einer die Gesellschaft selbst beherrschenden Macht. "Dieses Sichfestsetzen der sozialen Tätigkeit, diese Konsolidation unsres eignen Produkts zu einer sachlichen Gewalt über uns, die unsrer Kontrolle entwächst, unsre Erwartungen durchkreuzt, unsre Berechnungen zunichte macht, ist eines der Hauptmomente in der bisherigen geschichtlichen Entwicklung, und eben aus diesem Widerspruch des besondern und gemeinschaftlichen Interesses nimmt das gemeinschaftliche Interesse als Staat eine selbständige Gestaltung, getrennt von den wirklichen Einzel- und Gesamtheitsinteressen, an." (Karl Marx, Friedrich Engels, Die Deutsche Ideologie. - In: Marx, Engels: Werke, Bd. 3, - Dietz Verlag Berlin 1983, S. 33)

⁴ Vgl. Marx, Engels. Die Deutsche Ideologie. - In: Marx, Engels: Werke, Bd. 3, - Dietz Verlag Berlin 1983, S. 21 f.

Produktion heraus Tendenzen der gesellschaftlichen Entwicklung aufzuzeigen, die heute in hochentwickelten Industriestaaten zum Teil ihre Bestätigung gefunden haben.

Bei der Frage nach dem Wie der Produktion im Kapitalismus stellt Marx fest, daß die in seiner Zeit gegenwärtige kapitalistische Produktion sich in dreierlei Weise von vorangegangenen Produktionsweisen unterscheidet: Erstens - wirken die Produktionsinstrumente in Form der Maschinerie in einer Art und Weise zusammen, bei der die Maschinerie vom Menschen Antriebsfunktionen sowie das Zusammenspiel bestimmter Werkzeuge übernimmt; zweitens - bedingt die Maschinerie eine Unterordnung der Tätigkeit des Produzenten unter den Produktionsprozeß ("Die Tätigkeit des Arbeiters, auf eine bloße Abstraktion der Tätigkeit beschränkt, ist nach allen Seiten hin bestimmt und geregelt durch die Bewegung der Maschinerie, nicht umgekehrt."⁵); drittens - hat die Ausbildung der Maschinerie zur Folge, daß die Produzenten selbst voneinander isoliert produzieren - ihre Kooperation selbst technologisch vermittelt ist. Möglich wird die Maschinerie durch eine technologische Anwendung der Wissenschaft.

Aus der Tatsache, daß die technologische Anwendung oder Umsetzung der Wissenschaft die Maschinerie ermöglichte, leitet sich zugleich die Schlußfolgerung ab, daß die Wissenschaft so auch immer mehr zur Bedingung der Produktion wird. Davon ausgehend gelingt es Marx zugleich, Tendenzen der weiteren Produktivkraftentwicklung aufzuzeigen, die etwa seit der Mitte dieses Jahrhunderts zum Tragen kommen; auch wenn Marx die Durchsetzung jener Tendenzen unter den Bedingungen des privatkapitalistischen Eigentums für unmöglich hält.

Marx sieht, daß bei fortschreitender Anwendung der Wissenschaft in der Produktion der Mensch immer mehr aus dem unmittelbaren Produktionsprozeß beraustritt. "Die Arbeit erscheint nicht mehr so sehr als in den Produktionsprozeß eingeschlossen, als sich der Mensch vielmehr als Wächter und Regulator zum Produktionsprozeß selbst verhält. (Was von der Maschinerie, gilt ebenso von der Kombination der menschlichen Tätigkeiten und der Entwicklung des menschlichen Verkehrs.) Es ist nicht mehr der Arbeiter, der modifizierten Naturgegenstand als Mittelglied zwischen das Objekt und sich einschleibt; sondern den Naturprozeß, den er in einen industriellen umwandelt, schiebt er als Mittel zwischen sich und die unorganische Natur, deren er sich bemeistert. Er tritt neben den Produktionsprozeß, statt sein Hauptagent zu sein."⁶ Dies hat wiederum zur Folge, daß der Produktionsprozeß sich in zunehmendem Maße den Fähigkeiten des Produzenten unterordnet. Damit erscheint "die Aneignung seiner eignen

⁵ Marx, Grundrisse zur Kritik der politischen Ökonomie. - In: Marx, Engels: Werke, Bd. 42, - Dietz Verlag Berlin 1983, S. 593

⁶ Vgl. Marx, Grundrisse zur Kritik der politischen Ökonomie. - In: Marx, Engels: Werke, Bd. 42, - Dietz Verlag Berlin 1983, S. 601

allgemeinen Produktivkraft, sein Verständnis der Natur und die Beherrschung derselben durch sein Dasein als Gesellschaftskörper - in einem Wort die Entwicklung des gesellschaftlichen Individuums (-) als der große Grundpfeiler der Produktion und des Reichtums".⁷

Wendet man jene Gedanken auf eine kapitalistisch dominierte Produktion an, bedeutet dies, daß die Zwecksetzung der Produktion in zunehmendem Maß nicht mehr allein vom Eigentümer, sondern auch vom Produzenten abhängig ist, da die Zwecksetzung der Produktion nicht allein durch ihr Ziel bestimmt ist, sondern auch durch die Bedingungen der Produktion; und eine immer mehr an Bedeutung gewinnende Bedingung der Produktion sind die universellen Fähigkeiten der Produzenten. Zugleich wird die Abhängigkeit aller Gesellschaftsmitglieder untereinander höher, und es setzt sich eine größere Interdependenz der gesellschaftlichen Teilprozesse durch. Für das Verhältnis von Staat und Gesellschaft hat dies zur Folge, daß die Rolle des Staates als äußerer Mittler in der Tendenz zurückgeht; daß an seine Stelle zunehmend innere Vermittlungsmechanismen treten. (Es handelt sich hierbei um ein Verhältnis von Staat und Gesellschaft, wie es Marx für eine kommunistische Gesellschaft prognostiziert hat.)

Ungeachtet der Notwendigkeit innerer Vermittlungsmechanismen besteht dennoch die Notwendigkeit des äußeren Staates, da eine moderne automatisierte Produktion die Abhängigkeit des Produzenten bzw. Eigentümers vom Absatz seiner Ware und die daraus erwachsende Konkurrenz nicht aufhebt. Auf einer gesellschaftlichen Entwicklungsstufe, wo die Entwicklung universeller Fähigkeiten der Individuen in immer stärkerem Maße zur Bedingung der Reproduktion der Gesellschaft wird, kommt dem Staat objektiv die Aufgabe zu, der Monopolisierung ökonomischer Macht entgegenzuwirken, da diese meist mit einer Einschränkung der Möglichkeiten der Entwicklung der Fähigkeiten von Teilen der Gesellschaftsmitglieder verbunden ist, was heute auf einer bestimmten Entwicklungsstufe zu einer Einschränkung der Bedingungen der Reproduktion der Gesellschaft in ihrer Gesamtheit wie einzelner ihrer Teile führt.

Geht Marx davon aus, daß "die zu einer Totalität entwickelten und nur innerhalb eines universellen Verkehrs existierenden Produktivkräfte" auch einer universellen Aneignung bedürfen⁸, so bedeutet dies zugleich, daß jene Totalität von Produktivkräften und die damit verbundene Totalität aller gesellschaftlichen Teilprozesse sich auch vermitteln muß. Steht dieses Problem an sich für Marx außer Frage, so hebt die Art und Weise der Vermittlung bei ihm weitgehend ungeklärt. (Dabei ist natürlich zu beachten, daß es hier nicht um die Marx'sche Beschreibung des Entwicklungsstandes der Produktivkräfte in seiner Zeit geht, sondern um die Beschrei-

⁷ Vgl. Marx, Grundrisse zur Kritik der politischen Ökonomie. - In: Marx, Engels: Werke, Bd. 42, - Dietz Verlag Berlin 1983, S. 601

⁸ Vgl. Marx, Engels: Die Deutsche Ideologie. - In: Marx, Engels: Werke, Bd. 3, - Dietz Verlag Berlin 1983, S. 67

bung jener Qualität der Produktivkräfte, wie sie sich - aus seiner Sicht in einer kommunistischen Gesellschaft - in der Tendenz entwickeln wird. Damit ist es für ihn im Grunde auch kaum möglich, jene Vermittlungsmechanismen zu beschreiben.)

Das Problem der Vermittlung gesellschaftlicher Teilprozesse unter den Bedingungen einer ständig wachsenden Interdependenz dieser finden wir in stärkerem Umfang bei Gramsci aufgegriffen. Ihm geht es dabei vor allem um die Frage, auf welche Art und Weise es möglich wird, daß, trotz der bei Marx bereits beschriebenen Widersprüchlichkeit der Gesellschaft unter den Bedingungen kapitalistischer Produktion, diese Gesellschaft sich als relativ stabil erweist, und dabei die Rolle des Staates als äußere Gewalt zugleich zurückgeht.

Vom Ansatz findet sich zu Marx eine Ähnlichkeit dahingehend, daß auch Gramsci davon ausgeht, daß die Arbeitsteilung wesentlich die Gestalt der gesellschaftlichen Verhältnisse bestimmt, was auch das Verhältnis von Staat und Gesellschaft einschließt. Dennoch zeigen sich gewisse Unterschiede, was die Analyse der Arbeitsteilung selbst betrifft.

Gramsci geht im wesentlichen vom Faktum der Arbeitsteilung in der Gesellschaft aus, ohne dabei in der Art und Weise wie Marx zu hinterfragen, welche Stellung der Einzelne aus dem technologischen Ablauf der Produktion heraus zum Arbeitsmittel hat und wie sich daraus abgeleitet das Verhältnis der Individuen zueinander im Produktionsprozeß und darüber hinaus in der gesamten Gesellschaft gestaltet. Wird für Marx die Wissenschaft zunehmend zu einer in den Produktionsprozeß integrierten unmittelbaren Produktivkraft, was zur Folge hat, daß der Produzent in der Tendenz über universelle Fähigkeiten verfügen muß, die er sich im Produktionsprozeß selbst wie im universellen Verkehr der Individuen aneignet, so sieht Gramsci zweifelsohne ebenfalls die Bedeutung der Wissenschaft für die moderne Produktion, indem deren Anwendung es erlaubt, immer effektiver zu produzieren. Zugleich sieht Gramsci aber die Wissenschaft dem unmittelbaren Produktionsprozeß vorgelagert, was zur Konsequenz hat, daß der Produzent nicht über jene universellen Fähigkeiten verfügen muß, wie das bei Marx beschrieben wird; vielmehr bleibt wissenschaftliche Arbeit bei ihm nur einem Teil der Gesellschaftsmitglieder vorbehalten - den Intellektuellen.

Im Grunde beschreibt er damit die gesellschaftlichen Verhältnisse unter einem bestimmten Gesichtspunkt, wie sie sich in seiner Zeit auch tatsächlich dargestellt haben, während Marx - wenn er davon spricht, daß sich die Wissenschaft zu einer unmittelbaren Produktivkraft entwickeln wird - eine Tendenz der Entwicklung der gesellschaftlichen Produktivkräfte beschreibt, die sich erst in der heutigen Zeit mit den Prozessen der Automatisierung durchzusetzen beginnt.

Jene unterschiedlichen Herangehensweisen an das Problem der gesellschaftlichen Arbeitsteilung haben auch unterschiedliche Sichtweisen auf

die Gestalt der Gesellschaft zur Folge, was sich unter anderem in den unterschiedlichen Inhalten des Begriffs der bürgerlichen Gesellschaft niederschlägt.

Es wurde bereits darauf verwiesen, daß Gramsci die Wissenschaft als eine Bedingung moderner Produktion betrachtet. Damit verbindet sich für ihn zugleich, daß die Subjekte in der Wissenschaft - Intellektuelle (ohne, daß alle Intellektuellen gleich Wissenschaftler sind) - im Interesse der Eigentümer der Produktionsmittel handeln, da ihre Tätigkeit sowohl der Zwecksetzung als auch der Zweckrealisierung der Produktion und damit der Realisierung des Eigentums dient. Darüber hinaus begreift Gramsci die Tätigkeit der Intellektuellen in ihrer Gesamtheit nicht als unmittelbar auf jene Realisierung des Eigentums gerichtet, sondern sieht diese auf vielfältige Weise vermittelt, was in der Konsequenz wiederum dazu führt, daß sie der Realisierung des Eigentums dienen. "Die Beziehung zwischen den Intellektuellen und der Produktion ist nicht unmittelbar, wie es bei den grundlegenden gesellschaftlichen Gruppen der Fall ist, sondern wird in verschiedener Abstufung 'vermittelt', und zwar durch das gesamte soziale Gewebe, durch die Gesamtheit des Überbaus, dessen 'Funktionäre' eben die Intellektuellen sind."⁹

Über die Frage, wie die Herausbildung der Intellektuellen mit dem Ziel, im Interesse einer ökonomisch und politisch herrschenden Klasse oder Gruppe tätig zu werden, möglich wird, eröffnet sich für Gramsci unter anderem die Bedeutung von Kunst, Kultur und Massenkommunikation in einer modernen Gesellschaft. Er sieht in dieser Sphäre zum einen ein Mittel zur Rekrutierung der Intellektuellen und damit einen Mittler zwischen Basis und Überbau der Gesellschaft¹⁰, aber zugleich ist es für ihn jene Sphäre, in der die Individuen ihre Persönlichkeit entwickeln.

Der Umstand, daß aus Gramscis Sicht die gesellschaftlichen Individuen ihre Persönlichkeit vorwiegend außerhalb der materiellen Produktion entwickeln - zum Beispiel mittels Kunst, Kultur und Massenkommunikation - führt ihn unter anderem zu einem anderen Begriff der bürgerlichen Gesellschaft als er sich bei Marx findet, für jenen "(umfaßt) die bürgerliche Gesellschaft den gesamten materiellen Verkehr der Individuen innerhalb

⁹ Vgl. Gramsci, Die Herausbildung der Intellektuellen. - In: Antonio Gramsci, Zu Politik, Geschichte und Kultur. - Reclam, Leipzig 1980, S. 228

¹⁰ In seinen Aufzeichnungen zur volkstümlichen Literatur spricht Gramsci davon, daß Kunst und Literatur immer "funktional" sind, eine bestimmte "soziale Orientierung" haben. Diese setzt sich durch, indem Kunst und Literatur nur dann wirksam werden, wenn sie sich an den Bedürfnissen der Adressaten ausrichten. (Siehe, Volkstümliche Literatur. - In: Antonio Gramsci, Zu Politik, Geschichte und Kultur. - Reclam, Leipzig 1980) Denkt man diesen Gedanken weiter, so leitet sich daraus ab, daß sich Kunst und Kultur vorwiegend an den Bedürfnissen der jeweils herrschenden sozialen Gruppierungen ausrichten, was zur Folge hat, daß sich Kunst und Kultur vorwiegend im Interesse jener reproduzieren, womit sich auch die Intellektuellen vorwiegend im Interesse jener herrschenden Gruppierungen rekrutieren.

einer bestimmten Entwicklungsstufe der Produktivkräfte"¹¹, Gramsci hingegen bezeichnet die bürgerliche Gesellschaft als eine Ebene des Überbaus, die die Gesamtheit der Individuen umfaßt, "insofern sie umgangssprachlich 'privat' genannt werden".¹²

Wenn Gramsci die bürgerliche Gesellschaft als Ebene des Überbaus faßt, so liegt dies wohl vor allem daran, daß sie einerseits über der Sphäre der materiellen Produktion steht, sich in ihr aber gleichzeitig in hohem Maße geistige aber auch materiell-gegenständliche Prozesse zur Aneignung von Kultur umsetzen, die wesentlich von den Interessen einer jeweils herrschenden Klasse oder sozialen Gruppierung bestimmt werden¹³. Von daher ordnet Gramsci jener Ebene der bürgerlichen Gesellschaft auch die Funktion der "Hegemonie" die die jeweils herrschende Gruppe in der Gesamtgesellschaft ausüht, zu¹⁴.

Als Konsequenz einer solchen Sicht auf die bürgerliche Gesellschaft, die als Mittler zwischen ökonomischen Prozessen und Staat steht, ergibt sich für Gramsci, daß die Rolle des Staates in der Funktion der "direkten Herrschaft oder Befehlsgewalt"¹⁵ in dem Maße ahnimmt, wie die innere Vermittlung durch die bürgerliche Gesellschaft zunimmt. In vorkapitalistischen Gesellschaften wurde ein "kollektiver Wille" von außen gesetzt, dem sich die Gemeinschaft freiwillig oder gezwungenermaßen unterordnen mußte. "Der heutige Kollektivmensch hildet sich hingegen im wesentlichen von unten nach oben heraus, aufgrund der Stellung, die das Kollektiv in der Produktionswelt innehat: der repräsentative Mensch übt auch heute eine Funktion bei der Herausbildung des Kollektivmenschen aus, aber eine weitaus geringere als in der Vergangenheit, so daß er sogar verschwinden kann, ohne daß der kollektive Bindemörtel zerbröckelt und der Bau zusammenstürzt."¹⁶ Damit ergibt sich zugleich auch eine wesentliche Erklärung dafür, daß der äußere Staat in der Tendenz reduziert werden kann.

"Wo (der Kapitalismus) am ältesten ist und den Höchststand an Produktion erreicht hat, hat er auf politischer Ebene durchgesetzt: Die Reduzierung der Funktionen des Staates auf ein Minimum, weitreichende Versammlungs-, Presse-, Propagandafreiheit, die Sicherheit der Bürger gegenüber den Behörden, die Verhretung der Ideale des Friedens und der internationalen Brüderlichkeit. Man glaube nicht, diese Prinzipien würden

¹¹ Vgl. Marx, Engels: Die Deutsche Ideologie. - In: Marx, Engels: Werke, Bd. 3, - Dietz Verlag Berlin 1983, S. 36

¹² Vgl. Gramsci: Die Herausbildung der Intellektuellen. - In: Antonio Gramsci: Zu Politik, Geschichte und Kultur. - Reclam, Leipzig 1980, S. 228

¹³ Siehe Anmerkung 10!

¹⁴ Vgl. Gramsci: Die Herausbildung der Intellektuellen. - In: Antonio Gramsci: Zu Politik, Geschichte und Kultur. - Reclam, Leipzig 1980, S. 228

¹⁵ Vgl. Gramsci: Die Herausbildung der Intellektuellen. - In: Antonio Gramsci: Zu Politik, Geschichte und Kultur. - Reclam, Leipzig 1980, S. 228

¹⁶ Vgl. Gramsci: Der Mensch als Individuum und als Massenmensch. In: Antonio Gramsci: Gedanken zur Kultur. - Reclam, Leipzig 1987, S. 38

aus sentimentalen Gründen vertreten. Sie sind die notwendige Garantie für das individuelle Tätigsein im System der freien Konkurrenz. Das Individuum bedarf für seine Geschäfte eines schnellen administrativen und juristischen Ablaufs, mithin ist es notwendig, daß der Staat auf einen Großteil seiner Attribute zugunsten der örtlichen Selbstverwaltung verzichtet, damit die bürokratische Machinerie geschwinder laufen kann und die Kontrolle erleichtert wird. Das Individuum muß seine künftige Tätigkeit berechnen können.¹⁷

Versucht man die Auffassungen Marx' und Gramscis hinsichtlich des Verhältnisses von Staat und Gesellschaft in modernen Gesellschaften zusammenzuführen, so wären hier vor allem zwei grundlegende Gedanken zu einer Synthese zu führen.

Da wäre zum ersten der sich aus der Analyse der Entwicklung der menschlichen Arbeitsteilung bei Marx ableitende Gedanke, daß die mit dem Kapitalismus einsetzende technologische Entwicklung die Produktivkräfte zu einer Totalität entwickelt, deren Aneignung einer universellen Vermittlung der gesellschaftlichen Teilprozesse bedarf. Zugleich erfordert die universelle Aneignung der Produktivkräfte auch universelle Fähigkeiten der Produzenten zur Beherrschung der Produktivkräfte. Marx begründet von daher, daß erstens die gesellschaftliche Entwicklung maßgeblich davon abhängt, inwieweit es gelingt, die Persönlichkeitsentwicklung der gesellschaftlichen Individuen voranzutreiben; zum anderen wird eine äußere Vermittlung der gesellschaftlichen Teilprozesse durch den Staat angesichts der sich zur Totalität entwickelnden Produktivkräfte der Gesellschaft (womit auch der Verkehr der Individuen außerhalb der materiellen Produktion eingeschlossen wird) zunehmend unnötig.

Zum zweiten sollen hier die Gedanken Gramscis hinsichtlich der Funktion von Kunst, Kultur und Massenkommunikation in der modernen Gesellschaft genannt werden. Macht er deutlich, daß sich auf jener Ebene eine Vielzahl von gesellschaftlichen Teilprozessen vermittelt - so verbindet sich mit der Aneignung von Kultur außerhalb der materiellen Produktion in großem Umfang die Entwicklung spezifischer Fähigkeiten der Individuen, die es ihnen wiederum ermöglichen, bestimmte Funktionen im gesellschaftlichen System wahrzunehmen. Darüber hinaus bilden Kunst und Kultur ein Vermittlungsglied zwischen Staat und ökonomischen Verhältnissen, die eine Rücknahme des Einflusses des Staates auf die Gesellschaft erlauben. Gramsci verweist so auf ein wichtiges Glied jener universellen Vermittlung der sich zu einer Totalität entwickelnden Teilprozesse der Gesellschaft, von der unter anderem bei Marx die Rede ist.

¹⁷ Vgl. Gramsci, Individualismus und Kollektivismus. - In: Antonio Gramsci, Gedanken zur Kultur. - Reclam, Leipzig 1987, S. 20



**Hans Heinz Holz (Hg):
Antonio Gramsci heute —
Aktuelle Perspektiven
seiner Philosophie.**

Paperback

ca. 220 Seiten, ca. 28,- DM

ISBN 2-89144-118-5

Erscheint im September

Die Herausforderung für marxistische Theorie sich völlig neu mit ihren Grundlagen auseinanderzusetzen, ist durch die Umbrüche im Osten nur noch deutlicher geworden.

Antonio Gramsci (1891-1938) gehört neben Rosa Luxemburg und Lenin zu den Quellen marxistischen Denkens in diesem Jahrhundert, die für die heutige Zeit neu durchdacht werden müssen.

Die international zusammengesetzte Autorenschaft dieses Bandes stellt sich dieser Aufgabe nicht mit einem vordergründigen Praxisbezug, sondern in der Absicht die philosophischen Kerngedanken Gramscis herauszuarbeiten.

Aus dem Inhalt:

Andreas Gedö (Ungarn): Marxismus als geschichtliche Philosophie

Alberto Burgio (Italien): Gramsci und das theoretische und praktische Problem des Klassenbewußtseins

Giuseppe Prestipino (Italien): Vom altmarxistischen Ökonomismus zur Theorie der Staatstätigkeit bei Gramsci

Andrea Catone (Italien) Gramscis Lehre von der „passiven“ Revolution und die Gegenwart

Hans Heinz Holz (Niederlande): Gramscis Philosophie und die politische Theorie der III. Internationale

Nicolas Tertulian (Frankreich): Gramsci — der Anti-Croce und die Philosophie von Lukacs.

Aus unserem lieferbaren Programm

Antonio Gramsci: Gedanken zur Kultur. 332 Seiten, 9,80 DM ISBN 3-89144-045-6

Antonio Gramsci: Zu Politik, Geschichte und Kultur. 396 Seiten, 6,- DM. ISBN 3-89144-050-2

In jeder guten Buchhandlung oder direkt vom Verlag.

Ich möchte ein Gesamtverzeichnis

Pahl-Rugenstein Verlag Nachfolger

Breite Str. 47 5300 Bonn 1

Tel. 0228/63 23 06 Fax 63 49 68

Die Dialektik von ziviler und politischer Gesellschaft bei Gramsci und deren Dysfunktion im "realen Sozialismus"

Eine der wesentlichen politischen Ursachen des Scheiterns des ersten realen sozialistischen Experiments in der Geschichte hängt mit der spezifischen Verfaßtheit des Wechselverhältnisses von Staat und Gesellschaft, von ziviler und politischer Gesellschaft sowie mit der unzureichenden politischen Kultur als der Existenzweise der zivilen Gesellschaft und dem Vermittlungsglied zwischen ziviler und politischer Gesellschaft zusammen.

Diese Überlegungen führen uns direkt zu Gramsci, der mit seiner (marxistischen) Interpretation der betreffenden Kategorien einen Schlüssel zur Analyse der politischen Funktionsmechanismen dieser Ordnungen und ihres Scheiterns bietet, ohne daß man ihn selbst zu einem Interpretieren des Zusammenbruchs des realen Sozialismus machen kann. Um es vorwegzunehmen: Gramsci konstatierte in der Funktionsweise moderner (bürgerlicher) Gesellschaften ernsthafte Probleme, von denen er sich gerade durch die seinerzeit eingeleitete sozialistische Entwicklung in Sowjetrußland eine Lösung versprach. Wir wissen heute, daß solche Lösungen im realen Sozialismus nicht oder nicht in befriedigender Weise gefunden wurden, und wir müssen uns die Frage stellen, ob dies unter den konkreten historischen Bedingungen überhaupt möglich war.

Gramscis Erkenntnisse auf das Schicksal der sozialistischen Gesellschaften anzuwenden, hat für die linken, vor allem für die pro-sozialistischen Kräfte heute mindestens zwei Aspekte. Erstens muß man durch die Optik seiner Konzepte die Frage nach der Einordnung und Bewertung der Ursachen des Zusammenbruchs und nach dem Charakter eventueller genetischer Defekte dieser Gesellschaften stellen; und zweitens vermitteln uns Gramscis Erkenntnisse gewisse konzeptionelle Anregungen für eine konsensfähige Erarbeitung der dringend nötigen modernen und realistischen politischen Orientierungen sowie für die Antwort auf die Frage, welchen Erfordernissen eine künftige sozialistische Gesellschaft gerecht werden müßte, um nicht das Schicksal des bisherigen Experiments zu erleiden.

In § 18 des 7. Heftes spricht Gramsci in Parantese davon, daß seine Überlegungen zur Beziehung zwischen Staat und ziviler Gesellschaft zu vertiefen und in exaktere Begriffe zu fassen seien.¹ Klarheit über die

¹ Antonio Gramsci: Quaderni del carcere. Edizione critica dell Istituto Gramsci. Hrsg. v. Valentino Gerratana. Turin 1975, Bd. 2, S. 868

Begrifflichkeit bei Gramsci zu suchen, kann deshalb nicht bedeuten, Gramscis Erkenntnisse und Überlegungen in ein starres Dogmengebäude zu bringen, um so weniger, als es gerade zu seinen Verdiensten gehört, die Mauern des Dogmengebäudes der Komintern zu durchbrechen.

Wenn Gramsci von Identität und Unterscheidung zwischen ziviler und politischer Gesellschaft² spricht, so begreift er das als reale funktionelle Verflechtung, und dies wiederum in einem historischen Prozeß des Wandels. Wesentlich hierbei ist, daß Gramsci begrifflich zunächst einen Unterschied zwischen Staat und Gesellschaft macht, wobei er offenkundig die Gesellschaft in einem gegebenen Staatswesen als Totalität, die zivile und die politische Gesellschaft als ihre sich bedingenden, miteinander mehr oder weniger verflochtenen Komponenten versteht. Es sei hinzugefügt: In der früheren Geschichte war die zivile Gesellschaft, sofern man überhaupt von ihr reden kann, der politischen Gesellschaft völlig untergeordnet, unprofilierter. Erst die im vorigen Jahrhundert aus den politischen Kämpfen hervorgegangene Demokratieauffassung hat zu einer gewissen Profilierung und relativen Verselbständigung der zivilen Gesellschaft im Verhältnis zur politischen Gesellschaft geführt, was allerdings allmählich eine neue Qualität in den politischen Verhältnissen moderner demokratischer Staatswesen mit sich brachte.

Als Gramsci vom Verhältnis des Freihandelsliberalismus zur zivilen und politischen Gesellschaft sprach und dabei den Unterschied zum Syndikalismus charakterisierte, hielt er zivile und politische Gesellschaft "nella realtà effettuale", sozusagen in einer tätigen, "effektorientierten Realität", für identisch.³

Zunächst war die zivile Gesellschaft in ihrer rudimentären Form ein bloßes Objekt und Mittel der politischen Gesellschaft. "Der Staat", so heißt es im 10. Heft⁴, "ist das Instrument, um die zivile Gesellschaft an die ökonomische Struktur anzupassen." Gramsci schrieb dem Staat in diesem Zusammenhang die Rolle eines "Erziehers" zu. Er konstatierte, daß der "Staat = politische Gesellschaft + zivile Gesellschaft, mit Zwang gepanzerte Hegemonie ist".⁵

Im historischen Prozeß der Herausbildung einer relativ eigenständigen modernen zivilen Gesellschaft, den Gramsci im 19. Jahrhundert beobachtet, komme es zur "Gewaltenteilung ... als ... Ergebnis des Kampfes zwischen ziviler Gesellschaft und politischer Gesellschaft (in) einer

² Heft 8, § 142. Antonio Gramsci: Quaderni del carcere. Edizione critica dell Istituto Gramsci. Hrsg. v. Valentino Gerratana. Turin 1975, Bd. 2, S. 1028

³ Heft 13, § 18. Antonio Gramsci: Quaderni del carcere. Edizione critica dell Istituto Gramsci. Hrsg. v. Valentino Gerratana. Turin 1975, Bd. 3, S. 1590

⁴ Antonio Gramsci: Quaderni del carcere. Edizione critica dell Istituto Gramsci. Hrsg. v. Valentino Gerratana. Turin 1975, Bd. 2, S. 1253

⁵ Heft 6, § 88. Antonio Gramsci: Quaderni del carcere. Edizione critica dell Istituto Gramsci. Hrsg. v. Valentino Gerratana. Turin 1975, Bd. 2, S. 763 f.

bestimmten historischen Periode, mit einem gewissen instabilen Gleichgewicht der Klassen..."⁶

Auf diese Weise entstand, so können wir sagen, die moderne bürgerliche Demokratie mit ihren nichtstaatlichen Funktionsmechanismen und Hegemonieapparaten in Gestalt der zivilen Gesellschaft. An manchen Stellen identifiziert Gramsci geradezu zivile Gesellschaft mit Hegemonie⁷, was offenbar zu eng gesehen ist. Vielmehr dürfte es treffender sein, die zivile Gesellschaft als das Terrain zu bezeichnen, auf dem sich das Ringen um Hegemonie vollzieht bzw. auf dem Hegemonie verwirklicht wird.

Indem die zivile Gesellschaft sich gegenüber der politischen Gesellschaft emanzipiert, stellt sich, so Gramsci, "ein neues Problem von Hegemonie" da sich nämlich die "historische Grundlage des Staates...verschoben" habe.⁸ Das Neue, das für die modernen bürgerlichen Gesellschaften charakteristisch ist, besteht darin, daß der Staat, d.h. die politische Gesellschaft, den Grad von Legitimation und Stabilität nunmehr daraus schöpft, in welchem Zustand sich die zivile Gesellschaft befindet, vor allem wie in der zivilen Gesellschaft die politische, kulturelle und moralische Hegemonie der herrschenden Klasse oder Gruppe entwickelt ist. Die instrumentalisierte Funktionalität des Verhältnisses von ziviler und politischer Gesellschaft besteht - historisch betrachtet - nunmehr in der wechselseitigen, sehr vielschichtigen Bedingtheit beider gesellschaftlicher Komponenten, die einerseits eine neue politische Kultur erzwingt, aber andererseits auch neuen Möglichkeiten der Manipulation, der Demagogie, des legalen politischen Mißbrauchs der Massenpsychologie und -kultur zum Zwecke der Absicherung staatlicher Macht mit nichtstaatlichen Mitteln Tür und Tor öffnet.

In dem Maße, wie dieser Prozeß voranschritt, erlangte die Bourgeoisie bzw. ihre politisch herrschende Fraktion neue Formen der Bindung der Massen an die kapitalistische Ordnung. Analysiert man hingegen die Gesellschaften, in denen Sozialismus gestaltet werden sollte und die mit dem Anspruch auf die Verwirklichungen realer Demokratie die Bühne der Geschichte betraten, so muß man rückblickend feststellen, daß sie sich in Wirklichkeit in einem Zustand befanden, in dem die Herauslösung der zivilen aus der politischen Gesellschaft sich nicht oder nicht ausreichend vollzogen hat, in einem Zustand, in dem also die zivile Gesellschaft ein unterentwickeltes Anhängsel des Staates blieb und die Gesellschaft in ihrer Totalität nichts anderes als eine verstaatlichte Gesellschaft war. Wir müssen an dieser Stelle eingestehen, daß ein solcher Zustand seinerzeit

⁶ Heft 6, § 81. Antonio Gramsci: Quaderni del carcere. Edizione critica dell Istituto Gramsci. Hrsg. v. Valentino Gerratana. Turin 1975, Bd. 2, S. 751

⁷ So z.B. in Heft 6, § 24, in einem Bezug auf Hegel. Antonio Gramsci: Quaderni del carcere. Edizione critica dell Istituto Gramsci. Hrsg. v. Valentino Gerratana. Turin 1975, Bd. 2, S. 703

⁸ Heft 7, § 28. Antonio Gramsci: Quaderni del carcere. Edizione critica dell Istituto Gramsci. Hrsg. v. Valentino Gerratana. Turin 1975, Bd. 2, S. 876

keineswegs als ein Mangel der neuen gesellschaftlichen Realität, sondern vielmehr als ein Vorzug, als ein Element der Überlegenheit über die bürgerliche Demokratie angesehen wurde. Die bittere historische Erfahrung hat uns eines besseren belehrt. Denn: Der Unterschied zwischen einer modernen kapitalistischen Gesellschaft, sofern in ihr bürgerlich-demokratische Strukturen vorherrschen, und den Gesellschaften des "realen Sozialismus", stellt sich - wenn häufig auch nur an der Oberfläche - so dar, daß in ersterer die Stabilität der Macht, der ökonomischen und sozialen Verhältnisse usw. mit der Verfaßtheit der zivilen Gesellschaft, mit deren Stabilität also, gewährleistet wird, während in letzteren die ganze Stabilität in erster Linie auf der Verfaßtheit und Funktion der politischen Gesellschaft, genauer gesagt auf den staatlich organisierten und garantierten Machtverhältnissen beruhte.

Die herrschenden Eliten in der kapitalistischen Gesellschaft waren durch die neue Qualität des Verhältnisses zwischen ziviler und politischer Gesellschaft in die Lage versetzt, den durchaus weiter bestehenden Konflikt zwischen dem Staat und großen Teilen der Gesellschaft in gewissem Sinne zu steuern, zu manipulieren, unter Kontrolle zu halten und zuweilen auch zu entschärfen. Die Situation in den sozialistischen Gesellschaften, wo das Problem möglicher Konflikte zwischen ziviler und politischer Gesellschaft nicht in Betracht gezogen oder nur auf der Ebene eines Klassegegensatzes angesiedelt wurde, führte dazu, daß beträchtliche Elemente der sich formierenden und emanzipierenden zivilen Gesellschaft letztlich nur in Opposition zur Staatsmacht wirksam werden konnten. Damit wurde der Staat sofort herausgefordert: Seine exekutiven Apparate nahmen zwecks Gegenwehr entweder Zuflucht zur gewaltsamen Unterdrückung, wie das in Rumänien beispielsweise der Fall war, oder aber sie wurden paralysiert und in die Handlungsunfähigkeit gedrängt, wie das in der DDR geschah. Mit Verspätung kommt dieser Konflikt bemerkenswerter- und überraschenderweise jetzt in einem Land, und zwar ebenfalls gewaltsam, zum Ausbruch, in dem man angeblich seit langem das Stalinsche Sozialismusmodell überwunden und durch das Modell eines selbstverwalteten Sozialismus ersetzt zu haben glaubte. In Jugoslawien finden wir also bedauerlicherweise in bezug auf die Organisation der Macht und die Rolle der regierenden Partei ähnliche genetische Defekte wie in den übrigen Gesellschaften des "realen Sozialismus". Das historische Erfordernis, zu erkennen, daß man die Formierung einer sozialistischen zivilen Gesellschaft fördern und diese in den Dienst der demokratischen Stabilisierung der sozialistischen Ordnung stellen müsse, lag leider außerhalb des politisch-strategischen Horizonts aller Führungseliten im "realen Sozialismus".

Die demokratische Herausforderung, mit der die Arbeiterbewegung seit dem 19. Jahrhundert die bürgerliche Gesellschaft attackiert hatte, kehrte sich paradoxerweise um in eine demokratische Herausforderung der modernen bürgerlichen Gesellschaften, die zu idealisieren wir durchaus kei-

nen Grund haben, an die von der kommunistischen Strömung der Arbeiterbewegung hervorgebrachten Gesellschaften des realen Sozialismus, eine Herausforderung, der sich letztere nicht gewachsen zeigten und die zu einer der wesentlichen Ursachen ihres Zusammenbruchs wurde.

Manch einer neigt heute zu folgender Feststellung: Wenn sich die Gesellschaften des realen Sozialismus als unfähig erwiesen, die Legitimierung ihrer Machtverhältnisse aus der zivilen Gesellschaft zu schöpfen und somit der demokratischen Herausforderung standzuhalten, so sei das allein auf den Stalinismus als eine subjektbestimmte historische Verirrung zurückzuführen. Die Problematik wird noch mehr vereinfacht, wenn behauptet wird, eine vernünftige, gangbare und zukunftssträchtige Alternative zum Stalinismus habe für den Sozialismus in den politischen Konzepten Trotzki oder Bucharins gelegen.

Gramsci, der mancherlei Unzulänglichkeiten, ungelöste Probleme und Widersprüche der jungen Sowjetgesellschaft beobachtete, widmete sich vor allem der Analyse der realen historischen Zusammenhänge. Seine damaligen Reflexionen erklären so manches, was seit Ende der 80er Jahre mit dem realen Sozialismus geschah. Bereits im November 1917 beschäftigte ihn ebenso wie viele andere Theoretiker der Arbeiterbewegung in seinem bekannten Artikel "Revolution gegen das 'Kapital'"⁹ ein Grunddilemma dieser Gesellschaft, das sich aus den konkreten historischen Umständen ergab und zu einem kardinalen Entwicklungsproblem wurde. Es handelte sich de facto um die Kluft zwischen der ökonomischen, sozialen und zivilisatorischen Rückständigkeit Rußlands zur Zeit der Revolution einerseits und den sozialistischen Zielen der Bolschewiki unter Lenins Führung andererseits. Gramsci brachte damals seine Überzeugung zum Ausdruck, daß der kollektive politische Wille der revolutionären Klasse geeignet sei, diese Kluft im sozialistischen Sinne zu schließen. Voraussetzung hierfür, so können wir hinzufügen, wäre gewesen, daß die politische Führung Problembewußtsein, strategische Fähigkeit und Mobilisierungsvermögen besitzen oder erlangt hätte, die nötig waren, den entsprechenden Anforderungen und Aufgaben gerecht zu werden.

Auf die Entwicklungsprobleme der Sowjetgesellschaft und die Anforderung an die Führung kommt Gramsci auch in dem sorgenvollen Brief an das Zentralkomitee der bolschewistischen Partei vom Oktober 1926 zurück, allerdings bereits mit dem berechtigten Zweifel an der Befähigung und dem Verantwortungsbewußtsein der sowjetischen Führungselite sowie an der Bereitschaft der Arbeiterklasse, im Interesse der Revolution und der Gestaltung der neuen Gesellschaft, besonders im Interesse der verhündeteten Bauernschaft auf korporative Interessen zu verzichten und Opfer auf sich zu nehmen.¹⁰ Dieses Dilemma zwischen unzureichenden

⁹ In: Antonio Gramsci: Ein vergessener Humanist? Eine Anthologie. Berlin 1991, S. 31-35

¹⁰ Ebenda, S. 69-76

gesellschaftspolitischen Voraussetzungen und sozialistischen Zielsetzungen war dann später auch den nachfolgenden Ländern des realen Sozialismus eigen. Ob die Überwindung des Dilemmas unter den konkreten historischen Bedingungen eines Systemwettbewerbs, bei dem die kapitalistische Seite über die besseren Potenzen verfügte, überhaupt realistisch war, ist im nachhinein schwer zu beantworten. Unbestritten ist nur, daß dies nicht gelang und der "reale Sozialismus" den Systemwettstreit verlor.

Im Heft 7 geht Gramsci auf den Unterschied zwischen der Revolution im Osten und im Westen ein. "Im Osten war der Staat alles, die zivile Gesellschaft war nicht ausgeprägt und war formlos ...", während im Westen zivile und politische Gesellschaft in einem "giusto rapporto", d.h. in einem richtigen Verhältnis zueinander gestanden hätten. Für die westlichen Gesellschaften charakterisierte er den Staat als "vorgeschobenen Schützengraben, die zivile Gesellschaft als eine robuste Kette von Befestigungen und Kasematten".¹¹ Diese Schlußfolgerung zog Gramsci aus dem Scheitern der revolutionären Bewegungen im Gefolge des Ersten Weltkrieges in Italien, Deutschland und anderen Ländern.

Mit der Oktoberrevolution war es verhältnismäßig leicht, die Machtverhältnisse in Rußland zu verändern: Es reichte im wesentlichen, die zentrale Regierungsgewalt zu beseitigen und durch eine neue zu ersetzen, also die Staatsmacht zu erobern, um die Revolution zum Erfolg zu führen. Es war nicht nötig, zuvor in einer vielgliedrigen zivilen Gesellschaft mit einem ausgeprägten sozialen und politischen Pluralismus und einer demokratischen politischen Kultur die Hegemonie, wie sie Gramsci verstand, zu erringen. Auch Lenin hatte bekanntlich darauf hingewiesen, daß in Rußland die Eroberung der Macht leichter sei als im Westen, der Aufbau des Sozialismus hingegen viel schwerer. Es sei allerdings angemerkt, daß man die Oktoberrevolution nicht auf einen Staatsstreich einer kleinen verschwörerischen Elite reduzieren kann, denn sie war tatsächlich eine Revolution der Massen, die für Frieden, Land, Brot und Demokratie (in der Mehrheit nicht für Sozialismus) kämpften und die die politische Hegemonie der Bolschewiki, wie sie Lenin verstand, anerkannten.

Wie dem auch sei: Die Oktoberrevolution - und später die volksdemokratischen Revolutionen am Ende des Zweiten Weltkrieges - sowie das, was an neuer gesellschaftlicher Realität hervorgebracht wurde, wiesen Besonderheiten auf, die in der Anfangsphase größtenteils nicht vermeidbar waren. Verhängnisvoll war nur, daß sie danach nicht als Besonderheiten bewertet wurden und - gerade wegen des Erfolgs der Oktoberrevolution - sodann verallgemeinert, zu axiomatischen, allgemeingültigen Normen und Gesetzmäßigkeiten für sozialistische Revolutionen und für sozialistische Gesellschaften an sich erklärt wurden. Hierin liegt eigentlich auch der gno-

¹¹ Heft 7, § 16. Antonio Gramsci: Quaderni del carcere. Edizione critica dell'Istituto Gramsci. Hrsg. v. Valentino Gerratana. Turin 1975, Bd. 2, S. 866

seologische Widersinn des Leninismus, indem er einerseits die Summe der konkreten Erfahrungen der Oktoberrevolution darstellte, andererseits zur einzig gültigen und international verbindlichen Theorie und Handlungsmaxime erklärt wurde.

Zu den Besonderheiten gehörte also, daß die eigentliche zivile Gesellschaft erst in nachrevolutionärer Zeit hätte herausgebildet werden müssen, und zwar unter Bedingungen, die für die Existenz und das Überleben zunächst ganz andere, nämlich machtpolitische und militärische Prioritäten setzten. Da gab es einen mörderischen Bürgerkrieg, die notwendige Abwehr ausländischer Interventionen sowie die langjährige feindliche Einkreisung, die die Vernichtung der Sowjetmacht zum Ziel hatte. Nach dem Zweiten Weltkrieg wiederholte sich Ähnliches in Gestalt des Kalten Krieges. Hinzu kam aus wenigstens zwei Gründen die Notwendigkeit eines (zeitweiligen) rigorosen staatlichen Zentralismus: einmal, um dem Hunger, der Not, dem Chaos, dem Ressourcenmangel, der wirtschaftlichen Zerrüttung usw. Herr zu werden, zum anderen, um die erwähnte Kluft zwischen der ökonomischen Rückständigkeit und der sozialistischen Zielstellung und Gesellschaftsgestaltung zu überbrücken. Aber anstelle der Überleitung dieser Art von Zentralismus in eine vernünftige Planung, die der breiten Initiative von unten breiten Raum läßt, entstand die zentralisierte Kommandowirtschaft eines bürokratischen Apparates, dem bald jeglicher revolutionärer Impetus verloren ging.

Wenn von zur verbindlichen Norm erhobenen Besonderheiten die Rede ist, muß man auch das Konzept und die Rolle der führenden kommunistischen Partei erwähnen. Konzept und Rolle der Partei ergaben sich folgerichtig aus der - ebenfalls unter spezifischen Bedingungen des vorrevolutionären Rußlands formulierten - Lenin'schen Macht-, Staats- und Revolutionstheorie, in der die Kategorie einer zivilen Gesellschaft keinen Platz hatte. Lenin hatte die bolschewistische Partei als elitäre, illegale Kaderpartei vordergründig zu dem Zweck geschaffen, die Eroberung der Macht in Rußland vorzubereiten und durchzuführen. Dieser Zweck bestimmte ihre Organisationsstruktur und Funktionsweise. Das änderte sich auch dann nicht wesentlich, als die Partei in nachrevolutionärer Zeit zu einer legalen, regierenden Massenpartei wurde. Mit der von der Kommunistischen Internationale betriebenen Bolschewisierung der jungen kommunistischen Parteien des Westens erhielt dieses Parteikonzept eine internationale Verbreitung: Seine Anerkennung war Voraussetzung für die Komintern-Mitgliedschaft. Es bandelte sich dabei aber offenbar nicht schlechtweg um einen russischen Export, denn dieses Konzept fiel, wie wir wissen, auf einen vorhandenen Nährboden von linksextremen und sektiererischen Neigungen in den betreffenden Parteien, gegen die sogar Lenin polemisierte. Was aber die internationale Verbreitung des bolschewistischen Parteikonzepts betraf, gegen das sich schon vorher Rosa Luxemburg energisch gewandt hatte, so sei an die von Lenin selbst redigierten Aufnahmebedingungen der Komintern von 1920 erinnert. Eine kommunistische Par-

tei könne ihre Pflicht im Klassenkampf nur erfüllen, hieß es, wenn sie möglichst zentralistisch organisiert sei, wenn in ihr eine eiserne Disziplin herrsche, die an militärische Disziplin grenzt, und wenn ihr Parteizentrum ein starkes, autoritatives Organ mit weitgehenden Vollmachten sei.¹²

Demokratische Normen, die von unten nach oben hätten durchgesetzt werden können, galten nicht nur nicht für die Rolle der Partei in der Gesellschaft, sondern ebensowenig innerhalb ihrer Mitgliedschaft.

Die ursprünglich nicht ausgeprägte und auch später nicht entwickelte zivile Gesellschaft bot sich als Tätigkeitsfeld der Partei gar nicht erst an. Ihr Tätigkeitsfeld befand sich vor der Revolution praktisch im isolierten Untergrund der Gesellschaft, und nach der Revolution war und blieb es - bis zum bitteren Ende - die politische Gesellschaft, der Staat. Und die Legitimation des Staates wurde nicht aus dem Zustand, nicht aus dem Konsens der Zivilgesellschaft abgeleitet, sondern aus dem Besitz der von der Partei repräsentierten Staatsgewalt. Mit anderen Worten ausgedrückt: Die Partei wurde nicht als Teil einer sozialistischen Zivilgesellschaft, sondern als Teil der Staatsmacht, als wichtigstes staatstragendes Element begriffen. Sie konnte deshalb die von Gramsci definierte Bestimmung, in der zivilen Gesellschaft Hegemonie zu erringen und als hegemoniales Vermittlungsglied zwischen ziviler und politischer Gesellschaft zu wirken, gar nicht wahrnehmen. Der Staat war nach dem praktizierten kommunistischen Konzept praktisch das Machtinstrument der Partei, dessen nach innen gerichtete konstruktive Hauptaufgabe in der Verwirklichung des sozialistischen Programms bestand. Dieser Tatbestand wurde, wie schon betont, als Vorzug und Notwendigkeit der neuen Gesellschaftsordnung verstanden, keineswegs als eine vorübergehend hinzunehmende Unzulänglichkeit. Partei und Staatsapparat waren unlöslich miteinander verflochten. Was in einer revolutionären Übergangs- oder Ausnahmesituation berechtigt gewesen sein mochte, wurden zum Normalfall des politischen Systems.

Der Fortgang des sozialistischen Aufbaus hätte es, wie schon vermerkt, notwendig gemacht, eine dem Wesen und den Erfordernissen des Sozialismus entsprechende zivile Gesellschaft zu formieren, aus der der Staat seine Legitimation und die Grundlagen seiner Stabilität hätte schöpfen müssen und können. Diese Aufgabe wurde nicht gelöst. Auch hier muß die Frage offen bleiben, ob die historischen Umstände dies erlaubt hätten. Die ökonomische Unterlegenheit im Systemwettbewerb und der von außen kommende Erwartungsdruck in bezug auf höhere, aber nicht erfüllbare Bedürfnisbefriedigung erzwangen fortwährend eine machtpolitische Ab- und Eingrenzung, was zur Überhöhung der Rolle des Staates und zur Deformierung der immer wieder beschworenen sozialistischen Demokratie führte. Das Verhängnis begann aber nicht erst

¹² W.I. Lenin: Bedingungen für die Aufnahme in die Kommunistische Internationale. In: W.I. Lenin: Werke, Bd. 31, S. 198

in der gesellschaftlichen Realität, sondern bereits im dogmatischen Theoriegebäude. Dem kanonisierten marxistisch-leninistischen Konzept der Macht, des Staates und der Partei widersprachen die Zweiteilung der Gesamtgesellschaft in eine politische und eine zivile Gesellschaft, eine Unterscheidung von Staat und Gesellschaft sowie die Funktion einer zivilgesellschaftlich begründeten Hegemonie der Partei. Hegemonie war de facto Machtausübung.

Die realen gesellschaftlichen Erfordernisse ließen sich allerdings nicht auf die Dauer unterdrücken oder negieren. In der DDR wie in anderen sozialistischen Ländern brach sich die zivile Gesellschaft Bahn. Dies war auch ein unmittelbares, wenn auch vielleicht ungewolltes Ergebnis der Realisierung des realsozialistischen Gesellschaftsmodells. Aber wie erwähnt, vollzog sich dieser Prozeß zu einem beträchtlichen Teil im Gegensatz zur offiziellen politischen Gesellschaft, zur bestehenden Machtstruktur, sodaß mit der fortschreitenden Entwicklung zivilgesellschaftlicher Elemente deren Konflikt mit der Staatsmacht geradezu vorprogrammiert war. In den Strudel dieses Konflikts wurden selbst beträchtliche Teile des Parteivolks hineingezogen, wie die tschechoslowakischen Ereignisse von 1968, besonders die Rolle Alexander Dubceks, und beispielsweise auch die Entwicklung in der DDR Ende der 80er Jahre veranschaulichen.

Der reale Sozialismus ist demnach schließlich auch an der Unverträglichkeit und dem aufbrechenden Konflikt zwischen den staatlichen Machtstrukturen und der sich - teils sehr konfus und chaotisch, spontan und unorganisiert - profilierenden demokratisch-pluralistischen zivilen Gesellschaft zerbrochen.

Die Erstarrung der gesellschaftlichen und machtpolitischen Strukturen nahm beispielsweise in der DDR solche Ausmaße an, daß schließlich die Möglichkeit eines dritten Weges, d.h. eines Weges zur sozialistischen Erneuerung, blockiert wurde. Ein solcher Weg wäre nur über die Herstellung eines regulierten Verhältnisses von ziviler und politischer Gesellschaft zu beschreiten gewesen. Mit der Paralyse und dem nachfolgenden Zusammenbruch der staatlichen Macht als der entscheidenden Grundlage innerer Stabilität entstand infolge des Pehlens jener robusten Kette von Befestigungen und Kasematten in der DDR-Gesellschaft ein Vakuum. Aus Mangel an robusten zivilgesellschaftlichen Strukturen war es nicht möglich, dieses Vakuum aus der DDR-Gesellschaft heraus so auszufüllen, daß man ihr von innen her eine neue Stabilität hätte vermitteln können. Die alte politische Infrastruktur war hierfür zu sehr diskreditiert, und die Bürgerbewegungen, die einen verbesserten Sozialismus in einer erneuerten DDR anstrebten, waren hierfür zu schwach und noch zu unprofiliert. So geschah es, daß in das aufgerissene Vakuum gebieterisch und rücksichtslos die Kräfte der bundesrepublikanischen, kapitalistischen politischen Gesellschaft hineindrängten, und das bedauerlicher-, aber leider auch verständlicherweise größtenteils mit blinder, erwartungsvoller Billigung großer Teile

des DDR-Volkes, die über das fehlgeschlagene sozialistische Experiment tief enttäuscht waren.

Es wurde vielfach zurecht die Feststellung getroffen, daß wohl kaum in der Geschichte so leicht und so widerstandslos auf die Macht verzichtet wurde, wie das in der DDR Ende 1989/Anfang 1990 geschah. Dies bat durchaus etwas mit dem moralischen Aspekt des sich formierenden zivilgesellschaftlichen Bewußtseins in großen Teilen der politischen und intellektuellen Führungsschicht der DDR-Gesellschaft zu tun: Ihre Einsicht in die Fehlentwicklungen der realsozialistischen Ordnung, in die Zwiespältigkeit der dominierenden Ideologie, in die Unfähigkeit und Unbelehrbarkeit einer selbstherrlichen Führungselite hatten Ratlosigkeit, Verzweiflung, schlechtes Gewissen erzeugt und einer eventuellen Bereitschaft, diese Ordnung gegen den inneren Widerstand eines großen Teils des Volkes mit Gewaltanwendung zu verteidigen, den Boden entzogen. Gerade unter diesen Bedingungen verkennt der Ratschlag, den der eine oder andere gibt, man hätte auf alle Fälle die Macht und damit das sozialistische Experiment militärisch oder mit anderen Mitteln der exekutiven Staatsgewalt verteidigen müssen, die reale Situation und hätte, wenn er befolgt worden wäre, zum Abenteuer eines provozierten und aussichtslosen Bürgerkriegs geführt, da damals eben bereits beträchtliche Teile der Arbeiterklasse, in deren Namen die Verteidigung der Macht allein Sinn gehabt hätte, eine Frontstellung gegen die Verteidiger der bestehenden Machtverhältnisse bezogen hätten. Man muß in Betracht ziehen, daß die Macht nicht von außen, sondern von innen beraus in Frage gestellt wurde. So sehr das Erbe der DDR zum Objekt der regierenden Kräfte der Bundesrepublik wurde - der Zusammenbruch von Staat und Gesellschaft hatte in erster Linie nicht äußere, sondern innere Ursachen.

Weder moralische Urteile über die Menschen, die dem "realen Sozialismus" den Rücken kehrten, noch etwa eine Genugtuung darüber, daß die Akteure des Umbruchs um die Früchte ihres Erfolges betrogen wurden und nunmehr selbst zu den Opfern des Wandels gehören, nützen da etwas.

Eingangs wurde davon gesprochen, daß dem Zusammenbruch des "realen Sozialismus" vielerlei Ursachen zugrunde lagen. Wenn hier vom Mißverhalten zwischen politischer und ziviler Gesellschaft als von einer der Ursachen des Scheiterns des realsozialistischen Experiments die Rede war, so muß man dennoch feststellen, daß dies offenbar nicht die wichtigste von allen diesen Ursachen war.

Viel entscheidender als Ursache war das Mißverhältnis, das für die Gesellschaft aus der Ökonomie resultierte. Es war nicht gelungen, einen entwicklungsfähigen und effizienten sozialistischen Wirtschaftsmechanismus hervorzubringen, der in der Lage gewesen wäre, im Systemwettbewerb die Herausforderungen des Kapitalismus, der wissenschaftlich-technischen Revolution sowie der brennenden ökologischen und anderen globalen Probleme erfolgreich aufzugreifen sowie im Innern einer organischen so-

zialistischen zivilen und politischen Gesellschaft die erforderliche ökonomische Basis zu geben.

Im gewissen Sinne trifft auf die zusammenbrechende DDR-Gesellschaft das zu, was Gramsci im Paragraphen 12 des 7. Heftes¹³ zu den zwei Konformismen sagt, die sich im Kampf miteinander befänden. Dies wäre seiner Meinung nach nichts anderes als ein Kampf um Hegemonie, eine Krise der zivilen Gesellschaft. Gramsci spricht in diesem Zusammenhang von den "alten intellektuellen und moralischen Führern der Gesellschaft", die fühlten, "daß der Boden unter den Füßen schwindet und feststellten, daß ihre 'Predigten'... eine Sache, die fern von der Realität, eine reine Form ohne Inhalt, eine Larve ohne Geist geworden wären, woraus Verzweiflung und ihre reaktionären und konservativen Tendenzen resultieren, weil die besondere Form der Zivilisation, der Kultur, der Moral, wie sie sie vertreten haben, zerfällt". Es blieben in einem solchen Falle, so meint Gramsci, nur repressive Maßnahmen des Staates oder ein vom historischen Prozeß isolierter Widerstand übrig. Überträgt man solche Überlegungen auf unser Thema, so lassen sich kaum treffender die Vorgänge in der Schicht der politischen und intellektuellen Verantwortlichen der DDR-Gesellschaft schildern.

Sowohl als Lehre aus der Vergangenheit wie als Schlußfolgerung für Gegenwart und Zukunft kann man wohl feststellen, daß die zivile und die politische Gesellschaft in ihrer dialektischen wechselseitigen, organischen Bedingtheit zu begreifen sind und daß Sozialismus weder ohne eine demokratische, pluralistische, konsensbildende Zivilgesellschaft noch ohne eine auf ihr beruhende Staatsmacht, vor allem solange konkurrierende Gesellschaftssysteme nebeneinander existieren, zu realisieren ist. Der Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft ist jedoch in erster Linie eine zivilgesellschaftliche Aufgabe, so sehr ihre machtpolitische Absicherung zeitweilig unentbehrlich ist. Die Macht muß sich dabei auf eine in der zivilen sozialistischen Gesellschaft begründete Hegemonie stützen, wenn sie sich nicht selbst letztlich ihrer Grundlage berauben will. Und zum Schluß sei noch vermerkt: Wenn es heute unter linken Kräften die Meinung gibt, Macht und Hegemonie seien angesichts des zusammengebrochenen "realen Sozialismus" veraltete, überholte, unbrauchbare Kategorien, dann sollten sie illusionslos die Realitäten des Anschlusses der ehemaligen DDR an die BRD in Betracht ziehen. Hier geht es ohne Rücksicht auf die gesellschaftlichen Verhältnisse und die Befindlichkeit der Menschen in der ehemaligen DDR um Machtfragen.

¹³ Heft 7, § 12. Antonio Gramsci: Quaderni del carcere. Edizione critica dell'Istituto Gramsci. Hrsg. v. Valentino Gerratana. Turin 1975, Ed. 2, S. 862 f.

Renate Holub

Gramsci und die Intellektuellen der USA

Wenn ich über Gramsci, die Intellektuellen und die neunziger Jahre schreibe, ist das für mich ein Versuch, über intellektuelle Funktionen und Möglichkeiten in einem Augenblick nachzudenken, in dem der Westen oder wir im Westen durch die Weltpolitik in die neue Datenbank einer neuen Weltordnung überführt worden sind. Aber es ist auch ein Versuch, einige der Faktoren der Besonderheit intellektueller Funktionen in einem spezifischen Kulturkontext darzustellen.¹

Der Krieg gegen den Irak und seine kulturelle Darstellung durch die herrschenden kommerziellen Medien im Januar und Februar dieses Jahres hat einiges sehr deutlich gemacht, vor allem was die Problematik von amerikanischen "öffentlichen Intellektuellen", das heißt den Medienspezialisten, aber auch was die US-amerikanische Bevölkerung angeht. Denn während sich hier einerseits das Ausmaß zeigte, in dem die intellektuellen Mittelschichten der "öffentlichen Intellektuellen" die gegebene Ordnung verinnerlicht und als natürlich wahrgenommen haben, nämlich den Fahrplan des Konzern-Techno-Kapitalismus, wie er durch die Regierung Bush vertreten wird, der sie spontan ihren Konsens geben, so zeigt er gleichzeitig das Maß an, in dem die US-amerikanische Bevölkerung nicht in Bezug auf Kultur analphabetisch oder moralisch taub ist, insofern sie nicht dazu gebracht werden kann, den Konsens der Medien zu unterstützen.

Oder anders gesagt: Warum sollten die herrschenden kommerziellen Medien und Rundfunknetze eine solch außerordentlich einseitige Darstellung des Krieges gegeben haben, wenn die Regierung nicht die latenten kritischen Kräfte des Volks in einem Augenblick ungeheurer sozialer Konflikte vermutet hätte? Niemals zuvor in meinem zwanzigjährigen Aufenthalt in den Vereinigten Staaten hatten sich die neuen "öffentlichen Intellektuellen" in so radikal-ideologischen Maßnahmen engagiert. Um Ramsey Clark zu zitieren: Wir haben ein wirkliches Problem mit unseren Medien, die wäh-

¹ Der Beitrag ist ein (aus Platzgründen) stark gekürzter Auszug aus einem sehr interessanten und umfangreichen Papier, das in verschiedenen kürzeren Fassungen bei andern Gelegenheiten und als Ganzes auf der Berliner Gramsci Konferenz vorgetragen wurde. Die Autorin spricht zu Anfang ihren Dank Susan Sulcman, Rosalind Williams, Bruce Mazlish, Anne Showstack Sassoon, Giorgio Baratta, Ursula Apitzsch, Derek Boothman, Ljudmila Nikititsch, Volker Gransow, Peter Jehle und Kenneth Manning aus. Wir bedanken uns unsererseits für die Möglichkeit des Teilabdrucks dieses Beitrags (Die Redaktion).

rend des Konflikts als eine massive Propagandamaschine für den Militarismus, für den militärisch-industriellen Komplex und für machtvolle ökonomische Interessen fungierten. Sie waren nicht bereit, die Existenz anderer Stimmen, anderer Ansichten, anderer Fakten anzuerkennen.² Ich nehme an, daß es letzten Endes nicht einfach war, das US-amerikanische Volk von der Moralität, der Legalität, und der Gerechtigkeit des Krieges gegen den Irak zu überzeugen. Daß die Medien und die Regierung schließlich diesen Kampf gewonnen haben, spricht nicht so sehr gegen die Bevölkerung als vielmehr sowohl für die technologischen Kenntnisse der neuen "öffentlichen Intellektuellen" und - allem Liberalismus zum Trotz - ihre Unterwerfung unter die neue Weltordnung einer neuen Pax Americana.

Es war schwierig, die "Befreiung Knweits" zu verkaufen und ein Ja der Bevölkerung in einem historischen Augenblick zu erzielen, in dem die US-amerikanische Gesellschaft eine ihrer tiefsten ökonomischen und sozialen Krisen durchläuft, die einige der Kritiker den "Krieg an der Heunatfront" genannt haben. Hier ist nicht der Platz, diese Krise zu schildern. Lassen Sie mich nur oberflächlich einiges andeuten. Erstens, die Gesellschaft leidet unter einem mangelhaften Bildungssystem. Der Analphabetismus nimmt zu, wobei über 60 Millionen US-Amerikaner als Analphabeten angesehen werden. Im Weltvergleich stehen die Vereinigten Staaten unter den 158 Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen nach dem Alphabetisierungsgrad an 49. Stelle.³ Darüber hinaus nimmt die Obdachlosigkeit zu. In zehn Jahren werden neunzehn Millionen US-Amerikaner obdachlos sein.⁴ Weiter nimmt die Bevölkerung in den Gefängnissen zu. Pro Kopf sind mehr US-Amerikaner im Gefängnis als in Südafrika. Weiterhin nimmt die Lebensqualität der Middle Class ab.⁵ Nach der Ansicht einiger verschwindet diese Middle Class allmählich, wodurch die sozialen und politischen Verhältnisse eines unterentwickelten Landes entstehen. 37 Millionen Amerikaner haben keine Krankenversicherung und fünf von acht haben keine Arbeitslosenversicherung. Bei weiteren sechzig bis siebzig Millionen ist die Versicherung unzureichend. Die Vereinigten Staaten liegen weltweit

² Zitiert nach einer elektronischen Mitteilung, die über PeaceNet, ein elektronisches Netzwerk der Aktivisten der Friedensbewegung, übermittelt wurde. Ramsey Clark, früher Oberstaatsanwalt, 1967-1969, trat damals aus Protest gegen die Rolle der Johnson-Regierung in Vietnam zurück. Er ist einer der wenigen Intellektuellen, der offen gegen die U.S.-Außenpolitik, die auf eine Welthegemonie abzielt, auftritt. Er besuchte auch den Irak und brachte ein Video-Band mit zurück, von dem zwar in den herrschenden Medien die Rede war, dessen Inhalt aber nicht über sie verbreitet wurde. Man kann es erhalten bei: 36 E, 12th Street, 6th floor, New York, New York 10003. Tel.: (212) 777-1246.

³ Jonathan Kozol: *Illiterate America*. New York, New American Library, 1985, S. 5.

⁴ Jonathan Kozol: *Rachel and Her Children. Homeless Families in America*. New York, Fawcett Columbine, 1988, S. 204.

⁵ Barbara Ehrenreich: *Fear of Falling. The Inner Life of the Middle Class*. New York, Harper Collins Publisher, 1989, ist eine wunderbare Untersuchung, die den Abstieg der "Middle Class" in den achtziger Jahren in den Vereinigten Staaten beschreibt.

an 22. Stelle im Hinblick auf die Kindersterblichkeit und an 17. im Hinblick auf die Lebenserwartung. Männliche Afro-Amerikaner, die in dem Zentrum von Harlem in New York geboren sind, haben weniger Chancen das Lebensalter von 65 zu erreichen als Männer in Bangladesch, einem der ärmsten Länder der Welt.⁶ Trotz alledem haben 91 Prozent der Bevölkerung Bush durch ihren Konsens unterstützt. Wenn es auch einige Bedenken in Bezug auf die Verlässlichkeit dieses Prozentsatzes gibt, bleibt doch die Tatsache bestehen, daß große Teile der Bevölkerung den Krieg unterstützten. Mitte Februar zeigten selbst in progressiven Siedlungen viele Häuser die US-amerikanische Flagge und gelbe Bänder, als Symbol für die Unterstützung der Truppen, erschienen auf Autos, an Knopflöchern, Bäumen und Häusern. Mitte März war es in einem normalen Einkaufszentrum der amerikanischen Middle Class fast unmöglich geworden, T-Shirts oder Sweat-Shirts zu finden, die keinen Bezug zur Unterstützung des Krieges oder zur Größe der Operation Wüstensturm oder zu den Vereinigten Staaten aufwiesen. Mitte April zeigten viele Geschäfte in den Einkaufszentren große Transparente mit der Inschrift: "Wir begrüßen unsere Truppen zu Hause." Trotz riesiger, sehr realer sozialer Probleme hatten es die "öffentlichen Intellektuellen" verstanden, die Bevölkerung zu überzeugen. Oder war es vielleicht der Fall, daß der Krieg, für wie kurze Zeit auch immer, diese Probleme verdrängte, weil es das Bedürfnis zur Verdrängung dieser Probleme gab?

Gleich vom Anfang des Krieges an dominierte die "Operation Wüstensturm" Rundfunk und Fernsehen. Ebenso von Anfang an war sie in den Nachrichtenmedien begleitet durch eine Operation, die ebenso bedeutsam war und die wir "Operation Fehlinformation" nennen könnten. Diese Operation setzte einen Komplex von argumentativen und Überzeugungs-Techniken in Bewegung, die auf dem fortgeschrittensten Wissen in Bezug auf die Wirkung der Verbindung von Musik, visuellen Bildern und Wort auf die psychokommunikativen und Gefühls-Strukturen der Betrachter beruhten. Gleichzeitig brachte diese Operation die Botschaft, die sie vermitteln wollte, wirkungsvoll und intelligent in Zusammenhang mit spezifischen Kontexten, Vorstellungen und Werten, während andere Kontexte, Vorstellungen und Werte systematisch vermieden wurden. In allem, was gesagt wurde, dominierte der Krieg, über soziale Probleme zu Hause wurde so gut wie nicht mehr gesprochen. Die Logik der "Operation Fehlinformation" war identisch mit der Logik der "Operation Wüstensturm": Der Krieg gegen den Irak ist ein notwendiger und gerechter Krieg, die Vereinigten Staaten werden ihn gewinnen, und nur das zählt. Was diese Logik nicht einschloß, und was daher nicht angesprochen wurde, war die Möglichkeit, daß dieser Krieg kein notwendiger und gerechter war, und daß es möglicherweise viele andere Sachen geben könnte, die ins Gewicht fallen, wie der Tod von Tausenden und Hunderttausenden von Nicht-US-Amerika-

⁶ Zitiert nach der elektronischen Information der PeaceNet Aktivist List.

nern. Der Erfolg der "Operation Wüstensturm" konnte niemals tatsächlich in Frage stehen, wenn man die militärische Überlegenheit der USA und die zwei Jahre lange Planung, die vorausging, in Rechnung stellt.⁷ Aber der Erfolg der "Operation Fehlinformation" war nicht ganz so sicher. Die neuen "öffentlichen Intellektuellen" benutzten unter anderem folgende formalen Elemente: 1. Die strukturelle Form der Fernsehnachrichten, die die erzählerische Konvention benutzen, komplexe Gegebenheiten auf kurze Geschichten mit einer klaren Dramaturgie zu reduzieren; 2. die Benutzung einer Dramaturgie mit Anfang, Mitte und Ende; 3. die Benutzung individueller Autoritätsfiguren bei der Darstellung der Fakten (Bush versus Saddam Hussein); 4. der Einsatz von zwingenden dramatischen, farbigen und "für sich sprechenden" Bildern; 5. die Benutzung dramatischer Musik; 6. die Betonung auf Konfliktlösung oder Sieg; 7. die Sparsamkeit bei spezifischen Formen politischer oder kritischer Interpretationen oder der Darstellung von Zusammenhängen; 8. die häufige Herstellung spezifischer Zusammenhänge mit der Familie und der Nation; 9. die Benutzung einer besonderen Sprache, besonderer *termini technici*, und eines besonderen Vokabulars; 10. die Vermeidung aller Bezüge, aller Worte und aller Ausdrücke, die mit dem Tod in Verbindung gebracht werden können.⁸ Man könnte die Liste fortsetzen. Kurz nur das folgende: Die strukturelle Form der Fernsehnachrichten beruht auf einer Zeiteinheit von 22 Minuten am Abend in jedem größeren Sender, die Sequenz liegt in der wichtigsten Fernsehzeit. Es gibt drei größere Fernsehanstalten (CBS, ABC, NBC) und zwei Drittel der US-amerikanischen Bevölkerung sehen in dieser Kernzeit fern. Mit Ausnahme der ersten Tage des Krieges, als die Sender fast ununterbrochen über die Ereignisse berichteten, wurden die Nachrichten im übrigen während der regelmäßig dafür vorgesehenen Sendezeiten verbreitet. Aber alle die Nachrichten, die verbreitet wurden, und alle die zusätzlichen Reports, wie "Nightline" und regelmäßige Podiumsdiskussionen, waren während des Krieges auf den Krieg konzentriert. Die strukturelle

⁷ Wir sind nun in der Lage, die Sprache von Bush zu dechiffrieren und ihre Beziehung zu den Kriegsplanungen, die der Invasion von Kuwait durch Saddam Hussein lange vorhergingen. Wenn er gesagt hat: "Alles läuft nach Plan!", dann lügt der Präsident keineswegs, wenn man Michael Burton folgen kann, der vor kurzem einen hochinteressanten Artikel "The Persian Gulf-War was Right on Schedule" schrieb, veröffentlicht in: PeaceNet 15. April 1991 (Zitat mit Erlaubnis des Autors).

⁸ Douglas Kellner: *Television and the Crisis of Democracy*. Boulder, Colorado, Westview Press, 1990 ist der Text, auf dem ich hinsichtlich der strukturellen Analyse des Medienapparates besonders fuße. Hinsichtlich der Darstellung des Krieges durch die Medien im Zusammenhang der gegebenen strukturellen Möglichkeiten und Schranken verdanke ich viel Henry Jenkins, einem Kollegen am MIT (Massachusetts Institute of Technology), der ein eigenes Video über die Darstellung des Krieges produzierte. Verschiedene Male habe ich dieses Video studiert und es mit meiner eigenen Analyse der Mediendarstellung verglichen. Als Journalist und Medienspezialist ist Jenkins ein hervorragender Lehrer, wenn es darauf ankommt, die Fernsehtexte zu "lesen". Die folgenden Abschnitte hätte ich ohne dieses instruktive Video nicht schreiben können. Schließlich verdanke ich viel dem hervorragenden Artikel von Colleen Roach: "Feminist Peace Researchers, Culture and Communications.", der über PeaceNet verbreitet wurde und in "Media Development" London, Nr. 2, 1991 erscheinen wird.

Form der Nachrichten enthält abgeschlossene und begrenzte Zeitsequenzen, die nur eine begrenzte Anzahl von akustischen Bytes zulassen. Die Geschichte des Krieges mußte in einer einfachen Weise erzählt werden, unter Benutzung positiver und negativer Autoritätsfiguren, und die Negativität oder Positivität jeder wichtigen Autoritätsfigur mußte mit entsprechendem Bildbeiwerk und entsprechender Musik unterstrichen werden. Dazu mußte die moralische und technische Möglichkeit, den Krieg mit einem Sieg zu beenden, bei jeder Darstellung betont werden. Schließlich mußte die Geschichte in verschiedener Weise in Zusammenhang gebracht werden mit den Gedanken der Gerechtigkeit, der Legalität und der Rationalität des Krieges, während gleichzeitig Zusammenhänge, durch die dieser Zusammenhang mit Gerechtigkeit, Legalität und Rationalität hätte in Zweifel gezogen werden können, ausgeblendet werden mußten. Die Logik der ideologischen Darstellung des Krieges beruhte hauptsächlich auf drei Vorstellungen, die visuell, musikalisch und verbal sowohl in den Haupttexten wie in den Subtexten präsentiert wurden: Das US-amerikanische Zuhause (das amerikanische Heim), die US-amerikanische Familie und die US-amerikanische Nation (das Vaterland). Es beruhte auch auf einer besonderen Moralität: Heim, Familie und Nation sind nur in den Vereinigten Staaten gut. Das hieß auf der anderen Seite nicht, daß in den Medien behauptet worden wäre, daß Heim, Familie und Nation im Irak schlecht sind. Heim, Familie und Nation im Irak wurden nicht als "schlecht" dargestellt, weil sie nicht dargestellt wurden. In den Medien gab es Heim, Familie und Nation im Irak einfach nicht. Jede Bezugnahme, ob visuell, verbal, kontextuell oder suhtextuell, zu Heim und Familie im Irak wurde streng vermieden. Jede Bezugnahme zu einem Wesen, das solche Eigenschaften wie gut und schlecht haben könnte, nämlich dem Menschen, wurde ebenfalls weitgehend in den rhetorischen Strategien der Medien vermieden. Während es bekannt ist, daß das Militär eine strenge Zensur der Presse auferlegte, die eine unabhängige Berichterstattung möglicherweise ziemlich schwierig machte, ist es unklar, warum die "öffentlichen Intellektuellen" die militärische Sprache in dieser Hinsicht gleichsam natürlich annahmen. Diese Sprache umging eifrig das, was tatsächlich getan wurde: Die Tötung von Massen.

Die Flugzeuge, die zu Tausenden den Irak in ein vorindustrielles Stadium zurückbomben sollten, wurden "Sorties" genannt, und die Zerstörung von menschlichem Leben, des Landes und seiner Ressourcen wurde eigenartigerweise "Collateral Damage" genannt. Die Bomben, die auf das Volk, Frauen, Kinder, Alte und Soldaten geworfen wurden, waren Teil von "Saturation Strikes". Die Bomben, die Soldaten trafen, waren Teil des "Carpet bombing". Saddams Raketen waren "Scuds", die US-amerikanischen Raketen waren "Patriots". "Scuds" klingt phonetisch nicht gut, man denkt an "Scum" (Abschaum) oder "Scab" (Schorf, Streikbrecher), an Metaphern und Mythologien aus den Niederungen des Lebens. Die Medien zeigten uns endlose Sequenzen von Bildschirmen, auf denen die

"erfolgreiche" Bombardierung eines Ziels dargestellt wurde. Diese Sequenzen und der Blickwinkel, aus dem sie gefilmt worden waren, verführten durch die strukturelle Ähnlichkeit mit den tief in der Massenkultur verankerten Video-Spielen den Betrachter, seine Passivität für einen Moment lang in Aggressivität zu verwandeln, und sich stimmungsmäßig mit dem Piloten zu identifizieren. Die eklatante Gleichgültigkeit gegenüber den Auswirkungen des unvergleichbaren Bombardements eines Landes mit dem Pro-Kopf-Einkommen eines Staats von der Größe von Kentucky wurde mir am deutlichsten durch Folgendes klar: Als Colin Powell, Chef des Vereinigten Generalstabs, gefragt wurde: "Wieviele Iraker wurden durch die Bombardements und den Bodenkrieg der Alliierten getötet?", antwortete Powell: "Offen gesagt, das ist eine Zahl, die mich nicht sehr interessiert." ...

Kriege rufen die Erinnerung an vergangene Kriege hervor. Es wäre schlüssig gewesen, Bezug auf den Vietnam-Krieg zu nehmen, aber diese Logik wurde systematisch vermieden, und das aus mindestens zwei Gründen. Vietnam stellt ein Trauma für das kollektive Unterbewußte des US-amerikanischen Volkes dar, durch seine Bilder von Tod, Blut und Blutbädern. Es ruft auch Bilder der Anti-Kriegsbewegung, des kritischen unabhängigen Denkens, des Widerstands gegen den Krieg hervor. Die Darstellung des Kriegs gegen den Irak vermied systematisch Bilder, die Brutalität und Gewalt, Blut und Blutbäder zeigten. Der vorhandene Widerstand gegen den Krieg wurde lächerlich gemacht. Demonstranten in Washington wurden als eine Gruppe alternder Hippies dargestellt, die, mit ihren lauten afrikanischen Trommeln und ihrer bunten Kleidung zu einer untergegangenen Epoche gehörten. Bush trug dazu bei, die Dinge wieder ins rechte Lot zu bringen: Die Demonstranten, so legte er nahe, waren von der Geschichte überholt worden. Während Vergleiche mit Vietnam systematisch vermieden wurden, wurden auf der anderen Seite Vergleiche mit dem Zweiten Weltkrieg systematisch hergestellt. Die Figur Saddam Husseins war der einzige Punkt, an dem die Presse es wagte, im Zusammenhang mit dem irakischen Kontext ethische Fragen zu stellen. Während sein Volk nicht existierte, und deshalb weder gut noch schlecht sein konnte, besaß Hussein Existenz und war "schlecht." Hussein verkörperte den Irak, oder der Irak verkörperte Hussein, und um die böse Natur dessen, was auszurotten war, zu unterstreichen, wurde Hussein in solche Zusammenhänge gebracht, die eine Ähnlichkeit mit Hitler betonten, sowohl was die Musik anging, wie was die Bildersprache betraf, wie hinsichtlich des Blickwinkels der gezeigten Szenen. Die Bezugnahme auf Hitler betonte nicht nur die Notwendigkeit des Krieges, sondern auch seine Unvermeidbarkeit. Der Kampf mit dem Irak war Schicksal, weil eine solche nationale Tradition wie der Zweite Weltkrieg ihre Kosten in der Zukunft hat. Eine der ideologisch zwingendsten Bildszenen war in dieser Hinsicht das Bild einer weißen US-amerikanischen Familie, die im Wohnzimmer sitzt und die Fernsehnachrichten betrachtet. Das Fernsehgerät, die Möbel, das Arrangement der

Möbel erinnerte an den Stil und den Geschmack der vierziger Jahre, ebenso die Kleidung, die die Figuren dieser Szene trugen, und schließlich auch die Frisuren. Man hatte den Eindruck, als seien sie für eine Art Festlichkeit gekleidet, der Herr des Hauses mit einer Krawatte, die Mutter mit einem Kleid, beide in Sesseln, einige ältere Kinder, eher junge Erwachsene, auf Stühlen - eine perfekte nachgestellte Szene der weißen amerikanischen Familie der vierziger Jahre, wie sie aufmerksam und besorgt Präsident Truman am Radio während des Zweiten Weltkriegs lauscht. Diese Szene zeigte so wenig Übereinstimmung mit der Art, in der heute US-Amerikaner vor dem Fernsehgerät sitzen, und der typischen Weise, wie heute ihr Wohnraum aussieht, oder der Art, wie sie ihr gesellschaftliches und sexuelles Leben strukturieren - viele wollen mit der Vorstellung einer Kernfamilie nichts mehr anfangen -, daß es schon fast komisch war. Aber der Subtext dieser Szene in seiner ganzen Komplexität suggerierte etwas wie: Der Krieg gegen den Irak ist eine "amerikanische" Aktivität, eine Aktivität, die von einem großen Führer, der die Vereinten Staaten vor der faschistischen Gefahr befreit, geleitet wird. Das ist eine ernste und große Sache, und die Presse weiß, daß dem so ist.

Die herrschenden Medien arbeiteten mit ihren Intellektuellen intensiv und lange daran, die Nation zu überzeugen, daß der Krieg "amerikanisch" war. Nach einer massiven Indoktrinationskampagne, in der sie komplexe argumentative und Überzeugungstechniken in Bewegung setzten und indem sie das fortgeschrittenste Wissen von der Wirkung der Kombination von musikalischen, visuellen und verbalen Elementen auf die psychokognitiven und Gefühls-Strukturen der Betrachter benutzten, leisteten diese Intellektuellen eine hervorragende Arbeit. Das könnte eine detailliertere Analyse beweisen. Aber es mag dabei sein Bewenden haben, daß wir sagen, daß die Medien spezifische kollektive Sehnsüchte, die in vielen Menschen vorhanden sind, manipulierten, wie die Sehnsucht nach Sicherheit, nach einem Zuhause, nach einer Familie, in Zeiten, wo eine ungeheure soziale Krise und eine unhillige Umverteilung des Wohlstands in wachsendem Maße die Möglichkeit für viele Leute ein Zuhause zu haben, eine sichere Arbeit zu haben, in einer menschlichen Umgebung zu leben, gefährdet ist. Es ist unwahrscheinlich, daß die neuen "öffentlichen Intellektuellen" Gramsci gelesen haben, und das spielt auch keine Rolle. Aber was sie verstanden haben wie Gramsci, ist die Bedeutung eines Verständnisses für die Struktur der Gefühle bei Prozessen, in denen es darum geht, systematisch zu überzeugen. Für die Kritiker der herrschenden Medien, die die Herstellung einer konservativen Hegemonie einzuschätzen versuchen, sind diese Überzeugungsstrategien seit einer Weile mehr oder weniger offensichtlich gewesen. Was jetzt der Krieg gegen den Irak hinzugefügt hat, ist jedoch ein Blick in die "Struktur der Gefühle" der herrschenden Medien selbst.⁹ Die neuen

⁹ Wieder ist hier Kellner (Douglas Kellner, *Television and the Crisis of Democracy*. Boulder, Colorado, Westview Press, 1990) außerordentlich hilfreich mit seiner Analyse

"öffentlichen Intellektuellen" erklärten sich spontan bereit, eine Gehirnwäsche an der gesamten Bevölkerung durchzuführen, die zu einer fast einhelligen Zustimmung führte.

Als wir in scheinbar endlosen Alpträumen Nacht für Nacht erlebten, wie kritisches Denken selbst der bescheidensten Art von den Medien bombardiert wurde, schienen für viele von uns die Vorlesungen von Horkheimer und Adorno über die Verdinglichung des Bewußtseins lebendig geworden zu sein, und die Theorie Lyotard's von der totalen Kontrolle der Macht und des Wissens im Zeitalter der Informationstechnologie schien allem Skeptizismus zum Trotz auf fruchtbaren Boden zu fallen. Der militärisch-industrielle Komplex führte, diesmal gemeinsam mit den herrschenden Medien, einen erfolgreichen Blitzkrieg nicht nur gegen den Irak, sondern gleichzeitig gegen jede Bewegung differenzierten Nachdenkens. Eine militärische Sprache ersetzte die Rede über Krieg und Frieden. Uns wurde zugemutet, nicht in Begriffen des menschlichen Lebens zu denken. Die Kriegsverluste waren immer amerikanische oder britische, manchmal sogar saudische, aber niemals irakische. Nacht für Nacht wurden wir in ein massives Videospiel hineingezogen, wir mußten die Welt mit den Augen der Piloten sehen, ähnlich einem kollektiven Sportereignis, wodurch es für den Betrachter leicht gemacht wurde, sich mit demjenigen zu identifizieren, der die Bomben warf, aber niemals mit dem, der bombardiert wurde.

Aber trotz der tiefgehenden Verführung, der Ungerechtigkeit und Heuchelei zuzustimmen, die 91 Prozent der Bevölkerung zur Zustimmung bewegten, weigerten sich 51 Prozent der afroamerikanischen Bevölkerung ja zum Krieg zu sagen. Wenn die letzten Ereignisse uns in den Bann der neuen "öffentlichen Intellektuellen" geschlagen haben, aus dem sich viele von uns noch kaum erholt haben, so sind doch zugleich die Schranken dieser Intellektuellen deutlich geworden. Denn weit entfernt von den Zentren der Macht und ohne die allmächtige Gegenwart der Technologien, der Informationstechnologie und der Medien besteht weiterhin inmitten der US-amerikanischen Gesellschaft, das heißt organisch, eine Tradition höchst traditioneller Art. Öffentlich, in Kirchen und Gemeinschaftszentren, kommuniziert eine Schicht "organischer Intellektueller" mit dem Volk. Hier findet man Information, Diskussion, Einsicht und Offenheit der Entscheidung. Ich beziehe mich auf die Praxis der afro-amerikanischen "öffentlichen Intellektuellen" in den Vereinigten Staaten. Ausgehend von den Brüchen der Zivilgesellschaft und auf eine Art und Weise und an Orten, die Gramscis Vorstellungen über die Entwicklung von Gegen-Hegemonialstrukturen entsprechen, haben die führenden Figuren der schwarzen Gemeinschaft ihre Adressaten daran erinnert, wer es ist, der den Krieg unternimmt und für welche Ziele und für wen. Sie haben auch einige globale Rahmenbedingungen erklärt. Obwohl der Chef des Vereinigten

der Darstellung der Ereignisse in Panama in den Medien ebenso wie der Mediendarstellung verschiedener Präsidentschaften.

Generalstabs, General Powell, ein Afro-Amerikaner ist und sich so darstellt, und obwohl seine Hautfarbe in ganz systematischer Weise von den herrschenden Medien ideologisch genutzt worden ist, um den Konsens von Afro-Amerikanern in diesem Krieg zu erzielen, weigerten sich doch 51 Prozent der afroamerikanischen Bevölkerung, den Krieg zu unterstützen. Auf einer Beerdigung, auf der viele Eltern die militärische Rhetorik des "Todes für das Vaterland" und für die "Freiheit" verinnerlicht und beinahe automatisch reproduziert hatten, drückte sich eine afroamerikanische Großmutter auf andere Weise aus: "Es gibt kein Öl auf der ganzen Welt", erklärte sie entschieden, "das den Tod meines Enkels wert ist."¹⁰ Die afroamerikanischen Intellektuellen haben ihren Teil zur Erziehung ihres Volkes, Widerstand gegen den Krieg zu leisten, beigetragen.

Der Widerstand gegen den Krieg kam von zwei Ecken: Einerseits der afroamerikanischen Gemeinschaft und andererseits einer neuen Formation von Intellektuellen. Diese neue Gruppe von Widerstandskämpfern gegen den Krieg im Irak und den "Krieg an der Heimatfront" arbeitet fast ausschließlich mit der modernen Informations-Technologie. Die herrschenden Medien benutzten alle Instrumente für die erfolgreichste Manipulation eines Volkes in der Gegenwart. Die Gemeinschaft kritischer Denker setzte, obwohl zunächst durch den ideologischen Blitzkrieg demoralisiert, die weit verbreiteten Kenntnisse der elektronischen Technologien ein, um Gegeninformationen zur "Operation Fehlinformation" zu verbreiten. Die systematische Unterdrückung anderer Fakten, anderer Stimmen und alternativer Informationen über den Krieg, den Ausverkauf der Vereinten Nationen und die Reaktionen anderer Nationen zu den Bombardements im Irak stießen die Computer-Benutzer auf die Existenz schon bestehender Datenbanken und technologischer Möglichkeiten und auf die Möglichkeit neue Datenbanken mit relevanter Gegeninformation zu schaffen. PeaceNet, ein elektronischer Nachrichtendienst, z. B. teilte von Küste zu Küste und von Nord nach Süd und manchmal sogar aus dem Ausland mit, was die Medien dem Volk nicht mitteilten; jeder, der eine Ahnung von der demokratischen Nutzung von Computern und Datenbanken hatte, abonnierte PeaceNet. Der Krieg hat unsere Erfahrungen außerordentlich verbreitert und ebenso unsere Visionen im Hinblick auf die demokratischen Möglichkeiten der Informationstechnologie. Heute besteht kein Informationsmangel mehr: Es gibt eher eine Überfülle von Daten und man könnte 24 Stunden am Tag am Computer bleiben, um all die Informationen, die eintreffen, zu überprüfen. Da jemand, der Zugang zu Großrechnern hat (wie sie üblicherweise, aber nicht notwendigerweise eine Universität hat) und der ein Telefon besitzt, mit jeder anderen Person, die dem Netz angeschlossen ist, kommunizieren kann, ist es möglich, Informationen nicht nur von Nachrichtendiensten oder Datenbanken zu erhalten. Innerhalb von Sekunden können wir zahllose Fragen stellen, die eines der vielen Mitglieder in

¹⁰ Mitteilung von Bob Holub, der das Anfang März im Fernsehen sah.

dem alternativen Netzwerk beantworten kann. Wir können direkt miteinander kommunizieren, Streitpunkte debattieren und zu Schlußfolgerungen kommen. Freunde, die wir niemals gesehen haben, schicken uns Informationen, wie man Informationen über Informationen bekommt und wie man bestimmte Daten und Statistiken erhält, die den Krieg in der Perne und den "Krieg an der Heimatfront" betreffen. PeaceNet informiert uns z. B. über das Ausmaß der Zerstörung der Infrastrukturen im Irak und über Initiativen, dem Volk, das an Mangel an Medikamenten, Nahrung und sauberem Wasser leidet, zu helfen. Wir erfahren die hohe Zahl der Todesfälle und wir erfahren, was von der Neuen Weltordnung noch für andere Länder vorgesehen ist. Es gibt eine große Anzahl von Fragen, die wir stellen können, an Amnesty International, an die Gesellschaft für Bürgerrechte in den Vereinigten Staaten, über Umweltfragen, über den Faschismus in Frankreich, über Nicaragua und so weiter.

Die Liste ist im wörtlichen Sinne endlos und beliebig erweiterungsfähig.

Kein Zweifel, der Krieg hat unser Bewußtsein im Hinblick auf die demokratischen Möglichkeiten der Informationstechnologie und der alternativen Medien erweitert. In verschiedener Weise hat er viele von uns gezwungen, in anderen Begriffen und in anderen Dimensionen zu denken und neue strategische Visionen für die Zukunft zu entwickeln. Medienspezialisten und Medienkritiker, so wie Douglas Kellner und viele andere, haben die demokratischen Möglichkeiten des öffentlichen Fernsehens, des öffentlich zugänglichen Fernsehens und neuer Video-Technologien schon breit erkundet. Kellner geht von der Annahme aus, daß "große Teile der Bevölkerung ungebildet, uninformiert und ohne alle Möglichkeiten der öffentlichen Teilnahme und des Ausdrucks sind"; aufgrund dessen begrüßt er neue Überlegungen zu den neuen Kommunikationstechnologien, wie z. B. dem Kabel- und Satellitenfernsehen und ihrer möglichen Benutzung für öffentliche Interessen und alternative Formen der Praxis in einer pluralistischen Gesellschaft.¹¹ Unsere neuerliche intensive Beschäftigung mit den elektronischen Kommunikations-Möglichkeiten hat die Diskussion darüber, wie ein demokratischer öffentlicher Sektor arbeiten könnte, intensiviert. Mit unseren Computern können wir einander informieren, Fragen diskutieren und eine Position einnehmen, über den gesamten nationalen Rahmen hinweg und sogar international. Kellner spricht sich dafür aus, die Systeme des öffentlichen Fernsehens und des öffentlich zugänglichen Fernsehens tiefer zu verstehen, er befürwortet die Entwicklung eines Volks-Satelliten-Fernsehens, um den Austausch und die zunehmende Partizipation in der öffentlichen Sphäre durch große Teile der Bevölkerung zu fördern. Die bestehende Technologie, die vorhandene Organisation und die gegebenen finanziellen Möglichkeiten machen Szenarien dieser Art mög-

¹¹ Douglas Kellner: Television and the Crisis of Democracy. Boulder, Colorado, Westview Press, 1990, S. 185.

lich.¹² In einigen Fällen sind Szenarien einer neuen öffentlichen Sphäre schon Wirklichkeit geworden. So gibt es in New York ein Fernsehprojekt, das öffentlich zugänglich ist, mit Namen "Paper Tiger Television" und in Oakland in Kalifornien gibt es das Community Memory Center, eine alternative Datenbank. Eine der wichtigsten Fragen für uns ist, was diese Entwicklungen für die Kommunikation und den Informationsaustausch mit Personen in anderen Ländern bedeuten können. In der Neuen Weltordnung, in der die Ost-West-Spannung in eine Nord-Süd-Achse verlagert worden ist, könnte man Gramscis Überlegungen zur "Frage des Südens" produktiv anwenden auf eine Analyse unserer kritischen Funktion, der Funktion von uns neuen Elektronik- und Telekommunikations-Intellektuellen in einer rasch sich wandelnden Welt. Als ob er heute leben würde, schreibt Gramsci: "Die Rekonstruktion kann man nicht von den sozialen Gruppen erwarten, die von der neuen Ordnung 'verurteilt' worden sind, sondern von jenen, auf denen die Bürde liegt, mit ihrem eigenen Leiden die materielle Grundlage einer neuen Welt zu schaffen."¹³ Daß diejenigen, auf denen diese Bürde liegt, in der Lage sein werden, auf diese Weise mit uns zu kommunizieren, und mit uns zusammen Wege und Formen des Wandels zu diskutieren, sollte, so meine ich, einer der ersten Punkte auf unserer alternativen Tagesordnung zu der Neuen Weltordnung in den neunziger Jahren sein.

¹² Douglas Kellner: Television and the Crisis of Democracy. Boulder, Colorado, Westview Press, 1990, S. 182.

¹³ Antonio Gramsci: Selections from the Prison Notebooks (Eds.) Quintin Hoar, Geoffrey Nowell Smith. New York, International Publishers, 1971, S. 317 (Rückübersetzung aus dem Englischen - die Redaktion).

SPW

**DAS MAGAZIN DER
SOZIALDEMOKRATISCHEN
LINKEN**

In den letzten Ausgaben von spw schrieben u.a.:
 Detlev Albers - Ursula Beer - Ulrich Briefs - Anke
 Brunn - Christoph Butterwege - Wolf-Michael
 Catenhusen - Diether Dehm - Klaus Dörre - Katrin
 Fuchs - Monika Gansel - Norbert Gansel - Jöns
 Goldberg - Heinz Gierd - Holscher - Mechthild
 Jansen - Sabine Kebir - Uwe Kreiner - Norbert
 Mannes - Niek - Lutz Marz - Wolfgang Michal -
 Susi Möbeck - Peter von Oertzen - Jörs Peter -
 Heide Pfarr - Susanne Schunter-Kleemann -
 Margret Steffen - Wolfgang Thierse - Karl
 Hermann Tjaden - Ludger Volmer - Michael
 Wendl - Frieder Otto Wolf

**SPW - ZEITSCHRIFT FÜR
SOZIALISTISCHE POLITIK &
WIRTSCHAFT**

COUPON: Ich bin neugierig auf spw. Senden Sie mir ein kostenloses Probeheft.

Vorname, Name (in Druckbuchstaben)	Einsenden an:
Straße, Hausnummer	spw-Verlag, Kieler Str. 13.
PLZ, Wohnort	5000 Köln 80

Immer zur Nähe voran (Ernst Bloch)

Drin sein
und nicht daneben,
sondern dagegen
und zwar an dem Ort,
wo wir stehen
und mit den Mitteln,
die wir in uns tragen.
(Theo Pinkus)

Nicht zuletzt in der Diskussion um die Arbeitszeitverkürzung kam es in der Linken zu einer lebhaften Auseinandersetzung und einer intensiven Aufarbeitung dessen, was denn nun - traditionell, aber auch aktuell - unter Kultur zu verstehen sei.

Doch wo hat eine Transformation in praktische Politik stattgefunden? Mit der Durchsetzung der 35-Stunden-Woche scheint die Diskussion ihr vorläufiges Ende gefunden zu haben. Andererseits sind wir mit einer Politik und einer Freizeitindustrie konfrontiert, die den Begriff "Kultur" hemmungslos im Munde führt und alle Lebensbereiche "kulturalisiert". Daß damit ein unheimlicher, aber nur schwer zu durchschauender Verschleierungsprozeß der wahren Ziele von Politik und Kapital stattfindet, ist Wenigen klar. Das Auflösen der sozialen Strukturen und die totale Inszenierung und Verwertung von Alltagsinteressen und Lebensweisen ist inzwischen schon fast zur Normalität geworden.

Auch vor dem, was sich außerhalb der bürgerlichen Gesellschaft - in den sogenannten neuen sozialen Bewegungen - an Ausdrucksformen gebildet hat, wie alternative Wohn-, Arbeits- und Lebenskonzepte, macht diese Vermarktungs- und Verwertungsindustrie nicht halt.

Es ist zu befürchten, daß Politik und Kapital (bisher) die einzigen sind, die die Kulturdiskussion wirklich ernstgenommen haben. Mit allen Mitteln - und sie haben alle Mittel - arbeiten sie an der Durchsetzung ihrer kulturellen Interessen. Dabei wird das Bedürfnis nach Kompensation der sozialen Realität und der damit verbundenen Härte großer Teile der Bevölkerung aufgegriffen und befriedigt.

"So sind weite Teile der traditionellen Arbeiterbewegung, die als normalisierte Konsumentenbürger an der industriellen Massenkultur teilnehmen, selbst Träger einer Produktionsform von Massenbedürfnis geworden,

dessen Konsumentenkultur die Mittelklassen-Mentalität mit durchgesetzt hat."¹

Es wäre vermessen und kurzsichtig, dies nur für die sogenannten "Massen" zu konstatieren. Auch die Intelligenz der Arbeiterklasse (Funktionäre, Theoretiker u.a.) ist von dieser Entwicklung nicht ausgenommen. Der Druck der täglichen Arbeit hat auch bei uns den "Ereignishunger nach Kultur" stetig befördert. Auch hier wird die Ausstattung der Lebensumwelt mit mehr Luxus (Eigentumswohnung, Designer-Möbel, italienische oder französische Lebensart) zunehmend mit einem Mehr an Kultur verwechselt. Die Widersprüche dieser Gesellschaft tragen also auch wir in uns selbst. Theorie und Praxis entfernen sich dadurch immer mehr voneinander.

Der Ursprung dieser Entwicklung liegt jedoch nicht auf der bisher beschriebenen Ebene, obwohl sie hier am deutlichsten nachzuvollziehen ist. Nur durch eine ganzheitliche Betrachtungsweise werden wir in die Lage kommen, Wege zur Entwicklung einer "neuen Kultur" (im Sinne Gramscis) zu finden. Denn: "Die Mächte, die unsere Welt verändert haben und noch weiter verändern, heißen Industrie und Demokratie. (...) Rückblickend können wir die herrschende Stimmung als eine der Haupttriebfedern der Industrie sehen: Die Theorie und Praxis der Menschen, ihre natürliche Umwelt zu meistern und zu kontrollieren."²

Eine Konsequenz Gramscis war es daher, die vordringlichste Aufgabe nicht in der Schaffung einer neuen Kultur zu sehen, sondern sich zu allererst mit der Kultur der Arbeit, den damit verbundenen Träumen, dem gesamten Arbeitszusammenhang und seinen sozialen Beziehungen auseinanderzusetzen.³

Diese Sichtweise hat nichts an Gültigkeit eingebüßt. Die Hebel der kulturellen und politischen Hegemonie sind auch heute die Organisation und Kultur der Arbeit. Sie sind uns geläufig als Schlagworte wie: Unternehmenskultur, Corporate Identity, Qualitätszirkel, Gruppenarbeit und Just-in-Time.

Mit dieser Offensive des Kapitals auf das Bewußtsein der arbeitenden Menschen soll die bedingungslose Akzeptanz der immer abstrakter werdenden Ausbeutungsmaschinerie durchgesetzt werden. Es geht um nichts anderes als die Verschleierung der wirklichen Verhältnisse. Daran, daß Arbeitende - wie Marx feststellt - außer der Arbeit bei sich sein dürfen, während sie aber in der Arbeit außer sich zu bleiben haben, soll sich im Kern nichts ändern, auch wenn die neuen Konzepte die wachsenden

¹ P.F. Im Vorwort der Zeitschrift 'Widerspruch', 6/83.

² R. Williams: Gesellschaftstheorie als Begriffsgeschichte, Rogner und Bernhard Verlag, München 1972, S.402.

³ Vgl. Ursula Apitzsch: Arbeitsgesellschaft und Kulturgesellschaft. In: Arbeit und Kultur, Forschungsinstitut für Arbeiterbildung (Hrsg.), Recklinghausen 1988.

Bedürfnisse nach Selbstverwirklichung und Selbstbestimmung scheinbar befriedigen. Wesentlicher ist auch hier, daß durch die veränderte Technologie andere Formen des tayloristischen Arbeitsprinzips notwendig geworden sind.

Die technologische Entwicklung eröffnet gleichzeitig ein neues Feld des Kulturkampfes von oben: Den Zwang zur Bildung, auch "Oualifizierungs-Offensive" genannt. Der Kampf um die immer weniger werdenden Arbeitsplätze und die Angst vor dem "Abgehängt-Werden" ist dabei Motor und Legitimation zugleich. Im Ergebnis nimmt dieser Prozeß, der überwiegend auf reine "Anpaß-Qualifizierung" hinausläuft, die Denkwelten der arbeitenden Menschen derartig gefangen, daß Freiräume zur Entwicklung eigener Vorstellungen von der Organisation der Arbeit, geschweige denn der Organisation von Gesellschaft, fast nicht mehr gegeben sind. "... 'die permanente Belagerung der Sinne ohne Sinn zu vermitteln' (F. Nake) führt zu einem grundlegenden Verlust von sozialen und kommunikativen Fähigkeiten."⁴

Wenn dieses - hier nur sehr verkürzt wiedergegebene - Bild unserer Gesellschaft als Ausgangsvoraussetzung unserer Arbeit zutrifft, dann muß davon ausgegangen werden, daß die kulturelle sowie die politische Hegemonie übergreifend von Kapital und Politik ausgeübt und kontinuierlich ausgebaut wird. Dies funktioniert auch deshalb so reibungslos, da nach Gramsci der aktive Mensch praktisch handelt, aber kein ausreichend klares theoretisches Bewußtsein seines Handelns hat, "... das auch eine Erkenntnis der Welt ist, indem es sie verändert." Wichtig dabei ist, daß "sein theoretisches Bewußtsein oft - historisch gesehen - im Gegensatz zu seinem Handeln stehen kann." Dieses in sich widersprüchliche Bewußtsein beeinflusst "sein moralisches Verhalten, seine Willensrichtung in mehr oder minder energischer Weise, (...) so daß die Widersprüchlichkeit des Bewußtseins keine Aktion, keine Entscheidung, keine Wahl mehr erlaubt und einen Zustand moralischer und politischer Passivität bewirkt."⁵

Mit dieser Passivität, die Ziel und Ergebnis der kulturellen Offensive von Kapital und Politik auf allen gesellschaftlichen Ebenen ist, sind wir heute konfrontiert. Die "sozialdemokratischen" Bestrebungen im Sinne einer "demokratischen Teilhabe" an der hürgerlichen Kultur und der "Mitbestimmung" im Bereich der materiellen Produktion sind nicht in der Lage, diese Passivität aufzuheben. Diese Politik stellt sicherlich eine kulturelle Veränderung dar, sie kann jedoch aufgrund ihrer strukturellen

⁴ U.Schmode: ...Nicht nur Mittel im Kampf, sondern selbst Kampf. Der Streit um die Kultur. In: Sozialer Wandel und Alltagskultur, Arbeit & Leben Nds. (Hrsg.), Hannover 1989, S.112.

⁵ Antonio Gramsci: Philosophie der Praxis, hrsg. v. Christian Riechers, Frankfurt 1967, S. 138.

Nähe zur bürgerlichen Gesellschaft keinen Beitrag zur Durchsetzung einer 'neuen Kultur' leisten.⁶

Erst, wenn es gelingt, "das kritische Selbstbewußtsein (...) durch einen Kampf der politischen Hegemonien" zu entwickeln, besteht nach Gramsci die Chance, das politische Bewußtsein darüber zu wecken, selbst "Teil einer bestimmten hegemonialen Kraft zu sein." Nur durch einen solchen Prozeß der Bewußtwerdung, der Offenlegung der eigenen Widersprüchlichkeit im Handeln und Denken, kann das Ziel, "die Entwicklung einer neuen Kultur", erreicht werden.

"Man muß vom 'Kampf für eine neue Kultur' sprechen, d.h. für eine neue Lebensmoral, die so eng mit einer neuen Lebensauffassung verbunden sein muß, daß dies schließlich dazu führt, die Realität auf neue Weise zu empfinden und zu sehen."⁷ Daher muß man betonen, daß die politische Entwicklung des Begriffs Hegemonie nicht allein einen politisch-praktischen, sondern auch einen großen philosophischen Fortschritt darstellt.⁸

Wo aber liegen die Ansatzpunkte, diese politische und kulturelle Hegemonie zu durchbrechen, das 'kritische Selbstbewußtsein' zu wecken, und in der Einheit von Theorie und Praxis den Kampf für eine 'neue Kultur' zu führen ?

Wichtige Grundlage hierfür ist sicherlich eine entwickelte Theorie, die sich kritisch-analytisch mit den gesellschaftlichen Verhältnissen auseinandersetzt und die objektiven Interessen der Menschen damit konfrontiert, wie die Verhältnisse wirklich sind. Doch sie allein bewirkt keine Veränderung dieser Verhältnisse, denn: "Die Waffe der Kritik kann allerdings die Kritik der Waffen nicht ersetzen, die materielle Gewalt muß gestürzt werden durch materielle Gewalt, allein auch die Theorie wird zur materiellen Gewalt, sobald sie die Massen ergreift."⁹

Oder anders gesagt: "Der Geist der Menschen wird von ihren gesamten Erfahrungen geformt, und auch der geschickteste Versuch, Gedankengut zu vermitteln, mit dem die Erfahrung nicht konform gehen kann, muß scheitern. Kommunikation besteht nicht nur aus Übermittlung, sondern auch aus Empfang und Antwort."¹⁰

Es handelt sich also um ein Problem der mangelnden Kommunikation. Auf den Verlust der "kommunikativen Kompetenz" als ein Phänomen unserer "Kulturgesellschaft" wurde schon an anderer Stelle hingewiesen. Die

⁶ Vgl. K.Dera: Kulturarbeit in der Arbeiterbewegung: Ein Neubeginn der 'Arbeiterkultur'? In: Sozialer Wandel..., S.123.

⁷ Antonio Gramsci: Zu Politik, Geschichte und Kultur. Röderberg-Verlag, Frankfurt 1980, S.244.

⁸ Antonio Gramsci: Philosophie der Praxis, hrsg. v. Christian Riechers. Frankfurt 1967, S. 138.

⁹ Karl Marx: Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie. Die Frühschriften, Stuttgart 1953, S.216.

¹⁰ R.Williams: Gesellschaftstheorie als Begriffsgeschichte. Rogner und Bernhard Verlag, München 1972, S.374.

Rückgewinnung dieser kommunikativen Kompetenz, verknüpft mit der Aneignung von "sozialer" und "fachlicher" Kompetenz, muß in Bildungsprozessen organisiert werden, denn jedes "Hegemonieverhältnis ist notwendig auch ein pädagogisches Verhältnis..." (Gramsci)

Doch wie sieht die Praxis der politischen Bildung in Gewerkschaften und Parteien heute aus? Es wird Wissen übermittelt und es werden Regeln eingeübt, um einen Abwehrkampf gegen weitere soziale Verschlechterungen für die arbeitenden Menschen führen zu können. Die vorrangige Aufgabe der so "beschulten" Menschen reduziert sich auf das Zuhören und Nachvollziehen. Auch hier ist wirkliche Kommunikation die Ausnahme; ein Ausdruck für den Mangel an kommunikativer Kompetenz bei den Übermittlern.

Diese Bildung ist nicht dazu geeignet ein "Erkenne-dich-selbst" zu befördern. Sie stellt nicht die Individuen "als Ergebnis des abgelaufenen Geschichtsprozesses, der dem Menschen eine unbegrenzte Zahl von Spuren einprägte, ohne daß ihnen die Wohltat der Bestandsaufnahme zugekommen wäre"¹¹ in den Mittelpunkt. Doch gerade diese Bestandsaufnahme muß am Anfang jedes Bildungsprozesses stehen. Nur so ist gewährleistet, daß die Widersprüchlichkeit der eigenen Rolle in dieser Gesellschaft sichtbar wird und letztlich die Motivation zur Veränderung dieser Rolle geweckt wird. Erst durch den Rückbezug auf die eigene Person wird es Lernenden und Lehrenden möglich, die gesellschaftlichen Prozesse nicht als von sich selbst losgelöst zu betrachten.

Wie organisiert sich ein Bildungsprozeß, der diesen Anforderungen gerecht werden will? Was sind seine Inhalte und Methoden?

Ein Grundsatz dieser Form von "politisch-kultureller Bildung" lautet: "Niemand kann das kulturelle Niveau eines anderen heben. Alles, was getan werden kann, ist, die Fertigkeiten zu vermitteln, die nicht persönlicher Besitz, sondern menschliches Allgemeingut sind, und gleichzeitig zu allem, was geschaffen worden ist, freien Zugang zu gewähren."¹²

Die Inhalte der politisch-kulturellen Bildung sind abgeleitet aus folgendem Modell der Kulturanalyse, das versucht, ein klareres Bild der verschiedenen gesellschaftlichen Kernbereiche und ihres Zusammenwirkens zu zeichnen:

¹¹ Antonio Gramsci: Philosophie der Praxis, hrsg. v. Christian Riechers, Frankfurt 1967, S. 138.

¹² R. Williams: Gesellschaftstheorie als Begriffsgeschichte, Rogner und Bernhard Verlag, München 1972, S.382.



Aus diesen fünf kulturellen Kernbereichen wurden folgende Bildungsangebote für die Arbeiterbildung - bei Arbeit & Leben und Einzelgewerkschaften - abgeleitet und seit ca. 15 Jahren erprobt.

1. Zukunft der Arbeit. Der Schwerpunkt liegt hierbei auf den Veränderungen im Bereich der materiellen Produktion, wie Neue Technologien, Arbeitsorganisation und Unternehmenskultur.
2. Die Zukunft der Mediengesellschaft. Betriebliche und außerbetriebliche Verkabelung und Kommunikationstechnologien werden hier auf ihre Auswirkung bezogen auf den Bereich der materiellen Produktion, der geistigen Produktion und der geistigen Kultur hin untersucht.
- 3 ... dann fängt das wahre Leben an! Wohnen - Freizeit - Lebensqualität. Eine Auseinandersetzung mit den Bereichen der materiellen Kultur und der geistigen Produktion.
4. Kunst erleben und verstehen. Das Verhältnis Mensch-Natur und die Geschichte der Produktivkraftentwicklung im Spiegel der bildenden Kunst. Angesprochen sind die Ebenen der geistigen Kultur und Produktion, der Organisation (Kunstpolitik und -markt) und der materiellen Kultur.
5. Regionale Strukturpolitik. Ausgangspunkt ist hier die materielle Produktion und ihre Organisation im eigenen Lebensumfeld.

Ausgangspunkt in diesen Bildungsprozessen ist immer die individuelle Erfahrung und Praxis der Teilnehmenden, von der aus die gesellschaftliche Dimension des Themas und die Verknüpfung mit allen kulturellen Kernbereichen erarbeitet und verallgemeinert werden. Das Analyse-Modell dient nicht zur Aufspaltung und Isolierung der einzelnen Bereiche voneinander, sondern es gibt eine Übersicht der komplexen Beziehungen untereinander, bedeutet also eine Vereinfachung.

Da der Mensch aus Erfahrung, verknüpft mit seinem eigenen Handeln lernt, ist die Methodenfrage von zentraler Bedeutung. Es muß ein Bil-

dungsprozeß organisiert werden, der nicht dem klassischen Weg von Vortrag (Frontalunterricht) und Reflexion (Gruppenarbeit) folgt, sondern der den Menschen die Möglichkeit bietet zu handeln, und durch die Reflexion der Handlung ihnen neue Erfahrungen vermittelt.

Kern der politisch-kulturellen Bildung ist die Methode der Visualisierung: "Es ist gesichert, daß wir in ganz hervorragendem Maße über Visualität lernen. Nicht nur kontemplativ, sondern aktiv. Eine Regel unserer Vorgehensweise kann demnach nur die Visualisierung sein. Die Methodenfrage ist klassisch, denn sie enthält, vom Einzelnen zum Allgemeinen zu gelangen. (...) Im folgenden stellen wir einige Schritte produktiver Visualität vor, wie wir sie in unserem Bildungsansatz verwenden.

In der Aneignung selbst soll erfahren werden, was 'Kooperation' meint und wie 'kooperative Prozesse' organisiert sind. Im wesentlichen ist die Arbeitsweise bestimmt durch den Einsatz differenter Methoden der Visualisierung:

1. Durch mechanische Abbildung (Fotografie, Video) mit dem Ziel, z.B. Arbeitsplätze und/oder Arbeitshaltungen zu fixieren und der Interpretation zugänglich zu machen. 2. Durch die Skizze/Zeichnung, die als Rekonstruktion eine Gedächtnisleistung ist, durch die subjektiv wichtiges sichtbar wird, z.B. skizzierte Arbeitsbereiche (Aufsichten/Ansichten). 3. Durch Piktogramme, auf Folien vorgegebene, grafische Reduktionen, die durch Ergänzungseintragungen der Beteiligten interpretiert werden, z.B. zur Ermittlung von Körperbelastung etc. 4. Durch Collagen und Montagen, die als assoziative Darstellung freischweifende Bedürfnisse anschaulich machen oder als Konstruktion antithetische Ergebnisse hervorbringen. Hierdurch werden hypothetische Fähigkeiten, werden utopische Momente des Denkens gefördert. 5. Durch Diagramme, mit denen die Erfahrungen von Zusammenhängen rekonstruiert oder konstruiert werden können, z.B. Arbeitsorganisation, Materialfluß. Diagramme dienen der Systematisierung, auch der Modellkonstruktion und sind damit der Übergang von Reduktion zur Abstraktion (Vernetzung).

Die Methoden der Visualisierung enthalten folgende Bewußtwerdungs-momente:

- Identifikation und Inszenierung; - Analogien und Metaphern; - Interpretation und Hypothesenbildung; - Assoziation und Systematik. Die Entwicklung eines Befähigungsmodells bedarf in produktiver und rezeptiver Hinsicht dieser Methoden.¹³

Auch wenn inzwischen auf eine lange Praxis dieser Bildungsarbeit verwiesen werden kann, ist ihre Verbreitung, ihre Anwendung auch in anderen Bildungsbereichen (z.B. klassische Funktionärsschulung) begrenzt. Die

¹³ G.Kiefer, J.Geissler, R.Peters-Ackermann: Visualisierung von Lernprozessen, Begleitmaßnahme zum Forschungsprojekt 'Humanisierung des Arbeitslebens' Abt. Automation und Technologie beim Hauptvorstand der IG Metall, 1986.

Ursachen hierfür sind folgende: 1. Bildungsarbeit wird von den Organisationen der Arbeiterbewegung immer noch vorrangig als "Schulungsaufgabe" angesehen. Dies ist dem Regulierungsdruck geschuldet, auf den schon hingewiesen wurde. 2. Die Tendenz, der beruflichen Bildung auch im Bereich der Arbeiterbildung immer mehr Raum zu geben, um damit in Konkurrenz zu Unternehmensangeboten und Angeboten freier Bildungsträger treten zu können, hat sich im Zuge der Qualifizierungsoffensive des Kapitals immer weiter verfestigt. Auch dies ist letztendlich eine Anpassung an die vom Kapital diktierten Bedingungen der Technologieentwicklung und der härter werdenden Verteilungskämpfe auf dem Arbeitsmarkt. 3. Die mangelnde Bereitschaft vieler linker Intellektueller, sich auf einen solch selbstkritischen Prozeß der Bildungsarbeit einzulassen. Dieser Prozeß erfordert von *jedem* Beteiligten, Lehrenden wie Lernenden, sich selbst in Frage zu stellen, so weit zu öffnen, daß die eigenen Widersprüche im Denken und Handeln offengelegt werden.

Gramsci sprach von der Notwendigkeit "... an der Bildung eines neuen Typs von intellektuellen-Eliten zu arbeiten, die direkt aus den Massen hervorgehen und gleichwohl mit ihnen in Verbindung bleiben ..." Diese "organischen Intellektuellen" sind z.Z. nicht auszumachen, auch wenn die Organisationen der Arbeiterbewegung sich immer mehr mit linken Intellektuellen anreichern. Ihre Verbindung zu den Massen ist weitestgehend abgerissen, denn auch Vorträge vor Arbeitern sind kaum Ausdruck für ein organisches Verhältnis zwischen Intelligenz und Masse.

Wenn wir uns nicht "von der Vorstellung der objektiven Existenz der Massen" befreien und uns "in Richtung einer realistischen und aktiveren Konzeption von Menschen und ihren Beziehungen bewegen," so kann sich auch nicht "die gesamte Substanz des eigenen Denkens verwandeln".¹⁴

Die hier angedeutete Perspektive, durch eine andere Praxis - sowohl bezogen auf die Bildung als auch auf die Rolle der linken Intelligenz - die Entwicklung einer neuen Kultur in Gang zu setzen, ist eine große Aufgabe. Gerade vor dem Hintergrund des Wegbrechens einer konkreten sozialistischen Alternative (Krise und Auflösung des sozialistischen Blocks) erfordert dies eine ungeheuer große Anstrengung.

Doch eine andere Möglichkeit, als konkret mit den Menschen, die Träger einer neuen Kultur sein können, zu arbeiten und in der Auseinandersetzung mit ihnen nach Wegen zu suchen, sehe ich nicht.

Die Ausgestaltung eines "Organs unvoreingenommener Prüfung neben den Gewerkschaften und der politischen Partei" (wie von Gramsci gefordert) als Quell konkreter Utopie und gesellschaftlich fortschrittlicher Bewegung kann und darf nicht isoliert gesehen werden. Das Ergebnis darf nicht die

¹⁴ R.Williams: Gesellschaftstheorie als Begriffsgeschichte, Rogner und Bernhard Verlag, München 1972, S.392.

Errichtung eines neuen linken Elfenbeinturms sein, von dem die Massen "die Segnungen der Erkenntnis" empfangen.

Der Kern ist und bleibt die Notwendigkeit zur Kommunikation und zur Organisation von Kommunikationsprozessen, die unter Einbeziehung des Alltagsverständes, des vagabundierenden Bewußtseins (Negt) und der theoretischen Erkenntnis, dem zum Durchbruch verhelfen, was Williams folgendermaßen zum Ausdruck gebracht hat:

"Eine neue, alle Schichten umfassende Kultur wird nicht mehr die harmonische Gesellschaft vergangener Träume sein. Sie wird eine sehr komplexe Organisation sein, die ständiger Anpassung und neuer Entwürfe bedarf. Letztlich ist das Gefühl der Solidarität das einzig begreifbare Element der Stabilisierung in einer derart schwierigen Organisation."¹⁵

Nachwort:

Alles, was hier ausgesagt ist, bezogen auf die Umsetzung und Gestaltung einer neuen politischen Kultur der Arbeiterbewegung, ist Ergebnis jahrelanger kollektiver Arbeit einer Gruppe von ehemaligen Studierenden an der HBK Braunschweig im Umfeld des 1986 eingerichteten Aufbaustudiengangs "Kulturarbeit und Erwachsenenbildung". Die Wurzeln gehen allerdings weiter zurück. Dies scheint mir wichtig zu erwähnen, da in der kollektiven Arbeit eine Perspektive für zukünftige Bewegungsformen der "organischen Intellektuellen" liegt.

¹⁵ R.Williams: Gesellschaftstheorie als Begriffsgeschichte, Rogner und Bernhard Verlag, München 1972, S.399.

Vorschau Z - Nr. 8

erscheint Anfang Dezember 1991
mit dem Schwerpunktthema

Globale Probleme - Neue Weltordnung

Nach dem Ende des Kalten Krieges: Multipolarität oder US-Hegemonie?
Renaissance der Imperialismus-Theorie? Ökodiktatur - Ökoimperialismus
Nord-Süd-Gegensatz als Hauptgegensatz? Globales Problem
Unterentwicklung

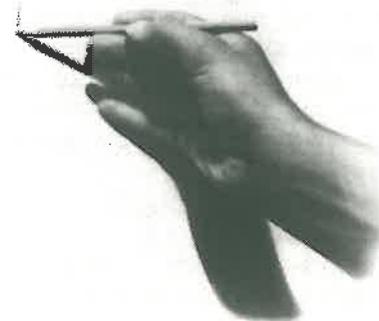
Außerdem: Wert-Preis-Transformationsdebatte/Standortbestimmung
marxistischer Soziologie/Rechtsstaat und Volkssouveränität/Die Mörder
des Gedächtnisses (II)

warum
nicht
mitglied
im bdwi
werden?

der bund demokratischer wissenschaftlerinnen
und wissenschaftler (bdwi)

- ist
»der größte überparteiliche
fortschrittliche politische verband
von wissenschaftlerInnen in der
bundesrepublik deutschland«
hat
einen quotierten vorstand
einen wissenschaftlich-politischen beirat
fünf büros in marburg, berlin,
bonn, hamburg und leipzig und
eine forschungs- und informationsstelle
macht
zwei zeitschriften
● forum wissenschaft
● informationsdienst wissenschaft & frieden
und zwei buchreihen
● studienhefte forum wissenschaft
● schriftenreihe wissenschaft und frieden
bletet
einen wissenschaftspreis
sechs arbeitskreise
eine jahrestagung »kritische ökologie«
jährlich ein paar fachtagungen
und dazu
eine herbstakademie in der toscana

interdisziplinär
kritisch
humanistisch
feministisch
ökologisch
reformenorientiert
parteilunabhängig
demokratisch



informationen bei: bdwi, postfach 543. 3550 marburg; (06421) 2 13 95
mitglied kann werden, wer einen hochschulabschluß besitzt, einer wissenschaftlichen
tätigkeit nachgeht oder als studierende/r an einer hochschule eingeschrieben ist.

Kapitalismus als Religion

Fetischismusanalyse als Grundlage der Entmythologisierung des Kapitalismus

In den Frühschriften hatte K. Marx die Religionskritik für beendet erklärt,¹ doch im "Kapital" sieht er sich genötigt, den "Fetischcharakter der Ware und sein Geheimnis"² zu erhellen. Er bedient sich damit nicht nur selber einer religionswissenschaftlichen Kategorie, sondern muß auch beinahe wider Willen die Religionskritik fortsetzen. Sie betrifft diesmal jedoch eine Religion ganz eigener Art, nämlich den Kapitalismus, deren Kern der Warenfetischismus ist, den Marx im dritten Band vom Kapital als "Religion des Alltagslebens"³ bezeichnet. Marx geht damit noch einen Schritt weiter als später Max Weber, der die protestantische Ethik als Geburtsstätte des "Geistes des Kapitalismus" ansieht und Arbeitsethos ebenso wie Profitgier auf religiöse Wurzeln zurückführt,⁴ aber den Kapitalismus nicht selber als Religion begreift. Walter Benjamin wird den bei Marx eher beiläufig auftauchenden Hinweis auf den religiösen Charakter des Kapitalismus dann ausdrücklich thematisieren.

Vergegenwärtigen wir uns kurz, worin der Fetischcharakter der Ware besteht und wie er sich auswirkt. Zu Beginn des "Kapital" führt Marx aus, daß im Tauschwert der Waren, nicht in ihrem Gebrauchswert, das treibende Motiv kapitalistischer Produktionsweise gegeben ist, wobei vom konkreten Charakter der Privatarbeiten abstrahiert werden muß, um die Produkte als gleichsetzbare überhaupt austauschen zu können. Eine abstrakte Gleichartigkeit tritt an die Stelle der spezifischen Einzigartigkeit der Produkte und "die konkrete Arbeit wird zum Ausdruck abstrakt menschlicher Arbeit".⁵ Dieses Dominantwerden des Tauschwerts verwandelt jedes Produkt menschlicher Arbeit, insofern es als Ware auftritt, aus einem selbstverständlichen und trivialen in "ein sinnlich übersinnliches Ding", dessen "Analyse ergibt, daß sie (die Ware) ein sehr vertracktes Ding ist, voll

metaphysischer Spitzfindigkeit und theologischer Mucken."⁶ Welcher Vertracktheit ist Marx da auf die Spur gekommen?

"Woher entspringt also der rätselhafte Charakter des Arbeitsproduktes, wenn es Warenform annimmt? Offenbar aus dieser Form selbst. ... Das Geheimnisvolle der Warenform besteht also einfach darin, daß sie den Menschen die gesellschaftlichen Charaktere ihrer eignen Arbeit als gegenständliche Charaktere der Arbeitsprodukte selbst, als gesellschaftliche Natureigenschaften dieser Dinge zurückspiegelt, daher auch das gesellschaftliche Verhältnis der Produzenten zur Gesamtarbeit als ein außer ihnen existierendes gesellschaftliches Verhältnis von Gegenständen. ... Es ist nur das bestimmte gesellschaftliche Verhältnis der Menschen selbst, welches hier für sie die phantasmagorische Form eines Verhältnisses von Dingen annimmt. Um daher eine Analogie zu finden, müssen wir in die Nebelregion der religiösen Welt flüchten. Hier scheinen die Produkte des menschlichen Kopfes mit eigenem Leben begabte, untereinander und mit den Menschen in Verhältnis stehende selbständige Gestalten. So in der Warenwelt die Produkte der menschlichen Hand. Dies nenne ich den Fetischismus, der den Arbeitsprodukten anklebt, sobald sie als Waren produziert werden, und der daher von der Warenproduktion unzertrennlich ist."⁷

Mit dem Begriff "Fetischismus" bezeichnet Marx den entscheidenden Sachverhalt, daß den in den Tausch eintretenden Warenproduzenten die gesellschaftlichen Beziehungen ihrer Privatarbeiten "nicht als unmittelbar gesellschaftliche Verhältnisse der Personen in ihren Arbeiten selbst, sondern vielmehr als sachliche Verhältnisse der Personen und gesellschaftliche Verhältnisse der Sachen"⁸ erscheinen. Mit dem Tausch der Waren tauschen auch Person und Sache ihren Platz in den gesellschaftlichen Verhältnissen. Dies hat zur Folge, daß in dieser verkehrten Welt die menschlichen Arbeitsprodukte als Waren eine soziale Regulierungsfunktion gewinnen, die so stark ist, daß die Menschen ihre Gesellschaftlichkeit an die bloßen Dinge ahreten und daher, statt diese zu kontrollieren, unter ihre Kontrolle geraten. Der eigentliche Effekt des Fetischismus besteht erstens darin, daß die Waren eine eigene, vom Produzenten nicht beabsichtigte Gesetzmäßigkeit entfalten (z.B. andere Waren zu verdrängen beginnen, was wieder Arbeitsplätze kostet, sodaß wiederum Menschen einander verdrängen), ein Sachverhalt, der in der verschleiernnden Sprache der herrschenden Ideologie "Systemrationalität" genannt wird, zweitens, darin, daß der Warenfetisch verbirgt, daß die Ware und ihr Wert der menschlichen Arbeit entspringen und ihre scheinbar unkontrollierte Bewegung nur das Resultat einer über den Tausch vermittelten, notwendigen Gleichsetzung

¹ Karl Marx: Die Frühschriften (hrsg. v. S. Landshut). Stuttgart 1964, S. 207 f.

² Karl Marx: Das Kapital, Bd. I. In: Karl Marx, Friedrich Engels: Werke. Band 23. Berlin 1968, S. 85 ff.

³ Karl Marx: Das Kapital, Bd. III. In: Karl Marx, Friedrich Engels: Werke. Band 25. Berlin 1964, S. 838

⁴ Max Weber: Die protestantische Ethik und der Geist des Kapitalismus. In: Gesammelte Aufsätze zur Religionssoziologie Bd. I, 7. Aufl., Tübingen.

⁵ Karl Marx: Das Kapital, Bd. I. In: Karl Marx, Friedrich Engels: Werke. Band 23. Berlin 1968, S. 72.

⁶ Karl Marx: Das Kapital, Bd. I. In: Karl Marx, Friedrich Engels: Werke. Band 23. Berlin 1968, S. 85.

⁷ Karl Marx: Das Kapital, Bd. I. In: Karl Marx, Friedrich Engels: Werke. Band 23. Berlin 1968, S. 86-87.

⁸ Karl Marx: Das Kapital, Bd. I. In: Karl Marx, Friedrich Engels: Werke. Band 23. Berlin 1968, S. 87.

verschiedener menschlicher Arbeiten ist. Man könnte also sagen, daß die Analyse des Fetischismus versucht, aus dem sichtbaren Unwesen der Warenbeziehungen ihr unsichtbares Wesen abzuleiten und wahrnehmbar zu machen. Vor allem aber macht sie klar, daß auch die sogenannten Sachzwänge das Resultat menschlichen Handelns sind, sodaß es prinzipiell keine unübersteigbare Schranke zwischen intentionalem Handeln der Subjekte und einer ihren eigenen Gesetzen gehorchenden Systemrationalität geben kann, es sei denn, man sähe die durch das menschliche Handeln geschaffenen Verhältnisse als irreversibel an.

F. Hinkelammert hat die These aufgestellt, daß Marx durch die Analyse des Fetischismus sich auch gezwungen sah, seine Ansichten über das "Reich der Freiheit"⁹ zu ändern, was wiederum eine Änderung der Voraussetzungen der Religionskritik des jungen Marx bedeutet. "Da er das Reich der Freiheit in ökonomischen Begriffen dachte, mußte er sich mit dem Problem seiner Machbarkeit konfrontieren; und er kommt zu dem Schluß, daß das Reich der Freiheit als Projekt jede menschliche Machbarkeit für alle Zukunft übersteigt. So ersetzt er schließlich implizit seine vorherige Religionskritik durch eine Kritik des Fetischismus. Und diese ist nicht mehr Kritik der Religion, sondern die Methode zur Unterscheidung zwischen fetischisierter Transzendentalität und vermenschlichter Transzendentalität."¹⁰ Widerspricht dem nicht die Beobachtung, daß Marx auch weiterhin religiöse Bilder und Begriffe verwendet, wenn er Sachverhalte benennen will, die es abzulehnen gilt? Wir müssen uns hier vor dem Fehlurteil hüten, die häufige Verwendung religiöser Metaphern in der Fetischismusanalyse lasse auf einen unveränderten Fortbestand der früheren Religionskritik schließen, denn dieser Wortgebrauch wird nötig, weil die ökonomischen Sachverhalte nunmehr selber einen religiösen Charakter angenommen haben und daher nur durch Verwendung eines der religiösen Sprache entlehnten Vokabular erfaßt und kritisiert werden können. Marx ist nicht schon deshalb ein Gegner der Religion, weil er sich dieses religiösen Vokabulars in kritischer Absicht bedient. Dies heißt aber noch nicht, daß alle Einsichten seiner früheren Religionskritik damit über Bord zu werfen sind, denn diese haben ja auch eine objektive Referenz in den Deformationen von Religion, hier besonders des Christentums. Solange dieser Tatbestand weiterbesteht, gibt es auch ein Moment der Kontinuität zwischen Fetischismusanalyse und früherer Religionskritik. Dies gilt vor allem für die Stelle, wo Marx der Auffassung ist, daß "das Christentum mit

⁹ Vgl. hierzu besonders Karl Marx: Das Kapital, Bd. III. In: Karl Marx, Friedrich Engels: Werke, Band 25, Berlin 1964, S. 828! Während in den "ökonomisch-philosophischen Manuskripten" (vgl. Karl Marx, Friedrich Engels: Werke, Ergänzungsband I, Berlin 1974, S. 536 ff.) noch von einer Versöhnung von Mensch und Natur die Rede war, wird nun das Ringen mit der Natur als ein in allen möglichen Produktionsweisen sich durchhaltender Faktor angesehen; vgl. neben Hinkelammert hierzu auch die Überlegungen von E. Waibl: Ökonomie und Ethik. Die Kapitalismusdebatte in der Philosophie der Neuzeit. Stuttgart-Bad Cannstatt 1984, S. 226-390, besonders 305 ff., 338 ff!

¹⁰ F. Hinkelammert: Die ideologischen Waffen des Todes, S. 63.

seinem Kultus des abstrakten Menschen"¹¹ die dem Kapitalismus entsprechenden Religionsform sei. Denn, wo das Christentum sich in diesem Sinne in den Kapitalismus integriert hat, hat es aufgehört, authentisches Christentum zu sein, und ist nur mehr der bewußtseinsmäßige Ausdruck einer Situation., "in der der Mensch seine Entscheidung über Leben und Tod an einen Warenmechanismus delegiert hat, für dessen Ergebnisse er sich - obwohl dieser Mechanismus sein Werk ist - nicht mehr verantwortlich weiß. Und diese Unverantwortlichkeit projiziert er in einen Gott mit unendlich legitimer Willkür; es ist der Gott des Privateigentums, der Arme und der Geschichte. Das wahre Wesen dieses Gottes aber ist die Weigerung des Menschen, sich für die Ergebnisse des Werkes seiner Hände verantwortlich zu wissen."¹² Dieser Gott muß verschwinden, damit der Mensch wieder zum Menschen wird, d.h. seine Fähigkeit zurückgewinnt, seine eigenen Produkte zu beherrschen. Welcher Gott erscheint, wenn Religion als trügerischer Schein der gesellschaftlichen Beziehungen verschwunden ist, weil diese selber ihren Fetischcharakter verloren haben, darüber schweigt Marx sich aus. Wir sollten es ihm nicht verargen, sondern danken.

Kapitalismus als destruktive Kultreligion

In dem von Marx analysierten Fetischcharakter der Ware erblickt auch Walter Benjamin den entscheidenden ökonomischen Bezugspunkt für die Analyse der gesellschaftlichen Beziehungen im Kapitalismus und der sie ideologisch umhüllenden Phänomene wie Massenkultur und Mode. Die Ware verdinglicht als "der letzte Brennspeigel historischen Scheins"¹³ die menschlichen Beziehungen und entfremdet die Menschen ihren kreativen Möglichkeiten. Die Ware aber kann nur deswegen zum fetischhaften Kultobjekt der Moderne werden, weil die Momente der Massenkultur eine "Einfühlung in den Tanswert der Ware"¹⁴ für die Massen inszenieren. Maßgebend neben Architektur, Photographie, Film, Reklame, Trivalliteratur ist dabei die Mode. "Die Mode schreibt das Ritual vor, nach dem der Fetisch Ware verehrt sein will."¹⁵ Weil die Mode systematisch den Gebrauchswert ausblendet, kann sie zur "nimmermüden Agentin" der "Quintessenz des falschen Bewußtseins"¹⁶ werden und den toten Gegen-

¹¹ Karl Marx: Das Kapital Bd. I. In: Karl Marx, Friedrich Engels: Werke, Band 23, Berlin 1968, S. 93.

¹² F. Hinkelammert: Die ideologischen Waffen des Todes, S. 25.

¹³ Walter Benjamin: Das Passagen-Werk. In: Gesammelte Schriften, Bd. V/1 u. V/2, Frankfurt a. M. 1982, Archiv-Nr. J 65 a, 6.

¹⁴ Walter Benjamin: Das Passagen-Werk. In: Gesammelte Schriften, Bd. V/1 u. V/2, Frankfurt a. M. 1982, Archiv-Nr. J 92, 4.

¹⁵ Walter Benjamin: Das Passagen-Werk. In: Gesammelte Schriften, Bd. V/1 u. V/2, Frankfurt a. M. 1982, Bd. V/1, S. 51.

¹⁶ Walter Benjamin: Das Passagen-Werk. In: Gesammelte Schriften, Bd. V/1 u. V/2, Frankfurt a. M. 1982, S. 55.

ständen eine "moderne Aura" verleihen, die mit ihrem Kaufappell die Menschen in ihren Bann schlägt, damit aber auch gleichzeitig die Aura des traditionellen Kunstwerks zerstört. Mit der Zertrümmerung der vorkapitalistischen mythischen Totalität etabliert sich der Kapitalismus als neue Totalität in Form einer Religion.

Benjamin hält das Ergebnis dieses Prozesses in einem mit "Kapitalismus als Religion" überschriebenen Fragment fest. Dieses beginnt mit der Feststellung: "Im Kapitalismus ist eine Religion zu erblicken, d.h. der Kapitalismus dient essentiell der Befriedigung derselben Sorgen, Qualen, Unruhen, auf die ehemals die sogenannten Religionen Antwort gaben. Der Nachweis dieser religiösen Struktur des Kapitalismus, nicht nur, wie Weber meint, als eines religiös bedingten Gebildes, sondern als einer essentiell religiösen Erscheinung, würde heute noch auf den Abweg einer maßlosen Universalpolemik führen. Wir können das Netz, in dem wir stehen, nicht zuziehn. Später wird dies jedoch überblickt werden."¹⁷ Obwohl eine abschließende Analyse von Kapitalismus als Religion einen Standpunkt vorauszusetzen scheint, der außerhalb liegt, womit Benjamin gleichzeitig durchblicken läßt, daß diese Religion beseitigt werden kann, lassen sich doch schon gegenwärtig aus dem Innern des "Netzes" und mit aller Vorläufigkeit einige ihrer Grundzüge erkennen. Benjamin benennt zunächst deren drei.

"Erstens ist der Kapitalismus eine reine Kultreligion, vielleicht die extremste, die es je gegeben hat. Es hat in ihm alles nur unmittelbar mit Beziehung auf den Kultus Bedeutung, er kennt keine spezielle Dogmatik, keine Theologie. Der Utilitarismus gewinnt unter diesem Gesichtspunkt seine religiöse Färbung. Mit dieser Konkretion des Kultus hängt ein zweiter Zug des Kapitalismus zusammen: die permanente Dauer des Kultus... Es gibt da keinen 'Wochentag', keinen Tag, der nicht Festtag in dem fürchterlichen Sinne der Entfaltung allen sakralen Pompes, der äußersten Anspannung des Verehrenden wäre. Dieser Kultus ist zum dritten verschuldend. Der Kapitalismus ist vermutlich der erste Fall eines nicht entschuldigenden, sondern verschuldenden Kultus... Ein ungeheures Schuldbewußtsein, das sich nicht zu entschulden weiß, greift zum Kultus, um in ihm diese Schuld nicht zu sühnen, sondern universonal zu machen, dem Bewußtsein sie einzuhämmern und endlich und vor allem den Gott selbst in diese Schuld einzubegreifen."¹⁸ Fünfzig Jahre nach dem Tod Walter Benjamins (1940) haben diese Grundzüge des Kapitalismus noch an Deutlichkeit und Härte gewonnen. Der Tanz ums goldene Kalb ist die einzige freie Bewegung, die das Kapital dem Subjekt gestattet. Doch auch dabei ist kein Fortkommen, denn alle drehen sich nur im Kreise. Wirkliche Bewegungen gelten daher in sich schon als verdächtig und subversiv. Wohl auch zurecht, denn sie stören den "Kreislauf der Gläubigen". Auch für das zweite Merkmal findet man ohne Anstrengung einige Belege. Erinnerung sei nur an die vielfältigen Versuche zur Durchsetzung von Sonntagsarbeit in den letzten Jahren. Auch für das dritte Merkmal scheinen uns die Belege auf der Straße zuzufiegen. Doch Benjamins sicherlich nicht zufällig bei diesem

¹⁷ Walter Benjamin: Gesammelte Schriften. Bd. VI, Frankfurt a.M. 1986, S. 100.

¹⁸ Walter Benjamin: Gesammelte Schriften. Bd. VI, Frankfurt a.M. 1986, S. 100 f.

Wesenszug ausführlicher werdenden Überlegungen enthalten auch einiges, was nur schwer zu durchleuchten und zu begreifen ist, da sein Verschuldungsbegriff auf mehreren Ebenen spielt. Die Verschuldungskrise der Zwei-Drittel-Welt und die anwachsende Armut in der Ersten Welt untermauern unmittelbar, daß Kapitalismus Verschuldung und damit auch Schuldner braucht, um funktionieren zu können.¹⁹ Doch auch der Kapitalist selber fühlt sich dauernd schuldig angesichts des unstillbaren Dranges des Kapitals nach immer noch mehr, weswegen er nie die Gewisheit erreichen kann, genug getan zu haben. Gerade auch in den Chefetagen ertönt immer wieder der Satz: "Das sind wir unserem Unternehmen schuldig." Doch inwiefern ist "Gott" mit einbezogen in den Prozeß der Verschuldung bzw. präziser gefragt: Wer oder was ist hier eigentlich mit "Gott" gemeint? Sehen wir uns an, wie sich die gedankliche Weiterentwicklung im Text von Benjamin vollzieht, so erhalten wir einen ersten Aufschluß: "Darin liegt das historisch Unerhörte des Kapitalismus, daß Religion nicht mehr Reform des Seins, sondern dessen Zertrümmerung ist: Die Ausweitung der Verzweiflung zum religiösen Weltzustand, aus dem die Heilung zu erwarten sei. Gottes Transzendenz ist gefallen. Aber er ist nicht tot, er ist ins Menschenschicksal einbezogen... Dieser Mensch ist der Übermensch, der erste, der die kapitalistische Religion erkennend zu erfüllen beginnt."²⁰

Mit diesem Hinweis und den an ihn anknüpfenden Überlegungen liefert uns Benjamin den Schlüssel zum Öffnen einer entscheidenden Tür: Es ist die Philosophie Nietzsches, in der sich der "Geist des Kapitalismus" vor allem in der Vorstellung vom Übermenschen in letzter Übersteigerung zum Ausdruck bringt. Diese Vorstellung des Übermenschen, in dem jede Spur von Umkehr, Buße und Reue getilgt ist, hat im zwanzigsten Jahrhundert alle Formen von seinszerstörender Konkretion erfahren: Vom Ersten Weltkrieg, über Auschwitz und Hiroshima, bis zum jüngsten Krieg am Golf. Der "Übermensch" schafft nicht den Übergang zum neuen Menschen, sondern etabliert den Götzen "Kapital" als über dem Menschen thronende Größe, in die er sein Wesen verlegt und damit sich selbst und die Welt verliert. Indem der Mensch, der den Götzen "Kapital" mit seiner Hände Arbeit erst zum Sein verholfen hat, sich mit diesem identifiziert, überträgt umgekehrt dieser wiederum sein zerstörerisches Sein auf den Menschen. Die Beweise türmen sich zu Bergen, daß der Tanz ums goldene Kalb nicht nur Geld, sondern auch das Leben kostet. Dieses war immer schon der Preis des Götzendienstes, von den frühen Hochkulturen bis zur Industriegesellschaft, deren einzige Errungenschaft gegenüber früher darin besteht, daß nunmehr dieser Tanz demokratisch abgesegnet wird. So wird die letzte Stufe der Realisierung des Übermenschen sein selbstverschuldeter Untergang sein.

Die Totalisierung der Verschuldung muß also auch als Metamorphose Gottes entziffert werden. Der "Übermensch" hat sich selbst zum Gott gemacht, womit aber Gott zum Götzen und der Mensch selber zum Götzendiener wird. Anstatt daß Gott Mensch wird und der Mensch erlöst wird,

¹⁹ Für eine detailliertere Begründung vgl. Kuno Füssel, Kapitalismus braucht Verschuldung, in: Marxistische Blätter 6 (1990) S. 38-43!

²⁰ Walter Benjamin: Gesammelte Schriften. Bd. VI, Frankfurt a.M. 1986, S. 101.

wie es sich die christliche Lehre von der Inkarnation klar zu machen sucht, gerät der auf diese Weise entthronte Gott in Abhängigkeit vom Menschen und wird auf diesem Wege zum Schuldner des als Götze die Rolle Gottes spielenden Kapitals. Da die Kapitallogik bezüglich des Menschen und der Natur eine Todeslogik ist, wird es selber am Ende den Untergang von Mensch und Natur verschulden, womit auch die Verschuldung ihre letzte Stufe erreicht. Damit wäre der Kreislauf der totalen Verschuldung geschlossen und die Metamorphose Gottes mit seinem Tode, der auch der Tod des Menschen ist, beendet. Doch diesen Prozeß scheinen die der Aura der Ware verfallenen Menschen sich nicht bewußtmachen zu können oder zu wollen. Darin liegt für Benjamin der vierte Grundzug der kapitalistischen Religion. Er besteht demzufolge darin, "daß ihr Gott verheimlicht werden muß, erst im Zenith seiner Verschuldung angesprochen werden darf. Der Kultus wird vor einer ungerreifen Gottheit zelebriert, jede Vorstellung, jeder Gedanke an sie verletzt das Geheimnis ihrer Reife."²¹ Zuletzt, so kann man diese vielleicht deuten, wird der sich dem Kult des Kapitals rückhaltlos ausliefernde Mensch begreifen, daß nicht Kapitaldienst oder das totale Aufgehen im "Job", sondern Anbetung der eigenen Größe und Allmacht der letzte Zweck seines Handelns war, in dem Moment aber, wo er sich dies eingesteht, muß er der zum Götzen "Kapital" gereiften Gottheit den Dienst verweigern, d.h. von der selbstzerstörerischen Anbetung seiner selbst Abschied nehmen. Wenn er diese Notwendigkeit überhaupt noch einsehen kann, dann im Zenith der Verschuldung, weil es in ihm keine andere Alternative mehr gibt als Rettung oder Untergang.

Es stellt sich die bange Frage, ob wir uns bereits auf jenen Weltzustand zu bewegen, wo die Verzweiflung so total geworden ist, daß man auf sie als diesen Zenith die letzte Hoffnung setzen muß. Ist es denkbar, daß an diesem Punkt ein Umschlag ins Positive möglich ist, daß die Eindeutigkeit der Katastrophe den ersten Schritt zur Umkehr einleitet, so wie oft in der schlimmsten Zuspitzung einer Suchtkrankheit die Entscheidung zu einem radikalen Neubeginn fallen kann? Wie lange diese Umkehr noch eine wirklich ergreifbare Chance darstellt, ist heute ungewisser denn je.

PODIUM PROGRESSIV

Die Broschürenreihe der
PDS Rheinland-Pfalz/Linke Liste

Sebastian Reinfeldt

Rassismus:
Die unsichtbare Gewalt

2. Auflage
64 Seiten, DM 3.-

Manon Tuckfeld/ Jens Christian Müller

Kritik der Theorie
eines ökologischen
Kapitalismus

1. Auflage
76 Seiten, DM 5.-

LILI KORRESPONDENZ

Die Zeitschrift der
PDS Rheinland-Pfalz/Linke Liste

Heft 3/1991

Millington-Herrmann/Neugebauer
Kein §218 in Ost und West
Joachim Hirsch
Nach dem Ende der Neuen Linken
Uwe Kremer
Das Ende von '17 - das Erbe von '68
Theodor Bergmann
Kommunistische Alternativen zum
Stalinismus
Jutta Ditzfurth u.a.
Perspektiven der Ökologischen
Linken
u.v.m.

Heft 4/1991

Gregor Gysi
Zur Tätigkeit des ehemaligen MfS
Klaus Dörre
Kulturen und Strukturen
Wolfgang Bartels
Das Ende des Flugzeugträgers?
Andreas Malycha
Die Installierung stalinistischer
Machtstrukturen in der SED
Horst Dietzel u.a.
Ökologie und sozialistische Idee
u.v.m.

Kostenloses Probeexemplar bestellen!

Bestellungen an: PDS/Linke Liste, Postfach 3346, 6500 Mainz

²¹ Walter Benjamin: Gesammelte Schriften. Bd. VI, Frankfurt a.M. 1986, S. 101.

Pierre Vidal-Naquet

Die Mörder des Gedächtnisses (1987) Teil I

Übersetzt und vorgestellt von Hartwig Zander

Vorstellung: Ein Althistoriker als Zeuge der Zeitgeschichte

In den französischen Geschichtswissenschaften hat sich in den letzten Jahren der Ausdruck "Faire de l'Histoire" durchgesetzt. Er fordert die Historiker auf, ihr Schreiben als ein - konstruktives - Tun zu betrachten. "Tun", so würde sinngemäß B. Brecht sagen, habe den appetitmachenden Klang von Handwerk. Die Aufforderung, sich schreibend zum Vorgang des Schreibens zu verhalten, öffnet propädeutisch den Blick auf die Konstruktionsregeln, die solches Tun anleiten. Da die Mehrzahl dieser Regeln der Bildung eines synchron strukturierten Wissens entnommen sind, bricht das "Faire de l'Histoire" in den diachronen Gang der historischen Erzählung ein. Im Vergleich zu jenem "Handwerk des Historikers", das im wesentlichen noch die Quellenkunde des überlieferten Schriftgutes umfaßt, haben sich die Mittel und Instrumente, welche die Historiker bei ihrer Produktion der Geschichte einsetzen, geradezu unbegrenzt erweitert. Der methodologische Wechsel in der Optik der Darstellung, fort von der Diachronie und hin zur Bildung synchronen Wissens, rückt die Tätigkeit der Historiker in die Nähe des gegenwärtig sich ereignenden Geschehens. So erhebt sich das historische Wissen, und wir erfahren das seit einem Jahrzehnt hautnah, in düftigen Zeitläuften, denen die Perspektive auf die Zukunft versperrt ist, zu einer unseren Blick auf die Gegenwart normierenden Instanz.

"Faire de l'Histoire" fordert den Historiker und die Historikerin auf, sich der Geschichte gegenüber zu verhalten, "qui se fait".

"Engagé", und wenn es sein muß "Enragé", in der Zeitgeschichte, in der sich unsere eigene Erfahrung erst bildet, wendet der Historiker des antiken Griechenlands, Pierre Vidal-Naquet (P. V.-N., Der schwarze Jäger. Campus Verlag, Ffm. 1989), die Aufforderung "faire de l'histoire", in das Paradoxon, sich geschichtsschreibend in der Geschichte zu verhalten, "qui se fait". Der Historiker V.-N. greift in den Ablauf des Geschehens ein, um das Geschehen vor seiner Historisierung zu bewahren, davor, daß die Geschichte, um der "historischen Wahrheit" willen, bereits im Moment ihres Ereignisses in die Vergangenheit der "Geschichte" gerückt wird. "Historisiert", entziehen sich die Geschehnisse unserer öffentlichen Erfahrung. Wir kennen solche Vorgänge und wir kennen auch die Mechanismen, mit denen sie gehandhabt werden: Archivieren und erinnern. In dem einen wie in dem anderen Fall geht es darum, unser historisches Bewußtsein mit dem Zeitindex des Vergangenen auszustatten, dem eines

administrativ verordneten oder dem eines im inneren Zeitbewußtsein der Individuen zerfließenden Zeitindex des Vergessens.

In die Herstellung des Vergessens greift der Historiker ein. Im ersten Fall setzt er sein methodologisches Wissen über den Vorgang ein, um die Tatsachen, Besitz einer kollektiven Öffentlichkeit, vor dem archivalischen Vergessen zu schützen. Er weiß, daß bestimmte Tatsachen die Geltung "historischer Wahrheit" längst erwirkt haben, bevor sich die Archive öffnen. "Ein Historiker im Algerienkrieg", so definiert Pierre Vidal-Naquet die Stellung einer in die Zeitgeschichte eingreifenden Geschichtsschreibung (P. V.-N., Face à la raison d'Etat. Un Historien dans la guerre d'Algérie. Editions La Découverte, Paris 1989).

Im zweiten Fall geht es zunächst darum, verschüttete Spuren zu sichern; also darum, Zeugnisse der verschwiegenen und verstreuten Erinnerung von Zeitgenossen zu gewinnen, die an den Geschehnissen beteiligt waren, und diese Zeugnisse zu einem Ensemble zu fügen, das jene kollektive Qualität besitzt, die nicht "Geschichte", sondern "Gedächtnis" heißt. Die Valenz des "Gedächtnisses" entdecken wir in der Regel im eigenen Umgang mit Völkern, ethnischen Gruppen oder - migrierenden Minderheiten -, denen die eigene Geschichtsschreibung versagt ist. Wir reden in diesem Fall gerne vom Gegensatz zwischen - europäischer - Zivilisation und Barbarei. Von "Gedächtnis" sprechen wir aber auch beim Völkermord, wenn, wie zuletzt in Argentinien, die Geschichte einer ganzen Generation vernichtet wird, symbolisch oder physisch.

"Gedächtnis" als Terminus bezeichnet die Einbeziehung des Vergangenen in die Gegenwart als gelebte Aktualität. Sie kann auch, wie bei P. V.-N., eine "existentielle Bindung des Historikers zur Vergangenheit" herstellen. Schließlich stellen sich Völker, denen der eigene territoriale Ort oder die historische Kontinuität abgesprochen wird, und die dadurch in besonderer Weise der symbolischen und der physischen Zerstörung ausgesetzt sind, nicht durch "Geschichte", sondern durch "Gedächtnis" in die Völkergemeinschaft.

"Die Mörder des Gedächtnisses" dokumentiert den Einsatz der Geschichtsschreibung bei der Bildung und der Verteidigung eines kollektiven Gedächtnisses.

Der hier abgedruckte Aufsatz ist entnommen dem Buch: Pierre Vidal-Naquet, Les assassins de la mémoire. Un Eichmann de papier et autres essais sur le révisionnisme. Editions la Découverte, Paris 1987. - Wir danken dem Vf. sowie dem Verlag la Découverte für die Erlaubnis der Übersetzung.

1. Die Vernichtung der Heloten Spartas

Wir befinden uns, um die Wende 424/423 vor unserer Zeitrechnung, im achten Jahr des Peloponnesischen Krieges, in dem sich Athen und Sparta mit ihren jeweiligen Verbündeten gegenüberstehen. Für die Lakedämonier hat sich die Lage verschärft. Die Athener haben sich auf Kythera, der im Süden des Kaps Malea gelegenen Insel, und in Pylos, das an der Westküste des Peloponnes liegt, festgesetzt. Sparta versucht einen Scheinangriff

und sendet ein Expeditionskorps gegen die schwankenden Verbündeten Atliens - nach Chalkidike, der vor der Küste Makedoniens, im Nordosten Griechenlands gelegenen Halbinsel. Schauen wir uns einmal an, was der Historiker Thukydides erzählt und was er über das Ereignis berichtet, mit dem er die Sparta bedrohende Krise auslegt: "Denn die Lakedämonier hofften, sich die Athener, die dem Peloponnes und besonders ihrem eigenen Land so schwer auflagen, am ersten vom Halse zu schaffen, wenn sie ihnen selbst zu Leibe gingen und ein Heer ins Land ihrer Bundesgenossen schickten, zumal diese sich erboten, dessen Verpflegung zu übernehmen, und sie zu Hilfe riefen, um die Herrschaft der Athener abzuschütteln. Zugleich bot sich ihnen damit ein erwünschter Vorwand, eine Anzahl Heloten außer Landes zu schicken, damit diese nicht etwa den Augenblick, wo Pylos in Feindeshand war, benutzen, um sich zu empören. Auch hatten sie aus Furcht vor ihrem zahlreichen jungen Nachwuchs bereits zu einer anderen Maßregel gegen sie gegriffen, wie denn bei ihnen von jeher im Grunde alles darauf hinauslief, die Heloten im Zaume zu halten. Sie machten bekannt, aber nur um sie auf die Probe zu stellen, wer unter ihnen sich besonders tüchtig zum Kriegsdienst fühle, solle sich melden und dann eingestellt und freigelassen werden; denn vermutlich würden gerade die, die am meisten nach Freiheit verlangten, auch zuerst bei der Hand sein, ihnen den Hals abzuschneiden. Es wurden denn auch gegen zweitausend ausgehoben, die darauf als nunmehr freie Leute bekränzt durch die Tempel zogen. Nach kurzer Zeit aber ließen die Lakedämonier sie sämtlich verschwinden, und niemand erfuhr, wo und wie sie ums Leben gekommen waren".

Wahrhaftig ein merkwürdiger Text, der in einer teilweise verschlüsselten Sprache geschrieben wurde. Die Heloten "verschwinden", sie "kommen ums Leben" (mensch könnte auch übersetzen "werden vernichtet"), doch die Worte, welche die Tötung, den Tod bezeichnen, werden nicht ausgesprochen, und die Tatwaffe bleibt unbekannt.

Reicht es aus zu wissen, wer die Heloten waren, um dieses Ereignis zu verstehen, von dem George Grote (1794 - 1871), der englische Begründer der positiven Geschichtsschreibung des antiken Griechenlands¹, sagte, daß es "eine in der Geschichte selten erreichte Verfeinerung des Betrugs und der Grausamkeit" kennzeichnete? Die Heloten bildeten die Kategorie der Unfreien innerhalb der Bevölkerung Spartas. Im Unterschied zu den Sklaven Athens wurden sie weder im Ausland gekauft noch ins Ausland verkauft. Sie bewirtschafteten den Boden der Oberschicht der Polis, der *Pairs* (*homoiotai*), welche die Militärelite bildeten. Über die Erklärung ihrer Herkunft hatten die Alten unterschiedliche Theorien in die Welt gesetzt,

¹ Thukydides, Geschichte des Peloponnesischen Krieges. Insel-Verlag, Leipzig 1961, IV, 80, S. 341; das Ereignis ist in der Nachfolge Thukydides wieder erzählt worden von Plutarch, Das Leben des Lykurg, 28,6, in einer offensichtlich irrtümlichen Variante: die Spartiaten selbst nehmen die Selektion vor, und durch Diodorus von Sizilien, XII, 67,2, in einer Genauigkeit, auf die ich noch zurückkomme.

² Vgl. A. Momigliano, Problèmes d'histoire ancienne et moderne, trad. A. Tachet, Gallimard, Paris 1983, 361 - 382

³ Ich zitiere nach der französischen Übersetzung der History of Greece, t.IX, Paris 1862, 103

zwischen denen die Modernen sich immer noch verlieren⁴. Die Heloten bildeten zwei Subklassen, zwischen denen wir unter bestimmten Gesichtspunkten wohl unterscheiden können. Die einen waren Lakonen, die natürlich die rechtliche Gleichstellung mit ihren Herrn ans Sparta anstrebten. Schließlich waren die Bauern Athens bereits zu Beginn des 6. Jh. befreit worden. So gesehen, war das ja kein absurdes Modell. Die anderen waren Ausländer, Messenier, mit den Lakedämoniern verwandt, sie sprachen die gleiche dorische Sprache; sie waren im Laufe von drei harten Kriegen von Lakedämonien (deren Hauptstadt Sparta war) erobert worden. Nicht wenige unter ihnen wanderten aus, die einen nach Messina in Sizilien, die anderen nach Naupaktos, am Eingang des Golfes von Korinth, dem Peloponnes gegenüber. Die messenischen Heloten strehten danach, ihre alte Polis wieder zu errichten, und es gelang ihnen sogar, nachdem der Thebaner Epameinondas in der Schlacht bei Leukrea (371) sowie im Winterfeldzug 370/369 die lakedämonische Herrschaft zerstört hatte. Daraufhin verkündeten die Messenier ein "Gesetz der Rückkehr" und forderten die messenische Diaspora auf, sich dem Vaterland anzuschließen, das sie im Gedächtnis bewahrt hatten - mit wechselndem Erfolg. Gleich ob Lakoner oder Messenier, die Heloten waren einerseits unterworfen und übernahmen die Werte der herrschenden Klasse, andererseits, besonders häufig seit dem 5. Jh., standen sie in Aufruhr. Im Jahr 397 wäre beinahe ein allgemeiner Aufruhr ausgebrochen. Laut Xenophon habe damals ein Informant der dortigen spartiatischen Macht äußern können: "Jedes Mal, wenn bei denen da (den niederen Kategorien) die Rede auf die Spartiaten kam, geb es immer den einen oder anderen unter ihnen, der nicht verbergen konnte, daß es ihm kein Mißvergnügen bereiten würde, jene sogar rob zu fressen".⁵

In der Regel bildeten die Heloten, und auch hierin unterschieden sie sich von den Sklaven Athens, einen Teil des lakedämonischen Heeres. Sie dienten als Waffenknechte. Es kam sogar vor, daß sie an den Schlachten teilnahmen und eine Art Freilassung genossen. Doch selbst freigelassen erhielten sie nie das volle Bürgerrecht. Jedenfalls blieb die herrschende Schicht der Spartiaten in einem unlösbaren Widerspruch gefangen. Sparta konnte auf die Heloten nicht verzichten, weder um den Boden zu bewirtschaften, was sich von selbst versteht, noch um Kriege zu führen. Nun, selbst die leichtbewaffneten Heloten mußten in ihren Augen eine offensichtliche Gefahr darstellen. Sparta löste dieses Problem, indem es die Heloten in ein Statut einschloß, das sie der Verachtung preisgab - wovon es in der Geschichte zahlreiche Beispiele gibt. Niemand hat dieses Statut besser auf den Begriff gebracht als Myron von Priene, ein Historiker aus dem 3. Jh. vor unserer Zeitrechnung: "Die Heloten werden zu den schändlichsten und entehrendsten Arbeiten angehalten. Sie werden gezwungen, eine Mütze aus Hundefell zu tragen und sich mit Tierhäuten zu kleiden. Alle Jahre erhalten sie eine bestimmte Zahl an Schlägen, ohne daß sie sich irgendeines Fehlers haben zu Schulden kommen lassen; sie sollen daran erinnert werden, daß sie Sklaven sind; mehr noch, diejenigen, welche die

⁴ Vgl. Pierre Vidal-Naquet, Réflexions sur l'histoire grecque de l'esclavage, in: P. V.-N., Le Chasseur noir. Formes de pensée et formes de société dans le monde grec. La Découverte, Paris 1983, 223 - 248. Deutsch: Campus Verlag, Ffm. 1989

⁵ Xenophon, Historia Graeca, III, 3,5

für Sklaven geltenden Maßregeln übertreten, werden mit dem Tode bestraft und ihre Herren mit einer Geldstrafe belegt, weil sie der Entwicklung nicht rechtzeitig Einhalt geboten haben".⁶ Gleichwohl konnte es geschehen, daß sich die Zügel lockerten oder zu lockern drohten. In solchen Fällen ging die Polis in großem Maßstab vor und vollzog, Fälschung und Betrug hinzufügend, wozu die Herrn im kleinen verpflichtet waren: die tapfersten zu töten. Eben dies geschah zu dem Ereignis, von dem Thukydides erzählte. Anstatt freizulassen oder zu töten ließ die Polis frei und tötete. Die bekränzten Heloten zogen durch die Tempel ebenso wie es die jungen Männer in Athen zur Zeit ihrer Militärausbildung machten; anschließend verschwanden sie.

Wann aber geschah dieses dramatische und verhängnisvolle Abenteuer? Früher, sagt Thukydides. Handelt es sich um eine jüngste Vergangenheit? Die Historiker des 19. Jh. waren zwischen zwei Hypothesen gespalten, und in der Gegenwart ist es nicht anders.⁷ Doch soweit ich weiß - ich kann mich natürlich täuschen - hat niemand unter ihnen je behauptet, es handle sich bei diesem Ereignis um eine bloße Fiktion. Noch hat irgendjemand nahegelegt, es handle sich bei diesem Ausbruch an List und Haß um eine Erfindung irgendeines Angehörigen der Opfer.⁸ Wußte Thukydides mehr als er sagte? Offensichtlich gelang es den Spartiaten, ihr Geheimnis wohl zu hüten. Nur ein dünnes Gedächtniserinnsel gelang zu dem Historiker aus Athen.

2. Die Geschichte und die Geschichten

In dem von mir gerade kommentierten Text des Thukydides gibt es ein kleines Wort, das, soviel ich weiß, noch nicht die Aufmerksamkeit der Exegeten geweckt hat: das Wort "sämtlich". Als die Spartiaten beschlossen, die Heloten verschwinden zu lassen, die sich ausgezeichnet hatten, betraf dieser Beschluß eine Kollektivität, deren Umrisse sie unter Beteiligung ihrer Opfer selbst gezogen hatten; andererseits blieb jeder Tod ein individueller Tod. Jedes Opfer hatte seine eigene Geschichte, und wir werden nie wissen, wie der Tod zugeteilt wurde, individuell, kollektiv oder in kleinen

⁶ Myron von Priene, zit. von Athenäus, Das Gastmahl der Sophisten, XIV, 657d (Jacoby, 106 F2); ich entlicke die Übersetzung sowie einige Anregungen der vorzüglichen Untersuchung von J. Ducat, "Le mépris des Hélotes", in: Annales ESC, 1974, 6, 1451-1464; das Zitat ist auf S. 1454. J. Ducat hat soeben ein Ms. über die Heloten fertiggestellt, das ich mit seiner Einwilligung und zu meinem Nutzen eingesehen habe.

⁷ Vgl. Grote, op.cit., 103; Grote schlägt ein jüngeres Datum vor (425) und weist auf die entgegengesetzte Auffassung seines Vorgängers C. Thirlwall hin (Anm. 2). Auf Grote stützt sich A. W. Gomme, A Historical Commentary on Thucydides, III, Clarendon Press, Oxford 1981 (1956), S. 547. Nach Diodorus (s. oben) fand das Ereignis 424 statt.

⁸ Vgl. P. Oliva, Sparta and her social Problems, Academia, Prag 1971, S. 166: "There can be no doubt of the authenticity of the episode"; G. Devereux, Psychoanalyse et Histoire: une application à l'histoire de Sparte, in: Annales ESC, 1965, 1, 18 - 44. Der Vf. hat, eigenartigerweise, die Freudsche Lehre herangezogen, um das Ereignis zu erklären, doch er hat es nie als ein Phantasma behandelt.

⁹ Indessen behauptet Diodorus, im Unterschied zu Thukydides, daß jeder Einzelne dieser "Sämtlichen" individuell in seinem Haus getötet worden sei.

Gruppen. Die letzte Hypothese ist wohl die wahrscheinlichste, schon allein deshalb, weil sie den handwerklichen und vorindustriellen Techniken der Epoche am nächsten kommt. Wie dem auch sei, die Quellen, über die der Historiker verfügt, sind nicht genau abzustecken, und es liegt an ihm, sie auszulegen.

Gewiß, bei der Geschichte des von dem deutschen Nationalsozialismus unternommenen und teilweise erfolgreichen Versuchs der Vernichtung der Juden und Zigeuner während des Zweiten Weltkriegs stützen wir uns auf eine unendlich gewichtigere Dokumentation als bei dem schauerlichen Ereignis aus der Geschichte Spartas, an das ich gerade erinnerte. Doch bei näherer Betrachtung zeigt es sich, daß die grundlegenden Probleme gar nicht so sehr voneinander abweichen. Natürlich hat der häufig gemachte Vergleich mit den Heloten seine Grenzen. Sehr wahrscheinlich bildeten die Heloten die Mehrheit der lakedämonischen Bevölkerung. Das legt u.a. ein Hinweis Herodots nahe: während der Schlacht von Plataä (479, während des zweiten Persischen Krieges) war jeder spartiatische Hoplit von sieben Heloten begleitet¹⁰. Wollte mensch das Statut der Juden vor allem im Mittelalter und in der europäischen Neuzeit in einem Wort zusammenfassen, so sprach mensch, in der Nachfolge Max Webers, eher von der "Paria"-Stellung als von der des Heloten¹¹. Doch es kommt auch vor, daß sich die beiden Sprachausdrücke überschneiden. Die institutionalisierte Verachtung, die in einigen Fällen Hand in Hand geht mit Privilegien (die Hofjuden z.B.), kennzeichnet beide Statute: mensch braucht nur an die berühmten "distinktiven Zeichen" zu denken.

Die Französische Revolution und ihre sich bis in unsere Zeit erstreckenden Folgen haben dieses Pariastatut der Juden radikal in Frage gestellt. Rückschläge traten ein, während des ganzen XIX. Jahrhunderts und selbst in unserem. Die russische Revolution von 1917 ebenso wie die deutsche Revolution von 1918/1919 sind Teil dieses Erbes, und es gab weder in der UdSSR zu Beginn der dreißiger Jahre - und das trotz der Stalinschen Regression - noch im Deutschland der Weimarer Republik die geringste Spur solcher Pariastellung. Angesichts dieser Epoche wurde sogar von einem "goldenen Zeitalter" des europäischen Judentums gesprochen¹². Mitteleuropa (im Original deutsch, H.Z.) bildete natürlich die Ausnahme von dieser Regel, und ganz besonders Polen und Rumänien. Es waren ja vor allem Zentral- und Osteuropa, aus denen sich seit dem Ende des 19. Jh. die zionistische Bewegung speiste, Zeichen der Verfolgung und der Unruhe ebenso wie Nationalbewegung und verspätetes Kolonialunternehmen. Das

¹⁰ Herodot, IX, 29; diese Ziffer hat natürlich zahllose Diskussionen ausgelöst.

¹¹ Vgl. Max Weber, Wirtschaft und Gesellschaft, IV, §7 und dritter Teil, IV, Tübingen 1922, 282 und 636. Der Begriff wurde wieder aufgenommen von Hannah Arendt, The Jew as Pariah. Ed. by Ron Feldman, Grove Press, New York 1979. Zur Kritik vgl. A. Momigliano, Le judaisme comme "religion-paria" chez Max Weber, in: Mélanges Léon Poliakov (M. Olender, Hrsg.) Complexe, Bruxelles 1981, 201 - 207

¹² Den Sprachausdruck entnehme ich dem Buch von Arno J. Mayer, Why Did the Heavens Not Darken; The "Final Solution" in History. Pantheon Books, New York 1988. Deutsch: Der Krieg als Kreuzzug. Das Deutsche Reich, Hitlers Wehrmacht und die "Endlösung", Rowohlt Verlag, Reinbek bei Hamburg 1989. Ich schulde Mayer viel, dem ich aufrichtig danke.

war nicht die einzig denkbare und durchdachte Antwort auf die Erniedrigung - es genügt, an den "Bund" zu erinnern -, doch die Fakten haben entschieden. Dem "goldenen Zeitalter" folgte mit Hitler eine riesenhafte Regression, die in eben dem Maße, indem der Nazismus sich in Europa ausdehnte, überall das zunichte gemacht hat, was im Schwung der Französischen Revolution erreicht worden war. Die Juden fallen auf die Fariastellung zurück, oder, so mensch will, auf die von Heloten; genau dies bringen die unterschiedlichen legislativen Maßnahmen wie die "Nürnberger Gesetze" (September 1935) oder das Judenstatut in Frankreich zum Ausdruck, dem Vichy im Oktober 1940 in eigener Initiative Gesetzeskraft verlieh¹⁵. Doch ein Statut, mag es auch tödliche Folgen nach sich ziehen, ist nicht an sich eine Tötungsaktion. Der Massenmord, so wie er sich zunächst in den Taten der *Einsatzgruppen*, dann in den Vergasungen widerspiegelt, begann nicht vor dem Krieg gegen die UdSSR, der, von langer Hand vorbereitet, am 22. Juni 1941 ausbrach. Im Dezember, in Chelmo (Polen), wurden zum ersten Mal die Gaswagen benutzt. Wie sollen wir all das erzählen, wie erklären, ist doch die Geschichtsschreibung zugleich Erzählung und Suche nach Begreifen¹⁴? Ich werde nicht einmal versuchen, hier die Debatte einer immensen Historiographie zusammenzufassen¹⁵. Gleichwohl, stellen wir einige Fragen.

Zumindest können wir erwarten, daß die Fakten mit dem Höchstmaß an denkbarer Schärfe ermittelt werden; daß der Historiker darüber wacht, daß sein Werk von allen Erdichtungen, Legenden und Mythen gesäubert werde, und dennoch ist auch dies eine niemals abgeschlossene Aufgabe. So wenig wie eine erschöpfende gibt es eine vollkommene Geschichtsschreibung. Der Historiker wird sich seiner Verantwortung für die Wahl, die er trifft oder besser, für seine Werte, wie "positivistisch" er sich auch immer darstellen mag, so begierig er auch danach sein mag, "nichts als die Tatsachen sprechen zu lassen", nicht entziehen können¹⁶. Meinerseits verachte ich nicht die Chronik, die häufig als der Nullpunkt der historischen Erzählung angesehen wird. Ihr kommt das Verdienst zu, das Erlebte in den Roman der Geschichte einzuführen. Doch verbirgt die Chronik nicht nur ihre Parteimahme, sie entzieht sich auch der Unruhe des Begreifens¹⁷.

¹⁵ Vgl. M. R. Marrus/R. O. Paxton, *Vichy et les Juifs*. Calmann-Lévy, Paris 1981 (Original: Basic Books, N. Y. 1981), deren Schlußfolgerungen, dank der von Serge Klarsfeld zusammengetragenen Dokumentation, nuanciert werden können: Serge Klarsfeld, *Vichy-Auschwitz. Die Zusammenarbeit der deutschen und französischen Behörden bei der "Endlösung der Judenfrage" in Frankreich*. Übers. von Ahlrich Meyer. Schriften der Hamburger Stiftung für Sozialgeschichte des 20. Jh., Bd. 9, Greno, Nördlingen 1989

¹⁴ Vgl. den ausgezeichnet informierten Artikel von M. R. Marrus, *The History of the Holocaust: A Survey of Recent Literature*, in: *Journal of Modern History*, 59, 1, 1987, 114 - 160

¹⁵ Die Historiographie gibt in der die französische Forschung, sieht mensch einmal von der Pionierrolle Léon Poliakovs ab, eher eine dürftige Figur ab.

¹⁶ Vgl. Moses I. Finley, *Wie ist es eigentlich gewesen*, in: Moses I. Finley, *Quellen und Modelle in der Alten Geschichte*, Fischer Wissenschaft, Frankfurt am Main 1987, 62 - 83, über Ranke als Begründer der "positivistischen" Geschichtsschreibung des 19. Jh.

¹⁷ Als Beispiel einer kumulativen Chronik vgl. Martin Gilbert, *The Holocaust. The Jewish Tragedy*. Collins, London 1985, gewichtig in unkritisch wiedergegebenen Zeugnissen und

Seitdem das Unheil anerkannt und erforscht wird, schwankt die Geschichte des Hitlerschen Völkermords zwischen zwei Extremen, dem, so werden sie häufig benannt, Extrem des "Intentionalismus" und dem des "Funktionalismus"¹⁸. Nach Lucy Davidowicz, z.B., habe sich die Vernichtung seit 1919 im Gehirn Hitlers präformiert, so ähnlich wie für einige Biologen des 18. Jh. die Menschheit in der Person Adams präformiert war. Wenn es sein muß, so läuft *Der Krieg gegen die Juden*¹⁹ unabhängig von der Hitlerschen Außenpolitik ab, von ihren Erfolgen und Mißerfolgen, ja vom Krieg selbst. Es bedarf kaum einer Erwähnung, daß in solcher "Geschichte" weder von den Geisteskranken, noch den Zigeunern, noch den bolschewistischen "Kommisaren", noch den nicht-jüdischen Deportierten die Rede ist, die doch alle, auf unterschiedlicher Stufe, die Vernichtung erlitten haben. Auf diesem Niveau befindet mensch sich nur noch in dem Maße in der Geschichte, in dem das Rohmaterial der realen Welt entnommen wurde. Die Struktur dieser Geschichtsschreibung ruht nicht auf der des historischen Prozesses, der durch Voranschreiten und Rückschreiten, durch die von den Umständen abhängigen Entscheidungen und durch Zögern, durch Zufälle und durch Notwendigkeiten geprägt ist, sondern auf der in sich geschlossenen Struktur des Mythos.

Am anderen Extrem tritt die Vernichtung nur noch als terminus ad quem eines Prozesses auf, als eine Art retrospektiver Illusion. Die "Genese der Endlösung"²⁰ vollzog sich gleichsam stoßweise, der Überlastung der Lager entsprechend, so wenn Platz geschaffen werden mußte, und mensch sich zu diesem Zweck eines überschüssigen Menschenmaterials entledigte. Ich leugne nicht, daß dies Erklärungsmuster Einblick in eine Reihe von Detailfragen gewährt; doch wie sollen wir es anstellen, eine mörderische Ideologie nicht auszuspielen, die, gemeinsam mit dem Krieg im Osten, eine beispiellose Heftigkeit erlangte? Der reine Funktionalismus löst den Völkermord als einen Inbegriff in der Diversität auf. Franz Neumann schrieb im Jahr 1944: "... der Nationalsozialismus, der angeblich den Klassenkampf beseitigt hat, benötigt einen Feind, der durch seine bloße Existenz die antagonistischen Gruppen in dieser Gesellschaft integrieren kann. Dieser Feind darf nicht allzu schwach sein. Wäre er zu schwach, könnte er in den Augen des Volkes nicht zum obersten Feind erklärt werden. Doch darf er auch nicht zu stark sein, denn sonst würden die Nazis ja in einen ernststen Kampf mit einem mächtigen Gegner verwickelt. Aus die-

Dokumenten, der jede explikative Analyse fehlt. Vgl. das Urteil von M. R. Marrus in op. cit. (Anm. 14), 159 - 160

¹⁸ Ich habe diese Debatten in meinen "Thèses sur le révisionisme", in: P. V.-N., *Les assassins de la memoire. La Découverte*, Paris 1987, 108 - 133, untersucht. Eine präzise Darstellung findet mensch auch bei M. R. Marrus (Anm. 14). Vgl. auch die erhellende, durch eine reichhaltige Bibliographie ausgestattete Untersuchung von Ph. Burrin, "Maître ou serviteur: Hitler dans la Troisième Reich. Martin Broszat et l'interprétation fonctionnaliste du régime nazi", in: *XXe Siècle, Revue d'Histoire*, oct. - déc. 1987

¹⁹ Das ist der Titel des Hauptwerkes von L. Davidowicz, Kindler Verlag, München 1979

²⁰ Vgl. Martin Broszat, *Hitler und die Genesis der "Endlösung"*, Aus Anlaß der Thesen von David Irving (1977), in: M. B., *Nach Hitler. Der schwierige Umgang mit unserer Geschichte*, Oldenbourg Verlag, München 1986, 187 - 229. (Pierre Vidal-Naquet bezieht sich auf den Abschnitt "Das Problem der Genesis der nationalsozialistischen Judenvernichtung", S. 195 - 211, H. Z.)

sem Grund ist auch die katholische Kirche nicht in den Rang eines obersten Feindes erhoben worden. Aber die Juden erfüllen diese Rolle geradezu großartig. Folglich stellt die Ausrottung der Juden in dieser antisemitischen Ideologie und Praxis nur ein Mittel dar, das schließliche Ziel zu erreichen, nämlich die Zerstörung freiheitlicher Institutionen, Meinungen und Gruppen²¹.

Am 30. Januar 1939 hatte der Führer verkündet, und diese Worte bleiben mit Recht berühmt: "Wenn es dem internationalen Finanzjudentum inner- und außerhalb Europas gelingen sollte, die Völker noch einmal in einen Weltkrieg zu stürzen, dann wird das Ergebnis nicht die Bolschewisierung der Erde und damit der Sieg des Judentums sein, sondern die Vernichtung der jüdischen Rasse in Europa". Es ist nicht so wichtig, daß er diese Worte gesprochen hat; wichtiger ist die Tatsache, daß er, öffentlich oder privat, implizit oder explizit, sich ständig auf sie bezogen hat, den ganzen Krieg hindurch, selbst wenn er sich im Datum der Rede täuschte²².

Intention, Funktion, das Dilemma besitzt noch viele weitere Facetten. Da gibt es die fürchterliche Versuchung, die Geschichte wie eine klassische Tragödie zu schreiben, deren Auflösung im voraus bekannt ist. Selbst die Autoren, die mit größter Sorgfalt die einzelnen Phasen kennzeichneten, konnten sich ihr nicht immer entziehen. So wie der US-amerikanische Historiker K.A. Schleunes, dessen Buch über den "gewundenen Weg"²³ nach Auschwitz, eine Untersuchung über die antisemitische Politik zwischen 1933 und 1939, behauptet, daß die Bahn zur Vernichtung seit 1938 offen stand²⁴. Als ob Hitler von nun an endgültig vor einem Unfall geschützt gewesen sei, als ob nicht vor Einsatz des letzten andere Mittel erprobt worden seien. Claude Lanzmann hingegen, in dem großartigen historischen Film "Shoa" (1985), beginnt seine Erzählung in Chelumno, im Dezember 1941. Das Verfahren mag brutal erscheinen, aber es ist gerechtfertigt²⁵.

²¹ Franz Neumann, Behemoth, Fischer Verlag, Frankfurt am Main 1984, S. 582. (Der von Pierre Vidal-Naquet zitierte Absatz gehört nicht in die 1942 erschienene Originalausgabe, sondern in den Anhang von 1944, H. Z.)

²² Arno J. Mayer, Der Krieg als Kreuzzug, op. cit. (Anm. 12), S. 270. Arno Mayer zitiert in seinem Buch alle Varianten dieser Äußerung Hitlers, Vgl. auch E. Ben Elissar, La Diplomatie du IIIe Reich et les Juifs, Juillard, Paris 1939, 473; über die Verwirrung, die Hitler an vier Malen zwischen dieser Rede und der des ersten September 1939 stiftet, dem Tag der Invasion in Polen, an dem er gerade nicht über die Juden sprach, vgl. L. Dawidowicz, op. cit., 183 - 84

²³ The Twisted Road to Auschwitz. Nazi Policy Toward German Jews, 1933 - 1939, University of Illinois Press, Urbana, Chicago, London 1970, zusammengefaßt in: L'Allemagne nazie et le génocide Juif. Collection Hautes Etudes, Gallimard et Seuil, Paris 1985, 117 - 133

²⁴ The Twisted Road to Auschwitz ..., 214 - 254: "1938: A Road is open".

²⁵ Als ich die Übersetzung des Buches von M. R. Marrus, Les Juifs de France à l'époque de l'affaire Dreyfus vorstellte, habe ich gegen diese tragische Konzeption der Geschichtsschreibung protestiert, vgl. P. V.-N., Les Juifs de France et l'assimilation, in: P. V.-N., Les Juifs, la mémoire et le présent, Maspéro, Paris 1981, 75 - 92. Im vorliegenden Fall begänne die Tragödie am Ende des 19. Jh.

²⁶ Meine tiefe Bewunderung für diesen Film als Geschichte darf nicht einzelne Unstimmigkeiten verbergen, das Schweigen im Fall der Zigeuner oder dem der US-amerikanischen Juden, vor allem aber die grausame Art und Weise, in welcher der Autor die polnischen Bauern befragt, Bewohner einer Welt, in der das Wort dürrig ist.

Die Entscheidung, die nach den Heldentaten der Einsatzgruppen in der besetzten UdSSR getroffen wurde, nicht unmittelbar, sondern durch den Einsatz von Gas zu töten, bezeichnet den unermesslichen Wendepunkt hin zum mechanischen Mord.

Die erste Vergasung mit Zyklon B in Auschwitz fand, so Rudolf Höss, dem Kommandanten dieses Lagers, das damit zum Vernichtungslager wurde, am 3. September 1941 statt; ihre Opfer waren sowjetische Kriegsgefangene²⁷. In der Debatte über Kontinuität und Diskontinuität werfen diese beiden Zeitpunkte, der von Auschwitz und der von Chelumno, zwei grundlegende Fragen auf.

Es war nicht das erste Mal, daß in Hitlerdeutschland Gas zur Vernichtung menschlichen Lebens eingesetzt wurde. Seit dem 1. September 1939 (dieser Zeitpunkt wurde vordatiert), als der Krieg begann, hatte Hitler selbst Reichsleiter Bouhler und Dr. Brandt autorisiert, "den Gnadentot zu gewähren". Das war der Beginn der "Aktion T4", und die Gaskammern bildeten eines der Mittel, mit denen die Euthanasie der unheilbar Kranken und der Geisteskranken durchgeführt wurde²⁸. Allerdings stieß die "Aktion T4" auf eine entschiedene Reaktion der Kirchen, insbesondere der katholischen Kirche. Der Bischof von Münster, Clemens August Graf von Galen, war mutig genug, am 28. Juli 1941 Klage zu erheben und in der Predigt vom 3. August diese Morde öffentlich zu denunzieren. Am 24. August 1941 wurde die "Aktion T4" offiziell eingestellt; gleichwohl lief sie auf kleiner Flamme unter erhöhter Geheimhaltung weiter. Sie hinterließ um die 100 000 Opfer. Die Verbindungen zwischen der "Aktion T4" und der Vernichtung der Juden sind mehrdeutig und widersprüchlich²⁹. Zum einen stand ein fachlich ausgebildetes Personal zur Verfügung (das in Treblinka zeigen sollte, was es konnte); zum anderen konnte Hitler, indem er - auf dem Papier - die Vernichtung der unheilbar Kranken ahhrach, die Bevölkerung besser auf einen Feind hin vereinen, den "jüdischen Bolschewismus"³⁰. An diesem Kreuzzug nahmen die Pastoren und Bischöfe, den Grafen von Galen eingeschlossen, freudig teil - gerade weil sie in diesem Krieg einen Kreuzzug sahen. Somit erlaubte die Einstellung der einen Aktion die Verwirklichung der anderen, eingestimmt auf eine geweihte Einheit.

Es steht außer jedem Zweifel, daß sich mit dem Einmarsch in die UdSSR die Natur des Krieges ändert. Auf dem Programm stehen zwei Kategorien von Feinden: die einen sind die Slawen, vorherbestimmt zur Knechtschaft - was in Polen bereits erprobt wurde -, die anderen sind die "jüdischen Bol-

²⁷ Nationalsozialistische Massentötungen durch Giftgas. Hrsg. von Eugen Kogon, Hermann Langbein, Adalbert Rückerl u. a., S. Fischer Verlag, Frankfurt am Main 1983, 293 - 94. Das Buch enthält die wichtigsten Zeugenaussagen, v. a. die von Höss.

²⁸ Op. cit., S. 27 - 80; Hitlers Brief auf S. 31

²⁹ Auch hier danke ich es Arno J. Mayer, über diese Dimension des Problems nachgedacht zu haben.

³⁰ Das wichtige Buch hierzu ist: Sereny, Gitta, Am Abgrund. Eine Gewissensforschung. Gespräche mit Franz Stangl, Kommandant von Treblinka u. a., Ullstein Verlag, Frankfurt am Main 1980

schewisten", gegen die ein Vernichtungskrieg erklärt worden war³¹. Die Vernichtung der Juden und des "Kommunismus" sind also Zwillingsaktionen.

Wir wollen hier nicht die Realität der stalinistischen Herrschaftsform beurteilen. Der von zahlreichen Spezialisten auf beide gegeneinander streitende Diktaturen angewandte Terminus "Totalitarismus" könnte einen Endpunkt bezeichnen. Unter bestimmten Hinsichten könnte mensch im Fall Stalins sogar von einem vertiefteren System sprechen als in dem Hitlers: den Dimitroffprozeß kennzeichneten nicht die abstoßenden Geständnisse der Moskauer Prozesse; und wenn Leo Trotzki anlässlich eines in Danzig anhängenden Prozesses gegen eine Gruppe von Troztkisten im August 1937 einen Nazi-Staatsanwalt beschuldigen konnte, sich von Wyschinski¹ inspirieren zu lassen, so erhielt dieser Ankläger gleichwohl nicht das Geständnis imaginärer Verbrechen. Mit anderen Worten, der historische Prozeß verlief völlig unterschiedlich, je nachdem, in welchem der beiden zwischen August 1939 und Juni 1941 provisorisch verbündeten Regimen mensch sich aufhielt. Das Regime Stalins stellte in den Augen der Gefolgsleute Hitlers zugleich die höchste Subversion und das jüdische Krebsgeschwür dar. Umgekehrt, für das von Hitler besetzte Europa bildeten Stalin und die Rote Armee die Hoffnung auf Befreiung. Diese Bilder besaßen eine umso einzigartigere Kraft, als es in der Tat die Rote Armee war, die Auschwitz befreite.

Für die Mehrzahl der Historiker bleibt gleichwohl eine schwierig zu beantwortende Frage. Fällt die Vernichtung der Juden unlösbar mit dem Ostkrieg zusammen, so müssen wir erkunden, in welcher Stimmung die verhängnisvolle Entscheidung getroffen wurde - in der Begeisterung des Anfangssieges oder, am Ende des Herbstes 1941, im Gefühl sich häufender Rückschläge. Die wenigen Zeugnisse, die wir haben, lenken uns auf das Ende des Sommers³², doch die Diskussion ist weiterhin offen. Wie auch immer, in allen Fällen ist, bar jeden Zweifels, der ideologische Krieg gegen die Sowjet-Union in ganz Europa der Motor der Endlösung. Schließlich gibt es noch ein letztes Dilemma, vor das sich der Historiker gestellt sieht: das zwischen der Vernichtung der Juden und Zigeuner auf der einen und der Ausbeutung der Zwangsarbeit auf der anderen Seite, welche sowohl die aus "rassischen" Gründen Deportierten wie die "gewöhnlichen" Lagerinsassen betraf, die politischen, die gemeinen, die homosexuellen Sträflinge und die Zeugen Jehovas, in Dora oder Ravensbrück. Das Problem ist

³¹ Auch in diesem Punkt ist die Untersuchung Arno J. Mayers entscheidend.

³² Der Artikel Trotzki's, Der Danziger Prozeß gegen die "Trotzkisten", erschien am 27. 8. 1937 in Lutte Ouvrière (deutsch zuletzt: L. T., Schriften über Deutschland, II, Frankfurt am Main 1971, 711 - 716, verf. am 29. 4. 1937, Coyoacán. Diesen Hinweis erhielt ich vom Verein zur wissenschaftlichen Erforschung und Aufarbeitung historischen Kulturguts in Ffm., der die Schriften Trotzki's ediert, H. Z.)

³³ Vgl. Pierre Vidal-Naquet, Un Eichmann de papier, in: P. V.-N., Les assassins de la mémoire, op. cit., 48f.; eine der besten zusammenfassenden Untersuchungen, die ich kenne, ist die Ch. R. Brownings, La décision concernant la solution finale, in: L'Allemagne nazie et le génocide juif, op. cit. (Ann. 23), 190 - 216. Arno J. Mayer vertritt nachdrücklich die Auffassung, es habe sich um einen Gegenschlag angesichts des Scheiterns des Feldzugs vor Moskau und Leningrad gehandelt; so mußte zumindest der verurteilte Gegner ausgelöscht werden.

komplex und hat sich in der Zeit zwischen der Vorkriegsepoche und der des totalen Krieges erheblich entwickelt. Das Naziregime hat die Lager nicht in der Absicht geschaffen, Männer und Frauen zur Arbeit zu zwingen, sondern um sie dort einzuschließen. Gewiß wurden sie zur Arbeit gezwungen, doch handelte es sich dabei, in den Worten Arno J. Mayers, um "eine Sisyphus-Arbeit, keine produktive Arbeit"³⁴. Erst ab 1940, unter dem Schutz des WVHA, des Wirtschaftsverwaltungshauptamtes³⁵, einem Sektor, der innerhalb des SS-Staates immer größere Bedeutung erlangte, trat nach und nach das Bemühen um Produktivität zutage. Zwischen diesem Produktionssektor und der "freien" Arbeit, und sei es der Arbeit der bei Razzien im gesamten Europa ausgehobenen Arbeiter, welche die eingezogenen Deutschen ersetzen sollten, gibt es kein gemeinsames Maß. Die Arbeit in den Konzentrationslagern verfolgte auch die Absicht, die Kraft der Betroffenen zu erschöpfen und sie zu kontrollieren. Im Vergleich zur "freien" Arbeit kennzeichnete die Arbeit in den Konzentrationslagern, Sklavenarbeit, eine fast unerschöpfliche Erneuerung der Arbeitskraft. Wie verhält es sich nun im Fall der Juden? Es liegt auf der Hand, daß an den Orten bloßer und einfacher Vernichtung, in Chelmino, Sobibor, Belzec und Treblinka der Unterhalt der Tötungsmaschine und die Wiederverwertung der Opfer die einzig verfügbare Arbeit bildeten. Im übrigen hatte sich Himmler selbst, anlässlich des Warschauer Ghettos, über den Konflikt verbreitet, der zwischen den "Produktivisten" und den "Extermisten", deren Chef er war, bestand³⁶. Doch Maidanek und insbesondere Auschwitz, gigantische Industriezentren, bildeten den lebenden Beweis dafür, daß Vernichtung und Ausbeutung von Zwangsarbeit sich streifen konnten. Die sofortige Beseitigung der Schwachen, Alten, Frauen und Kinder ließ allein die Arbeitskraft bestehen. Waren doch die Sklaven unbegrenzt verfügbar und es wäre bar jeder Zweckrationalität gewesen, die Arbeitskraft auf "normalem" Weg wiederherzustellen und zu erneuern. Zwischen der Ausbeutung und der Ausrottung gab es Reibungen, niemals einen Bruch. Es ist Sache des Historiker, dieses Kräftefeld zu begrenzen. Er kann indessen nicht alles sagen, und das, was er am wenigsten aussprechen kann, ist der Tod, den die Opfer erlitten, wenn sich die Tore schlossen. Einfacher ist es, die Geschichte Buchenwalds zu schreiben als die Auschwitz'; einfacher die Auschwitz' als die Treblinkas. Wie sagte doch Thukydides, wir wissen nicht und wir werden niemals wissen, wie sämtliche verschwunden sind.

3. Diskurs - Gedächtnis - Wahrheit

"Wir leben im Zerbersten der Geschichte". Dieser Satz steht auf dem Buchrücken einer berühmten Sammlung geschrieben, deren Titel gerade lautet: *Historische Bibliothek*. Unter den tiefen Wandlungen, die in der Tat die Einheit der Gattung in Frage zu stellen scheinen, steht an oberster Stelle die Aufmerksamkeit, die wir dem Diskurs widmen; nicht bloß den

³⁴ Der Krieg als Kreuzzug, op. cit., S. 496

³⁵ Als detaillierte Untersuchung über seine Entwicklung vgl. O. Wormser-Migot, Le Système concentrationnaire nazi, PUF, Paris 1968, 294 - 402

³⁶ Vgl. meinen Artikel, Un Eichmann de papier, op. cit. (Ann. 33), 62

"Diskurspraktiken", die im Laufe der Jahrhunderte einander folgen und die den Gegenstand des Werkes von Michel Poucault bilden, sondern dem Diskurs desjenigen, der sich als unantastbarer Wahrheitsspende darstellt, dem Diskurs des Historikers. Als der Grieche Herodot die Barbaren beschrieb, was beschrieb er denn tatsächlich wenn nicht Griechen, verwandelte oder verdrehte Griechen. Es ist das Selbst, von dem her das Andere konstruiert wird. Wir sind davon überzeugt, über die Gebräuche und Gesetze der Perser und Skythen zu lesen, ihr Antlitz zu entdecken und finden uns wieder vor einem Gemälde, das dem des Barockmalers Arcimboldo gleicht, der seine Porträts aus Gemüse, Früchten und Blumen bildete³⁷. Der Historiker schreibt, produziert Raum und Zeit und befindet sich doch selbst in Raum und Zeit, inmitten einer Nation z. B., was die Ausschaltung der anderen Nationen nach sich zieht. Da er selbst schreibt, vertraute er lange Zeit nur den geschriebenen Texten, was zugleich hieß, daß er jedes Material, das sich mündlich oder gestisch ausdrückte und das der Ethnologe sammelt, ausschaltete³⁸.

Der Historiker schreibt, und diese seine Schrift ist weder neutral noch transparent. Sie ist durch die literarischen Formen geprägt und verwendet selbst Figuren der Rhetorik. Der zeitliche Abstand macht es uns möglich, diese Formen und diese Figuren zu entdecken. So war im 19. Jh. Michelet ein Realist des Romanhaften, Ranke ein Realist des Komischen, Tocqueville ein Realist des Tragischen und Burckhardt ein Realist, der die Satire handhabte. Was Marx betrifft, so war er ein Apologet und Philosoph der Geschichte, der in den Figuren der Metonymie und der Synekdoche schrieb³⁹. Wer wird es bedauern, daß der Historiker seine Unschuld verloren hat, daß er zum Objekt gemacht wird, daß er sich selbst zum Objekt macht? Wir befänden uns immer noch im Diskurs, aber in einem Diskurs, der seine Geschichtlichkeit inzwischen aufgegeben hätte, hätte sich der historische Diskurs, über wieviele Vermittlungen auch immer, nicht an das gebunden, was wir in Ermangelung eines Besseren das Wirkliche nennen. Die Schrift ist nicht die einzige Weise, in der sich die Geschichte darstellt⁴⁰. Warum ist *Shoa* ein großes Geschichtswerk und bspw. keine Sammlung von Erzählungen⁴¹. Es handelt sich weder um eine romanhafte

³⁷ Vgl. François Hartog, *Le miroir d'Hérodote, essai sur la représentation de l'autre*, Gallimard, Paris 1980

³⁸ Michel de Certeau, *L'écriture de l'histoire*, Gallimard, Paris 1975

³⁹ Hayden White, *Metahistory. The Historical Imagination in Nineteenthcentury Europe*, Johns Hopkins Univ. Press, Baltimore and London 1973; mit bezug auf den Völkermord vgl. auch seinen Vortrag, *The Politics of Historical Interpretation: Discipline and De-sublimation*, in: *Critical Enquiry*, 9, 1982

⁴⁰ Ich müßte, wollte ich diese Behauptung darlegen, das gesamte reflexive Werk Pierre Sorlin oder, in einer ganz anderen Gattung, die Filme Marc Ferrros, nennen.

⁴¹ Claude Lanzmann arbeitet also wie ein Ethnologe, der das "lebendige Gedächtnis eines Volkes" aufzeichnet. Insoweit ist sein Film ein großer ethnologischer Film über die jüdischen Erzähler", schrieb P. Guillaume (*Droit et Histoire, La Vielle Taupe*, Paris 1986, 57). Sicherlich auch über die nazistischen und polnischen "Erzähler". Die Reaktion R. Faurissons auf diesen Film ließ zwei Jahre auf sich warten: "Öffnet die Augen, zerstört die Glotze", *Ergänzungsheft Nr. 2 zu Annales d'histoire révisionniste*, ein im Juni 1987 verbreitetes Flugblatt. Seine Reaktion blieb, um in der Sprache des Verfassers zu reden, äußerst unscharf.

Rekonstruktion wie bei *Holocaust*⁴², noch um einen Dokumentarfilm - ein einziges zeitgeschichtliches Dokument, über die Lastwagen von Chelmo, wird gelesen -, sondern um einen Film, in dem die Menschen von heute über das sprechen, was gestern war. Während Züge vorbeifahren, die nicht mehr zu den Gaskammern führen, äußern sich jüdische Überlebende in einem Raum, der vormalig der des Todes war; und während ehemalige Nazis den Radius ihrer Taten einengen, rekonstruieren die Zeugen eine Vergangenheit, die nur allzu wirklich war. In der Nacktheit des Wortes und der Stimme berühren sich die Zeugnisse und bestärken sich gegenseitig. Hier haben wir den absoluten Beweis dafür vor uns, daß der Historiker auch ein Künstler ist.

Wie läßt sich nun, in diesem zerborstenen Feld des historischen Diskurses das Unternehmen des "Revisionismus" verorten? Seine Heimtücke besteht darin, als etwas zu gelten, was er nicht ist: als der Versuch, die Geschichte zu denken und zu schreiben. Es geht auch nicht darum, eine wahre Fabel zu konstruieren. Noch darum, die vermeintlichen Errungenschaften der historischen Wissenschaft zu revidieren. Nichts wäre selbstverständlicher, banaler als die "Revision" der Geschichtsschreibung. Die Zeit wandelt den Blick, nicht nur den des Historikers, sondern auch den des Dilettanten. *La Bataille du rail* ("Die Schienenschlacht") stellte sich 1946 als wahrer Diskurs über den Widerstand der Eisenbahner vor. Wer ihn 1987⁴³ wieder sieht, erkennt nun die Beschreibung einer idealen Welt, in der alle, vom Ingenieur bis zum kleinen Angestellten in der Täuschung des Feindes vereint sind. Auch die Geschichte der Deportation hat ihre Medaillen eingefahren. Die Phantastik hat hier ebenso ihre Rolle gespielt wie die Propaganda; manches mal auch eine gewisse Konkurrenz zwischen Nicht-Juden und Juden, die O. Wormser-Migot vor einiger Zeit untersucht hat, wobei die ersteren Leidensgleichheit mit den letzteren beanspruchten⁴⁴.

Die Geschichte revidieren ist eine, sie leugnen eine andere Sache. So gesehen ist der Fall Faurisson nicht neu. Seit 1690 begann ein jesuitischer Gelehrter, Jean Hardouin (1646 - 1729), der sehr belesen war, die Authentizität

⁴² Ich habe mich zu dieser erbärmlichen Fiktion, deren Wirkung unglaublich war, in dem Artikel, *Le navet et le spectacle*, in: *Esprit*, avril 1979, 119 - 121, geäußert.

⁴³ Ich habe diese Erfahrung im Mai 1987 vor dem Fernseher gemacht.

⁴⁴ Zur Existenz der kleinen Gaskammern in einigen Lagern des Westens vgl. Nationalsozialistische Massentötungen durch Giftgas, op. cit. (Anm. 27), S. 240 - 280. Die Behauptung, die mensch in allen revidionistischen Schriften findet, der deutsche Historiker M. Broszat habe in *Die Zeit*, 19. 8. 1960, die Existenz von Gaskammern in den Lagern des ehemaligen Reichs abgestritten, ist eine Lüge. Sie wurde von G. Wellers, *Les Chambres à gaz ont existé*, Gallimard, Paris 1981, 141 - 143 entlarvt. M. Broszat hat nur von den Einrichtungen gesprochen, die der Ausrottung der Juden dienten. Gleichwohl wurde die Lüge in allen Flugschriften der Sekte aufgegriffen. Dank ihr gab es nur imaginäre Gaskammern, und G. Wellers ist zu Unrecht ein wenig rasch über diesen Sachverhalt hinweggegangen (op. cit., 161 - 162). (In seinem Leserbrief schrieb Martin Broszat u. a., "Weder in Dachau noch in Bergen-Belsen noch in Buchenwald sind Juden oder andere Häftlinge vergast worden. Die Gaskammer in Dachau wurde nie ganz fertiggestellt und "in Betrieb" genommen. ... Die Massenvernichtung der Juden durch Vergasung begann 1941/42 und fand ausschließlich an einigen wenigen hierfür ausgewählten und mit Hilfe entsprechender technischer Einrichtungen versehenen Stellen, vor allem im besetzten polnischen Gebiet (aber nirgends im Altreich) statt: in Auschwitz-Birkenau, in Sobibor am Bug, in Treblinka, Chelmo und Belzec. ..." H.Z.).

zität des größten Teils der überlieferten griechischen und lateinischen Literatur, der klassischen, wie der christlichen, zu leugnen. Vergils *Aeneas* ebenso wie das Werk Sankt Augustins seien Fälschungen, die von häretischen Mönchen des 14. Jh. angefertigt worden wären. Die Begründung für diese "Hypothese" lautete: die großen Häretiker, Wycliffe im 14., Luther und Calvin im 16. Jh., hätten aus Sankt Augustin geschöpft. Dessen Verschwinder zieht das Vergils nach sich. Der Revisionismus rückte im Dienst einer Ideologie vor⁴⁵.

Die Methode der zeitgenössischen "Revisionisten", der Verneiner, ist oft untersucht worden. "Diese Leute sind schon seltsame Geschichtsschreiber", so Nadine Fresco und Jacques Baynac⁴⁶, "anstatt 'den genauen Verlauf der Ereignisse kennen zu wollen', maßen sie sich an über 'Beweisstücke' eines Prozesses zu richten, der nur deshalb stattfindet, weil sie die Existenz des Streitgegenstandes leugnen, was sie, in der Stunde des Urteilspruchs zwangsweise dazubringt, alle Beweismittel gegen das *Apriori*, in das sie sich festgebissen haben, als Fälschungen zu deklarieren"⁴⁷.

Es ist vielleicht nicht überflüssig, noch einmal auf diese Methoden zurückzukommen und zu zeigen wie Faurisson, dieser Literaturexperte, arbeitet, wenn er den Diskurs entwickelt. Das Tagebuch des SS-Arztes Johann Paul Kremer⁴⁸, der zwischen dem 30. August und dem 18. November 1942 in Auschwitz tätig war, ist gewiß nicht, wie die Herausgeber Faurissons schreiben, das "äußerste Argument derer, für die die 'Gaskammern' existiert haben"⁴⁹, aber es ist ein wichtiges, unmittelbares und authentisches Dokument über diese relativ frühe Phase der Vernichtungsgeschichte von Auschwitz. Kremer erwähnt nur einmal die Vergasungen, am ersten März 1943, nach seiner Rückkehr, in Münster: "War heute zwecks Eintragung beim Schuster Grevsmühl, wo ich ein aus Kattowitz an ihn gerichtetes Flugblatt der Sozialpartei Deutschlands zu sehen bekam. Aus ihm ging hervor, daß wir bereits 2 Mill. Juden liquidiert hätten durch Erschießen und durch Giftgas."

Kein Protest seinerseits. Er hatte die richtige Stelle inne, um es zu wissen⁵⁰. In Auschwitz drückte er sich in einer halbverschlüsselten Sprache aus, in der Sprachregelung der SS-Verwaltung. Er spricht nicht von Vergasungen, sondern von "Sonderaktionen". Gleichwohl verbirgt er nicht sein Entsetzen. Auschwitz ist schlimmer als das Dantesche Inferno, es ist das

⁴⁵ Vgl. H.-J. Marrou, *De la connaissance historique*, Seuil, Paris 1975, 132 - 133

⁴⁶ "Comment s'en débarrasser?", in: *Le Monde*, 18. Juni 1987

⁴⁷ Die in Anführungszeichen gesetzten Sprachausdrücke sind dem Buch von W. Stäglich, *Der Auschwitz Mythos, Legende oder Wirklichkeit*, Grabert Verlag, Tübingen 1979, S. 28 entnommen.

⁴⁸ Das "Kremer-Tagebuch" erschien in: *KL Auschwitz in den Augen der SS*, Höss - Broad - Kremer, Krajowa Agencja Wydawnicza, Katowice 1981. Zur Polemik, die das Tagebuch auslöste, vgl. meine Erörterungen in: *Un Eichmann de papier*, op. cit., 63 - 73

⁴⁹ Diese groteske Behauptung steht auf der hinteren Umschlagseite des Buches von R. Faurisson, *Mémoire en défense contre ceux qui m'accusent de falsifier l'histoire. La question des chambres à gaz*. La Vieille Taupe, Paris 1980.

⁵⁰ Robert Bonnaud wies mich auf diesen Satz hin. Er ist abgedruckt in: *KL Auschwitz in den Augen der SS*, op. cit. (Anm. 48), S. 233

"Vernichtungslager", der *anus mundi*, der Ort, an dem der Auswurf der Erde abgeladen wird⁵¹.

An zwei Malen, in verschiedenen Varianten⁵², versuchte Faurisson das Inferno, die Vernichtung, den *anus mundi*, allein durch den Typhus zu erklären. Und das, obwohl Kremer seinen eigenen Text sowohl während seines Prozesses in Polen wie dem in der Bundesrepublik vollständig erläutert hatte. Die "Sonderaktionen" beinhalteten Vergasungen. Über die "Erklärung" Faurissons schrieb ich früher und wiederhole: "Auf der Ebene, die ihm am Herzen liegt, der der philologischen Genauigkeit und der korrekten Übersetzung, ist Faurissons Deutung ein Widersinn; auf der der intellektuellen Moral und der wissenschaftlichen Wahrhaftigkeit ist sie eine Fälschung"⁵³. Wenn Faurisson, großer Freund öffentlicher Debatten, vorgibt, mir zu antworten, so versucht er erst gar nicht, meine Beweisführung zu diskutieren; er meint, er habe in seiner *Denkschrift der Verteidigung* ("Mémoire en défense"), die zwischenzeitlich veröffentlicht wurde, genug gesagt⁵⁴. Doch in seinem eigenen Lager, besser, in seiner eigenen Sekte - und ich habe hierfür mehr als einen Beweis -, denkt nicht jeder so. Wie z. B. der treuherzige Jean-Gabriel Cohn-Bendit, der sich im Gegensatz zu seinen Freunden "Exterminist" nennt, aber nicht an die Existenz der Gaskammern glaubt⁵⁵. Der Kernpunkt seiner Intervention richtet sich auf die Bedeutung des Wortes *Sonderaktion*, das in der Regel die Selektion für die Gaskammern bezeichnet; eine umso selbstverständlichere Deutung als sie Kremer selbst gegeben hat. Als Beispiel soll der Tagebucheintrag vom 12. Oktober 1942 in deutscher Sprache herangezogen werden, den Faurisson, bis auf ein winziges Wort, wörtlich korrekt übersetzt hat⁵⁶: "2. Schutzimpfung gegen Thyphus; danach abends starke Allgemeinreaktion (Fieber). Trotzdem in der Nacht noch bei einer Sonderaktion aus Holland (1600 Personen) zugegen. Schauerliche Szene vor dem letzten Bunker! (Höfler!) Das war die 10. Sonderaktion". Nach J.-G. Cohn-Bendit sei das entscheidende Wort *aus*. Er deutet "eine Sonderaktion aus Holland" als "einen von Holland kommenden Transport" anstatt zu sagen, es handle sich um eine "Sonderaktion", deren Herkunftsland Holland ist. Und es ist eben dieses kleine Wort "aus", das die Rechtfertigung Faurissons und seines Beschützers Chomsky ermöglicht: diese "Sonderaktion" hätte keine Beziehung zu den Gaskammern. Warum aber mußte Kremer bei diesem Transport

⁵¹ Ein Detail, das im makabren Sinn drollig ist. Faurisson umschreibt damit den Eintrag vom 3. September 1942: "Zum ersten Mal an den hier im Lager jeden befallenden Durchfällen mit Erbrechen und kolikartigen anfallsweisen Schmerzen erkrankt" (*KL Auschwitz in den Augen der SS*, op. cit., 212).

⁵² In seinem *Le Monde* vom 16. Januar 1978 erschienenen Artikel, der in Serge Thion, *Vérité historique ou Vérité politique? La Vieille Taupe*, Paris 1980 sowie in seinem Buch, *Mémoire en défense ...* (Anm. 49) abgedruckt ist.

⁵³ In: *Un Eichmann de papier*, op. cit., 73

⁵⁴ Réponse à Pierre Vidal-Naquet, p. 55

⁵⁵ Seine detaillierte Analyse ist in dem von ihm selbst gedruckten Text: *Mon analyse du "Journal de Kremer", médecin à Auschwitz, Saint-Nazaire 1981*, und in: *L'Antimythe*, Nr. 25, Draveil 1981 enthalten: ein Fragment dieses Textes wurde wiederabgedruckt in dem Sammelband: *Intolérable intolérance*, Editions de la Différence, Paris 1982, 11 - 29

⁵⁶ *Mémoire en défense*, op. cit., 35. Deutsch in: *KL Auschwitz in den Augen der SS*, op. cit. (Anm. 48), S. 220

"zugegen" sein? Warum ist ein Transport eine Aktion? Und warum sollte eine "Sonderaktion" gegen Frauen aus dem Lager selbst durchgeführt werden? J.-G. Cohn-Bendit entzieht sich dieser letzten Schwierigkeit, indem er sich einbildet, die Frauen seien in ein anderes Lager überführt worden; doch aus welchen Gründen sollten die völlig ausgemergelten Frauen - das ist die Bedeutung des Wortes "Muselmänner", das Kremer gebraucht - in ein anderes Lager überführt werden, wenn doch die Logik der finalen Tötung in sich stimmig ist? So bricht die Deutung J.G. Cohn-Bendits in sich zusammen. Aufschlußreich ist gleichwohl, daß Faurisson sich dieser Deutung, die doch von der seinen erheblich abweicht, angeschlossen hat⁵⁷. Einstmals bemühten sich die Kosmologien, "die Erscheinungen zu retten", wenn sie bspw. über die scheinbare Bewegung der Sonne Rechenschaft zu geben versuchten. Die "Revisionisten", die sich so gern "Materialisten" nennen, klobige Materialisten, bemühen sich eine Welt zu retten, die den Erscheinungen jenseits ist. Jede Deutung ist willkommen, sofern sie nur leugnet. Sie leben im Reich des leeren Diskurses.

Genau das gleiche Problem hat die Dissertation über die "Geständnisse" Kurt Gersteins aufgeworfen, die Henri Roques am 15. Juni 1985 an der Universität Nantes verteidigt hat⁵⁸.

Der Verfasser, ein im Ruhestand lebender Diplom-Landwirt, Aktivist der äußersten antisemitischen Rechten und sicher eher ein Schüler Faurissons als der Hochschullehrer, die seine Doktorarbeit "betreuten" und bewerteten, verkündete am Tag seiner mündlichen Prüfung die ihn leitenden Motive mit größter Klarheit: "Céline, unser großer Louis-Ferdinand Céline, fand ein wundervolles Adjektiv um die Gaskammern näher zu bezeichnen. In seiner Korrespondenz, die er nach dem Kriege führte, sprach er, vielleicht Albert Paraz gegenüber, von den 'magischen Gaskammern'. In der Tat brauchte es eines Zaubermeisters, um in die Welt der Gaskammern einzudringen, und da kam Gerstein gerade recht. Dank seiner und dank anderer immaterialisierten sich die Gaskammern und begannen, wegen ihrer Immaterialität, eine wachsende Anziehungskraft auszuüben. Ich habe versucht dazu beizutragen, diesen magischen Kreis aufzubrechen. In sechs Versionen habe ich mich mit dem Dokument Gerstein befaßt und es wie irgendein anderes Dokument, dem historische Wertigkeit beigemessen wird, untersucht."⁵⁹ Nun, genau das tut Henri Roques nicht. Gewiß, in seiner Doktorarbeit, die der Literatur - oder wie Faurisson sagen würde, "der Text- und Dokumentenkritik" zuzurechnen wäre, stellt er sechs Versionen des von Unwahrscheinlichkeiten und Widersprüchen nur so wimmelnden

⁵⁷ Zu dieser Deutung vgl. meine Ausführungen in "De Faurisson et de Chomski" (1981), in: P. V.-N., *Les assassins de la mémoire*, op. cit., 93f.

⁵⁸ Die Dissertation ist abgedruckt in: A. Chelain, *Faut-il fusiller Henri Roques?* Ognios Diffusion, Paris 1986. Nach einer Pressekampagne wurde die Doktorarbeit von Alain Devaquet am 2. Juli 1986 wegen administrativer Unregelmäßigkeiten annulliert. Diese wie jede administrative Entscheidung mediokre Maßnahme verschweigt die Verantwortlich der Universitätsprofessoren, die diesen Betrug geduldet haben. Eine ausgezeichnete Klarstellung dieser Angelegenheit haben Michèle Cointet und Rainer Riemenschneider vorgelegt, *Histoire, déontologie, médias: A propos de l'affaire Roques*, in: *Revue d'histoire moderne et contemporaine*, janvier-mars 1987, 174 - 184

⁵⁹ Ich zitiere hier aus einem unveröffentlichten Dokument, der Mitschrift der während der mündlichen Prüfung aufgenommenen Tonbandaufzeichnung.

Zeugnisses vor, doch die wahre, einzige Frage stellt er nicht: Gibt es, ja oder nein, Zeugnisse oder Dokumente, die bescheinigen, daß Kurt Gerstein tatsächlich an Vergasungen von Belzec teilgenommen hat? Nun, solche direkten oder indirekten in jeder Hinsicht beweiskräftigen Zeugnisse gibt es. Hierbei handelt es sich insbesondere um die aus mehrfachen Anlässen vorgelegten Zeugnisse des Reisegefährten Gersteins, des Medizinprofessors und SS-Hygienikers W. Pfannenstiel⁶⁰. Der Sachverhalt ist so evident, daß selbst der Germanist Jean-Paul Allard, der mit unverhohlener Sympathie für den Kandidaten der Prüfungskommission vorfaß, nicht umhin konnte, in dieser Sache nachzufragen⁶¹.

Nun, wir müssen die Dinge bei ihrem Namen nennen: kein Bericht ist an sich selbst der Beweisträger für seine (partielle oder ganze) Wahrheit oder Unwahrheit. Selbst ein so direktes und den Fakten nahes Zeugnis wie das Kremer-Tagebuch müssen wir mit Hilfe seines Kontextes auslegen. Vor einigen Jahren wurde das dechiffrierte Tagebuch des Architekten H.A.A. Legrand veröffentlicht, der 1876 in Limoges als Irre starb. Dieses Tagebuch, das der Verfasser in einer eigens von ihm erfundenen Schrift redigiert hatte, umfaßt die minutiös reproduzierte und übertragene (Briefmarken eingeschlossen) Korrespondenz, die der Autor mit dem ihn liebenden Kreis von Frauen unterhielt⁶². Alle diese Frauen trugen hochtrabende Namen und Titel. Es war nicht möglich, sei es auf viel bescheidenerem Niveau, auch nur eine unter ihnen zu identifizieren. So lautet die wahrscheinlichste Annahme, dieser "Liebeszirkel" war ein bloßes Phantasma. Doch nichts von all dem im Fall Gerstein; sicher war er nicht der ideale Zeuge, von dem die Vorsitzenden der Geschworenengerichte träumen; aber sein Bericht ist weithin verifiziert worden⁶³. Ein weiteres Mal tritt der "Revisionismus" als ein Unternehmen zutage, das den Diskurs entwickelt, und dessen Literatur eine historische Flickoper ist⁶⁴.

⁶⁰ Vgl. die von G. Wellers zusammengestellte Dokumentation, in: *Le Monde juif*, 121 (janvier-mars 1986), 1 - 18; in den folgenden Nummern wurde die Debatte, in die auch Henri Roques eingriff, der vergebens sich bemühte, die Auslassung dieser Zeugnisse zu begründen, fortgesetzt.

⁶¹ J. P. Allard, Professor an der Universität Lyon-III, hat sich verschiedentlich zu dieser Angelegenheit geäußert, insbesondere in einem Brief vom 4. 12. 1986, der an seine Germanistik-Kollegen gerichtet ist, den ich vor mir liegen habe und der nur ein Zeugnis seiner Feigheit ist.

⁶² Jean-Paul Dumont und Paul-Ursin Dumont veröffentlichten zwei Bände, *Le Cercle amoureux d'Henry Legrand*, Gallimard, Paris 1979; H. Legrand, *Adèle, Adèle, Adèle*, Christian Bourgois, Paris 1979

⁶³ Mensch muß die wirklich phantasierenden Seiten lesen, die P. Guillaume in Heft 1 der "Annales d'histoire révisionniste" (printemps 1987), v. a. auf 178 - 180 veröffentlicht hat, einem Heft, dessen öffentliche Verbreitung leider verboten wurde. Indem er einen schwedischen Diplomaten über die Vorgänge in Belzec unterrichtete, habe Gerstein, so Guillaume, für die Rechnung der Nazis gehandelt. Es sei darum gegangen, von den Alliierten gewisse Vorzüge einzuhandeln, "im Austausch gegen die Verbesserung des Schicksals der Juden".

⁶⁴ Die Typographie des Wortes *Annales* der von mir gerade erwähnten Zeitschrift ("Annales d'histoire révisionniste") ist eine unverfrorene Anleihe bei den *Annales, Economie-Société-Civilisations*. Das zum Wunsch der Revisionisten nach Ansehen und Respektabilität.

Warten auf die nächste Tram?

"Erkenntnisdefizite" und "Erkenntnisprivilegien" des Marxismus

Bevor die T&S-Bewegung¹ auseinanderlief - in Richtung PdS, Realgrün, Umschulung, Privatleben oder "Z" - lag sie ihren Eltern und Lehrern quengelnd in den Ohren mit der Klage über "Erkenntnisdefizite des Marxismus". Sie erwies sich damit ein weiteres Mal als Biesdorf-geschädigt. Dort, im märkischen Sand, mag ihren AdeptInnen beigebracht worden sein, daß "der Marxismus" (wann wurde der Begriff übrigens eingeführt?) oder gar der Marxismus-Leninismus (spätere Datierung) ein alleserklärendes System sei, in dem die gesamte Realität enthalten ist. In diesem Fall allerdings hätte das Studium der gedruckten Vorgabe die Untersuchung der Realität insofern vollständig ersetzen können, als in dieser grundsätzlich nichts erscheinen konnte, was in jener nicht schon drin war.

Immerhin kann man fragen, ob Karl Marx (1818-1883) selbst Anlaß zu einer solchen Unterstellung gegeben hat. Ich vermute: Ja und Nein.

Nein:

In seinem Jugendstreich "Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie" schrieb er: "Die Philosophie kann sich nicht verwirklichen ohne die Aufhebung des Proletariats, das Proletariat kann sich nicht aufheben ohne die Verwirklichung der Philosophie."² Hier wird zweifellos ein Prozeß vorgestellt, aber kein endloser. Bevor dieser sein Ziel erreicht, wird Philosophie nicht "verwirklicht", sie muß also notwendig fehlerhaft sein. Fraglich bleibt, ob dies als linearer Prozeß vorstellbar ist oder ob auch ein Rückfall in der Verwirklichung von Philosophie als möglich gedacht werden kann - bis hin zu der Eventualität, daß die Bewegung nicht ans Ziel kommt. Aber auch ohne unerfreuliche Abweichungen und ohne einen etwaigen theoretischen GAU hätte "Marxismus" sich als ein Denken definiert, das so lange notwendig fehlerhaft ist, als es seine politische Funktion nicht erfüllt hat. Geschichte des Marxismus wäre dann auch nach seinem Selbstverständnis unvermeidlich Geschichte des Irrtums, und zwar nicht als Unglück, als Nicht-Marxismus, sondern als sein Wesen. Der Marxismus wäre dann nur dann ganz Marxismus, wo er auch falsch ist.³

¹ T&S = Trauer & Scham.

² Karl Marx, Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie. Einleitung. MEW 1, S. 378-391. Hier: S. 391.

³ Zur Definition des Denkens als eines notwendigen Irrtums, hier allerdings nicht auf den Marxismus beschränkt, vgl. jetzt auch: Thomas Neumann, Über zwei Arten von Irrtümern. In: HLG, Dichter & Prawda. Dem "konkret"-Verleger Hermann L. Gremilza zum Fünfzigsten. o.O. (Hamburg) 1990. S. 93-96.

Andererseits: Ja.

Das Wort "Philosophie" in dem Marx-Wort bezeichnet nicht ein akademisches Fach, und es ist auch nicht einfach durch "Theorie" zu ersetzen. Es meint ausschließlich Hegel, wenngleich in seiner materialistisch umgewälzten Form. Beibehalten wurde der Anspruch, daß dies der theoretische Ausdruck der Gesamtheit von Geschichte und Gesellschaft sei. Philosophie war als Universaltheorie gedacht, wie bis dahin schon im deutschen Idealismus. Dies hat Marx allezeit beibehalten. Sein "Marxismus" war somit die spezifische Fehlerform revolutionären Denkens in der Spätphase des Hegelschen Universalismus.

Hierher kommt auch die zentrale Stellung des Proletariats schon in der Einleitung zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie. Der einheitliche Geschichtsprozeß hat einen einheitlichen Demiurgen, die Arbeiterklasse, welche bei Marx die radikale Negation der Negation zu vollziehen hatte, bevor er empirisch noch viel von ihr wußte. Die punktuelle Subjekt-Fixierung ist den verschiedenen politischen Marx-Schulen bis heute geblieben, auch wenn der eine Punkt - Proletariat - zuweilen durch andere ersetzt oder ergänzt wurde. Für eine davon, nämlich meine, stellten Befreiungsbewegungen und Realer Sozialismus zusammen mit der Arbeiterklasse eine Trias her, die - ähnlich wie die Trinität der Christen - für das Ganze stehen konnte.

Nicht nur zeit-, sondern auch ortsbedingt ist die zentrale Position Deutschlands beim jungen Marx. Wiederum: "Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie. Einleitung":

"In Deutschland ist die Emanzipation von dem Mittelalter nur möglich als die Emanzipation zugleich von den teilweisen Überwindungen des Mittelalters. In Deutschland kann keine Art der Knechtschaft gebrochen werden, ohne jede Art der Knechtschaft zu brechen. Das gründliche Deutschland kann nicht revolutionieren, ohne von Grund aus zu revolutionieren. Die Emanzipation des Deutschen ist die Emanzipation des Menschen."⁴

Im Kommunistischen Manifest schreiben Marx und Engels dann:

"Auf Deutschland richten die Kommunisten ihre Hauptaufmerksamkeit, weil Deutschland am Vorabend einer bürgerlichen Revolution steht und weil es diese Umwälzung unter fortgeschritteneren Bedingungen der europäischen Zivilisation überhaupt und mit einem viel weiter entwickelten Proletariat vollbringt als England im 17. und Frankreich im 18. Jahrhundert, die deutsche bürgerliche Revolution also nur das unmittelbare Vorspiel einer proletarischen Revolution sein kann."⁵

⁴ Marx, Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie. Einleitung, a.a.O., S. 391.

⁵ Karl Marx und Friedrich Engels, Manifest der Kommunistischen Partei. MEW 4, S. 459-493. Hier: S. 493.

Jahrzehnte später sahen sie stattdessen in Frankreich den revolutionären Mittelpunkt, nämlich während der Commune, doch Engels hat dies später nur mitgeteilt, um zugleich zu erwähnen, daß danach das Zentrum der revolutionären Bewegung sich wieder nach Deutschland verlagert habe. Germanozentrismus und Eurozentrismus haben Marx und Engels dazu verführt, den US-amerikanischen Kapitalismus eher als ein Produkt noch unentwickelter Verhältnisse und insofern als untypisch zu behandeln.

Dies alles trifft allerdings nicht den Kern ihrer Denk-Arbeit, den sie selbst in die Kritik der Politischen Ökonomie verlegten. Engels rief Marx nach, die Entdeckung des Mehrwerts sei seine Lebensleistung gewesen, und tatsächlich steht und fällt mit ihr die Erkenntnisfähigkeit des Marxismus. Die freundliche Joan Robinson ließ uns wissen, er sei mit ihrem Begriff von Surplus vereinbar, die klassische Arbeitslehre, auf welcher er beruhe, sei ein Mythos, doch das mache nichts. Die politischen Konsequenzen von Marx' Lehre, nämlich seine Aussagen über die langfristige Tendenz der kapitalistischen Entwicklung, blieben ihrer Meinung nach davon unberührt.⁶ Marxisten werden diesen Balsam zurückweisen müssen. Solange die Werttheorie nur eine Hypothese ist, ist es abenteuerlich und nur im Falle des Gelingens moralisch verantwortbar, gesellschaftliche Experimente auf sie zu gründen.⁷

Jede Periode marxistischen Denkens hatte ihre je spezifischen Irrtümer. Eines davon ist der sogenannte Dogmatismus, d.h. die Verabsolutierung, Enthistorisierung und voreilige Aktualisierung z.B. einer Marxschen Aussage. Ein Beispiel hierfür bildet die Nutzenanwendung, welche Rudolf Hilferding aus einer Aussage im Vorwort der Schrift "Zur Kritik der Politischen Ökonomie" gezogen hatte. Dort schrieb Marx: "Eine Gesellschaftsformation geht nie unter, bevor alle Produktivkräfte entwickelt sind, für die sie weit genug ist, und neue höhere Produktionsverhältnisse treten nie an die Stelle, bevor die materiellen Existenzbedingungen derselben im Schoß der alten Gesellschaft selbst ausgebrütet worden sind."⁸

Hier wird festgestellt, daß die neue Gesellschaft innerhalb der alten schon voll herausgebildet sein müsse, bevor eine andere Produktionsweise zur herrschenden werden kann.

Das historische Beispiel, welches Marx hier vor Augen hat, war der Übergang vom Feudalismus zum Kapitalismus. Damals war die bürgerliche Produktionsweise schon voll ausgebildet, bevor sie die feudale überwand. Für Marx war klar, daß in seiner eigenen Gegenwart die Voraussetzungen einer kommunistischen Ordnung noch nicht gegeben waren. Rudolf Hilferding dagegen sah 1910 in der Herausbildung des finanzkapitalistischen

⁶ Joan Robinson, Grundprobleme der Marxschen Ökonomie. Marburg 1987. S. 32 ff.

⁷ Vgl. hierzu Georg Fülberth: Sieben Anstrengungen, den vorläufigen Endsieg des Kapitalismus zu begreifen. Hamburg 1991. Kapitel V.

⁸ Karl Marx, Zur Kritik der Politischen Ökonomie. MEW 13, S. 3-160. Hier: S. 9.

Komplexes bereits eine Vergesellschaftungsform, welche über den Kapitalismus hinausreichte,⁹ und Lenin hat diese Auffassung übernommen, wobei er der Ansicht war, die Herausbildung der neuen Formation bereits unterhalb der Zirkulationssphäre fassen zu können.¹⁰

Ganz offensichtlich handelte es sich in beiden Fällen um einen Irrtum.

Damit aber - genauer: sieben Jahre später, durch die Proklamation des "Sozialismus in einem Land" - endete weitgehend die selbständige marxistische Theoriebildung, zumindest für die neuen kommunistischen Parteien. Der Marxismus hatte nunmehr eine weitere Fehlerquelle: seine Reduktion auf die Legitimation einer Politik, die je länger desto mehr nur fortgesetzt werden konnte, wenn sie die Pakte, die ihr entgegenstanden, negierte. Insbesondere die Tatsachen, die durch die Revolution selbst geschaffen worden waren, wurden aus der Analyse berausgenommen: für Kommunisten - seben wir, was im Grunde nicht erlaubt ist, von ihren Dissidenten ab - gab es keine historisch-materialistische Erklärung des realen Sozialismus.

Dies mußte nicht notwendig zur Erblindung auch bei der Wahrnehmung der kapitalistischen Realität führen, immerhin aber zu einer Einengung des Geltungsanspruches der Theorie im Widerspruch zu deren ursprünglich universalistischer Anlage.

Eine Beeinträchtigung ergab sich überdies durch die Weltwirtschaftskrise 1929-1933. Für die akademische Volkswirtschaftslehre wurde sie zum Anlaß der Erneuerung. Theoretische Kritik, welche Sraffa und Keynes bereits vorher an dem neoklassischen Papst Marshall geübt hatten, erhielt nunmehr Evidenz, denn die Behauptung, daß jedes Angebot seine Nachfrage finde, auch die Arbeitskraft, war ersichtlich falsch. So kam es in der Wissenschaft zur "keynesianischen Revolution". Die Marxisten dagegen schienen durch die Weltwirtschaftskrise so eindeutig bestätigt, daß sie keinen Anlaß zur Selbstüberprüfung sahen. Schon lange hatten sie sich in Scharmützel ausschließlich untereinander eingelassen, sodaß Selbstüberprüfungen der bürgerlichen Theorie sie nicht mehr viel angingen. Stalins unmittelbare Anbindung der Wissenschaft an die Agitation und Propaganda gaben ihr den Rest.

Hiervon hat sich marxistische Theoriebildung bis heute nicht erholt. Auch die Neuformulierung der Theorie des Staatsmonopolistischen Kapitalismus in den sechziger und siebziger Jahren brachte keine Besserung. Die werttheoretischen Zweifel, welche nach wie vor angebracht waren, beachtete sie nicht weiter, sodaß ihre zentralen Thesen nichts anderes waren als krisentheoretisch durchgesetzter Keynes. Daß sie in der BRD sich so leicht in

⁹ Rudolf Hilferding: Das Finanzkapital. Eine Studie über die jüngste Entwicklung des Kapitalismus. Berlin 1947. S. 513 f.

¹⁰ Wladimir I. Lenin: Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus. Gemeinverständlicher Abriss. In: ders., Werke, Herausgegeben vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU, Band 22, Berlin 1960, S. 189-309. Hier: S. 308.

die Tätigkeit der Memorandumgruppe einfunktionieren ließ, war wissenschaftlich kein Zufall und praktisch sehr geeignet für die "gewerkschaftliche Orientierung".

Der Zusammenbruch des Realen Sozialismus in den RGW-Staaten und die Beseitigung aller parteispezifischen Handlungsmöglichkeiten für Marxisten hierzulande ist somit, wenngleich im konkreten Einzelfall sehr ärgerlich, für einen theoretischen Neubeginn ein großes Glück.

Als erstes wäre jetzt der Begriff des "Marxismus" abzuschaffen. Es ist ein unmöglicher Zustand, daß eine Theorie nach einem Menschen benannt wird. Diese Fixierung ist tatsächlich ein Defizit der "Marxisten" - nicht ihrer Wissenschaft, sondern ihrer politischen Kultur.

Ist der "Marxismus" weg, bleibt viel übrig, jetzt aber nicht mehr als Lehre, sondern als Hypothese. Es sind dies 1. die bereits in den Frühschriften formulierten geschichtsphilosophischen und erkenntnistheoretischen und geschichtsphilosophischen Annahmen des Historischen Materialismus, 2. die klassische Arbeitswertlehre, 3. die Marxsche Mehrwert-Theorie.

In jedem dieser drei Fälle handelt es sich lediglich um Hypothesen, über welche inzwischen hundert bis einhundertundfünfzig Jahre Wissenschaftsgeschichte hinweggegangen sind. Linke Leute, welche auf Marx nur dann und insofern verzichten würden, wenn und soweit seine Lehre sich als unbrauchbar erwiese (lediglich in diesem Sinne wird man noch von "Marxisten" sprechen können, in Wirklichkeit sind sie Marx-Hypothetiker, und das ist nichts Schlechtes), werden sich nun daranmachen müssen, diese Hypothesen zu überprüfen, und zwar unter Absehung von aller aktuellen Praxis. Sie haben Zeit. Eine "Zeitschrift Marxistische Erneuerung" würde sich mit einer solchen Arbeit ihren Namen verdienen.

Es handelt sich nicht um die Feststellung eines Erkenntnisdefizits, sondern um den Verzicht auf ein ohnehin von Anfang an obsoletes Erkenntnis-Privileg. Als Hypothesen sind der Historische Materialismus und die Marxsche Kritik der Politischen Ökonomie nicht schlechter als andere Vorschläge, auf dem Gebiet der Ökonomie z.B. die Neoklassik sowie deren neoricardianische und keynesianische Revisionen. Wodurch die einzelnen Lehren sich in der Vergangenheit voneinander unterscheiden haben und weiterhin unterscheiden, ist u.a. ihre jeweilige zeitgeschichtliche Evidenz. Diese schien 1917 ff., 1929 ff., 1945 und vielleicht zwischenzeitlich in den sechziger Jahren eher für den Historischen Materialismus zu sprechen (beim näheren Hinsehen zeigt sich, daß dies jeweils nur für ausgewählte Gebiete des Weltgeschehens zutrifft), die übrigen Runden gingen an seine Gegner. Für den wissenschaftlichen Charakter der einzelnen Hypothesen ist das aber völlig belanglos, es sei denn, man behandelt sie wie Straßenbahn-Stationen. An denen braucht man nur lange genug stehenzubleiben. Irgendwann kommt die Tram schon wieder vorbei.

Elvio Dal Bosco

Weltmarkt und Zusammenbruch des Realsozialismus

Der augenfälligste Zusammenhang zwischen dem Weltmarkt und dem Zusammenbruch des Realsozialismus ist durch die Wechselwirkung zwischen der geringen Teilnahme der sozialistischen Länder an der internationalen Arbeitsteilung und der niedrigen Arbeitsproduktivität gegeben. Wir halten es für zweckmäßig, den exogenen Faktor, nämlich die Rolle des Weltmarktes beim Wirtschaftswachstum und in den Beziehungen zwischen großen Ländergruppen, getrennt zu betrachten von dem endogenen Faktor, d.h. der Entwicklung der Arbeitsproduktivität der sozialistischen Länder und den damit verbundenen Aspekten der Prozeß- und Produktinnovation und der Befriedigung des in der Bevölkerung bestehenden Bedarfs an Gütern und Dienstleistungen.

Die Rolle des Weltmarktes

Unter den Wissenschaftlern ist die Ansicht weit verbreitet, daß die lange Phase wirtschaftlicher Prosperität der entwickelten kapitalistischen Länder bis zum Anfang der 70er Jahre zum Teil auf der starken Ausweitung des Welthandels nach seinem plötzlichen Verfall in den 30er Jahren beruhte. Aufgrund Ricardos Theorie der komparativen Kosten hätten die am Weltmarkt beteiligten Länder von der allmählichen Öffnung ihrer Wirtschaft für den internationalen Wettbewerb profitiert. Einer subtileren Analyse zufolge komme es bei der - positiven oder negativen - Beziehung zwischen internationalem Handel und Wirtschaftswachstum darauf an, ob es sich um eine Keynesianische oder Schumpetersche Typologie handelt: "Das Wachstum Keynesianischen Typs setzt eine vorgegebene Technologie voraus; eine erhöhte Ausfuhr regt das Wirtschaftswachstum durch den Multiplikator des Außenhandels an: die erhöhten Einkommen im Bereich des Exports schlagen sich in einer Ausweitung der Nachfrage nieder; das durch die Binnennachfrage gesteigerte Wirtschaftswachstum führt zu einer zunehmenden Importneigung, aber eine Erhöhung der durch neue Industrien im Ausland erzeugten Importe wirkt sich negativ auf das Einkommen und die Prosperität aus, da sie das Binnenangebot verdrängt und zu einem Verlust von Arbeitsplätzen führt. Bei Schumpeters Modell dagegen

hängt das Wachstum von den Innovationen ab, die exportsteigernd und importdämpfend wirken¹.

Wenn man einmal von dem problematischen Zusammenhang zwischen Wirtschaftswachstum und Welthandel abgehen will, der sich aus dieser Betrachtungsweise ergibt, hätte die Öffnung zum Weltmarkt in den einzelnen Ländern die durch größere Märkte bedingte Kostendegression gefördert. Diese Aussage wird allerdings relativiert, wenn man bedenkt, daß die Expansion des Außenhandels vor allem unter den entwickelten kapitalistischen Ländern in zunehmendem Maße auf den sogenannten intra-industriellen Handel zurückzuführen ist, da der internationale Austausch desselben Produktes die Kostendegression nur bei einem beträchtlichen Zuwachs der gesamten Nachfrage nach diesem Produkt per Saldo erhöht. Es geht also erstens darum, die These des intra-industriellen Handels empirisch zu untermauern, und zweitens die Gründe zu ermitteln, die zu einer Erhöhung der Weltnachfrage nach demselben Produkt führen, die höher ist als die Summe der Zunahme der Nachfrage, zu der es ohne Außenhandel auf den einzelnen Binnenmärkten gekommen wäre.

Was den ersten Punkt anbelangt, so bestätigt eine vor kurzem vorgelegte Arbeit die Stichhaltigkeit dieser These: "Selbst bei einer sehr detaillierten Auffächerung nach Produkten bleibt der intra-industrielle Handel sehr bedeutsam, wie aus den empirischen Ergebnissen verschiedener früherer Analysen wie auch aus der vorliegenden hervorgeht. Auch wenn der intra-industrielle Handel gewöhnlich mit zunehmender Auffächerung ahnimmt, gibt es doch Anhaltspunkte dafür, daß diese Ahnprobe bei Annäherung an die fünfte Ebene unbedeutend wird oder sogar umschlägt. Schließlich bleibt dieser aufgrund einer sehr detaillierten Auffächerung berechnete Handel im Austausch unter entwickelten Industrieländern nach wie vor ein bedeutendes Phänomen, ein Ergebnis, das die von den Theorien über den Außenhandel geweckten Erwartungen bestätigt."²

Was den zweiten Punkt betrifft, kann man zu Recht davon ausgehen, daß der starke Außenhandel mit ein und demselben Produkt die Weltnachfrage nach diesem Produkt erhöht, sowohl weil er die oligopolistischen Praktiken an den einzelnen Binnenmärkten durchbricht und damit auf das Preisniveau drückt, als auch, weil er durch einen ständigen Innovationsprozeß die Produktvielfalt steigert und die Nachfrage der Konsumenten dadurch ständig anspruchsvoller wird.

Wie aus Tab. 1 hervorgeht, haben sich die Zuwachsraten des Welthandels in den genannten Zeiträumen mengenmäßig verlangsamt, auch wenn sie weiterhin fast doppelt so hoch wie die ebenfalls rückläufige Zunahme der

¹ Charles P. Kindleberger, *International Trade and National Prosperity*, "Cato Journal", Bd. 3, Nr. 3, Winter 1983-84, S. 623-624.

² Stefano Vona, *Intra-Industry Trade*, Banca Nazionale del lavoro, "Quarterly Review", Nr. 175, Dez. 1990, S. 410-411.

Weltproduktion waren. Auf die entwickelten kapitalistischen Länder entfiel im Jahre 1988 eine Quote von 17 Prozent des Welthandels, die um drei Prozentpunkte höher lag als 1960. Die sozialistischen Länder dagegen mußten sich 1988 mit einem Anteil von neun bis zehn Prozent begnügen, was einem Rückgang von zwei Prozentpunkten entspricht, wobei darüberhinaus darauf hingewiesen werden muß, daß mehr als die Hälfte dieser Quote auf den Warenaustausch innerhalb des sozialistischen Lagers selbst entfiel, so daß sich ihre Teilnahme an dem Handel zu Weltmarktpreisen auf wenig mehr als vier Prozent beschränkt. Ein so niedriger Anteil erscheint umso bedenklicher, wenn man sie mit den Quoten der großen Ländergruppen an der Weltproduktion vergleicht, die 1988 für die sozialistischen Länder 30 Prozent und für die kapitalistischen Länder 56 betragen.

Die geringe Beteiligung der Länder des Realsozialismus am Welthandel wurde in erster Linie auf die sogenannte funktionelle Autarkie der planwirtschaftlichen Modelle zurückgeführt, bei denen die Ausfuhr allein dem Zwecke dient, in der Lage zu sein, die für das Land nötigen Waren einzuführen. So führte ein sowjetischer Wissenschaftler vor einigen Jahren aus: "Die Einfuhrpolitik hat gegenüber der Ausfuhrpolitik den Vorrang. Der Maximierung des Exports kommt die Aufgabe zu, den Umfang der Ressourcen zu steigern, die eine Volkswirtschaft der praktischen Durchführung einer langfristigen Strategie auf dem Gebiet der Einfuhr widmen kann."³ Man fragte sich, ob diese These nicht eine Öffnung zum Weltmarkt implizierte: "Müßte dieser Importdrang die Länder des Ostblocks nicht eher zu einem intensiveren Außenhandel als in der Marktwirtschaft veranlassen, statt auf Autarkie-Tendenzen zu verweisen? Nein. Denn zum einen ist der Außenhandelsplan selbst das Resultat eines angestrengten Wirtschaftsplanes, bei dem der Importbedarf erst dann anerkannt wird, wenn alle binnenwirtschaftlichen Lösungen ausgeschöpft sind, einschließlich der Import-Substitution. Zum anderen stößt die Einfuhrnachfrage auf eine monetäre Grenze für die in Valuta abgewickelten Geschäfte und auf eine entsprechende physische Grenze im Handel mit den anderen sozialistischen Ländern, die ihrerseits auch eine Importnachfrage entgegensetzen."⁴

Abgesehen von diesen Sachzwängen, die einem bestimmten Planungsmodell inhärent sind, wirft die Teilnahme am Weltmarkt gewisse Probleme auf, die auf einer Preisrelation zwischen Rohstoffen und Industriewaren beruhen, die die kapitalistischen Länder begünstigt. Im Berichtszeitraum sind die "terms of trade" der Entwicklungsländer (ausgenommen die OPEC-Länder) in der Tat um etwa 20 Prozent zurückgegangen. Die Weigerung, sich bei den "terms of trade" den Gesetzen des Weltmarktes zu

³ Ju. S. Sciriaev, zit. in Marie Lavigne, *Economie internationale des pays socialistes*, Armand Colin, Paris, 1985, S. 19.

⁴ Marie Lavigne, a.a.O., S. 20

beugen, liegt dem mißglückten Versuch zugrunde, einen "sozialistischen Weltmarkt" zu schaffen, in dem die Großhandelspreise der UdSSR die Grundlage eines von dem kapitalistischen Weltmarkt abgekoppelten Preisgefüges hätten bilden müssen.

In Wirklichkeit lief die innerhalb des RGW geübte Praxis auf ein bilaterales Tauschgeschäft hinaus, das multilaterale Wirtschafts- und Handelsbeziehungen beeinträchtigte und sich auf einen Austausch zwischen Erdöl und Rohstoffen zu viel niedrigeren Preisen als denen des Weltmarktes und technologisch rückständigen Industriewaren, die außerhalb des RGW nur schwer abzusetzen waren, beschränkte. Dieser Mechanismus und seine Folgen wird in den folgenden Ausführungen anschaulich beschrieben: "Der wesentliche Faktor, der den Handel zwischen den RGW-Ländern bestimmt, besteht in den anderen Preisrelationen zwischen Rohstoffen und Industriewaren im Vergleich zu denen des Weltmarktes. Die Verzerrungen des Preisgefüges im Handel zwischen den RGW-Ländern spiegeln die charakteristischen Tendenzen des RGW-Marktes wider. Die relativ hohen Preise der Industriewaren im Vergleich zu den Weltmarktpreisen ebenso wie die Schwierigkeiten, Zugang zum Weltmarkt zu haben, bildeten einen Anreiz zur Expansion der verarbeitenden Industrie und zur Ausfuhr innerhalb des RGW. Andererseits haben die relativ niedrigen Preise der Industrierohstoffe und Nahrungsmittel gegenüber den Weltpreisen zu einem nachlassenden Interesse an der Ausfuhr dieser Güter innerhalb des RGW geführt, mit gleichzeitigem Druck der Binnennachfrage auf die Wirtschaft und verringerten Möglichkeiten, die Rohstoffproduktion zu steigern."⁵

Anhand der von der OECD gelieferten Angaben soll jetzt die Entwicklung des Außenhandels zwischen den europäischen OECD-Ländern und den europäischen RGW-Ländern nach großen Warengruppen untersucht werden. Zunächst sei darauf hingewiesen, daß dieser Handel 1988 etwa 18 Prozent des gesamten Außenhandels der europäischen RGW-Länder ausmachte, während er lediglich einem Anteil von drei Prozent des gesamten Handels der europäischen OECD-Länder entsprach (bei einer Quote von 15 Prozent gegenüber den Entwicklungsländern und einer Quote von 82 Prozent innerhalb des kapitalistischen Raums).

Bei der in Tab. 2 vorgenommenen Aufschlüsselung nach Warengruppen treten deutliche Unterschiede zwischen 1970 und 1988 zutage: Auf der Seite der Einfuhr aus den europäischen RGW-Ländern macht die Energie fast die Hälfte des Gesamtimports aus, auf Kosten der Warengruppen landwirtschaftliche Produkte und Nahrungsmittel sowie Rohstoffe, während der Anteil der Industriewaren unverändert bleibt und es innerhalb derselben zu einer Verschiebung zwischen den relativ rückläufigen Vorerzeugnissen und den Verbrauchsgütern kommt. Auf der Ausfuhrseite sind

⁵ Pawel Tomczyk, Foreign Trade Model of the Centrally Planned Economies, "International Review of Applied Economics", Bd. 4, Nr. 1, Jan. 1990, S. 96-97.

keine großen Veränderungen zwischen den Hauptwarengruppen erkennbar: Der sowieso schon überwiegende Anteil der Industriewaren nimmt weiter zu und erreicht 87 Prozent; innerhalb desselben zeigen sich bedeutende Veränderungen: Die Anteile der Vorerzeugnisse und der Verbrauchsgüter steigen von 40 auf 44 Prozent bzw. von sechs auf neun Prozent, während die Quote der Investitionsgüter von 38 auf 34 Prozent zurückgeht.

Schon auf dieser Ebene der Aufschlüsselung treten einige strukturelle Merkmale zutage, in denen sich der Handel mit den europäischen RGW-Ländern von dem Gesamtaustausch der europäischen OECD-Länder unterscheidet. Wie aus Tab. 2 hervorgeht, ist der Anteil der Energie bei der Zusammensetzung der Einfuhr im Falle der RGW-Länder sehr viel höher als beim Gesamthandel, während die Quote der Industriewaren und insbesondere der Investitionsgüter sehr viel niedriger ist. In dieser Hinsicht ähnelt die Zusammensetzung der Einfuhr aus den europäischen RGW-Ländern weit stärker der des Imports aus den Entwicklungsländern als der des Imports aus den hochentwickelten Industrieländern. Bei der Zusammensetzung der Ausfuhr sind die Unterschiede dagegen weniger ausgeprägt: Beträchtliche Unterschiede sind auch hier wieder bei der Hauptgruppe Energie und innerhalb der Industriewaren zu erkennen, wo die Quote der Vorerzeugnisse im Handel mit den RGW-Ländern größer und die der Enderzeugnisse - sowohl der Investitions- als auch der Verbrauchsgüter - niedriger ist.

Selbst Wissenschaftler der sozialistischen Länder haben auf die unbefriedigende Zusammensetzung des Warenaustauschs zwischen Ost und West hingewiesen: "Unter bestimmten Aspekten stellt die Warenstruktur der Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen - wie sie sich im Außenhandel widerspiegelt - ein Problem dar. Sie bleibt in verschiedener Hinsicht hinter den objektiven Erfordernissen, aber auch den Interessenlagen der Partner zurück. Bei den Exporten der OECD-Länder in RGW-Länder ergibt sich eine weitgehende Übereinstimmung mit den internationalen Trends. Anders gestalten sich die Exporte der RGW-Länder in kapitalistische Industrieländer. Hier macht der Anteil der Exporte an industriellen Halb- und Fertigerzeugnissen nur etwa ein Viertel der Gesamtexporte aus. Dies verdeutlicht bestehende Grenzen. Sie bewirken, daß bestimmte Vorteile der Arbeitsteilung nicht genutzt werden können ... Gleichzeitig müssen die in der kapitalistischen Weltwirtschaft bestehenden Handelsbemmnisse verschiedenster Art abgehaut werden. Das betrifft vor allem tarifäre und nichttarifäre Hemmnisse, Technologiesanktionen der USA und anderer NATO-Staaten, ungerechtfertigte 'Schutz'maßnahmen gegen die Einfuhr von Maschinenbauerzeugnissen und von anderen Industriegütern aus den RGW-Ländern, die eine sich vertiefende wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit sowie die Entfaltung neuer Formen der internationalen

Arbeitsteilung behindern.⁶ Es gibt zwar tarifäre Hemmnisse und andere protektionistische Maßnahmen sowie politische Auflagen, die die Ausfuhr von Industriewaren der sozialistischen Länder auf die Weltmärkte beeinträchtigen, aber das größte Hindernis bildet im allgemeinen die schlechte Qualität der Waren, die wiederum mit den Ursachen, die dem Zusammenbruch des Realsozialismus zugrunde liegen, zusammenhängt.

Der Zusammenbruch des Realsozialismus

Die Abkapselung gegenüber dem Weltmarkt hat sich negativ auf den Produktivitätsfortschritt ausgewirkt, da sie die Übertragung der technologischen Innovationen beeinträchtigte, die auch durch politische Auflagen behindert wurde (man denke nur an die COCOM-Listen, die die Ausfuhr von strategisch wichtigen Technologien in die sozialistischen Länder verboten); diese Abschottung stellte daher einen weiteren negativen Faktor dar, der zu den endogenen Faktoren des Realsozialismus hinzukam. Bekanntlich weisen vergleichende Berechnungen der Arbeitsproduktivität auch zwischen ähnlichen Wirtschaftssystemen eine erhebliche Fehlerquote auf, so daß es noch fragwürdiger ist, Vergleiche zwischen grundlegend unterschiedlichen Systemen anzustellen. Bei aller gebotenen Vorsicht haben die Berechnungen ergeben, daß die Arbeitsproduktivität in den sozialistischen Ländern sehr viel niedriger ist als in den kapitalistischen Staaten. In der von Abram Bergson⁷ vorgelegten Studie wird nicht nur ein ungenügendes Produktivitätsniveau in den betrachteten sozialistischen Ländern festgestellt, sondern auch eine sehr niedrige Leistungsfähigkeit der Investitionen in einigen dieser Länder, womit eine auch von anderen Wissenschaftlern vertretene These bestätigt wird. So wurde z.B. bemerkt, daß die Vorratsinvestitionen in den 80er Jahren in den Ostblockländern einer Quote von zwei bis drei Prozent entsprachen, die viel höher liegt als in den marktwirtschaftlichen Ländern, und daß auch auf die Anlageinvestitionen ein viel höherer Anteil entfiel.

Die sozialistischen Länder haben in den 80er Jahren in der Tat eine Akkumulationsrate von etwa 22 Prozent aufgewiesen, die unter dem Durchschnitt der entwickelten kapitalistischen Länder lag und weit entfernt von der des dynamischsten Landes - nämlich Japans - war, wo sie sich zwischen 30 und 35 Prozent des BSP bewegte. Das eigentliche Problem ist der mangelnde Drang zu Technologieinnovationen, der typisch für die sozialistischen Länder ist und den viele Wissenschaftler als das Verhängnis der Planwirtschaft betrachten, auch aufgrund der minimalen Rolle, die die Kleinunternehmen in diesem System spielen. Diese zeigen nämlich eine

⁶ J. Nitz und andere, Mehr ökonomische Sicherheit, "Wirtschaftswissenschaft", Nr. 11, Nov. 1987, S. 1639.

⁷ Abram Bergson, Comparative Productivity: The USSR, Eastern Europe, and the West, "The American Economic Review", Bd. 77, Nr. 3, Jun. 1987.

große Innovationsfähigkeit, da sie infolge ihrer Spezialisierung auf die Produktion einzelner Güter bzw. kleiner Sortimente bereit sind, sich sehr flexibel den Marktveränderungen oder den technischen Möglichkeiten anzupassen.

Die Frage der Produktivität hängt nicht so sehr mit der Planwirtschaft an und für sich zusammen, wovon auch die katastrophale Lage Jugoslawiens zeugt, das seit 30 Jahren eine Marktwirtschaft ist, als viel mehr mit den Modalitäten und Fristen der Planung in den Ländern des Realsozialismus, die fast alle von einem sehr rückständigen Niveau der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung ausgegangen sind. Für einige bedeutende sozialistische Nationalökonomien wie etwa Kalecki wies die Planwirtschaft zwei große Vorzüge auf: erstens die Möglichkeit rationaler Entscheidungen von Seiten der Planungsbehörden in Hinblick auf eine makroökonomische Kohärenz und zweitens die Rationalität der Wirtschaftssubjekte im Sinne eines Ausgleichs von Interessen und Motiven zwischen diesen und den Planungsbehörden mittels einer Verbindung zwischen einer positiven Einstellung der Direktproduzenten zu Leistung und Innovation einerseits und der gesellschaftlichen Anerkennung und der Teilnahme an den wirtschaftlichen Entscheidungen andererseits. Wie ein Schüler Kaleckis in diesem Zusammenhang bemerkte: "Kalecki analysierte den Monopolkapitalismus, wie er war, und den Sozialismus, wie er hätte sein sollen, denn er hörte nie auf zu glauben, daß der Sozialismus ein System besserer sozialer Gerechtigkeit und höherer wirtschaftlicher Rationalität als der Kapitalismus sein könnte."⁸

Den Kritikern der Planwirtschaft könnte man entgegenhalten, daß sie ihrerseits die Marktwirtschaft verklären, wie vor kurzem scharfsinnig erwidert wurde: "Die zentrale Planwirtschaft wird häufig als ineffizient und negativ im Vergleich zu angeblich auf 'Marktkräften' gegründeten Systemen der Ressourcenallokation kritisiert. Eine derartige Sicht vergleicht jedoch unvollkommene Planungssysteme der Realität mit einem idealisierten Bild vollkommener Märkte. Einer der Hauptgründe, der uns dazu bewog, den vorliegenden Aufsatz zu schreiben, besteht darin, die rhetorische Frage zu beantworten, wieso große Konzerne ihre Tätigkeit planen können, während eine Volkswirtschaft nicht nach denselben Grundsätzen geplant werden darf."⁹

Die Gretchenfrage ist also nicht: Planwirtschaft - Ja oder Nein. Entscheidend sind vielmehr die Kompetenz der für die Ausarbeitung und Steuerung der Planung zuständigen Behörden und die basisdemokratische Teilnahme und Kontrolle der Festlegung der im Plan vorgesehenen Mittel und Ziele. Hier liegen die Gründe für das Scheitern des Realsozialismus. Es ist

⁸ Jerzy Osiatynski, Michal Kalecki on a Socialist Economy, MacMillan Press, London, 1988, S. 186-187.

⁹ P.T. Wanless, The Efficiency of Central Planning, "Scottish Journal of Political Economy", Bd. 34, Nr. 1, Feb. 1987, S. 52.

nämlich in erster Linie auf die Gleichsetzung von Staat und Partei zurückzuführen, insbesondere einer bestimmten Partei, die von einem der Führer des Prager Frühlings eindrucksvoll beschrieben wurde: "Solange in einer Partei Kader und einfache Mitglieder vor allem nach ihrer Pähigkeit beurteilt werden, Entscheidungen unabhängig von ihren eigenen Meinung in die Tat umzusetzen, wird als Hauptkriterium nicht eine bewußte Geschlossenheit angestrebt, sondern der Gehorsam gegenüber der Zentralbehörde ... Innerhalb der Partei setzen sich deshalb undemokratische, autoritäre Arbeitsmethoden und -praktiken durch. Man bevorzugt einen bestimmten psychischen Typus von Kadern und Mitgliedern: Karriere machen diejenigen, die ohne Rücksicht auf ihre eigenen Vorstellungen bereit sind, die Anordnungen der autoritären Apparate entgegenzunehmen, während jene, die, ihrer eigenen Einsicht und ihrem Gewissen folgend, kritisch denken und handeln, ausgegrenzt, ignoriert und häufig sogar aus der Partei ausgeschlossen werden."¹⁰

Bei einer so gearteten Partei ist es im Sozialismus unmöglich, bei der Herausbildung einer Führungsklasse Kriterien anzuwenden, die laut Schumpeter denen entsprechen sollten, die bei der Ausbildung der Leitung der Zentralbanken zugrunde gelegt werden: "Diese Organisation der Leitungen der Zentralbanken mit ihren mannigfachen Versuchen, die aus guten und schlechten Gründen für nötig erachtete Vertretung der Staatsgewalt und aller möglichen Interessengruppen in ihr sicherzustellen und ihr dennoch Unabhängigkeit zu wahren, bietet im übrigen eine bunte Musterkarte von Pormen und Gesichtspunkten dar, denen großes soziologisches Interesse zukommt. Wir haben hier ein Gebilde vor uns, das im Fortschritt planwirtschaftlicher Tendenzen vielleicht als Beispiel dafür dienen wird, wie wirkliche oder vermeintliche 'öffentliche' Interessen auch auf anderen Gebieten der Wirtschaft wahrgenommen werden können, ohne dieselben unmittelbar und völlig - dem Politiker oder der Bürokratie auszuliefern."¹¹

Zweitens ist auch die führende Rolle der Arbeiterklasse als revolutionäres Subjekt entfallen; jene u.a. von Rosa Luxemburg geäußerte Hoffnung, daß der Arbeiter der sozialistischen Wirtschaft auch ohne die Hungerpeitsche und ohne den Kapitalisten und seinen Antreiber fähig ist, fleißig und ordentlich zu arbeiten, hat sich nicht erfüllt.¹² In der Praxis ist es vielmehr dazu gekommen, daß das Eigentum an den Produktionsmitteln, das zum Gemeineigentum erklärt wurde, als ein Gut empfunden wurde, das niemandem gehört, selbst von den Arbeitern, die wissen, daß sich an ihrem Arbeitslohn - ob sie gut oder schlecht arbeiten, ob sie mit dem ihnen anvertrauten Volksvermögen sorgsam umgehen oder es vergeuden - kaum etwas ändert. Deshalb stimme ich mit dem historischen Urteil des kom-

munistischen Politologen Mario Tronti überein: "Die Hauptursache des Scheiterns liegt nicht so sehr in der politischen Partei, als vielmehr in der sozialen Klasse. Das Regierungswissen erlangt man, indem man durch eine führende Rolle in der Gesellschaft gegangen ist, indem man dort die faktische Hegemonie ausgeübt hat und indem man sich darauf aufbauend ein technisches Wissen angeeignet und schon eine Kultur der Institutionen hervorgebracht hat. Ohne alle diese Erfahrungen hat der Petersburger Arbeiter die Prüfung, in Moskau die Regierung zu übernehmen, nicht bestanden. Lenin in seiner Genialität hatte das schon ein paar Monate nach der Oktoberrevolution erkannt. Die NEP war nicht nur ein bewußter Schritt zurück zu einem Verkehrskapitalismus, sondern auch der Versuch, die auf dem Markt verfügbaren Führungsqualitäten und unternehmerischen Kenntnisse sowie eine Politik der - vor allem technisch-wissenschaftlichen - Kultur einzusetzen, um das intellektuelle Defizit einer Volksklasse auszugleichen."¹³

TAB. 1 - DER WELTHANDEL VON 1960 BIS 1988

(Volumen)

	1961-70	1971-80	1981-88	1988
	Jährliche Veränderungen			Anteile
Welthandel	8,8	5,7	4,2	(100)
	<i>Einfuhr</i>			
Entw. kap. Länder	9,9	5,3	5,5	70,2
Entwicklungsländer	5,9	8,1	2,0	20,8
- OPEC-Länder	6,1	14,8	-4,7	3,6
- Andere EL	5,9	6,1	4,2	17,2
Sozialistische Länder	8,5	7,4	2,8	9,0

¹⁰ Zdenek Mlynar, Ostacolo del partito-Stato, "Rinascita", Nr. 45, Nov. 1986, S. 19.

¹¹ Joseph Schumpeter, Das Wesen des Geldes, Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen, 1970, S. 163.

¹² Rosa Luxemburg, Die Sozialisierung der Gesellschaft, 4. Dez. 1918.

¹³ Mario Tronti, Grandezza e miseria del comunismo di Stato, "Rinascita", Nr. 38, Nov. 1990, S. 43.

	Ausfuhr			
Entw. kap. Länder	9,2	6,3	4,5	70,1
Entwicklungsländer	7,0	3,6	3,6	20,5
- OPEC-Länder	8,1	0,4	-1,5	4,3
- Andere EL	6,4	6,8	7,8	16,2
Sozialistische Länder	8,7	6,2	3,4	9,5

Quelle: Eigene Berechnungen nach UNO, "Monthly Bulletin of Statistics"

TAB. 2 - ZUTEILUNG NACH WARENGRUPPEN DES AUSSENHANDLS DER EUROPÄISCHEN OECD-LÄNDER MIT DEN EUROPÄISCHEN RGW-LÄNDERN 1970 und 1988
(Anteile in Prozent)

	1970		1988	
	Welt	RGW	Welt	RGW
	<i>Einfuhr (cif)</i>			
Landwirt. Produkte und Nahrungsmittel	15,5	19,9	10,9	6,9
Rohstoffe	11,4	19,1	5,8	10,3
Energie	10,3	21,8	10,1	43,7
Industriewaren	62,8	39,2	73,2	39,1
- Vorerzeugnisse	30,1	24,4	27,9	21,7
- Investitionsgüter	23,7	8,1	31,2	7,8
- Verbrauchsgüter	9,0	6,7	14,1	9,6
Insgesamt	100,-	100,-	100,-	100,-

	Ausfuhr (fob)			
Landwirt. Produkte und Nahrungsmittel	10,7	9,2	9,9	7,8
Rohstoffe	5,4	6,2	3,4	3,9
Energie	3,4	1,0	4,7	43,7
Industriewaren	80,5	83,6	82,0	87,0
- Vorerzeugnisse	34,8	39,8	32,1	44,3
- Investitionsgüter	34,3	37,7	35,7	33,6
- Verbrauchsgüter	11,4	6,1	14,2	9,1
Insgesamt	100,-	100,-	100,-	100,-

Quelle: Eigene Berechnungen nach OECD, "Trade by Commodities"

Impressum

"Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung" wird herausgegeben vom Forum Marxistische Erneuerung e.V. (Wiesbaden) und Harry von Barga, Joachim Bischoff, Ulrike Bohnenkamp, Ulrich Briefs, Olaf Cless, Monika Domke, Rainer Einkenkel, Heike Flessner, Wolfgang Gehrcke, Jörg Heimbrecht, Johannes Henrich von Heiseler, Jörg Huffscheidt, Stefan Isensee, Heinz Jung, Peter Jung, Jörg Jungmann, Fritz Krause, Stefan Krull, Steffan Lehndorff, Anja Maschinsky, Hans-Joachim Müller, Norman Paech, Lothar Peter, Jürgen Reusch, Josef Schleifstein, Ursula Schumm-Garling, Susanne Schunter-Kleemann, Alexandra Wagner, Harald Werner, Dietmar Wittich.

Redaktion: Klaus D. Fischer, Johannes Henrich von Heiseler, Heinz Jung.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des Verfassers bzw. der Verfasserin, nicht unbedingt die der Herausgeberinnen oder der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion.

Z. erscheint vierteljährlich. Der Abonnementspreis (vier Hefte) beträgt 45,- (incl. Versandgebühr). Das Einzelheft kostet DM 15,-. Das Abonnement verlängert sich jeweils um vier Hefte, wenn nicht sechs Wochen vor Ablauf des Bezugszeitraums eine schriftliche Kündigung beim Verlag eingegangen ist. Änderungen der Anschrift sind unverzüglich mitzuteilen. Bankverbindung: Forum Marxistische Erneuerung e.V., Frankfurter Sparkasse, BLZ: 500 501 02, Konto: 34595.

Postanschrift von Redaktion und Vertrieb: Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung, Kölner Str. 66, 6000 Frankfurt am Main 1, Tel. 069/739 29 34.

Satz: Su Sanne und Pampe PC.

Gestaltungskonzept: Udo Tremmel.

Druck: Fuldaer Verlagsanstalt.

ISSN: 0940-0648

Redaktionsschluß: 23.07.1991

DER FRAUENKALENDER

WIR FRAUEN
1 · 9 · 9 · 2



WIR FRAUEN 1992

Taschenkalender mit
flexiblem Einband in Lila
& Lesebändchen, 11 x 15cm
Redaktion: Florence Hervé
& Renate Wurms
Gestaltung: Gitta Büsch

288 Seiten, DM 11,80
ISBN 3-89438-018-7
Erscheint Ende August

Der "Liebste"... Treu und seit Jahren bewährt, und doch alle Jahre wieder ganz neu. Der Lila-Kalender. Frauentaten in Kalenderdaten, Tips, Ratschläge, Wissenswerte aus Geschichte und Gegenwart. Für Anfängerinnen und Fortgeschrittene. Viel Schönes fürs Auge: Fotos, Karikaturen, Raritäten. Und fürs Herz: Gedichte und Geschichten von klugen Frauen. Geeignet als Terminkalender wie auch als Büchlein zum Schmökern und Sammeln. Im 14. Jahr mit Beiträgen u.a. von Peggy Parnass, Ute Gerhard, Brigitte Hussein, Gisela Steineckert, Margret Gottlieb, Lilo Rauner, Felicia Langer, Christiane Barckhausen und einem bislang unübersetzten Text von Agnes Smedley. Im "Kleinen Lexikon" gehen dieses Mal die Hexen um...

PapyRossa Verlag

Petersbergstr. 4, 5000 Köln 41, Tel. 0221/44 85 45 und 44 62 40

Harry von Bargaen

Arbeiterklasse - Achse der Veränderung oder von der Geschichte überholt?

Für die Denk- und Praxisrichtung, die sich im Marxismus mit der Herausbildung der kommunistischen Parteien durchgesetzt hat, ist der Dreh- und Angelpunkt aller gesellschaftlichen Veränderung die Orientierung auf die Arbeiterklasse als dem revolutionären Subjekt. Der Autor, der lange Jahre diese Position ebenfalls als Non-Plus-Ultra angesehen hat, hält eine grundsätzliche Revision dieser Position für erforderlich.

Es scheint ein Kardinalfehler gewesen zu sein, aus dem sich andere ableiteten, der Arbeiterklasse allein aufgrund ihrer sozialökonomischen Stellung und der Erkenntnisse des historischen Materialismus die Subjektrolle für die entscheidende welthistorische Veränderung vom "Reich der Notwendigkeit" zum "Reich der Freiheit" zuzuweisen. Aus diesem Verständnis des historischen Materialismus ergab sich die Theorie und Praxis der Avantgarde-Partei der Arbeiterklasse, mit dem Auftrag, die revolutionäre Mission zu bewerkstelligen. Die "Machtfrage", also das Herankommen an die Macht der Arbeiterklasse und dann deren Absicherung, wurden zu den entscheidenden politischen Fragen, hinter denen die emanzipatorischen Ziele des Marxismus - eine Gesellschaft, in der die Freiheit des Einzelnen die Bedingung für die Freiheit aller ist; in der die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen ein für alle Mal beseitigt wird - immer weiter zurücktraten.

Das revolutionäre Subjekt hielt nicht, was MarxistInnen sich von ihm versprochen.

Wer sich die Arbeiterklasse im Westen durch die Brille ihrer "historischen Mission" betrachtet, könnte verzweifeln: Sie ist relativ fest in das bestehende System integriert, neigt nicht zu revolutionären Erhebungen, ist durchaus kampfbereit, wenn es um die eigenen sozialen Forderungen, aber sehr viel weniger, wenn es um das abrüstungspolitische, ökologische oder weltwirtschaftliche Umdenken geht. Solidarität ist ein Begriff, der in Arbeitskämpfen großgeschrieben, im täglichen Zusammenleben mit AsylbewerberInnen z.B. aber recht selten gelebt wird. Und selbst der Kampf gegen Arbeitslosigkeit wird nur dann in der Praxis thematisiert, wenn er quasi ein Abfallprodukt des Kampfes um die unmittelbarsten eigenen Interessen ist (wie bei der Arbeitszeitverkürzung). Auch aus den großen Abwehrkämpfen der letzten Jahre gegen den Strukturabbau in den Montanregionen oder gegen die Werftschließungen hat sich kein um sich

greifendes revolutionäres Bewußtsein entwickelt - oder auch nur eine tiefer wirkende Reformbewegung.

Das hat seine Gründe. In dem Maße, wie sich der Kapitalismus entwickelte, entwickelte sich auch die Arbeiterklasse und wirkte auf alle gesellschaftlichen Verhältnisse ein. Sie hat es in den Industrienationen vermocht, mittels ihrer gewerkschaftlichen und z.T. politischen Organisiertheit ein großes Maß an sozialer Ausgestaltung und eigener Absicherung zu erreichen. Ihren Anspruch auf "Mitgestaltung" hat sie in vielen Bereichen realisiert, der Anspruch zum "Mitregieren" wurde von dem sozialdemokratischen Teil der Arbeiterbewegung auch immer wieder durchgesetzt. Für die einzelnen ArbeiterInnen hat die Arbeiterbewegung in den entwickelten kapitalistischen Ländern mehr an Wohlstand und individuellen Möglichkeiten erreicht, als irgendwo anders auf der Welt. Das wirkt so bindend, daß der entwickelte Kapitalismus sich selbst Neue Armnt, die dauerhafte Ausgrenzung nicht unbedeutender Bevölkerungsteile aus dem Erwerbsleben und der materiellen Absicherung leisten kann, ohne daß dies zu größeren Auseinandersetzungen führen würde. Offensichtlich gibt es für breite Teile der Arbeiterklasse aus ihrer sozialen Lage beraus wenig Motive, die herrschenden Verhältnisse besonders radikal in Frage zu stellen, sondern eher vieles, was dagegen spricht, am bestehenden System zu rütteln. Zumal es den Klassenbrüdern und -schwestern in den Ländern der befreiten Arbeit sozial meistens schlechter ging und die Aufsicht durch die Obrigkeit oft noch diktatorischer empfunden wurde.

Auch in den Ländern des Sozialismus erwies sich die Arbeiterklasse nicht als die gesellschaftlich vorwärtstreibende Kraft - mit Ausnahme vielleicht relativ kurzer Zeiten nachrevolutionärer Euphorie. Sie bestach eher dadurch, daß sie sich einrichtete, sich so lange mit den Verhältnissen arrangierte, bis ihr diese ganz und gar unerträglich geworden waren. Stabilisiert hat die Arbeiterklasse in jenen Ländern offenbar ein durch und durch rückschrittliches Verhältnis gegenüber der Stellung der Frauen in der Gesellschaft. Chauvinismus, Nationalismus und Kleinkariertheit gegenüber allem Andersartigen wurden konserviert. Demokratie, Freiheit und Solidarität wurden ebenso wie das gesellschaftliche Eigentum an den wesentlichen Produktionsmitteln nur formal, nicht aber real eingelöst. Ideen des "anders leben" waren intellektuellen Kreisen vorbehalten, die sie halblaut weitersagen durften, und deren schnelle Verunglimpfung in breiten Arbeiterkreisen auf fruchtbaren Boden fiel. Als dann die Arbeiterklasse im Osten - nehmen wir die DDR als Beispiel - doch noch zur Kraft der Veränderung wurde, erfüllte sie weder die Hoffnungen orthodoxer KommunistInnen - die Betriebskampfgruppen konnten für den Erhalt des Sozialismus nicht mehr mobilisiert werden - noch die Hoffnungen unorthodoxer Linker, die Arbeiterklasse könnte Impulse für einen neuen, ganz anderen, viel besseren Sozialismus setzen. Im Gegenteil, als in der DDR die Intellektuellen für eine humanistisch-sozialistische Perspektive plädierten, wurden sie schnell von den Massen (kein Zweifel, es handelte sich

um ArbeiterInnenmassen) hinweggefegt - bloß keine neuen Experimente, lieber den Kapitalismus; da glaubte mensch zu wissen, was man hat.

Subjektivismus, Defätismus?

Einem Menschen, der so argumentiert, wie oben dargelegt, hätte der Autor vor noch nicht langer Zeit Defätismus vorgeworfen. Weil diese Sichtweise der Arbeiterklasse das Vorwärtsweisende, über die gesellschaftlichen Grenzen Hinausreichende innerhalb der Arbeiterklasse übersieht. Es gibt doch auch die frauenbewegte Gewerkschafterin, den ökologisch bewußten Facharbeiter, den Friedensbewegten in der Rüstungsindustrie und die Antikapitalistin in diesem oder jenem Betriebsrat. Und die Gewerkschaftsgruppe, die ein internationales Freundschaftsfest organisiert hat, usw. Keine Frage, das alles gibt es - auch. Aber es ist nicht das Prägende, nicht die wesentliche Tendenz in der Arbeiterklasse. Die aber muß mensch sich bei der Beurteilung der Rolle der Arbeiterklasse ungeschminkt vor Augen führen, sonst bestimmt Wunschdenken die Politik.

Wer bei der Beurteilung der Rolle der Arbeiterklasse allein auf der Erfahrungsebene verbleibt, macht sich des Subjektivismus schuldig. Ihm wird vorgeworfen, die objektive Lage der Arbeiterklasse aus dem Auge zu verlieren, nur noch vom deformierten Bewußtsein, nicht aber von den objektiven Klasseninteressen auszugehen. Das Problem bei den KommunistInnen war es aber gerade, daß die objektiven Klasseninteressen - einmal definiert - nicht mehr an den realen Entwicklungen überprüft wurden. Aber wäre es nicht nach fast einem Jahrhundert der Herausprägung und Tätigkeit kommunistischer Parteien in der ganzen Welt und gerade nach den Zusammenbrüchen der letzten Jahre mindestens beute die Pflicht einer jeden guten MarxistIn, die eigene Wissenschaft - oder was man dafür hielt - in Frage zu stellen? Natürlich sagt das Verhalten der Arbeiterklasse in den vergangenen Jahrzehnten noch nichts endgültiges darüber aus, ob sie nicht vielleicht doch noch irgendwann einmal so etwas wie die revolutionäre Kraft sein wird. Nur müßte man, wenn man sich daran festklammert, neue Begründungen und Erklärungen vorweisen, die darauf hindeuten. So, wie zur Zeit offenbar in der DKP wieder über die Notwendigkeit einer revolutionären kommunistischen Arbeiterpartei diskutiert wird, sieht es nicht nach Erklärungen und Untersuchung der Vergangenheit aus, sondern nach dem Verkünden von Glaubenssätzen, mit denen der Marxismus endgültig ins Reich des Glaubens verlegt wird.

Das vergangene Jahrhundert Praxistest für die revolutionäre Arbeiterbewegung spricht jedoch, wenn man vorsichtig und vorläufig Bilanz ziehen will, eher gegen als für die Lehre von der historischen Mission der Arbeiterklasse - oder gegen das, was man in den kommunistischen Parteien dafür gehalten hat.

Es gibt Strömungen im Marxismus, die schon immer gesagt haben, was da im Osten entstand, war eh kein Sozialismus, deshalb kann auch mit den Systemen des Ostens nicht der Sozialismus gescheitert sein. Dieser Auffassung schließen sich eifertig etliche derer an, für die der reale Sozialismus bislang ein geheiligter Ort war. Dieser Versuch, aus der Klemme zu kommen (wie ihn z.B. Prof. Holz in der UZ vom 11.1.91 vornahm), hilft nicht viel. Der reale Sozialismus - der ja durchaus verschiedene Varianten hatte, von der SU über China bis Jugoslawien oder Cuba - war die Form, in der der Marxismus geschichtlich zur Staatsdoktrin geworden ist. Insofern sagt das Scheitern dieser Länder noch nicht, daß der Sozialismus oder der Marxismus ein für alle Mal gescheitert seien. Aber es sagt doch aus, daß der konkret-historische Versuch, die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen zu überwinden, gescheitert ist.

Was sagt die sozialökonomische Stellung der Arbeiterklasse aus?

Aber auch, wenn wir uns die sozialökonomische Lage der Arbeiterklasse entkleidet vom Wunsch- oder besser Zweckdenken ansehen, spricht allzuviel gegen die direkte Ableitung einer revolutionären historischen Mission aus ihr. "Die" Arbeiterklasse als eine relativ homogene gesellschaftliche Gruppe gibt es so, wie wir sie gesehen haben, nicht mehr. Zwar gibt es nach wie vor die sozialökonomische Bestimmung aus der Stellung im Produktionsprozeß heraus. Aber selbst dann ist sie viel umfassender, als in der klassischen, immer noch verwandten Begrifflichkeit. Die Differenzierung zwischen verschiedenen Teilen der abhängig Beschäftigten ist zum Teil größer, als die zwischen Teilen von ihnen und anderen gesellschaftlichen Schichten. Die Ausbeutungsverhältnisse bestehen fort, aber die soziale Lage der Klasse hat sich so sehr ausdifferenziert, daß die unmittelbare Ableitung eines geschichtlichen "Auftrages" daraus vielleicht noch auf einer abstrakten Ebene möglich ist, für die politische Praxis aber eher irreführend wird. Zu Marxens Zeiten war das anders, die Arbeiterklasse entwickelte sich erst zur Klasse für sich, ein recht einheitliches und erst (bei uns) sich nach dem zweiten Weltkriege auflösendes Arbeitermilieu bildete sich heraus. Die Art zu produzieren wirkte vereinheitlichend und die Existenzbedingungen der Arbeiterklasse waren - mit Ausnahme der korrumpierten Elemente - bundsmiserabel. Das fand Marx vor, das war Gegenstand seiner Untersuchungen, das gab ihm die Gewißheit, das Proletariat hätte nichts zu verlieren, als seine Fesseln. Die Zeiten haben sich geändert. Die Ausbeutungsverhältnisse sind mit dem Kapitalverhältnis immer universeller geworden. Untersucht mensch heute, welche Menschengruppen am unmittelbarsten unter den Ausbeutungsverhältnissen zu leiden haben, wird man kaum an die FacharbeiterInnen in den industriell entwickeltesten Ländern denken, sondern eher an die "Dritte Welt", auf deren Ausplünderung westlicher Wohlstand beruht, an die ehemals oder

noch sozialistischen Länder, die ökonomisch vollends den Bach runtergehen, oder an die von Neuer Armut Betroffenen in unserem Land. Sie haben allen unmittelbaren Grund, ihre Lage unerträglich und nicht mehr hinnehmbar zu finden, sie haben aber auch die geringsten Möglichkeiten, Wesentliches zu ändern. Betrachten wir die Arbeitenden im Westen, so ist für die Siemens-Beschäftigten die Frage nach der Umstellung auf Friedensproduktion vielleicht genauso bedeutsam wie die Lohnerhöhung, oder der Verzicht auf gesundheitsschädliche Produktionsverfahren gewichtiger als die nächste Höhergruppierung. Da ist es möglich, daß die Mitglieder einer Initiative für Verkehrsberuhigung viel direkter gegen das Klasseninteresse des Autoproduzenten kämpfen, als die Belegschaft des Automobilwerkes, die mehr Lohn dafür verlangt, daß sie weiter Autos produzieren kann. Nun war zwar auch bei Marx und Engels die objektive Lage der Arbeiterklasse und nicht ihr "Leiden" der Ausgangspunkt, aber beides war durchaus miteinander verbunden - damals ja auch sehr real. Die Dinge sind heute vielschichtiger geworden. Einfache - "objektive" - Erklärungsmuster dafür, wer wann auf der Seite des gesellschaftlichen Fortschritts zu finden ist, reichen nicht mehr hin. Wer allein aufgrund der sozialökonomischen Stellung im Prozeß der gesellschaftlichen Arbeit das Subjekt einer revolutionären Veränderung sucht, geht fehl. Er geht auch fehl, wenn er annimmt, es handele sich um eine große, relativ homogene, klar anhand objektiver Kriterien zu ordnende Gruppierung.

Den Marxismus beiseitelegen?

Nicht der Marxismus hätte versagt, sondern die MarxistInnen, speziell die in den kommunistischen Parteien organisierten. Denn die hätten den Marxismus deformiert. - So wird heute zum Teil von marxistischen WissenschaftlerInnen argumentiert, aber auch von MarxistInnen, die immer eine Distanz zum realen Sozialismus hatten. Sicher ist richtig, daß die kommunistischen Parteien den Marxismus zur reinen Zweckwissenschaft gemacht haben, ihn zur eigenen Machtabsicherung benutzt haben, Klasseninteressen definiert und gesetzt haben, ohne sie anhand der Realitäten immer wieder zu überprüfen. Richtig ist sicher auch, daß weder Marx und Engels noch gar Lenin je behauptet hätten, es gäbe so etwas wie einen naturwüchsigen Prozeß, in dem die Arbeiterklasse die Macht übernimmt. Doch ein gewisser Geschichtsautomatismus läßt sich aus den Werken von Marx und Engels herauslesen. Engels hat ja relativ spät auch darauf hingewiesen, daß die beiden ein (zu) starkes Gewicht darauf gelegt hatten, die gesellschaftlichen Verhältnisse aus den ökonomischen Basisprozessen heraus zu erklären. Mindestens hier läßt sich sagen, daß Verkürzungen und Vereinfachungen, die sich dann in der kommunistischen Weltbewegung durchgesetzt hatten, nicht von ungefähr kamen. Die Ableitung des Subjektes der Veränderung allein aus der sozialökonomischen

Stellung der Arbeiterklasse beraus war jedenfalls ein Fehler, der m. E. bei Marx und Engels seinen Keim findet. Die Bezugnahme auf dieses Subjekt, die Gründung der Kommunistischen Parteien mit der Orientierung auf die Durchsetzung der historischen Mission der Arbeiterklasse mag im realen geschichtlichen Werdegang längere Zeit seine Logik gehabt haben, kann aber schon seit Jahrzehnten nicht mehr hinreichen für den Kampf um gesellschaftlichen Fortschritt. Mir scheint, die Verkürzung des ganzen Marxismus auf den Kampf der Arbeiterklasse - oder besser: der Parteien, die sich für ihre Avantgarde hielten - um die Macht hat entscheidend dazu beigetragen, die Frage nach dem Sinn des Kampfes, nach den emanzipatorischen Inhalten zu verdrängen.

Damit war auch der Grundstein gelegt für alle Verballhornungen der Wissenschaft zur Absicherung der eigenen Macht.

Vielleicht ist es so, daß die MarxistInnen es nicht vermocht haben, den Marxismus so weiterzuentwickeln, daß er den gesellschaftlichen Erfordernissen des zwanzigsten Jahrhunderts gerecht werden konnte. Ganz bestimmt aber war es ein Fehler des organisierten Marxismus, die Wissenschaft ihrer Lebendigkeit beraubt und aus ihr ein Dogmengebäude gemacht zu haben. Und dieser Fehler kann wohl nicht unabhängig vom Marxismus selbst gesehen werden.

Das soll nicht dazu verleiten, den ganzen Marxismus beiseitezulegen, aber dazu, immer wieder genauer nachzusehen, was seine Gültigkeit hat, was heute anders gesehen werden muß oder welche gesellschaftlichen Entwicklungen frühere Befunde modifizieren, korrigieren oder über den Haufen werfen. Es soll an dieser Stelle nicht ausführlicher untersucht werden, aber m. E. bietet der Marxismus nach wie vor ein recht umfangreiches Instrumentarium, die Welt zu erkennen, gesellschaftliche Interessen und Bewegungen zu analysieren, Möglichkeiten der Veränderung wahrzunehmen. Die Wechselverhältnisse von Produktivkraftentwicklung und Produktionsverhältnissen, die Untersuchung der politischen Ökonomie des Kapitalismus, die materialistische Dialektik und die historische Tendenz zur Abschaffung aller Ausbeutungsverhältnisse - all das, was Marx und Engels hierzu an Untersuchungsergebnissen vorgelegt haben, lohnt sich weiterhin erschlossen zu werden - wenn man sie der Dogmen entkleidet, in die sie eingepreßt wurden.

Was bleibt von der Arbeiterklasse?

Enttäuscht von der Arbeiterklasse können eigentlich nur jene sein, die zuviel in sie hineininterpretiert haben. Anders gesagt: Dafür, daß eine bestimmte Strömung des Marxismus in der Arbeiterklasse per se die geschichtsmächtige Zukunftskraft geliebt hat, daß wir sie für etwas vergöttert haben, das sie nicht oder meist nicht war, dafür ist die Arbeiterklasse nicht

verantwortlich. Viele enttäuschte Liebhaber wenden sich ab und sagen sich, sie hat unsere Zuwendung nicht verdient. Andere können sich ihre Lebenslüge nicht eingestehen und vergöttern die Klasse ihrer Sehnsucht weiter - vorwiegend aus der Ferne - und tun sich selbst etwas Gutes, indem sie sich weiter zur Avantgarde der Klasse erklären und lieber nicht genau hinsehen, was real in der Klasse vor sich geht. Der Autor selbst versucht, sich aus der Rolle des wunschdenkenden und überinterpretierenden Liebhabers zu lösen, und genauer hinzusehen.

Aus dieser Sicht betrachtet, bleibt die Arbeiterklasse - oder besser, weil weniger belegt: bleiben die Lohnabhängigen - die große gesellschaftliche Gruppe, die weitgehend vom Eigentum und von der Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel des gesellschaftlichen Reichtums und deren Ergebnissen ausgeschlossen ist. Sie verkauft ihre Ware Arbeitskraft und hat sich zur Wahrnehmung ihrer - recht differenzierten - Interessen mit starken Organisationen versehen. Es gibt aus ihrer Stellung im Produktionsprozeß heraus nichts, was die Lohnabhängigen zu Anhängern von Kriegen, ökologischen Katastrophen, der Ausplünderung der armen Länder oder der Ausländerfeindlichkeit machen würde. Ein objektives Interesse an diesen Folgen von Ausbeutungsverhältnissen jedenfalls haben die Lohnabhängigen nicht, ihr objektives Interesse steht weiter dagegen.

Das ist wichtig zu wissen. Weil es zeigt, daß es bei den Lohnabhängigen nach wie vor keine objektiven Schranken gibt, an den bestehenden Verhältnissen zu rütteln. Konkret jedoch gibt es zwischen großen Teilen der Lohnabhängigen und dem Kapital auf Betriebs-, Branchen- und Nationen-Ebene so etwas wie einen Interessenkorporatismus, der seine Grundlage durchaus in den unmittelbarsten Arbeitsplatzinteressen hat. Das Motto "geht es meinem Betrieb gut, geht es auch mir gut" vereinfacht sicher, aber es drückt Alltagserfahrung aus. Die Konkurrenz des Kapitals einer Branche wurde zur Konkurrenz der Belegschaften untereinander, die internationale Konkurrenz von Kapitalgruppen wurde zur Konkurrenz zwischen den Beschäftigten des einen zu denen des anderen Landes. Keine neue Erkenntnis, aber sie zeigt sich immer wieder neu. Wenn es darum geht, den Arbeitsplatzabbau in einzelnen Betrieben zu verhindern, fehlt nicht von ungefähr oft die Solidarität der anderen Betriebe der Branche.

Wenn es um die Notwendigkeit des ökologischen Umbaus geht, sind die Automobil- oder Chemiebelegschaften in der Regel nicht die Fahnenträger dafür, und die Beschäftigten im Rüstungsbetrieb mögen wohl für Friedensproduktion sein, zeigen aber zunächst mit dem Finger darauf, daß woanders ja auch Waffen produziert werden usw.

Das alles spricht gar nicht gegen die lohnabhängig Beschäftigten. Wenn keine Ansätze für die eigene Perspektive da sind, will keiner etwas ändern, das ist nur normal. Aber es spricht dafür, daß in der Arbeiterbewegung für fortschrittliche Ziele gewirkt wird. Und zwar mit dem Bewußtsein, daß es nicht den geraden Weg vom Kampf um die Verteidigung des Arbeitsplat-

zes zum Kampf um die Veränderung der Gesellschaft gibt. Sondern daß es innerhalb der Arbeiterbewegung darum geht, so etwas wie ein neues Fortschrittsverständnis durchzusetzen.

Ohne Arbeiterbewegung keine Hegemoniefähigkeit von Fortschrittsideen

Warum gerade innerhalb der Arbeiterbewegung? Weil m.E. gesellschaftsverändernde Ideen nur dann hegemoniefähig werden können, wenn sie die Arbeiterbewegung real ergreifen. In dieser Hinsicht ist viel zu tun. Die Gewerkschaften haben sich Fragestellungen, wie sie von den "neuen sozialen Bewegungen" ausgegangen sind, nur sehr zögernd geöffnet. Konservative Positionen zur Umweltpolitik, in der Friedensfrage, der Gleichstellung der Frauen, gegenüber AusländerInnen haben in den Betrieben und Gewerkschaften eine starke Basis.

Das Schicksal der "neuen sozialen Bewegungen" hat gezeigt, daß ohne die Arbeiterbewegung tiefgreifende und dauerhafte Veränderungen kaum möglich sein werden. Sie haben zwar Bewußtseinsprozesse in weiten Bereichen der Gesellschaft in Gang gesetzt. Selbst die CDU muß ökologischen Fragen Rechnung tragen. Aber sie haben nichts daran ändern können, daß CDU/CSU und FDF seit fast einem Jahrzehnt die Regierung stellen. Und auch nicht daran, daß etablierte Parteien diese Fragen systemintegrativ verarbeitet haben.

Es gibt gerade derzeit alle Gründe, in der Arbeiterbewegung dafür zu wirken, daß die von den Gewerkschaften organisierten Verteidigungskämpfe in der ehemaligen DDR massiv geführt werden, aber nicht die gesamte gewerkschaftliche Strategie allein bestimmen. Es wird darum gehen, daß angesichts des Siegeszuges des Kapitalismus nicht nur soziale Errungenschaften beibehalten werden. Sondern daß auch an der innergewerkschaftlichen Debatte über eine "andere Zukunft" weitergearbeitet wird, daß Demokratie-, Frauengleichstellungs-, Friedens- und Ökologiefragen nicht wieder unter die Räder geraten. Es kommt den Linken zu, mit und in der Arbeiterbewegung die Diskussion um eine andere gesellschaftliche Entwicklungslogik zu führen. Um eine Entwicklungslogik, die den Menschen dient, und die nicht von der Fortführung der Ausbeutungsverhältnisse bestimmt wird. Innerhalb der Gewerkschaften ist aufgrund der Entwicklungen der letzten Jahre die Tendenz, über das bestehende System hinauszublicken, eher zurückgegangen. Hier wird es daher erforderlich sein, an der Erarbeitung eines neuen Zukunftsbildes mitzuwirken.

Manfred Müller, Barbara Lietz, Jürgen Jungnickel:

Zur Erstveröffentlichung des Originalmanuskripts zum 3. Buch des "Kapitals" in der neuen Marx-Engels-Gesamtausgabe (MEGA²)

Vorbemerkung

Seit dem 6. März 1991 liegt die verhängnisvolle Entscheidung der "Regierungskommission für Parteivermögen" vor. Darin wird die Sperrung sämtlicher Konten der "MEGA-Stiftung Berlin e.V." beschlossen, womit die weitere Herausgabe der Marx-Engels-Gesamtausgabe einschneidend erschwert, wenn nicht gar völlig unmöglich wird. Damit scheinen sich die schlimmen Befürchtungen seitens all derjenigen, die sich mit einer Spur von Respekt, sei er positiv, neutral oder ablehnend, auf das Marx-Engels'sche Werk beziehen, zu bestätigen, daß nämlich der erste Abbruch einer MEGA vom Stalinismus und der zweite Abbruch von der deutschen Bundesregierung vollzogen wird. Das Gesamtwerk von Marx und Engels soll unerschlossen in den Archiven bleiben, seine freie Erforschung wird blockiert. Marxismus als armseliger Kellergeist statt als Gespenst, das durch Europa jagt. Es ist nicht nur bei Marxisten der Eindruck entstanden, daß eine Art von "ideologischer Rache" genommen werden soll, für welche diese Bundesregierung sogar einen internationalen Skandal in Kauf zu nehmen bereit ist.

Viele Wissenschaftler und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens haben bereits ihre Empörung über diesen brutalen Eingriff in das weltweit hochangesehene editorische Unternehmen MEGA geäußert.

Statt einer weiteren Resolution an die Bundesregierung habe ich der Redaktion vorgeschlagen, die wissenschaftliche Einleitung zu dem nächsten MEGA-Band abzudrucken, dessen Erscheinen so wichtig und zugleich so gefährdet ist. Bei dem - so gut wie druckfertigen - MEGA-Band handelt es sich um das zweite Buch des vierten Bandes der II. Abteilung, das den dritten Band des "Kapital" in der Marxschen Urfassung aus den Jahren 1864/65 enthält. Dem Leser ist bislang nur die von Engels aus diesem Material zusammengestellte Veröffentlichung von 1894 bekannt.

Der Entwurf der Einleitung zum Marxschen Urtext des dritten Bandes des "Kapitals" wurde am 2. Februar 1991 in Berlin auf einem vom Fachbereich Politische Wissenschaften der Freien Universität zusammen mit der MEGA-Stiftung Berlin e.V. getragenen Kolloquium mit internationalen Marx-Engels-Forschern beraten. Dort gemachte Korrekturvorschläge sind in unserem auszugsweisen Abdruck noch nicht enthalten.

Winfried Schwarz

Das vorliegende zweite Buch des vierten Bandes der II. Abteilung enthält den Entwurf des dritten Buches des "Kapitals", von Marx mit "Die Gestaltungen des Gesamtprozesses" betitelt. Er entstand zwischen dem Sommer 1864 und Dezember 1865 als abschließender Teil des Manuskripts 1863-1865. Friedrich Engels bezeichnete den Entwurf des dritten Buches als das "Hauptmanuskript"¹. Zusammen mit dem Komplex von Manuskrip-

¹ Friedrich Engels: Vorwort. In: Karl Marx: Das Kapital. Dritter Band, erster Theil, Hamburg 1894, S. VI.

ten "Zu Buch 3 gehöriges"², einigen Ansätzen für die Umarbeitung des 1. Kapitels: Kostpreis und Profit, einem Manuskript mit mathematischen Berechnungen des Verhältnisses von Mehrwertrate und Profitrate und anderen Materialien³ bildete es die Grundlage der 1894 veröffentlichten Fassung des dritten Bandes des "Kapitals". Diese Ausgabe besorgt zu haben, ist das Verdienst von Engels.

Der Entwurf des dritten Buches wird hier originaltreu dargeboten, in der überlieferten Sprache und Struktur. Das bedeutet im einzelnen: Die ersten beiden Punkte "Mehrwert und Profit" und "Kostpreis", einschließlich der Fußnote "d" über das Verhältnis von Mehrwertrate und Profitrate, konnte Engels mit jenen von Marx später verfaßten Aufsätzen beziehungsweise Manuskripten verknüpfen; das Material der folgenden Punkte "Ökonomie in Anwendung des konstanten Kapitals" und "Schwankungen im Preis des Rohmaterials..." kürzte Engels stark und grupperte es um. Diese Punkte werden in der Urfassung ediert. Im 4. Kapitel befinden sich die Zitate aus James Steuarts' "An inquiry into the principles of political economy...", die Engels wegließ. "Die Konfusion" und die dazugehörige, anschließende Materialsammlung, enthalten im 5. Kapitel, sind in der Ordnung von Marx dargeboten, die sich erheblich von der Engelsschen unterscheidet. Die drei Punkte des 6. Kapitels: "Einleitendes", "Die absolute Grundrente" und "die Differentialrente" werden in der Abfolge der Niederschrift wiedergegeben, obwohl ein diesbezüglicher Hinweis von Marx die Umstellung gestattet hätte, die Engels durchführte. Die Edition ist frei von jeglichen Eingriffen, textlichen/terminologischen Veränderungen, Kürzungen oder Umstellungen, die Engels vornahm, und ebenso von Einfügungen seinerseits.

Der Entwurf des "Kapitals", den Marx zwischen Sommer 1863 und Dezember 1865 verfaßte, behandelte den Wert und die durch die Konkurrenz des Kapitals bedingten, hauptsächlich Wertmodifikationen - Marktwert und Produktionspreis, den Mehrwert und den Durchschnittsprofit sowie die besonderen Formen des Mehrwerts: industrieller Profit, Rente und Zins, den Wert der Ware Arbeitskraft und den Arbeitslohn. Marx wollte nichts drucken lassen, bevor das Ganze vor ihm lag⁴. Schließlich dachte er an das gleichzeitige Erscheinen der drei Bücher in zwei Bänden⁵. Das hing für ihn ursächlich mit der Aufgabe der ökonomischen Wissenschaft zusammen, hinter der sichtbaren, bloß erscheinenden Bewegung den inneren, notwendigen Zusammenhang der kapitalistischen Produktionsweise, die tatsächliche Bewegung theoretisch zu begreifen.⁶ In diesem Falle stand der Erkenntnisprozeß vor grundsätzlichen, durch das Wirken der Konkurrenz hervorgerufenen Schwierigkeiten. Die Konkurrenz

² MEGA² II/4.3.

³ MEGA², II/15 und II/16.

⁴ Marx an Engels, 31. Juli 1865.

⁵ Marx an Wilhelm Liebknecht, 15. Januar 1866 und Ludwig Kugelmann, 13. Oktober 1866.

⁶ S. 385/386.

läßt das Wesen der Verhältnisse praktisch und im Bewußtsein von Kapitalist und Lohnarbeiter verkehrt, in gegensätzlicher Form erscheinen.⁷

Die Produktivkräfte der gesellschaftlichen Arbeit wandeln sich in Produktivkräfte des Kapitals um, so daß die der Arbeit eigenen, gegenständlichen Bedingungen ihr als fremde, verselbständigte soziale Macht gegenüber treten. Es findet eine Verkehrung von Subjekt und Objekt statt, eine Verdinglichung der sozialökonomischen Verhältnisse. Marx nannte es auch "die Versubjectivierung der Sachen, die Versachlichung der Subjekte"⁸. Sofern Produktion und Distribution als Einheit betrachtet werden, tritt das Kapital als sich selbst erzeugendes und sich selbst reproduzierendes Verhältnis auf. Dieser sachliche Schein, in dem für die Analyse der sozialen Beziehungen zentralen Begriff Fetischismus fixiert, war (vollständig) aufzulösen und die darin befangene Denkweise einer Kritik zu unterziehen. Also mußten Forschung und Darstellung einerseits aus den Erscheinungsformen die verhüllte, mystifizierte Kerngestalt herausanalysieren und die ihr entsprechenden Begriffe fixieren; andererseits galt es zu erklären, weshalb sich das Wesen in bestimmten konkreten Erscheinungsformen manifestiert. Es war das hauptsächlich Resultat der jahrzehntelangen Selbstverständigung von Marx, den dialektisch-widersprüchlichen Zusammenhang von Wesen und Erscheinung erkannt zu haben, der jetzt öffentlich darzulegen beziehungsweise zu verbreiten war.

... Die darstellungsmethodisch unterschiedlichen Entwürfe des dritten Buches des "Kapitals", die zwischen 1857 und 1865 entstanden, reflektieren einen langwierigen, keineswegs gradlinigen Forschungsprozeß. Schon die Überschriften: "Dritter Abschnitt, Das Capital als Frucht bringend. Zins. Profit. (Produktionskosten etc.)"⁹, "Drittes Capitel: Capital und Profit."¹⁰ und "Die Gestaltungen des Gesamtprocesses" verweisen auf den Umbau des ursprünglichen Planes einer Kapitalismusanalyse. In den "Grundrissen" nahm Marx noch an, daß die Modifikation des Wertes in den Produktionspreis akzidentell ist, nicht das Wesen des Kapitals selbst betrifft. Der Ausgleichsprozeß des Mehrwerts, dessen Verteilung unter einzelne Kapitalisten beziehungsweise (besondere) Gruppen von Kapitalisten, geht - wie er dort bemerkte - aufgrund einer allgemeinen Profitrate und des Gleichsetzens der Preise vonstatten. Das Grundgesetz, wonach der Warenwert durch die in ihm enthaltene Arbeit bestimmt ist, erhalte in der Konkurrenz weitere Formbestimmungen, so die von Nachfrage und Zufuhr, Produktionskosten und Preis, Profit und Zins; und da erscheint es, als ob jenes Gesetz umgeworfen würde.¹¹ Das wissenschaftliche Problem, wie es zur

⁷ S. 279.

⁸ MEGA² II/3.4. S. 1494.

⁹ MEGA² II/1.2. S. 619.

¹⁰ MEGA² II/3.5. S. 1598.

¹¹ MEGA² II/1.2. S. 541.

Herausbildung der Durchschnittsprofitrate kommt, löste Marx in diesem Manuskript nicht, und er merkte vor: "Das Weitere gehört in den Abschnitt von der Konkurrenz."¹²

Im Manuskript "Zur Kritik der politischen Ökonomie (1861-1863)", hauptsächlich in den "Theorien über den Mehrwert", begründete Marx seine Auffassungen von Durchschnittsprofit und Produktionspreis sowie von den besonderen, verwandelten Formen des Mehrwerts: Profit, Rente und Zins. Dabei stieß er auf den Zusammenhang zwischen dem Wert sowie dem Mehrwert in reiner Gestalt und diesen Formen, die es von ihrer Grundlage ausgehend zu entwickeln galt: durch den Nachweis der "unsichtbaren Mittelglieder", der "Vermittlungen" oder "Verwandlungen", wie es Marx nannte¹³. Die Erklärungen des Wertes und des Mehrwertes waren faktisch unvollständig, solange von der Realisierung in der kapitalistischen Konkurrenz abstrahiert wurde. Gleiches galt, wenn die Analyse des Durchschnittsprofits beim industriellen Kapital stehen blieb, also die beiden Teilungen des Profits in industriellen und kommerziellen Profit sowie in Zins und Unternehmungsgewinn nicht einbezog und auch die spezifischen Formen des Mehrwertes in der Landwirtschaft, die Differentialrente und die absolute Rente, nicht beachtete. Alle diese Formen gehören zum Wesen, zur Kerngestalt des Kapitals.

Der kritische Diskurs veranlaßte Marx, die eigene Position zu überprüfen, die der konsequenten Trennung zwischen dem "Kapital im Allgemeinen" und der "reellen" Bewegung der Kapitale - Konkurrenz und Kredit. Er entschied sich, die wichtigsten Formunterschiede der ökonomischen Verhältnisse, die unmittelbaren Erscheinungsformen des Wesentlichen, in der Darstellung des Kapitalverhältnisses zu berücksichtigen, wie der Planentwurf von Dezember 1862 ausweist. Es war der Aufbauplan des "Kapitals", den Marx partiell noch veränderte. Schließlich sollten die Verwandlung der Werte in Produktionspreise, des Mehrwerts in die Formen des Profits, der Rente und des Zinses systematisch, in zusammenhängender Form erklärt werden

... In den "Grundrissen..." stellte Marx fest, daß die dem Kapital immanenten Gesetze, seine Tendenzen, in der Konkurrenz erst realisiert werden; auch wenn sie die Gesetze dieser Produktionsweise nicht etabliert, ist sie doch deren Exekutor¹⁴. Konkurrenz besagt, die Kapitale bekämpfen sich gegenseitig, üben Zwang aufeinander aus, und durch diesen äußeren Zwang, die Zwangsgesetze der Konkurrenz, treten die verborgen wirkenden, die Produktion beherrschenden Gesetze hervor. Sie werden durch die Konkurrenz wirklich, deren Entfaltung folglich entscheidende Realisierungsbedin-

¹² MEGA² II/1.2. S. 347.

¹³ MEGA² II/3.4. S. 1487.

¹⁴ MEGA² II/1.2. S. 448 und 625.

gung für diese Gesetze ist. Insofern wirkt die Konkurrenz als Triebkraft des ökonomischen Fortschritts. Marx charakterisierte sie als den "wesentlichen Locomotor der hürgerlichen Ökonomie"¹⁵. Sie aktiviert das Handeln der Kapitalisten mittels Druck und richtet ihr Wirken aus.

Schließlich erarbeitete sich Marx genauere Kenntnisse über den Durchsetzungsmechanismus des Wert- und des Mehrwertgesetzes, wobei er die vielfältigen Erscheinungen der Konkurrenz differenzierte. Das bezeichnete er - in den "Theorien..." - den Produktionspreis als Abstraktion aus der Konkurrenz¹⁶. Im Entwurf des dritten Buches charakterisierte er die Bildung einer Durchschnittsprofitrate als die Hupterscheinung der Konkurrenz. "Es ist sogar Gesetz, daß der industrielle Capitalist nicht den ganzen Mehrwerth realisiert, vielmehr seinen hrethren im commerce etc. überläßt, einen Theil desselben zu realisiren. Die Vertheilung des Profits unter verschiedene Klassen hängt mit diesem Gesetz zusammen."¹⁷ Ein späterer Entwurf des ersten Kapitels birgt an dieser Stelle eine modifizierte Feststellung. Da verstand Marx "das Gesetz, welches die allgemeine Profitrate und die durch sie bestimmten sog. Produktionspreise regelt", als "das bisher von der politischen Ökonomie unbegriffne Grundgesetz der kapitalistischen Konkurrenz"¹⁸. In dem Sinne enthält der allgemeine Begriff des Kapitals lediglich Aussagen über das regelnde Prinzip, wurde die Konkurrenz nur soweit einbezogen, wie es "die Behandlung der übrigen Themata erheischt"¹⁹. Das "Kapital" umfaßt keine Betrachtung der wirklichen Bewegung der Konkurrenz, sie lag außerhalb des Planes von Marx.²⁰

Sofern der Gesamtzusammenhang des dritten Buches mit dem Planentwurf von Dezember 1862 und weiteren im Kontext von Forschungsergebnissen getroffenen darstellungsmethodischen Aussagen verglichen wird, zeigt sich, daß bestimmte theoretische Probleme noch gelöst wurden, andere jedoch offen blieben, Marx sich einigen Phänomenen der kapitalistischen Produktionsweise bewußt nicht zuwandte, weil sie außerhalb seines Forschungsfeldes lagen. Das gilt für den Marktpreis, den Ersatz der reinen Zirkulationskosten, die einzelnen Instrumente des Kreditwesens und das fiktive Kapital ebenso, wie für detaillierte Untersuchungen des Grundeigentums und der Lohnarbeit, der Krise und der Weltmarktbeziehung des Kapitals. Wie Marx im Entwurf des dritten Buches dachte, gehören die konkreten Formen der kapitalistischen Produktionsweise der etwaigen Fortsetzung des "Kapitals" an²¹. Sein Werk handele von der allgemeinen Natur des Kapitals. Da "wird überhaupt immer vorausgesetzt, daß die

¹⁵ MEGA² II/1.2. S. 448.

¹⁶ MEGA² II/3.3. S. 979.

¹⁷ S. 56.

¹⁸ Karl Marx: Das Kapital. Dritter Band, erster Theil...S. 12.

¹⁹ Marx an Louis Kugelmann, 6. März 1868.

²⁰ S. 853.

²¹ S. 178.

wirklichen Verhältnisse ihrem Begriffe entsprechen oder was dasselbe, werden die wirklichen Verhältnisse nur dargestellt, so weit sie ihren eignen allgemeinen Typus ausdrücken²².

... Einleitend erörterte Marx allgemein das Verhältnis von Mehrwert/Mehrwerttrate und Profit/Profitrate, unterschied auch zwischen der objektiven Bestimmung des Kostpreises und der subjektiven, vom Standpunkt des Kapitalisten²³, also eigentlich zwischen kapitalistischer und wirklicher Kost, fixierte den Kostpreis jedoch nicht unbedingt als notwendige Ausgangskategorie zur Erklärung der Phänomene, wie sie in der Konkurrenz der Kapitale auftreten. Im ersten Kapitel beschäftigten Marx noch mögliche Variationen des Verhältnisses von Mehrwerttrate und Profitrate, offensichtlich ohne zu einem Schluß zu gelangen. Immer wieder unternahm er einen Versuch, wesentliche Schlußfolgerungen dieser Entwicklung schematisch zusammenzustellen²⁴, die Gesetze des Verhältnisses von Mehrwerttrate und Profitrate zu fixieren. Aber er vermerkte auch, und das konnte analog für andere theoretische Punkte im Manuskript gelten: "Es wird daher bei der letzten Redaction dieser Geschichte nur das Rationelle herauszunehmen sein. Für die Untersuchung selbst ist es natürlich nöthig in all diese Details einzugehen, bei Leibe aber nicht für den Leser."²⁵ Endlich wußte Marx schon, daß der Einfluß des Kapitalumschlags auf die Profitrate zu bedenken ist, worauf eine Überschrift²⁶ und Ausführungen im Entwurf des zweiten Buches verweisen²⁷. Er schloß diese Lücke aber nicht. Für die Punkte "3) Ökonomie in Anwendung des konstanten Kapitals" und "4) Preisschwankungen des Rohmaterials", deren Material vornehmlich aus Berichten der Fabrikinspektoren stammt, ist die Rohform charakteristisch.

Als das erste Buch: "Der Produktionsprozeß des Kapitals" vorlag, wandte sich Marx nicht dem zweiten Buch: "Der Zirkulationsprozeß des Kapitals" zu, sondern dem dritten, genauer gesagt, dem zweiten Kapitel des dritten Buches, das dem Durchschnittsprofit und dem Produktionspreis gewidmet ist. Erst danach verfaßte er das erste Kapitel und schließlich das dritte. Marx beschäftigte sich also mit diesem Problem, ohne daß es das Kapitel über die Verwandlung von Mehrwert in Profit in der vorliegenden Gestalt, viel weniger noch in einer druckfertigen gah. Möglicherweise erschien ihm

²² S. 215.

²³ S. 54.

²⁴ S. 22.

²⁵ S. 83.

²⁶ S. 208.

²⁷ MEGA² II/4.1. S. 262 und 266.

die Anlage dieses Punktes im Manuskript 1861-1863²⁸ zunächst ausreichend.

... Über das Gesetz des tendenziellen Falls der Durchschnittsprofitrate, das Gegenstand des dritten Kapitels ist, bemerkte Marx in den "Grundrissen", es sei "in jeder Beziehung das wichtigste Gesetz der modernen politischen Ökonomie und das wesentlichste, um die schwierigsten Verhältnisse zu verstehen. Es ist vom historischen Standpunkt aus das wichtigste Gesetz"²⁹. In kritischer Auseinandersetzung mit Auffassungen von Smith, Ricardo u.a. traf Marx dort erste Feststellungen über das Gesetz als solches. Er benannte auch entgegenwirkende Faktoren, deren Analyse er im Manuskript 1861-1863 vorantrieb. Im Entwurf des dritten Buches stellte er noch gesondert und über diese beiden Punkte hinausgehend die inneren Widersprüche des Gesetzes heraus.

Marx behandelte dieses Gesetz absichtlich vor der Betrachtung des Auseinanderfallens des Profits in seine besonderen, verselbständigten Fragmente. "Die Unabhängigkeit dieser Darstellung von der Spaltung des Profits in verschiedene Teile, die verschiedenen Kategorien von Personen zufallen, beweist von vornherein die Unabhängigkeit des Gesetzes in seiner Allgemeinheit von jener Spaltung und von den gegenseitigen Verhältnissen der daraus entspringenden Profitkategorien."³⁰ Marx wollte vor allem sagen, daß der Profit, um den es bei diesem Gesetz geht, dem Wesen nach von der Lohnarbeit geschaffener Mehrwert im Verhältnis zum gesellschaftlichen Gesamtkapital ist, und seine Verteilung unter die verschiedenen Kapitalistengruppen demgegenüber eine sekundäre Operation. Es ist ein Gesetz, das die Entwicklungstendenz des Verwertungsgrades eines durch die industriellen Kapitale konstituierten Gesamtkapitals enthüllt.

... Der Ausarbeitung der Kapitel über kaufmännisches und zinstragendes Kapital lagen konzeptionelle Überlegungen in "Revenue and its sources"³¹ zugrunde. Dieser Schlußteil der "Theorien..." enthält die These, wonach das Kaufmanns- und das Wucherkapital - ältere und an sich selbständige Kapitalformen - im Entstehungsprozeß des industriellen Kapitals erst gebrochen und diesem Kapital unterworfen werden. Sie werden "in abgeleitete oder besondere Funktionen seiner selbst", in "Formen seines eigenen Lebensprozesses" umgewandelt³². Also erscheint das kapitalistische Kreditsystem ebenso als Frucht des industriellen Kapitals, als dessen eigene Schöpfung, wie das kaufmännische Kapital als eine

²⁸ MEGA² II/3.5. S. 1598-1606.

²⁹ MEGA² II/1.2. S. 622.

³⁰ S. 288.

³¹ MEGA² II/3.4. S. 1450-1539.

³² MEGA² II/3.4. S. 1465.

Funktion des industriellen. In den "Grundrissen..." finden sich noch keine Untersuchungen zur Funktion und Wirkungsweise des kaufmännischen und zinstragenden Kapitals. Da beschäftigte Marx noch das Werden des Kapitals und damit die Rolle, die diese beiden Formen im Entstehungsprozeß der kapitalistischen Produktionsweise spielen. Erst nach "Revenue and its sources" entstand eine ausführliche Darstellung des kaufmännischen Kapitals - unter der Überschrift "Das mercantile Capital. Das im Geldhandel beschäftigte Capital"³³; derartiges über das zinstragende Kapital enthält das Manuskript 1861-1863 nicht, so daß die Forschungen im Entwurf des dritten Buches dann geradezu notwendig wurden.

Die hauptsächlichlichen Bestimmungen des kaufmännischen Kapitals entwickelte Marx bereits. Ausgehend von der Bewegung des Waren- und Geldkapitals in der Zirkulationssphäre charakterisierte er es als in der Zirkulationssphäre verselbständigte Form des Kapitals, welches als seine besondere Funktion die Prozesse der Zirkulation vermittelt. Marx war sich im klaren über die Quelle des merkantilen Profits und den Mechanismus seiner Aneignung, über den unproduktiven Charakter der rein kommerziellen Lohnarbeit und über die spezifische Wirkung des Umschlags beim kaufmännischen Kapital. Das Ganze reflektiert noch Selbstverständigung, ist überdies wenig gegliedert. In den Entwurf des dritten Buches gehen schließlich nicht alle Gedanken ein, aber die Begriffe sind schärfer gefaßt und die Darstellung strukturiert. Hauptsächlich betrifft das die Unterscheidung zwischen dem Geld- und Warenkapital als Funktionsbestimmtheiten im Kreislaufprozeß des industriellen Kapitals und dem Warenhandlungs- und Geldhandlungskapital als den beiden Unterarten des kaufmännischen Kapitals.

Für die Niederschrift des 5. Kapitels fand Marx im Manuskript 1861-1863 nur allgemeine Aussagen vor. Sie bedurften der Konkretisierung - angesichts eines entwickelten Bank- und Kreditsystems in England sowie heftiger geldtheoretischer Debatten. In den Durchsetzungsmechanismus der ökonomischen Gesetze der kapitalistischen Produktionsweise gehört nach der Ansicht von Marx auch das zinstragende Kapital. Vom Kreditsystem, seiner Funktion im Kapitalismus und seinen Wechselbeziehungen mit den Wirtschaftskrisen hatte er sich bereits zu Beginn der 50er Jahre ein Bild gemacht. Ein Beleg dafür sind die "Londoner Hefte 1850-1853", vor allem die Hefte I bis VII und die damit verbundenen Manuskripte "Bullion. Das vollendete Geldsystem" und "Reflection".³⁴ Nachdem die hauptsächlichlichen Aspekte der Wert- und der Mehrwerttheorie geschaffen waren, ergänzte Marx dieses Material durch neue Fakten und Daten - unter der Überschrift "die Konfusion" im Rahmen des dritten Buches. Er trieb damit gleichermaßen die kritische Analyse des zinstragenden Kapital voran.

³³ MEGA² II/3.5. S. 1545-1597 und S. 1682-1771.

³⁴ MEGA² IV/7 und IV/8.

Diese Manuskriptteile sind geprägt vom Studium und der Analyse des von Marx aus aktuellen Publikationen - vor allem Parlamentsberichten über das Bankwesen - und in den "Londoner Hefen 1850-1853" zusammengetragenen Tatsachenmaterials, insbesondere vom Vergleich der Pakten mit den Aussagen von bürgerlichen Ökonomen und Geschäftsleuten.

...

Marx schrieb nach Einleitung zunächst den Abschnitt über die absolute Grundrente: "c) Die absolute Grundrente", der im Druck als dritte Abstraktionsstufe nach der Differentialrente erscheinen sollte. Hierbei handelt es sich um die Form, in der der Grundeigentümer direkt und unmittelbar an der Mehrwertverteilung partizipiert und damit den Kernpunkt der Grundrententheorie. Wahrscheinlich nahm er diesen Abschnitt über die absolute Grundrente zuerst in Angriff, da dieses Thema im Unterschied zur allgemein anerkannten Differentialrente wissenschaftliches Neuland darstellte. Die Verwirklichung des Marxschen Hinweises, in der Darstellung die absolute Grundrente nach der Differentialrente zu behandeln³⁵, ermöglichte die methodische Verfahrensweise, erst von den Größendifferenzen der Renten zu abstrahieren und dann zum Wesen des kapitalistischen Grundeigentums vorzudringen. Da die Differentialrente auch ohne Kenntnis der absoluten Rente verstanden werden kann, können so alle Irrtümer und Mißverständnisse beseitigt werden, die das Verständnis der absoluten Rente trüben können. Im Unterschied zu den "Theorien..." wird die absolute Grundrente nicht durch Tabellen dargestellt.

Marx betonte bereits 1862, daß die Darstellung der Differentialrententheorie keine Schwierigkeit bereiten würde. Das Problem bestand nur darin, das umfangreiche Material auszuwerten, von der absoluten Rente zu trennen und zu systematisieren. Marx stellte zunächst die Bildung von nicht-agrikolem Surplusprofit bei Anwendung von monopolisierbaren Naturkräften dar. Eine erste Abstraktionsstufe der Darstellung wird durch den Übergang von einer allgemeinen Differentialrente zur agrikolen gebildet. In einer zweiten Stufe folgte die Untersuchung der spezifisch agrarischen Differentialrenten. Marx hatte an der Ricardoschen Differentialrententheorie auch deshalb Kritik geübt, da dieser die Probleme der Rente vereinfacht sah. Mit Akribie führte Marx bei der Darstellung der Differentialrente vielfältige Varianten und Kombinationsmöglichkeiten auf, die sich aus einer unterschiedlichen Verknüpfung der beteiligten Faktoren bei der Bildung der Differentialrente ergeben können, wie Verknüpfung der Differentialrente I mit der Differentialrente II, Entwicklung des Produktionspreises oder unterschiedliche Produktivität zusätzlicher Kapitalanlagen. Das dürfte auch eine Ursache dafür gewesen sein, daß sich das Manuskript zum sechsten Kapitel im Verlaufe seines Entstehens mehr als beabsichtigt

³⁵ S. 418.

ausweitete und Marx nach Beendigung der Arbeit Engels mitteilen mußte: "Was dies 'verdammte' Buch betrifft, so steht es so: Es wurde fertig Ende Dezember. Die Abhandlung über die Grundrente allein, das vorletzte Kapitel, bildet beinahe, in der jetzigen Fassung, ein Buch."³⁶

Das 7. Kapitel wurde eine zusammenfassende Betrachtung des Gesamtprozesses der kapitalistischen Produktion, die sich auf die Ausarbeitung "Revenue and its sources" im Manuskript 1861-1863³⁷ stützen konnte. Die Struktur dieses Kapitels bildete sich schrittweise heraus, entsprechend der Genesis der Marxschen Auffassungen vom Begriff des Kapitals. Im Plan für das Manuskript 1861-1863 dachte er noch an Arbeitslohn und Profit als Produktions- und Distributionsformen³⁸, während der Plan für das dritte Buch das Kapital in nahezu allen wichtigen Punkten skizzierte, bis auf den über den "Schein der Konkurrenz", der vor der Niederschrift hinzugesetzt wurde. Der Gedanke, etwas Grundsätzliches über "die Klassen" zu schreiben, war vom Anbeginn der Selbstverständigung da, beschränkte sich zunächst auf "Lohnarbeit und Kapital", hätte aber schließlich den sozialökonomisch determinierten Positionen von Kapitalisten, Grundeigentümern und Lohnarbeitern gegolten.

Im Entwurf des dritten Buches hielt es Marx für angebracht, sich kritisch mit Vorstellungen über verdrehte Formen auseinanderzusetzen. Er bemerkte: "Je weiter wir den Verwirklichungsproceß des Capitals verfolgen, um so mehr wird sich das Capitalverhältniß mystificiren und um so weniger das Geheimniß seines inneren Organismus bloßlegen."³⁹ Da tritt der Produktpreis als "begriffslose Form des Warenwerths"⁴⁰ auf. In Profit und Rente ist die Quelle des Mehrwerts schon verhüllt, im zinstragenden Kapital erscheint das Kapital sogar als mysteriöse und selbstschöpferische Quelle des Zinses, tritt der Zins als die absolute Veräußerlichung des Kapitals, die letzte Verkehrung der grundlegenden Produktionsverhältnisse auf⁴¹. Dabei benannte Marx das im sachlichen Schein befangene Denken - Fetischismus; und jene Präsentation des Kapitals, die die Bedingungen seiner Verwirklichung verhüllt - Mystifikation. Weil die Praxis der kapitalistischen Produktionsverhältnisse die Versachlichung reproduziert, Scheinformen setzt, das Wesen mystifiziert, ist die Defetischisierung eine ständige Aufgabe der Wissenschaft. In dem Sinne setzte sich Marx mit der Theorie der Produktionsfaktoren auseinander, formulierte er seine Aussagen über die kapitalistische Konkurrenz und das Verhältnis von Produktion und Distribution.

³⁶ Marx an Engels, 13. Februar 1866.

³⁷ MEGA² II/3.4. 1450-1539.

³⁸ MEGA² II/2. S. 262.

³⁹ S. 64.

⁴⁰ S. 272.

⁴¹ S. 462.

Wolfgang Jahn

Die Problemantinomie in der Entwicklung von Ware, Wert und Geld zwischen dem esoterischen und exoterischen Werk von Marx und die Folgen¹

Häufig wird in der Diskussion über das Werk von Karl Marx und Friedrich Engels übersehen, daß bisher nur etwa ein Drittel ihres literarischen Nachlasses veröffentlicht ist. Vermeintliche "Schwarze Löcher" lassen sich in vielen Fällen auflösen, wenn man die unveröffentlichten Exzerptheftchen der ersten und zweiten Verarbeitungsstufe oder die Marginalien in Büchern aus Marx' eigener umfangreicher Bibliothek zur Kenntnis nimmt.

"Schwarze Löcher" und "Defizite" sind nicht nur im Umgang von Marx mit zeitgenössischer Wissenschaftsentwicklung festzustellen, sondern auch in der Theorie selbst. Das mit beispielloser Intensität betriebene Studium des wissenschaftlichen Erbes und der zeitgenössischen ökonomischen und philosophischen Literatur ist eine wesentliche Ursache dafür, daß wir das ökonomische Hauptwerk von Marx nur als Torso besitzen. Der Mut zur Lücke im Studium hätte wahrscheinlich zu weniger Lücken in der Theorie geführt.

Ein Beispiel, wie unvollständige Edition der Marxschen Werke zu Mißverständnissen in der Theorie führen kann, ist die Diskussion des umfassenden Planes von 1857/58 in den 6 Büchern: Kapital, Grundeigentum, Lohnarbeit, Staat, auswärtiger Handel, Weltmarkt. Roman Rosdolski² hatte den meisten Marxforschern außerhalb der Sowjetunion seinerzeit voraus, daß er das ökonomische Manuskript von 1857/58, den ersten oder Rohentwurf des "Kapital" gründlich ausgewertet hatte.³ Aus dem Vergleich der Planentwürfe für das umfassende ökonomische Werk von 1857/58 mit dem finalen "Kapital" folgerte er, Marx habe den ursprünglichen Plan von 1857/58 verworfen und seine ökonomische Theorie in toto in den drei Bänden "Das Kapital" realisiert. Diese Auffassung wird bis heute von vielen Marxkennern geteilt. Rosdolski kannte jedoch nicht den zweiten (Manuskript 1861/63) und den dritten Entwurf des "Kapital" (Manuskript 1863/65), sowie die umfangreichen Forschungsmaterialien, die Marx bis ins hohe Alter anfertigte. Aus ihnen geht meines Erachtens eindeutig

¹ Diskussionsbeitrag auf der Tagung der AG Marx-Engels-Forschung über "Schwarze Löcher" bzw. Fragwürdigkeiten im Umgang mit zeitgenössischer progressiver Wissenschaftsentwicklung seitens Marx und Engels. (8./9. 6. 1991 in Frankfurt/M.)

² Roman Rosdolski: Zur Entstehungsgeschichte des Marxschen "Kapital", Frankfurt 1963.

³ Die Diskussion der 1939 in Moskau zum ersten Mal und 1953 zum zweiten Mal in Deutschland unter dem redaktionellen Titel "Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie" veröffentlichten Manuskripte erfolgte mit erheblichem Zeitverzug.

hervor: zu einer umfassenden Darstellung der Kritik der politischen Ökonomie gehört neben dem "Kapital" seinem allgemeinen Begriffe nach auch das Besondere und Einzelne in konkreteren Darstellungsstufen.⁴ Allerdings sollten "andre" auf der Grundlage des "Kapital" an diesem umfassenden Werk weiterarbeiten.⁵

Auch "Das Kapital" selbst ist ein Torso. Die drei bzw. vier Bände weisen einen unterschiedlichen Reifegrad der Bearbeitung durch Marx auf. Marx selbst⁶ wollte nach der Fertigstellung des allgemeinen Wesens des Kapitals, insbesondere den Abschnitt über die Konkurrenz schreiben, kam aber nicht mehr dazu. In den drei Bänden des "Kapital" entwickelte er parallel zur Darstellung des Wesens des Kapitals, wie es durch die Konkurrenz⁷ an der Oberfläche fetischartig verkehrt erscheint, und im dritten Band, wie durch die beiden Grundformen der Konkurrenz, d. h. die Konkurrenz im Allgemeinen, eine Modifikation des Wert- und Mehrwertgesetzes stattfinden.

Eine Rezeption der Marxschen ökonomischen Theorie, die auf das allgemeine Wesen des Kapitals beschränkt blieb, hatte für die auf Marx bezogene Theorie und Praxis negative Folgen. Für die Marx-Forschung ist die Rekonstruktion und Erschließung der Marxschen ökonomischen Theorie keineswegs abgeschlossen. Die Beachtung des Besonderen und Einzelnen neben dem Allgemeinen und die Erschließung der auf "Das Kapital" folgenden konkreteren Darstellungsstufen der ökonomischen Theorie können ein vertieftes Verständnis der ökonomischen Theorie von Marx wecken und wertvolle Denkanstöße für die ökonomische Analyse der Gegenwart bieten. Z. B. führte die These, daß bereits in "Das Kapital" die ursprünglich geplante selbständige Lehre von der Konkurrenz eingegangen sei, bei den nachfolgenden Generationen marxistischer Ökonomen zu einer folgenschweren Vernachlässigung der Analyse der realen Bewegung des Kapitals, d. h. des Wirkungsmechanismus der spontanen Durchsetzung der ökonomischen Gesetze durch das Zusammenstoßen der vielen Kapitale auf dem Markt. Das hatte vor allem für die sogenannte politische Ökonomie des Sozialismus fatale Auswirkungen, die man allerdings nicht Marx anlasten kann. Eine wesentliche Ursache bestand in dem undialektischen Verständnis der Beziehung zwischen Flan und Markt, der Wirkungsbedingungen der Kategorien Ware, Wert und Geld in einer auf dem gesell-

schaftlichen Eigentum an den Produktionsmitteln beruhenden Produktionsweise. Das Problem der Wirtschaftsrechnung im Sozialismus blieb ungelöst.

Im Werk von Karl Marx finden sich jedoch nicht nur "Schwarze Löcher", die durch die Rekonstruktion seiner geplanten umfassenden ökonomischen Theorie aufgelöst werden können, sondern auch einander widersprechende Aussagen, die im Sinne von Problemantinomien einer Klärung bedürfen.

Marx verwahrte sich wiederholt dagegen, ein fertiges System des Sozialismus zu schaffen. Er beschränkte sich auf die Darstellung der Bewegungsgesetze der kapitalistischen Produktionsweise, die diese zu einer transitorischen Form der Gesellschaftsentwicklung machen. In der strukturell-genetischen Darstellung der Totalität der kapitalistischen Produktionsweise, im Prozeß des Aufsteigens vom Abstrakten zum Konkreten, hat er sich im großen und ganzen auch an diesen Grundsatz gehalten. Ich betrachte diesen Teil der ökonomischen Theorie als den wissenschaftlichen Kern, den esoterischen Teil der Marxschen Theorie. Als Most Marx um kritische Anmerkungen zu seinem als Broschüre erschienenen populären Auszug aus dem 1. Band "Das Kapital" bat, hatte Marx keine Einwände zu Mosts abschließender Schlußfolgerung: "Oh die allmähliche Ablösung des kapitalistischen Eigentums oder die Wegnahme des Kapitals mit Einem Schlag von der Gesellschaft beliebt werden wird, oder wie sonst die Umwälzungen zu besiegeln und die Eröffnung einer neuen Kulturepoche zu vollziehen ist, wird sich eben zeigen und hängt von Umständen ab, die sich nicht voraussehen lassen."⁸

In der esoterischen Darstellung läßt Marx die Gestaltung der Gesellschaft, die auf den Kapitalismus folgt, nach vorne offen. Es hängt von den konkreten historischen Bedingungen ab, ob und in welchen Formen der Übergang erfolgt.

Es finden sich aber auch eine Reihe von tagespolitischen und polemischen Arbeiten, in denen der ungeduldige Revolutionär den Wissenschaftler Marx links überholte. Ich möchte diesen Teil des Marxschen Werkes als exoterisch bezeichnen. Im esoterischen Teil entwickelte er, daß die kapitalistischen Produktionsverhältnisse erst verschwinden können, wenn ihre Möglichkeiten für die Entwicklung der Produktivkräfte erschöpft sind. Vor allem im ersten und zweiten Entwurf des Kapitals prognostizierte er, weit vorausschauend, die Grundtendenzen der weiteren Entwicklung der Produktivkräfte und im Charakter der Arbeit, die im Prinzip gegenwärtig durch die Praxis verifiziert werden. Im exoterischen Teil seines Werkes favorisierte er dagegen die erste der beiden von Most obengenannten Möglichkeiten des Übergangs zu einer alternativen Gesellschaft. In Veröffentlichungen der fünfziger Jahre betrachtete er die zyklischen Krisen als

⁸ Johann Most: Kapital und Arbeit. Ein populärer Auszug aus "Das Kapital" von Karl Marx. Zweite verbesserte Ausgabe. Von Karl Marx selbst karischiert. Reprint. Herausgegeben von der Marx-Engels-Stiftung, Wuppertal 1985, S. 59.

⁴ Unter vielen anderen: Grundeigentum: (MEW) Bd. 25, S. 627, S. 628, S. 269; MEW, Bd. 19, S. 384-406. Lohnarbeit: MEW, Bd. 23, S. 565; Karl Marx - Friedrich Engels - Gesamtausgabe (MEGA¹), Bd. 4.1., S. 8; Bd. II/ 3.1. S. 39, S. 98, S. 160; Bd. 3.6., S. 2099, S. 2100, S. 2106, S. 2117; MEW, Bd. 25, S. 152, 368-369. Staat: MEW, Bd. 42, S. 42. Auswärtiger Handel, Weltmarkt: MEW, Bd. 24, S. 466, 113-114, 254; MEW, Bd. 25, S. 120; MEGA¹, Bd. II/3.3., S. 1133, 1145-46, 1152, 1153.

⁵ Marx an Kugelmann. 28. 12. 1861. In: MEW, Bd. 30, S. 639.

⁶ MEW, Bd. 30, S. 640.

⁷ MEW, Bd. 25, S. 53, 54, 120, 199, 837-39. MEGA², Bd. II/6., S. 572, 510. MEW, Bd. 32, S. 539. MEGA¹, Bd. II/4.1., S. 141-142.

Ausdruck der "eklatierenden Widersprüche" zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen. Die Produktivkräfte seien bereits über den Rahmen der kapitalistischen Produktionsverhältnisse hinausgewachsen und der "deluge"⁹ stünde kurz bevor.

Mit den gründlichen ökonomischen Studien in den 60er Jahren erkannte Marx, daß die ökonomischen Krisen zwar Ausdruck des Widerspruchs zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen, aber gleichzeitig eine Lösung für neue Bewegungsformen desselben sind. Für den exoterischen Teil des Marxschen Werkes ist mehr oder weniger typisch, daß die Entwicklungsmöglichkeiten des Kapitalismus für die Produktivkräfte unterschätzt, und die Bedingungen für einen naheliegenden Übergang des Kapitalismus zum Sozialismus überschätzt werden.

Marx hatte seit Mitte der 40er Jahre wiederholt gegen Auffassungen von Owen, Grag, Bray, Hodgskin, Proudhon u.a. polemisiert, die gestützt auf die Ricardosche Bestimmung des Wertes der Waren durch die Arbeit die Schlußfolgerung zogen: Die Arbeiter haben ein Recht auf den vollen Arbeitsertrag. Die Gebrechen des Kapitalismus können durch eine Form von Arbeitsgeld, die unmittelbarer Ausdruck der geleisteten Arbeit ist, geheilt werden.

In den Entwurf des Programms des Gothaer Vereinigungskongresses der Sozialdemokraten Deutschlands von 1875 war eine ähnliche, auf Lassalle zurückgehende Formulierung, aufgenommen worden: "... da nutzbringende Arbeit nur in Gesellschaft und durch die Gesellschaft möglich ist, gehört der Ertrag der Arbeit unverkürzt, nach gleichem Rechte, allen Gesellschaftsmitgliedern."¹⁰

Marx kritisierte diese Formulierung in konzentrierter Form. Dabei äußerte er sich auch über Gestaltungen einer niederen Phase der kommunistischen Gesellschaft, die durch Verwandlung der Produktionsmittel in Gemeineigentum soeben aus der kapitalistischen Gesellschaft hervorgegangen ist. Über die hier interessierende Frage von Ware, Wert und Geld in dieser Gesellschaft schrieb er den folgenschweren Satz: "Innerhalb der genossenschaftlichen, auf Gemeingut an den Produktionsmitteln gegründeten Gesellschaft tauschen die Produzenten ihre Produkte nicht aus; ebenso wenig erscheint hier die auf die Produkte verwandte Arbeit als Wert dieser Produkte, als eine von ihnen besessene sachliche Eigenschaft, da jetzt ... die individuellen Arbeiten nicht mehr auf einem Umweg, sondern unmittelbar als Bestandteile der Gesamtarbeit existieren."¹¹

Marx' zeitgenössischen Anhänger und Marxisten der nächsten Generation wie u.a. Karl Kautsky, Rosa Luxemburg, Rudolf Hilferding, Karl Korsch,

⁹ MEW, Bd. 29, S. 225. Siehe auch MEGA², Bd. I/10, S. 304, 467; Bd. I/12, S. 152, 153, 332, 351; Bd. I/18, S. 119, 120.

¹⁰ Nach: Revolutionäre deutsche Parteiprogramme. Berlin 1967, S. 47.

¹¹ MEW, Bd. 19, S. 19-20.

Nikolai Bucharin zweifelten nicht daran, daß aus dem Untergang des Kapitalismus auch der Untergang der Warenproduktion folgt.

Nach der Oktoberrevolution 1917 stützte sich Lenin bei der Ausarbeitung eines Programms für den Aufbau des Sozialismus im wesentlichen auf die Thesen, die Marx in der "Kritik des Gothaer Programms" entwickelt hatte. Die Warenproduktion wurde als eine Ouelle der Restauration des Kapitalismus betrachtet.¹² Das staatliche Getreidemonopol und die straffe zentralistische Leitung der Industrie sollten die Rolle des Geldes auf ein Mittel der Rechnungsführung und Kontrolle der Produktion beschränken. Die ökonomische Katastrophe der naturalwirtschaftlichen Orientierung, in der Periode des sogenannten Kriegskommunismus, zwang Lenin 1921, seinen Kurs gegenüber der Warenproduktion und Warenzirkulation zu ändern. Unter den gegebenen Bedingungen seien diese im Prozeß des Überganges vom Kapitalismus zum Sozialismus objektiv notwendig, und es seien mehrere Generationen erforderlich, um ein Niveau der Produktivkräfte zu schaffen, das es gestattet, die Warenproduktion zu überwinden.¹³

Stalin sah in der "Neuen ökonomischen Politik" einen zeitweiligen Rückzug. Er hatte ein sehr subjektivistisches Verhältnis zur Warenproduktion, die er als "Kanal für die Wiederentstehung des Kapitalismus" betrachtete, den er zu verstopfen beabsichtigte.¹⁴ Nachhaltige negative Auswirkungen auf die Theorie der politischen Ökonomie des Sozialismus und die ökonomische Praxis des sogenannten realen Sozialismus hatte Stalins 1952 erschienene Schrift "Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR". Die Ursachen für den Fortbestand der Warenzirkulation im Sozialismus sah er in der Existenz zweier unterschiedlicher Formen des sozialistischen Eigentums, die den Warenaustausch zwischen Stadt und Land in Form der Ware-Geld-Beziehung notwendig machen. Die Ware-Geld-Beziehung, d. h. der Markt, übe keinen direkten Einfluß auf die Regulierung der Produktion aus. Der Regulator der Produktion sei der Plan und die Proportionen des Warenaustausches mit geplanten festen Preisen seien dem Gesetz der planmäßigen proportionalen Entwicklung untergeordnet. Das Wertgesetz wirke als Instrument der Rechnungsführung und Kontrolle.¹⁵

Typisch für die Einstellung zur Wirkungsweise von Ware, Wert und Geld, also des Marktes im Sozialismus in der Breschnew-Ära war das unter Leitung von Zagolow 1970 erschienene offizielle sowjetische Lehrbuch "Politische Ökonomie Sozialismus". Die Kategorien Ware, Wert und Geld gehören ihrer Entstehungsursache und ihrem Wesen nach nicht zu den so-

¹² Lenin zur Unvereinbarkeit von Sozialismus und Warenproduktion: Siehe: Lenin Werke (LW) Bd. 15, S. 130; Bd. 6, S. 30; Bd. 22, S. 93, Bd. 24, S. 481.

¹³ LW, Bd. 35, S. 219.

¹⁴ J. W. Stalin: Werke, Bd. 9, Dietz Berlin 1953, S. 20. Siehe auch: Bd. 6, S. 215-222; Bd. 7, S. 151; Bd. 8, S. 73; Bd. 10, S. 96, S. 104; Bd. 12, S. 39.

¹⁵ J. W. Stalin: Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR. Dietz Berlin 1952, S. 11, 13, 17, 20, 21, 53, 60.

zialistischen Produktionsverhältnissen. Die Ware-Geld-Beziehungen wirken im Sozialismus als notwendige, aber sekundäre, dem Plan untergeordnete Verhältnisse fort. Je mehr sich die sozialistischen Produktionsverhältnisse festigen, desto mehr verlieren die Ware-Geld-Beziehungen auch diese Funktionen und werden durch den direkten Produktionsaustausch ersetzt.¹⁶ Das Lehrbuch enthält einen Abschnitt, in dem der "Marktsozialismus" kritisiert wurde.¹⁷

In den 80er Jahren spitzten sich die Auseinandersetzungen über die Rolle des Marktes angesichts des sich anbahnenden ökonomischen Debakels in der Sowjetunion und den Ländern des sog. realen Sozialismus zu. Mit der "Perestroika" setzte sich die Erkenntnis durch, daß die zentralistische bürokratische Leitung durch ein System ersetzt werden soll, das neben der Planung auch die regulierende Rolle des Marktes voll anerkennen muß. Die Diskussion erfolgte jedoch lange Zeit kontrovers und die praktischen Lösungen erfolgten halbherzig und zögernd. Es wird deshalb mit großer Wahrscheinlichkeit ein Übergang zur Marktwirtschaft pur, d. h. zur Restauration des Kapitalismus erfolgen.

Marx war sich offensichtlich nicht bewußt, daß er sich mit seinen Thesen in der "Kritik des Gothaer Programms" über das Verschwinden von Warenaustausch und Wert im Widerspruch zur eigenen esoterischen Theorie befand. Dort ist immanent und expressis verbis das Niveau im gesellschaftlichen Charakter der Arbeit viel höher angesetzt, als in der beschriebenen "ersten Phase des Kommunismus". Marx nennt im unmittelbaren Zusammenhang mit der Entwicklungsstufe der Gesellschaft, unter deren Bedingungen Warenaustausch und Wert schon überwunden werden sollen, daß sie noch mit den "Muttermalen" des Kapitalismus behaftet ist. Dazu gehört auch ausdrücklich das Fortbestehen der "knechtenden Unterordnung der Individuen unter die Teilung der Arbeit".¹⁸

Wenn die konkrete Arbeitsstunde als Einheit der Wirtschaftsrechnung im Sozialismus gelten soll, dann müßte sie als Maßeinheit qualitativ gleich sein, sonst funktioniert die Wirtschaftsrechnung nicht. Wenn gleichzeitig die hergebrachte Arbeitsstunde im einzelnen, im besonderen und im allgemeinen weiterbestehen, dann ist die konkrete Arbeitsstunde quantitativ ungleich und damit nicht vergleichbar. Die bestehende Arbeitsteilung macht deshalb die Reduktion der unterschiedlichen konkreten Arbeit auf abstrakte Arbeit notwendig. Bei der Arbeitsteilung im einzelnen, d. h. bei der Produktion eines bestimmten Gebrauchswertes - in welcher juristischen Eigentumsform auch immer - ist ein vergesellschafteter Gesamtarbeiter tätig, dessen Glieder sich nach dem Kompliziertheitsgrad, dem Geschick, der Intensität und der Produktivität der Arbeit unterscheiden.

¹⁶ Lehrbuch Politische Ökonomie. Sozialismus. Moskau 1970 (russisch). Deutsch: Berlin 1972, S. 252-311.

¹⁷ Ebenda, S. 268-273.

¹⁸ MEW, Bd. 19, S. 21.

Nachdem die Reduktion der komplizierten auf einfache Arbeit erfolgt ist, könnte - wie Marx meinte - der Äquivalentenaustausch als "Durchschnitt"¹⁹ bewertet werden. Aber schon innerhalb des Produktionszweiges sind Betriebe mit unterschiedlichen Produktionsbedingungen tätig, deren Leistungen nicht anders als durch den von Marx im dritten Band "Das Kapital" bestimmten "Marktwert"²⁰ in die Wirtschaftsrechnung eingehen können. Soll eine rationelle Wirtschaftsrechnung zustande kommen, muß der Markt mit seinen Schwankungen von Angebot und Nachfrage als Maß der Bedürfnisse beachtet werden.

In der Arbeitsteilung im besonderen, die zwischen den verschiedenen Produktionszweigen stattfindet, muß bei einem äquivalenten Austausch beachtet werden, daß der Aufwand zwischen toter und lebendiger Arbeit in den einzelnen Zweigen verschieden ist, was für die Modifikation des Wertes relevant wird.

Bei der Arbeitsteilung im allgemeinen, der internationalen Arbeitsteilung, produzieren verschiedene Nationen auf einem unterschiedlichen Produktivitätsniveau, das im Austausch zu einem internationalen Wert ausgeglichen sein muß.

Geht man von einem Verschwinden der Warenproduktion aus und erkennt die Wertkategorien nur als Instrumente der Rechnungsführung und Kontrolle an, die der Planung untergeordnet sind, die die Preise fixiert, verliert auch die sozialistische Produktion, bei Fortbestand der herkömmlichen Arbeitsteilung, einen unentbehrlichen Regulator. Auch eine planmäßig organisierte Produktion müßte dann als ihr zweites Standbein der Regulation den Markt anerkennen. Aus den Preisschwankungen auf dem Markt erkennt eine demokratische Planung den Stand der Befriedigung der Nachfrage. Erkennt der Sozialismus nicht dieses zweite Standbein an, entartet er zu einer bürokratischen Kommandowirtschaft, die - wenn sie sich nicht rechtzeitig reformiert - zum Untergang verurteilt ist. Es handelt sich unter diesen gesetzlichen Bedingungen nicht um eine wirkliche Überführung der Produktionsmittel in Gemeineigentum, sondern nur um eine Änderung der juristischen Form des Eigentums.

Man kann den marxistischen Gesellschaftswissenschaftlern - mit Einschränkungen - zustimmen, die den sog. realen Sozialismus mit dem von Marx in den "Ökonomisch-philosophischen Manuskripten" beschriebenen "rohen Kommunismus" vergleichen. Zwischen Arbeitsteilung, Entfremdung der Arbeit und Privateigentum besteht ein innerer Zusammenhang: "Die erste positive Aufhebung des Privateigentums, der rohe Kommunismus ist ... a) noch politischer Natur, demokratisch oder despotisch; b) mit Aufhebung des Staats, aber zugleich noch unvollendetes, immer noch mit dem Privateigentum, d. h. der Entfremdung des Menschen affiziertem We-

¹⁹ Ebenda, S. 20.

²⁰ MEW, Bd. 25, S. 182-209.

sen ... indem er das positive Wesen des Privateigentums noch nicht erfaßt hat und ebensowenig die menschliche Natur des Bedürfnisses verstanden hat, ist er auch noch von denselben befangen und inficirt."²¹

Gleichgültig welcher der beiden von Most beschriebenen Wege zu einer alternativen Gesellschaft beschritten wird: aus der esoterischen ökonomischen Theorie von Marx folgt die Konsequenz: Ware, Wert und Geld sind zwar in der kapitalistischen Produktionsweise die allgemeinen Formen, in denen sich das Kapital realisiert. Es sind jedoch umfassendere Kategorien, die nicht notwendig der Kapitaldominanz unterliegen. Sie können sich in einer demokratischen Alternative mit Elementen der Planmäßigkeit verbinden und im dialektischen Verhältnis zum Wohle der Gesellschaft zivilisatorisch wirken. Aber solange die herkömmliche Arbeitsteilung und der ihr entsprechende Charakter der Arbeit fortbesteht, kann auf den Wert als Element einer rationellen Wirtschaftsrechnung nicht verzichtet werden.

Marx selbst entwickelt in seiner esoterischen ökonomischen Theorie, wie sich durch die Entfaltung der Produktivkräfte die hergebrachte Arbeitsteilung und damit der Charakter der Arbeit verändert.²² An die Stelle der physischen, konkreten, unmittelbaren Arbeit treten immer stärker automatische Mechanismen und Regelsysteme, die auf der Entwicklung der Wissenschaft, also allgemeiner Arbeit beruhen. Im 1. Entwurf des "Kapital" schrieb Marx: "In dieser Umwandlung ist es weder die unmittelbare Arbeit, die der Mensch selbst verrichtet, noch die Zeit, die er arbeitet, sondern die Aneignung seiner eigenen allgemeinen Produktivkraft, sein Verständnis der Natur, und die Beherrschung derselben durch sein Dasein als Gesellschaftskörper - in einem Wort die Entwicklung des gesellschaftlichen Individuums, die als der große Grundpfeiler der Produktion und des Reichtums erscheint ... Sobald die Arbeit in unmittelbarer Form aufgehört hat, die große Quelle des Reichtums zu sein, hört und muß aufhören die Arbeitszeit sein Maß zu sein und daher der Tauschwert das Maß des Gebrauchswertes."²³

Solange Ware, Wert und Geld noch notwendig sind - und das wird zweifellos noch eine lange Zeit sein, - ist für die marxistische Gesellschaftsanalyse nicht nur die Erkenntnis des Wesens dieser Kategorien, sondern auch ihres Wirkungsmechanismus auf dem Markt bedeutungsvoll. Wertvolle Anregungen können dafür von der Marx-Engels-Forschung mit der Rekonstruktion der von Marx geplante selbständigen Lehre von der Konkurrenz ausgehen.

Michael Heinrich

Zum Verhältnis von Kapitalismusanalyse und Sozialismuskonzeption bei Marx und Engels

Mit seiner Kapitalismusanalyse wollte Marx einen Beitrag zur Revolution der hürgerlichen Verhältnisse leisten. So wie die klassische politische Ökonomie eine zentrale Instanz der Selbstreflexion und der Artikulation des aufstrebenden Bürgertums war, so sollte die Kritik der politischen Ökonomie zur theoretischen Waffe des um seine Emanzipation kämpfenden Proletariats werden.

Marx und Engels wollten den Kapitalismus allerdings nicht moralisch als ungerechte Einrichtung der gesellschaftlichen Verhältnisse kritisieren. Sie wollten dem Kapitalismus den Sozialismus auch nicht als einen Idealzustand gegenüberstellen, der im Namen der Gerechtigkeit zu verwirklichen sei. Solche Auffassungen bezeichneten sie als "utopischen Sozialismus", von dem sie ihren eigenen "wissenschaftlichen Sozialismus" scharf abgrenzten. Die Notwendigkeit einer sozialistischen Produktionsweise wollten sie nicht mit moralischen Erwägungen, sondern mit der wissenschaftlichen Analyse des Kapitalismus begründen.

Politischen Einfluß gewann der Marxismus aber fast nur in seinen vulgarierten Varianten, als Geschichtsdeterminismus oder als moralisierende Kritik am Kapitalismus. Und sozialistische Revolutionen waren nicht in den entwickelten kapitalistischen Ländern, sondern nur in den wenig entwickelten siegreich verlaufen. Allerdings waren diese Revolutionen nur in dem Sinne erfolgreich, daß eine revolutionäre Avantgarde ihre Macht (zunächst) behaupten konnte, als Projekt einer gesellschaftlichen Emanzipation scheiterten sie. Auf ein hohes Projekt der Machterhaltung reduziert wurde aber nicht der Sozialismus, sondern bloß der Anspruch des Sozialismus verteidigt - nicht zuletzt gegen diejenigen, die eigentlich das Subjekt der Emanzipation sein sollten. Unter solchen Umständen war der Marxismus nicht nur vulgarisiert, er verkam zur bloßen Legitimationsideologie.

Als Reaktion auf den Zusammenbruch des "real existierenden Sozialismus" wenden sich nun viele Linke zunehmend vom Marxismus ab. Auch wenn sie zwischen dessen ursprünglichen Intentionen und der Realität des "sozialistischen Blocks" unterscheiden, wird dessen Entwicklung als mehr oder weniger notwendige Konsequenz des Marxismus aufgefaßt. Die in der Marxschen Theorie formulierten Ansprüche seien für eine Realisierung einfach zu hoch gewesen. Die Vorstellung eines revolutionären Subjekts müsse genauso fallen gelassen werden, wie die Vision von der

²¹ MEGA² Bd. I/2, S. 388-389.

²² Siehe: MEGA², Bd. II/3.6., S. 1895-2111; Bd. II/1.2., S. 560-590.

²³ MEGA², Bd. II/1.2., S. 581.

vollständigen Planbarkeit der ökonomischen Beziehungen. Es gibt aber auch die spiegelbildliche Reaktion. Der schlechten Wirklichkeit wird jede Beziehung zum reinen Marxschen Erbe abgesprochen, stattdessen wird der wahre Sozialismus propagiert: eine "wirkliche" Revolution, eine "richtige" Planwirtschaft etc. Zur Erneuerung der marxistischen Theorie trägt eine solche Verklärung genausowenig bei wie eine pauschale Ablehnung. Erforderlich ist vielmehr eine *Kritik* (im emphatischen Sinn des Wortes) der Marxschen Theorie: eine Untersuchung sowohl ihrer inneren Konsistenz und Folgerichtigkeit wie ihrer Grenzen.

Zu einer solchen Kritik soll die hier diskutierte Frage nach dem Zusammenhang zwischen der von Marx und Engels angedeuteten Sozialismuskonzeption, die wesentlich auf der Abschaffung der Warenproduktion beruht, und der Marxschen Kapitalismusanalyse beitragen. Meine These ist, daß Marx und Engels, wenn sie von einer Abschaffung der Warenproduktion sprechen, zugleich von einer Vorstellung von Warenproduktion ausgehen, die weit hinter das in der Kritik der politischen Ökonomie erreichte Reflexionsniveau zurückfällt. Falls diese These zutrifft, gehört die von Marx und Engels anvisierte Abschaffung der Warenproduktion gar nicht zum wissenschaftlichen Bestand des Marxismus, sondern markiert eher eine schlecht gefüllte Leerstelle.

Die ausführlichsten Aussagen von Marx und Engels zur sozialistischen Gesellschaft findet man im "Anti-Dühring" und in der "Kritik des Gothaer Programms".¹ Im "Anti-Dühring" setzte sich Engels nicht nur polemisch mit Dühring auseinander, er stellte ihm auch auf vielen Gebieten in populärer Form die "marxistischen" Ansichten gegenüber, so daß der "Anti-Dühring" bald als wichtigstes Kompendium des Marxismus galt und weiter als etwa das Marxsche "Kapital" verbreitet war.

Im "Anti-Dühring" versucht Engels den Widerspruch zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen im Kapitalismus als die objektive Grundlage des Sozialismus darzustellen. Die Bourgeoisie, so Engels, habe den Kleinbetrieb des mittelalterlichen Bauern und Handwerkers revolutioniert, sie habe die Produktionsmittel "aus Produktionsmitteln des einzelnen in gesellschaftliche, nur von einer Gesamtheit von Menschen anwendbare Produktionsmittel" (MEW 20, S.250) verwandelt, die private Aneignungsweise aber beibehalten. Dies konstituiert für Engels den Widerspruch zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen in der modernen bürgerlichen Gesellschaft:

"Produktion und Produktionsmittel sind wesentlich gesellschaftlich geworden. Aber sie werden unterworfen einer Aneignungsweise, die die Privatproduktion einzelner zur Voraussetzung hat... In diesem Widerspruch, der

¹ Da es mir um den Zusammenhang von entfalteter Kapitalismuskritik und Sozialismuskonzeption geht, können die frühen Aussagen von Marx und Engels in den "Ökonomisch-philosophischen Manuskripten" und in der "Deutschen Ideologie" hier nicht herangezogen werden.

der neuen Produktionsweise ihren kapitalistischen Charakter verleiht, liegt die ganze Kollision der Gegenwart bereits im Keim." (MEW 20, S.252)

Daß sich die Nicht-Produzenten das Produkt bzw. das Mehrprodukt aneignen, ist aber nicht nur im Kapitalismus, sondern in jeder Klassengesellschaft der Fall. Auch "gesellschaftliche Produktion" im Sinne von Engels, also nur von einer Gesamtheit von Menschen anwendbare Produktivkräfte, gab es schon in früheren Produktionsweisen (wie der asiatischen Produktionsweise oder in Sklavenhaltergesellschaften), so daß der Widerspruch zwischen gesellschaftlicher Produktion und privater Aneignung viel zu allgemein ist, um als Charakteristikum der kapitalistischen Produktionsweise zu dienen.

Engels konfrontiert einen bestimmten Aspekt der Produktivkraftentwicklung mit der *Aneignungsweise*, d.h. der *Form des Eigentums*. Der kapitalistische Charakter der Produktionsweise liegt aber darin, daß Produktion und Reproduktion der *Verwertung des Werts* subsumiert sind. Der Verwertungszwang setzt Imperative, die sich auch nicht ändern, wenn das Produkt z.B. durch den Staat angeeignet wird. Die Produktionsweise kann deshalb auch erst dann ihren kapitalistischen Charakter verlieren, wenn nicht nur die Aneignungsverhältnisse, sondern auch die Formbestimmungen von Produktion und Reproduktion verändert werden.

In den ökonomischen Krisen sieht Engels den "gewaltsamen Ausbruch" (MEW 20, S.257) des Widerspruchs zwischen gesellschaftlicher Produktion und privater Aneignung. Engels sieht die Krisen vorwiegend in der Anarchie der Produktion begründet. Bei Marx finden sich zwar disparate Ansätze zur Erklärung der Krisen, in keinem Fall hebt er aber besonders auf die Markt-anarchie ab. Er stellt stattdessen (etwa im 15. Kapitel des dritten "Kapital"-Bandes) den kapitalistischen Charakter der Produktion, d.h. Verwertung auf immer höherer Stufenleiter als Ursache der Überproduktion von Waren und der Überakkumulation von Kapital heraus.

Während Engels die Krisen lediglich negativ auffaßt, als Ausdruck der "Unfähigkeit" des Kapitals, begreift sie Marx immer auch als eine gewaltsame *Lösung* der Probleme kapitalistischer Entwicklung, als Restrukturierung der Verwertungsbedingungen. Gerade die Krisen ermöglichen die Flexibilität und Anpassungsfähigkeit des Kapitalismus.

Da Engels den Widerspruch von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen vor allem an der Aneignungsweise festmacht, sieht er in Veränderungen der Eigentumsformen, die bereits im Kapitalismus erfolgen, wie Aktiengesellschaften oder der Verwandlung von Privateigentum in Staatseigentum, erste Anzeichen dafür, daß auch die Bourgeoisie gezwungen ist, den gesellschaftlichen Charakter der Produktivkräfte anzuerkennen. Dieses Staatseigentum sei aber noch nicht die Lösung des Konflikts zwischen Produktions- und Aneignungsweise. Diese könne nur darin liegen, "daß die Gesellschaft offen und ohne Umwege Besitz ergreift von den jeder andern Leitung außer der ihrigen erwachsenen Produktivkräften" (MEW 20,

S.260). Der Weg dahin führt allerdings wieder über das Staatseigentum: "Das Proletariat ergreift die Staatsgewalt und verwandelt die Produktionsmittel zunächst in Staatseigentum." (MEW 20, S.261).

Mit der Besitzergreifung der Produktionsmittel durch die Gesellschaft löst sich für Engels der Widerspruch zwischen dem gesellschaftlichen Charakter der Produktivkräfte und der privaten Aneignungsweise. Allerdings hat "gesellschaftlich" jetzt eine andere Bedeutung erhalten: wurde der gesellschaftliche Charakter der Produktivkräfte anfangs damit begründet, daß nur eine Vielzahl von Menschen (aber keineswegs die ganze Gesellschaft) die neuen Produktivkräfte anwenden kann, meint "gesellschaftlich" jetzt die Gesellschaft als Ganzes. In der ersten Bedeutung von "gesellschaftlich" würde die Auflösung des Widerspruchs nicht darin bestehen, daß die Gesellschaft als Ganzes die Produktionsmittel besitzt, sondern darin, daß jeweils diejenigen, die die Produktivkräfte anwenden auch genossenschaftlich über sie verfügen, wobei über die Art und Weise der *gesamtgesehlichen* Koordination dieser Genossenschaften noch gar nichts ausgesagt wäre.

Engels identifiziert allerdings ohne Umstände gesellschaftliche Aneignung der Produktionsmittel mit der Beseitigung der Warenproduktion. Die individuell verausgabte Arbeit muß ihren gesellschaftlichen Charakter nicht erst im Austausch ihres Produktes beweisen, vielmehr soll sie von vornherein "direkt gesellschaftliche Arbeit" sein:

"Die in einem Produkt steckende Menge gesellschaftlicher Arbeit braucht dann nicht erst auf einem Umweg festgestellt zu werden; die tägliche Erfahrung zeigt direkt an, wieviel davon im Durchschnitt nötig ist. Die Gesellschaft kann einfach berechnen, wieviel Arbeitsstunden in einer Dampfmaschine, einem Hektoliter Weizen der letzten Ernte, in hundert Quadratmeter Tuch von bestimmter Qualität stecken. Es kann ihr also nicht einfallen, die in den Produkten niedergelegten Arbeitsquanta, die sie alsdann direkt und absolut kennt, noch fernerhin in einem nur relativen, schwankenden, unzulänglichen, früher als Notbehelf unvermeidlichen Maß, in einem dritten Produkt auszudrücken und nicht in ihrem natürlichen, adäquaten, absoluten Maß, der *Zeit*. (...) Die Gesellschaft schreibt also unter obigen Voraussetzungen den Produkten auch keine Werte zu. (...) Allerdings wird auch dann die Gesellschaft wissen müssen, wieviel Arbeit jeder Gebrauchsgegenstand zu seiner Herstellung bedarf. Sie wird den Produktionsplan einzurichten haben nach den Produktionsmitteln, wozu besonders auch die Arbeitskräfte gehören. Die Nutzeffekte der verschiedenen Gebrauchsgegenstände, abgewogen untereinander und gegenüber den zu ihrer Herstellung nötigen Arbeitsmengen, werden den Plan schließlich bestimmen. Die Leute machen alles sehr einfach ab ohne Dazwischenkunft des vielberühmten 'Werts'." (MEW 20, S.288)

"Gesellschaft" wird hier von Engels als ein selbstbewußt tätiges Subjekt aufgefaßt. Die Gesellschaft "kennt", sie "plant", sie "entscheidet". Wie

dieses Subjekt Gesellschaft aber organisiert sein soll, wird von Engels nicht erörtert. Damit geht er auch der Diskussion von Interessenunterschieden zwischen verschiedenen Gruppen von Produzenten, zwischen Produzenten und Konsumenten etc. aus dem Weg. Genausowenig stellt er sich dem Problem, wie der von "der" Gesellschaft aufgestellte Plan gegenüber den einzelnen Gesellschaftsmitgliedern durchgesetzt werden soll. Die Vision, daß mit dem Verschwinden der Klassen (man müßte hinzufügen der bisherigen Klassen) auch der Staat abstirbt und daß an die Stelle der Herrschaft über Menschen die Verwaltung von Sachen tritt (MEW 20, S.262), übersieht, daß gerade aus der Verwaltung von Sachen erneut Herrschaftsverhältnisse entspringen.

Was aber für die hier zur Debatte stehende Beziehung zwischen Kapitalismusanalyse und Sozialismuskonzeption entscheidender ist als diese Ausblendung politischer Fragen, sind die stillschweigenden *Voraussetzungen*, die Engels' Vorstellung einer Abschaffung der Warenproduktion zugrunde liegen. Engels geht davon aus, daß die Gesellschaft im Sozialismus die Arbeitsaufwendungen zur Produktion der verschiedenen Güter *kennt* und *deshalb* diese Arbeitsquanta nicht mehr als Wert ausgedrückt werden müssen. Geld als Wertmaß erscheint ihm als bloßer "Notbehelf". Engels geht also implizit von der Vorstellung aus, die aufgewendeten Mengen *konkreter* Arbeit determinieren bereits *vor* dem Austausch die Wertgröße der Produkte. Jede Ware kommt dann bereits mit ihrem fix und fertig bestimmten Wert auf den Markt, wo dieser Wert bloß noch in einer bestimmten Geldsumme realisiert wird. Sind die Arbeitsaufwendungen von vornherein bekannt und geplant, so ist diese Vermittlung durch den Markt offensichtlich überflüssig.

In der "Kritik des Gothaer Programms" vertritt auch Marx eine ähnliche Position wie Engels im "Anti-Dühring".² Schon im "Kapital" hatte Marx anhand eines "Vereins freier Menschen" ein abstraktes Modell unmittelbarer Vergesellschaftung skizziert (MEW 23, S.92f). Allerdings stand dies dort in einer Reihe von Beispielen für unterschiedliche Typen der Vergesellschaftung, die anschaulich machen sollten, daß die Wertform des Arbeitsprodukts lediglich eine besondere historische Form ist.

Jetzt wird aber wesentlich, wie diese unmittelbare Vergesellschaftung gedacht wird, wie die Produktion geplant und die Produkte verteilt werden sollen. Über ersteres erfahren wir nichts, außer *daß* die Produktion geplant werden soll. Und die Verteilung, die im "Kapital" "nur zur Parallele mit der Warenproduktion" (MEW 23, S.93) als eine der individuellen Arbeitsleistung proportionale Verteilung gedacht war, wird hier zum Prinzip für

² "Innerhalb der genossenschaftlichen, auf Gemeingut an den Produktionsmitteln gegründeten Gesellschaft tauschen die Produzenten ihre Produkte nicht aus; ebensowenig erscheint hier die auf Produkte verwandte Arbeit als Wert dieser Produkte, als eine von ihnen besessene sachliche Eigenschaft, da jetzt, im Gegensatz zur kapitalistischen Gesellschaft, die individuellen Arbeiten nicht mehr auf einem Umweg, sondern unmittelbar als Bestandteile der Gesamtarbeit existieren." (MEW 19, S.19f)

"eine kommunistische Gesellschaft, nicht wie sie sich auf ihrer eignen Grundlage *entwickelt* hat, sondern umgekehrt, wie sie eben aus der kapitalistischen Gesellschaft *hervorgeht*" (MEW 19, S. 20).

Der einzelne Produzent soll (nach den Abzügen für eine Ausdehnung der Produktion, für gesellschaftliche Assekuranzfonds und ähnliches) genau das zurückerhalten, was er der Gesellschaft gegeben hat:

"Was er ihr gegeben hat, ist sein individuelles Arbeitsquantum. (...) Er erhält von der Gesellschaft einen Schein, daß er soundso viel Arbeit geliefert (nach Abzug seiner Arbeit für die gemeinschaftlichen Fonds), und zieht mit diesem Schein aus dem gesellschaftlichen Vorrat von Konsumtionsmitteln so viel heraus, als gleich viel Arbeit kostet. Dasselbe Quantum Arbeit, das er der Gesellschaft in einer Form gegeben hat, erhält er in der andern zurück." (MEW 19, S.20).

Auch Marx geht nicht nur davon aus, daß die zur Produktion der einzelnen Güter aufgewendeten Arbeitsmengen *bekannt* sind, sondern daß sie auch *unmittelbar vergleichbar* sind. Marx zieht sogar explizit die Parallele zum Warentausch:

"Es herrscht hier offenbar dasselbe Prinzip, das den Warenaustausch regelt..., es wird gleich viel Arbeit in einer Form gegen gleich viel Arbeit in einer andern ausgetauscht" (MEW 19, S.20)

Im Sozialismus soll also nicht die Äquivalenz des Warentausches aufgehoben werden, sondern lediglich der Markt als vermittelnde Instanz. Dies impliziert aber, daß Marx den Markt hier, ähnlich wie Engels im "Anti-Dühring" als eine Einrichtung auffaßt, die die bereits vor dem Tausch feststehenden Werte der einzelnen Waren *hloß nachträglich* realisiert.

Wenn Marx und Engels von der Abschaffung der Warenproduktion sprechen, setzen sie eine bestimmte Funktionsweise der Warenproduktion voraus. Sie unterstellen, daß die Wertgrößen der Waren bereits vor dem Austausch durch die bei ihrer Produktion verausgabte Arbeit bestimmt sind. Diese vor dem Austausch fixierten Werte sollen dann auf dem Markt in Geld verwandelt werden. Die Verwandlung in Geld erscheint als ein bloß nachträglicher, sozusagen technischer Akt. Engels bezeichnete das Geld daher auch als "Notbehelf", der nun überflüssig werden würde.

Die Auffassung, daß die Werte der einzelnen Waren bereits vor ihrer im Austauschprozeß erfolgenden Beziehung auf das Geld determiniert seien, kann sich auf viele Äußerungen von Marx im "Kapital" berufen. Insbesondere die beiden ersten Unterabschnitte des ersten Kapitels lassen sich in diesem Sinne interpretieren.

Allerdings findet sich bei Marx auch eine zweite Argumentationslinie. So zielt die Wertformanalyse auf den Nachweis, daß die Wertgegenständlichkeit der Waren nur in ihrer *Beziehung* existiert, die sie im Austausch, vermittels des Geldes einnehmen. Über die allgemeine Wertform schreibt Marx: "Erst diese Form bezieht daher wirklich die Waren aufeinander als

Werte" (MEW 23, S.80)³ Diese zweite Argumentationslinie kommt am deutlichsten in einem 1871/72 verfaßten und jetzt erstmals in der MEGA publizierten Text zum Ausdruck, in dem Marx das erste Kapitel der Erstauflage des "Kapitals" für die zweite Auflage umarbeitete. Dort schreibt er zur Wertgegenständlichkeit der Waren:

"Diese gesellschaftliche Gegenständlichkeit besitzen sie auch nur als gesellschaftliche Beziehung." (MEGA II.6, S.30) Und: "Ein Arbeitsprodukt, für sich isolirt betrachtet, ist also nicht Werth, so wenig wie es Waare ist. Es wird nur Werth, in seiner Einheit mit andrem Arbeitsprodukt..." (MEGA II.6, S.31).

Die "Werts substanz" der Waren, abstrakt-menschliche Arbeit, ist dann auch nicht als ein Quasi-Substrat aufzufassen, sondern als die gegenständliche Reflexion eines bestimmten gesellschaftlichen Verhältnisses. Von abstrakt-menschlicher Arbeit kann daher auch nicht aufgrund von Arbeitsverausgabung im physiologischen Sinn gesprochen werden, wie Marx an einer Stelle nahelegt (MEW 23, S.61), sondern nur aufgrund der *im Tausch* erfolgenden Gleichsetzung der verschiedenen individuellen Arbeiten.⁴ Kommt die Werts substanz nicht der einzelnen Ware zu, so ist auch die Wertgröße nicht der einzelnen Ware eigen, sondern Ausdruck eines gesellschaftlichen Verhältnisses der Produzenten,⁵ das sich erst im Tausch durch ihre Beziehung auf das Geld herstellt.

Bei der Frage, ob der Warenwert bereits vor dem Austausch bestimmt ist oder erst im Austausch bestimmt wird, geht es nicht nur um die Frage einer korrekten Marx-Interpretation. Wie schon angedeutet wurde, war Marx in dieser Frage keineswegs eindeutig. Seine Werttheorie changiert zwischen einer substanzialistischen und naturalistischen Auffassung des Wertes, die auf dem theoretischen Terrain der klassischen politischen Ökonomie angesiedelt ist und einer "monetären" Werttheorie,⁶ für die gerade der im Austausch erfolgende Bezug der Waren auf Geld das

³ In ähnlichem Sinn hieß es auch schon in "Zur Kritik der politischen Ökonomie" (1859) über die gesellschaftliche Arbeitszeit, in die sich die individuellen Arbeiten verwandeln müssen, um wertbildend zu sein: "Die gesellschaftliche Arbeitszeit existiert sozusagen nur latent in diesen Waren und offenbart sich erst in ihrem Austauschprozeß. (...) Die allgemein gesellschaftliche Arbeit ist daher nicht fertige Voraussetzung, sondern werdendes Resultat." (MEW 13, S.31f.)

⁴ Dies hält Marx im Abschnitt über den Warenfetisch explizit fest: "Die Gleichheit toto coelo verschiedener Arbeiten kann nur in einer Abstraktion von ihrer wirklichen Ungleichheit bestehen, in der Reduktion auf den gemeinsamen Charakter, den sie als Verausgabung menschlicher Arbeitskraft, abstrakt menschliche Arbeit, besitzen." (MEW 23, S.87f) Und in dem erwähnten Manuskript von 1871/72 hatte er an dieser Stelle ergänzt (und in die französische "Kapital"-Ausgabe übernommen): "Die Reduktion der verschiednen konkreten Privatarbeiten auf dieses Abstractum gleicher menschlicher Arbeit vollzieht sich nur durch den Austausch, welcher Producte verschiedener Arbeiten tatsächlich einander gleichsetzt." (MEGA II.6, S.41).

⁵ Vergl. dazu auch MEW 23, S.117 sowie MEGA II.6, S.38.

⁶ Ich verwende diesen Begriff in Anlehnung an Hans-Georg Backhaus, Materialien zur Rekonstruktion der Marxschen Werttheorie, in: Gesellschaft. Beiträge zur Marxschen Theorie 1, Frankfurt/M 1974.

wesentliche Moment der Werttheorie ausmacht.⁷ Es geht vielmehr um die Frage nach den Vermittlungsleistungen des Marktes.

Die individuell verausgabte Arbeit muß sich erst als Bestandteil der gesellschaftlichen Arbeit erweisen, sie muß "gesellschaftlich notwendig" sein. Daß die verausgabte Arbeit auch tatsächlich notwendig war, bezieht sich einerseits auf die technologischen Bedingungen der Produktion und andererseits auf das zahlungsfähige gesellschaftliche Bedürfnis.⁸ Nur wenn unter mindestens durchschnittlichen Produktionsbedingungen produziert wurde und nur wenn das produzierte Produkt auch tatsächlich erforderlich ist, um das zahlungsfähige Bedürfnis zu befriedigen, war die verausgabte Arbeitszeit "notwendig". Im Austauschprozeß auf dem Markt wird beides simultan festgestellt. Der für ein Produkt erzielte Preis gibt an, inwieweit die in diesem Produkt vergegenständlichte individuelle Arbeitszeit als gesellschaftliche gilt. Diese Information ist zugleich eine (positive oder negative) Sanktion des Produzenten, denn sie bestimmt seinen Anteil am Gesamtprodukt der Gesellschaft.

In einer kapitalistischen Marktwirtschaft ist vor dem Austauschprozeß aber weder der Stand der Technologie noch der Umfang des zahlungsfähigen Bedürfnisses bekannt. Und sie können auch nicht bekannt sein, denn die dem Kapital immanente Tendenz zur Produktion des relativen Mehrwerts erfolgt gerade durch eine fortgesetzte Umwälzung der Produktivkräfte. Diese Umwälzung der Produktivkräfte verändert aber nicht nur beständig den Stand der Technologie, sondern auch das zahlungsfähige Bedürfnis. Letzteres setzt sich ja nicht nur aus dem mehr oder weniger stabilen individuellen Konsum zusammen, es wird wesentlich vom produktiven Konsum der Unternehmen bestimmt und dessen Zusammensetzung hängt wiederum von der Art und Weise der Produktion ab. Allerdings hängt nicht nur das gesellschaftliche Bedürfnis vom Stand der Technologie ab. Welches die rentabelste Technologie ist, wird auch durch den Wert der notwendigen Vorprodukte und Produktionsmittel und damit vom zahlungsfähigen Bedürfnis nach diesen Vorprodukten und Produktionsmitteln bestimmt.

Was gesellschaftlich notwendige Arbeit ist, wird auf dem Markt also nicht bloß nachträglich ermittelt, sondern dort auch bestimmt. Erst im Austausch, in der allseitigen Beziehung der Waren auf Geld, zeigt sich sowohl der Stand der Technologie als auch das zahlungsfähige Bedürfnis. Geld ist daher nicht bloß ein Notbehelf, es ist das Medium, vermittels dessen sich

⁷ Für eine ausführliche Diskussion dieser Fragen vergl. Michael Heinrich, "Die Wissenschaft vom Wert. Zur Ambivalenz der Marxschen Kritik der politischen Ökonomie zwischen wissenschaftlicher Revolution und klassischer Tradition", Hamburg (VSA), im Erscheinen.

⁸ Der erste Punkt wird in Marx' bekannter Definition der "gesellschaftlich notwendigen Arbeitszeit" (MEW 23, S.53) hervorgehoben, den zweiten Aspekt läßt er nur verstreut anklängen (z.B. MEW 23, 121; MEW 25, S.648f).

die Verwandlung der individuell verausgabten Arbeit in gesellschaftlich anerkannte Arbeit vollzieht.

Wird unterstellt, daß die Werte schon vor dem Austausch bestimmt sind, so wird von dieser Vermittlungsleistung von Geld und Markt abstrahiert, die Vermittlung ist anscheinend überflüssig. Die individuelle Arbeit ist anscheinend schon gesellschaftliche Arbeit, sie ist nur noch nicht als solche ratifiziert. Daß die Werte der Waren bereits vor dem Tausch bestimmt sind, unterstellt, daß auch schon der durchschnittliche Stand der Technologie und das gesellschaftliche Bedürfnis vor dem Tausch vollständig determiniert sind.

Allerdings können auch Marx und Engels nicht ganz von den für eine arbeitsteilige Ökonomie notwendigen Vermittlungs- und Vergleichsprozessen abstrahieren. So wenn Engels die Nutzeffekte der verschiedenen Gebrauchsgegenstände gegen die zu ihrer Produktion notwendigen Arbeitsmengen abwägen will (MEW 20, S.288) oder wenn Marx davon spricht, daß die Produzenten der Gesellschaft genauso viel Arbeit in einer Form geben, wie sie in einer anderen von ihr erhalten (MEW 19, S.20). In diesen Fällen handelt es sich um den Vergleich qualitativ verschiedener konkreter Arbeiten. Im Rahmen der monetären Werttheorie war aber klar geworden, daß die einzelnen konkreten Arbeiten nicht unmittelbar vergleichbar sind, daß ihre Gleichheit als abstrakte Arbeit eine gesellschaftliche Eigenschaft ist, die nicht einfach vorhanden ist, sondern erst hergestellt werden muß. In einer auf Warenproduktion beruhenden Produktionsweise wird diese Gleichheit auf dem Markt vermittels des Geldes hergestellt. Wie diese Gleichheit der individuellen Arbeiten in einer nicht auf Warenproduktion beruhenden Produktionsweise hergestellt werden soll, darüber verlieren Marx und Engels kein Wort. Sie sind der Auffassung, daß, wenn "die Gesellschaft" die Mengen konkreter Arbeit, die zur Produktion der einzelnen Güter notwendig sind, "kennt", das Problem bereits erledigt sei. Abgesehen davon daß diese vollständige Kenntnis und ihre in kürzester Zeit notwendige Verarbeitung zu einem gesamtgesellschaftlichen Produktionsplan kaum realisierbar ist, wird dieser ideale Plan durch jede Produktivkraftsteigerung wieder über den Haufen geworfen. Mit der Produktivkraftsteigerung ändern sich die zur Produktion des entsprechenden Gutes nötigen Mengen anderer Güter und es ändert sich das Verhältnis von Arbeitsaufwand und Nutzen, das Engels dem Plan zugrunde legen will.

Ausgehend von den Erkenntnissen einer monetären Werttheorie kann zwar die Möglichkeit einer vollständigen gesellschaftlichen Planung nicht von vorneherein ausgeschlossen werden, es wird aber deutlich, welches ungeheure Ausmaß die Koordinations- und Anpassungsleistungen haben, die dann in kürzester Zeit vollzogen werden müssen. Geht man dagegen von einer nicht-monetären Werttheorie aus, so werden aufgrund der simplifizierenden Vorstellungen über den Markt auch die Probleme dieser Koordination ausgeblendet.

Neues Deutschland

täglich aktuell und kompetent

im
Abo

Ja!

Ich bestelle zum nächstmöglichen Liefertermin Neues Deutschland. Die Lieferung erfolgt frei Haus. Das Abonnement kann jederzeit bis zum 10. des Monats gekündigt werden. Mir ist bekannt, daß der monatliche Abonnement-Preis im Postgebiet Ost 14,- DM inkl. MwSt. und Zustellgebühr, im Postgebiet West 14,- DM inkl. MwSt. zuzüglich 16,- DM Zustellgebühr, beträgt.

Name Vorname _____
Straße - Nr. _____
 w. o. _____
PLZ, Wohnort _____
Ich bezahle bargeldlos durch Bankenzug
 monatlich vierteljährlich halbjährlich jährlich
Geldinstitut _____
Bankleitzahl _____
Konto-Nr. _____

Für unsere Leserinnen (die bereits eine Kundennummer bei der Post haben)

Datum - Unterschrift _____

Ich habe das Recht, die Bestellung innerhalb von 10 Tagen (rechtzeitige Absendung genügt) schriftlich zu widerrufen, bei Neues Deutschland, Leserservice, Postfach 400, Franz-Mehring-Platz 1, O-10117 Berlin

Bitte hier Ihre zweite Unterschrift _____

Bitte senden an: Neues Deutschland, Leserservice, Postfach 400, O-10117 Berlin

Friedemann Schuster

Solidarisch zu Gorbatschow!

Kritische Anmerkungen zu Heinz Jungs Gorbatschowismus-Kritik

Gorbatschow hat eine grundlegende Änderung der sowjetischen Innen- und Außenpolitik und generell der gesellschaftlichen Verhältnisse der UdSSR zum Programm erhoben. Er versucht es mit seinen Mitstreitern zu verwirklichen. Im Unterschied zu Heinz Jung meine ich, daß dieser Versuch weder beendet noch fehlgeschlagen ist. Er wird fortgesetzt, begleitet von beftigsten Widerständen inner- und außerhalb der Kommunistischen Partei der Sowjetunion. Gorbatschow den Vorwurf zu machen, immer wieder wesentliche Korrekturen der ursprünglichen Reformansätze und Ziele vorzunehmen, übersieht den dialektischen Charakter des revolutionären Umbaus. Man kann alles korrigieren, wenn man an der sozialistischen Option festhält. Ich halte es geradezu für eine Stärke der Gorbatschowschen Methode, äußerst beweglich alle Impulse, egal von welcher Seite sie kommen, aufzunehmen. Bedingung: Bereitschaft zum Widerstand gegen gewalttätige Versuche zur Überwindung des sozialistischen Verfassungskonsenses.

Nach wie vor bin ich davon überzeugt, daß die Gorbatschowsche politisch-ideologische Richtung von der Kritik der erstarrten Strukturen des Sozialismus und der sie legitimierenden Ideologieformeln eines dogmatisierten Marxismus-Leninismus sowie von der Kritik an deren konservativen Verteidigern bestimmt ist. Sicher darf Kritik gegenüber der Gorbatschow-Richtung nicht irgendwelchen Tabus unterworfen sein. Ich sehe niemand, der - wie Heinz Jung schreibt - "sich außerhalb von Kritik stellen" möchte. Ich sehe nur das Gegenteil: Ich sehe Leute in DKP und PDS, die gar nicht genug Kritik an Gorbatschow üben können; ich sehe die "kritischen Linksradikalen" der verschiedenen Richtungen; ich sehe enttäuschte Friedensbewegte, die die Illusion hatten, die Sowjetunion hätte in der Golf-Krise nur ein "Machtwort" sprechen müssen, um den Imperialismus zu zügeln; und ich sehe natürlich alle bürgerlichen Leitartikler, die glaubten, sie führten "ihren Gorbis" an der Leine ihrer Interpretationen und Einschätzungen, dabei führten sie nur manche Linke und bisherige Freunde der Sowjetunion in die Irre (was auch nicht wenig ist) ...

So sehr ich unterstreiche, was Heinz Jung positiv über Gorbatschows Anstöße schreibt, "zeitgenössisches marxistisches Denken aufzugreifen, weiterzuarbeiten und bis zu strategischen Konzepten voranzutreiben", so widersprüchlich scheint mir diese Auffassung zu Heinz Jungs Ausgangsthese zu stehen, eine sozialistische und marxistische Linke werde erst dann wieder Boden unter die Füße bekommen, "wenn sie den Gorbatschowismus kritisch überwindet".

Wenn ich Heinz Jungs Meinung widerspreche, das Perestroika-Konzept der Umwandlung des autoritären Staatssozialismus in einen demokratischen Sozialismus zivilgesellschaftlicher Prägung sei gescheitert, so deshalb, weil bei Beachtung aller dramatischen Ereignisse und Entwicklungen nicht übersehen werden darf, was an grundlegenden Veränderungen in den Jahren der Perestroika erreicht worden ist, vor allem was den Ausbau des sozialistischen Rechtsstaates, die Entwicklung sozialistischer Verfassungsgrundsätze, die sozialistischen Grundrechte wie Redefreiheit, Pressefreiheit und nicht zuletzt die Freiheit der Persönlichkeit betrifft.

Nicht teilen kann ich die Auffassung, Gorbatschows Neues Denken sei lediglich "ideologisches Verarbeitungsmuster realer Niederlagen". Das ist es auch, aber der behauptete Paradigmen-Wechsel hängt, so meine ich, nicht in erster Linie mit den realen Niederlagen zusammen. Solche Niederlagen zwingen natürlich zu realem Rückzug, den man möglichst ohne Panik, mit manchmal paradox erscheinender Manövrierfähigkeit und mit viel Ausdauer zu vollziehen hat. Der scheinbare Paradigmen-Wechsel wurde vor allem notwendig, weil sich die Lebensbedingungen der Menschheit seit dem Kommunistischen Manifest grundlegend veränderten. Und hier theoretisch und politisch-ideologisch vorzudenken ist alles andere als Rückzug, neu denken ist geradezu Pflicht und Vor-Denker der Menschheit zu sein, verdient Anerkennung durch alle vernünftigen Menschen.

Ich wäre natürlich nicht Anhänger Gorbatschows und der ihn unterstützenden Mehrheit in der Kommunistischen Partei der Sowjetunion geworden, wenn mir mit dem Neuen Denken nicht die Priorität menschlicher Werte in der Werte-Skala des Sozialismus/Kommunismus eindringlichst bewußt worden wäre. Eine Entgegensetzung von allgemeinmenschlichem Denken und Denken in Klassenkategorien ist schon deswegen nicht haltbar, weil beide Denkweisen Bestandteile marxistischen Denkens waren und sind.

Mich erfüllt Genugtuung - um emotional zu formulieren -, daß es Kommunisten waren und sind, die das Neue Denken entwickelten und weiter verbreiten und mittels seiner Kategorien internationales und innergesellschaftliches Handeln einer "Supermacht" bestimmen. Zu bedauern ist die historische Verspätung dieses Durchbruchs zu Neuem Denken, und zu bedauern ist die Fülle von Mißverständnissen und Mißinterpretationen, die es begleiten, was zu nicht geringen Reibungsverlusten führt.

Heinz Jung zitiert aus Gorbatschows Buch "Perestroika" einen Schlüssel-satz: "Das Rückgrat der neuen Denkweise ist die Erkenntnis der Priorität menschlicher Werte." Diesem Satz wird die bisherige "totalitätsbestimmende Sichtweise der Klassenantagonismen" entgegengestellt. Gorbatschow selbst hat indes auf diesen vermeintlichen Gegensatz in dem Buch schon geantwortet:

"Es mag einigen Leuten seltsam erscheinen, daß gerade die Kommunisten eine so starke Betonung auf menschliche Interessen und Werte legen.

Tatsächlich ist eine Beurteilung aller Phänomene des sozialen Lebens nach dem Klassenprinzip das ABC des Marxismus. Auch heute wird dieses Verfahren den Realitäten der Klassengesellschaft, einer Gesellschaft mit gegensätzlichen Klasseninteressen, vollkommen gerecht. Das gleiche gilt für die Realitäten des internationalen Lebens, die ebenfalls von diesen Gegensätzen geprägt sind ..."

Gorbatschow betont jedoch: "Mit dem Auftauchen von Massenvernichtungswaffen, von Waffen, die die ganze Welt zerstören können, hat sich jetzt eine objektive Grenze für die Konfrontation der Klassen in der internationalen Arena gebildet: die Drohung universaler Vernichtung. Zum ersten Male überhaupt hat sich ein reales, nicht spekulatives und abwegiges allgemeinmenschliches Interesse gebildet - die Rettung der Menschheit vor der Katastrophe."

Die totalitätsbestimmende Sichtweise der Klassenantagonisten konnte bislang von beiden Seiten letztlich nur das "Alles oder Nichts", den Sieger und den Besiegten. Das Klassendenken war davon bestimmt, der Klassenkampf darauf gerichtet. Diese gefährliche Verengung des Klassenkampfdenkens würde in seiner Konsequenz zum Untergang der kämpfenden Klassen führen, in das Nichts!

Neues Denken bedeutet auch neues Klassendenken. Daraus ergibt sich für die Linkskräfte die Aufgabe, Voraussetzungen und Bedingungen für einen zivilisierten Umgang der Klassen miteinander zu schaffen. Die alte Aufgabe stellt sich neu: ein solches politisches und geistiges Kräfteverhältnis hervorzubringen, das diesen zivilisierten Umgang miteinander nicht nur ermöglicht, sondern zwingend gebietet, sodaß sich keine Seite ihm entziehen kann. Hauptbestandteile einer entsprechenden zivilisierten Methodik werden nicht nur immer neue Kompromisse sein, sondern auch immer wieder Vorleistungen, die die Gegenseite immer mehr zu verbaler, theoretischer und schließlich praktischer, realer Anerkennung der gemeinsamen Wahrnehmung der Menschheitsinteressen drängt.

Gerade weil die Gorbatschow-Richtung der KPdSU die Klassen-Sichtweise nicht negierte, konnte sie zum Neuen Denken gelangen, das in der Tat von eben unterschiedlichen Ausgangspunkten, die die Stellung unterschiedlicher Klassen markieren, akzeptiert werden kann. Daß dieses Neue Denken noch nicht zum allgemein anerkannten und geübten Denken geworden ist, kann nicht ihm angelastet werden, sondern ehestens der relativen Schwäche seiner Protagonisten.

Ich meine, irgendwann mußte damit begonnen werden, je eher, desto besser - es ist eh schon spät genug. Hätte Gorbatschow warten sollen, bis ein Reagan oder Bush sich aus dem verknöcherten Dogmatismus ihres Steinzeit-Denkens lösten? Hätte Gorbatschow darauf gewartet, lebten wir noch immer - wenn überhaupt - unter unmittelbarster Raketenbedrohung und das sozialistische Lager wäre vielleicht nicht zerfallen, sondern schlimmer - implodiert, durch eine Folge innerer Explosionen zerstört worden.

Nicht das Neue Denken hat den Zerfall des sozialistischen Lagers mit vorbereitet, sondern die halsstarrigen Versuche, sich und die Gesellschaften, für die man als jeweiliger Generalsekretär in Berlin, Prag oder Bukarest sich verantwortlich hätte fühlen müssen, vor dem Neuen Denken abzuschotten, haben den Triumph der alten Kapitalkräfte ermöglicht.

Auch der Vorwurf an das Neue Denken, es habe die zeitgenössischen Formen des "Systemkrieges" völlig ignoriert, es habe die imperialistischen Medien- und Kulturoffensiven, den technologischen, ökonomischen, massenpsychologischen Krieg nicht zur Kenntnis genommen, wie Heinz Jung meint, müßte eigentlich gegen das alte Denken in den Reihen der Kommunisten erhoben werden. Ein Blick in das Fernsehen der damaligen DDR oder in beliebige Zeitungen des SED-Medienapparates offenbarten ein solches Maß an Ignoranz gegenüber den Realitäten, das sich nur aus äußerstem Subjektivismus und Voluntarismus speisen konnte. Entsprechend sahen auch die Reaktionen aus: entweder primitivste Gesundheitswidersprüchlicher Wirklichkeiten oder administrative "Sputnik"-Verbote und Repressionen selbst gegen eigene Genossinnen und Genossen, die differenziertere Einsichten in historische oder aktuelle Vorgänge zu gewinnen trachteten.

Demgegenüber war es Gorbatschow, der den aggressivsten Imperialisten gerade auf dem Felde ihrer Übermacht, der militärischen Stärke und deren ideologischer Verklärung zu einer Fiktion der "Sicherheit", den anti-kommunistischen und antisowjetischen Deckmantel entwand: nicht zuletzt der von manchen verhöhnnte Friedensnobelpreis für den Generalsekretär der KPdSU war Ausdruck neuer weltweiter Sympathie für einen Kommunisten, den nicht Gewalttätigkeit sondern Friedensfähigkeit charakterisiert.

Heinz Jung schreihet vorwurfsvoll von "gravierenden Fehleinschätzungen, Rücknahmen usw. in der sowjetischen Deutschlandpolitik". Gewiß hat es Fehleinschätzungen gegeben. Wer ist vor Fehleinschätzungen sicher? Weniger Selbstsicherheit und weniger Selbstergerechtigkeit ist besser als kommunistischer Unfehlbarkeitswahn. - Die gravierendste Fehleinschätzung unterlief uns allen in der Fehleinschätzung der Stabilität der DDR. Daß diese Art von sozialistischem Gesellschaftssystem auf tönernen Füßen stand, erkannten weder Freund noch Feind. Daß sich eine als marxistisch-leninistische Kampfpartei verstehende Millionen-Organisation innerhalb kürzester Zeit sang- und klanglos ergeben und ohne den "Großen Bruder" ein Nichts darstellen würde, das war eine absolute Überraschung oder Enttäuschung.

Nicht enttäuscht sein durfte man aber, daß die Unterzeichner der KSZE-Schlußakte mit ihrer wechselseitigen staatlichen Bestandsgarantie die DDR nicht retten wollten oder konnten, wo die DDR-Führung selbst nicht in der Lage war, ihren Bestand zu garantieren - und das trotz aller vorhandenen Repressionsapparate!

Und dann noch, wie es bei Heinz Jung heißt, die "Kleinigkeit der Klassen-solidarität" - übersehen durch Gorbatschow! Klassensolidarität der Honecker-DDR gegenüber der Sowjetunion hätte ich mir - seit 1985 mehr noch als die Jahre zuvor gewünscht. Was stattdessen jedoch hinter den Berliner Kulissen an Häme und Spott und an typisch tumb-deutscher Überheblichkeit und Besserwisseri gegen die Sowjetunion (und nicht erst seit Gorbatschow) verübt wurde, offenbarte mir ein solches Maß an Kleingeisterei, das weder mit überlegenen politischen Konzeptionen noch mit tatsächlichen eigenen Erfolgen zu erklären war. (Der politische Witz jener Zeit - "Wir sind die größte DDR, die es je gab" - hatte diese Haltung zum Gegenstand.)

Wie hätte die DDR durch die Sowjetunion verteidigt werden können, wenn das Staatsvolk nicht mehr Volk des Staates DDR sein wollte? Hier muß ich Schewardnadse zustimmen, so sehr ich auch seine sonstigen, womöglich sozialdemokratisch mißzuverstehenden, Positionen nicht teile: Hätte die Sowjetunion ihre in der DDR stationierten Truppen einsetzen sollen? Andere Alternativen habe ich bislang nicht gehört. "An den Grenzen Divisionen zum Abfangen und Absichern aufmarschieren lassen, wie manche meinten? Die Panzermotoren anlassen? Aber damit wäre man schon am Rande eines Krieges gewesen. Ja - man wundere sich nicht, am Rande eines dritten Weltkrieges." So Schewardnadse.

Leider verwendet Heinz Jung in diesem Zusammenhang den emotionsgeladenen Begriff von der "Treulosigkeit" der Sowjetunion gegenüber der DDR. War es aber nicht Treulosigkeit gegenüber der Sowjetunion, wenn Honecker und Mittag versuchten, mit der BRD und anderen kapitalistischen Staaten eigene Stüppchen zu kochen und mit Strauß und Kohl in fröhlicher Geschäftigkeit die Kreditrahmen auszuweiten (dafür der DKP Zurückhaltung zu verordnen)? - Heute - April 1991 - leben Honecker und seine Frau Margot dank des "treulosen" Gorbatschow in Moskau und nicht in einem Gefängnis in Deutschland.

Mögen manche Nicht- und Antikommunisten erwarten und hoffen, Perestroika und Glasnost lasse sich zur Umwandlung der Sowjetunion in eine Kopie des westlichen Demokratie- und Wirtschaftsmodells gebrauchen; mögen manche Linke von der Abstrahlung einer solchen kapitalorientierten Propaganda nicht unbeeindruckt bleiben - für mich bleibt die Notwendigkeit kritischer Solidarität zur Sowjetunion, zur Perestroika und Glasnost und zu ihrem Initiator Michail Gorbatschow.

Franz Drey

Marx entgrenzen

(zur Position von Lothar Peter)

Haben die Theorie und die praktischen Maximen, die Karl Marx hinterließ, noch eine Chance, dem Denken und Handeln der Nachwelt hilfreich unter die Arme zu greifen? Lothar Peter verneint das letztendlich in seinem Aufsatz "Marxismus und Subjektfrage", erschienen in der Märzausgabe 1991 von Z. Dabei entgeht ihm jedoch das über die heutigen Verhältnisse Hinausweisende bei Marx. Sein kritisches Bemühen ist noch zu sehr an den festgefahrenen Denk- und Definitionsstandards orientiert, die der offizielle Marxismus als Pflichtbegriffe vorgab.

Lothar Peter will gegen sie anrennen, beißt sich aber an ihnen fest. Gemeint sind unter anderem die Rolle des Gegensatzes Kapital-Arbeit, die Funktion von Arbeit und Leistung, die Arbeiterklasse als revolutionäres Subjekt, schließlich auch "der Marxismus" selbst. Dazu im Nachfolgenden einige Anmerkungen.

Warum sprechen auch die ernsthaft an Marx interessierten noch immer von "Marxismus" statt von Marx'schem Denken und Handeln, von Marx'scher Theorie o.ä.? Zumindest sollte man, um Mißverständnisse zu vermeiden, deutlich zwischen Marxismus als organisatorisch und politisch nicht gebundener Portführung Marx'scher Theorie und dem offiziellen Marxismus als politisch-pragmatischer Ideologie des Machtssystems "realer Sozialismus" unterscheiden.

Es spricht ja auch niemand von Sokratismus oder Hegelismus. Wenn von Konfuzianismus die Rede ist, doch vor allem deshalb, weil das, was Konfuzius geschrieben, gesagt und getan hat, zur Regulierung und Absicherung späterer Staatsherrschaft genutzt bzw. umfunktioniert wurde. Die vielgerühmte Dialektik - oder gar Einheit - von Theorie und Praxis des Marxismus war doch bei dessen offizieller Variante die Funktionalisierung des einen durch das andere: Theorie, um Praxis zu legitimieren und Praxis, um ein machtsicherndes Denkgebäude aufrecht zu erhalten bzw. zu bestätigen.

Wenn das, was Marx den Menschen für ihr Denken und Tun mit auf den Weg gab, wirklich helfen soll, muß es, wie das Erbe eines jeden anderen Theoretikers auch, verarbeitet und weiterentwickelt werden. Es darf daraus kein einengendes, in sich geschlossenes Denkgebäude werden. Warum nicht Marx entgrenzen, d.h. die Reduzierung seiner Theorie auf den "Marxismus" rückgängig machen? Oder noch besser: den -ismus einfach vergessen!

Dies verlangt aber auch, sich von der Verabsolutierung der bipolaren Opposition "Arbeiterklasse-Kapitalismus" zu lösen. Wie weit ist es denn gegen

Marx gerichtet, wenn man unter Nutzung seiner Erkenntnisse diesen Gegensatz - der unbestritten vorhanden ist - in eine allgemeinere interaktionistische Gesellschaftstheorie einbindet? Deren Ziel sollte es sein, den realen gesellschaftlichen Aktionszentren, so wie sie wirklich aussehen (das gilt auch für den vielmißbrauchten Begriff "Arbeiterklasse"), ihre tatsächliche, sich ständig verändernde Rolle zuzusprechen.

Das geht nur per intensiver Auseinandersetzung mit den heutigen nicht-marxistischen System- und anderen Theorien. Nur eine von den herkömmlichen "marxistischen" bzw. "marxistisch-leninistischen" Begriffsfixierungen unbelastete Realanalyse der Zusammenhänge, der Komponenten gesellschaftlicher Systeme usw. vermag das zu leisten.

Wie Arbeit und Leistung alle Lebensbereiche bestimmen und durchdringen, das beschreibt Marx ausführlich für den Kapitalismus. Hat er sich das in dieser Weise aber auch für spätere nichtkapitalistische und vor allem bessere Gesellschaftsformen vorgestellt? Hat er wirklich in Sachen Produktivität für den Sozialismus eine schlichte Hochrechnung der im Kapitalismus geltenden "menschlichen Subjektivität als grenzenlose Steigerung produktiver Fähigkeiten" (L. Peter) vorgesehen? Sollten lediglich die Macht- und Eigentumsverhältnisse qualitativ umschlagen, die Produktivkräfte sich aber linear weiterentwickeln?

Falls Marx das tatsächlich so sah, verlangt dann nicht gerade eine marxistisch-dialektische (damit sich über ihn hinwegsetzende) Betrachtungsweise der Produktivkräfte, daß eine Gesellschaftsform neuer Qualität auch eine Produktivkraftentwicklung ganz neuer und anderer Art zur Voraussetzung haben muß? Also nicht die vom Kapitalismus geschaffenen wirtschaftlich-technischen Wachstumszwänge, die nachzuahmen der angebliche Realsozialismus sich so sehr bemühte.

Eine Aufgabe weiteren Denkens im Sinne von Karl Marx wäre es somit, Alternativen zu den bekannten kapitalismusbedingten Entwicklungszwängen zu finden. Also solche,

- die sich nicht gegen den Menschen und die ihn umgebende Natur richten,
- die nicht, wie im vergangenen "Realsozialismus" geschehen, nur als scheinbare Alternativen vorgegeben werden, um ein von Marx nicht gewolltes und in weiten Bereichen vorkapitalistisch strukturiertes Machtssystem abzusichern,
- die aus den Bewegungsgesetzen des Kapitalismus und unter Einbeziehung der ihn bewegenden Kräfte heraus geeignet sind, diesen zu über- bzw. zu "verwinden"

und dann tatsächlich etwas Anderes und Besseres bewirken.

Selbsttäuschung ist es, wenn Lothar Peter meint, die Erfahrungen in den ehemaligen sozialistischen Ländern hätten gezeigt, daß die Arbeiterklasse als revolutionäres Subjekt nicht in der Lage ist, eine qualitativ neue

Gesellschaft und Kultur aufzubauen. Sie hat es doch nie ernsthaft versuchen können.

Das begann bereits mit der Oktoberrevolution. Sie war zwar entscheidend von der russischen Industriearbeiterschaft geprägt, fand aber in einem Land statt, in dem die industrielle Großproduktion noch längst nicht bestimmend für das gesamte Wirtschaftssystem war. Die Grundlage für eine von der Arbeiterschaft getragene neue Gesellschaft war damit noch nicht gegeben. Zwar entwickelte sich diese Grundlage später, aber dann hatten die Arbeiter keinen Anteil mehr an der Macht. Denn das, was als Komponente "Arbeiterklasse" in der sowjetischen Regierung nach Lenins Tod vorhanden war, wurde durch Stalin gründlich beseitigt. Seine Herrschaft und auch die der weniger brutalen Nachfolgesysteme waren wohl eine Diktatur, aber nicht die des Proletariats. Die Arbeiterklasse dort durfte arheiten, aber nicht herrschen.

Dem widersprechen auch nicht einige Umstände, auf die in diesem Zusammenhang gerne hingewiesen wird:

- daß es viele Führungskader gab, die Arbeiterfamilien entstammten,
- daß mit der weiteren Industrialisierung die Industriearbeiterschaft zahlenmäßig zunahm,
- daß institutionalisierte Formen sozialer Emanzipation geschaffen wurden, die von der Anlage her (wenn auch nur insofern) durchaus fortschrittlich waren.

Auch Zar Peter der Große hatte seinerzeit sein Land ein gutes Stück nach vorne gebracht, indem er das Handwerk förderte und sich entwickeln ließ. Aber deswegen installierte er keine "Handwerkermacht".

Im letzten Abschnitt seines Beitrages beklagt Lothar Peter den schmerzhaften Mutterverlust, der darin besteht, daß es keinen "archimedischen Punkt" mehr gibt, keine "universalistische Schlüsseltheorie", keinen "geschichtlichen Prometheus", kein "Monopol auf Hegemonie". Bedeutet diese Erkenntnis wirklich eine Kapitulation der Marxschen Theorie?

Natürlich sind der offizielle und die ihm nahestehenden Marxisten in eine möglicherweise endgültige "Krise" geraten. Aber ist denn bisher schon einmal untersucht worden, inwieweit Marx tatsächlich dem einseitig subjektfixierten Paradigma der Moderne verhaftet blieb? Zählt er philosophisch nicht zu denen, die das aus vormodernen mittelalterlichen Zwängen befreite Subjekt eben nicht als den Schlußpunkt der Menschheitsgeschichte ansahen? Wollte er es nicht in eine - man verzeihe den unmarxistischen Ausdruck - interaktionistische Vorstellung der Wirklichkeit einbinden?

Natürlich konzentrierte er in seiner zweiten Lebenshälfte seine Aufmerksamkeit vor allem auf die Lage und Rolle der Arbeiterklasse im Wechselspiel der Mechanismen kapitalistischer Ökonomie und Politik. Das hat den von ihm geleisteten philosophischen Durchbruch etwas in den Hintergrund

treten lassen, ihn aber nicht aufgehoben: Die Erkenntnis nämlich, daß der Mensch nicht dadurch zu erklären ist, daß man nach seinem unveränderlichen und abstrakten Wesen sucht, sondern dadurch, daß man ihn als gesellschaftliches Wesen versteht und damit veränderlich, auf andere bezogen und praktisch handelnd. "Das menschliche Wesen ist kein dem einzelnen Individuum innewohnendes Abstraktum. In seiner Wirklichkeit ist es das Ensemble der gesellschaftlichen Verhältnisse." (6. These gegen Feuerbach) Ob interaktionistisch oder vergesellschaftet gedacht: Dieses Menschenbild weist weit über die durch eine enge Subjektfixierung geprägte Moderne hinaus.

Das Unglück war nur, daß dieser "postmoderne" Ansatz unter dem Druck der Verhältnisse zu einer Ideologie deformiert wurde, die in ihren wesentlichen Zügen "vormodern" war. Statt das von Marx in Gang gesetzte Denken und Handeln in die von ihm gewollte Richtung weiterzuentwickeln, in der tatsächlich die "Pluralität kollektiver sozialer Akteure" anerkannt wird (Lothar Peter), wurden vorbürgerliche, vorneuzeitliche also mittelalterlich-feudale Vorstellungen der Unterordnung des Individuums in ein großes Ganzes zur Doktrin erklärt. Die Entwicklung und Entfaltung des Subjekts wurde nicht neuen gesellschaftlichen Qualitäten zugeführt, sondern schlicht zurückgenommen.

Der "Marxismus" haute sich nicht deshalb eine selbstdefinierte Arbeiterklasse als "zentrales gesellschaftliches Subjekt" auf, weil der damit gemeinte Typ von Industriearbeiterschaft tatsächlich eine herausragende Rolle innerhalb der gesellschaftlichen Entwicklung spielte. Der Staatsmarxismus brauchte vielmehr einen solchen extrem hochstilisierten Hegemon, um der ebenso extrem zentralisierten Machtzusammenballung eine theoretische Rechtfertigung zu geben. Eine zutreffende Analyse des wirklichen Zustandes und der Rolle des arbeitenden Teils der Bevölkerung (in der Industrie und anderswo) mußte aus dieser Ideologiefunktion des Begriffs heraus Stückwerk bleiben.

Diesen Wirklichkeitsbereich, d.h. das Subsystem "arbeitsbezogene Lebenswelt", im Gesamtsystem der Gesellschaft einmal richtig zu erforschen und zu analysieren - und zwar frei von jedem "ökonomie- und produktionszentrierten, sexistischen, historisch-materialistischen Paradigma" (L. Peter) - ist doch eine wahnsinnig wichtige und spannende Aufgabe. Davor braucht die Marxsche Theorie doch nicht zu kapitulieren! Um der Lösung dieser Aufgabe näher zu kommen, haben Karl Marx und all seine ernstzunehmenden Nachfolger eine Unmenge hilfreichen Materials an Methodik und Erkenntnissen hinterlassen. Natürlich auch Irrtümer. Aber die kann man ja weglassen.

Heinz Jung

Internationales Gramsci-Colloquium

Unter dem Generalthema "Gramsci und die Theorie der Zivilgesellschaft" fand am 22. und 23. März 1991 im Dstberliner Haus am Köllnischen Park ein internationales Colloquium von Gramsci-Experten und Interessierten statt. Initiator war vor allem die Zeitschrift "Das Argument" und ihr Herausgeber Wolfgang Fritz Haug. Mitträger war ein breiter Kreis linker und marxistischer Zeitschriften und Forschungsgruppen der BRD, einschließlich der Territorien der früheren DDR. Dazu gehörte auch Z. Anlaß war vor allem der 100. Geburtstag Antonio Gramscis, des früheren Führers der italienischen Kommunisten, des Komintern-Funktionärs und marxistischen Theoretikers am 22. Januar 1991. In diesem Zusammenhang stand auch das Erscheinen und die Vorstellung des 1. Bandes einer auf 10 Bände angelegten deutschen Ausgabe der "Gefängnishefte" durch den Argument-Verlag. Schließlich war mit dem Colloquiumsthema ein für die derzeitige marxistische Diskussion zentrales Problem aus dem Werk Gramscis zur Debatte gestellt, das nun nach dem epochalen Scheitern des alten Sozialismus vielfach als Achse zur Gewinnung neuer Perspektiven angesehen wird. Das Programm wurde am ersten Abend komplettiert durch eine Podiumsdiskussion im Auditorium Maximum der Humboldt-Universität. Ungünstige Vorbereitungsstände berücksichtigt, verwies der unterfrequentierte Saal darauf, daß unter den gegenwärtigen Bedingungen auch ein gramscianischer Marxismus keinen spontanen Zulauf erhalten wird.

W. F. Haug meinte, daß gerade heute ein Märtyrer und Undiskreditierter wie Antonio Gramsci für marxistisches Denken ungemein wichtig sei. Über Gramsci könnte man zur Fähigkeit finden, die Niederlage zu denken und neue Perspektiven zu erschließen. Schließlich waren die italienischen Kommunisten und Gramsci als erste in einem großen Land Europas mit der Niederlage gegen den Faschismus konfrontiert und veranlaßt, diese im Kontext der Entwicklung der bürgerlich kapitalistischen Gesellschaft Italiens und Europas zu verstehen. Vor allem die Briefe und Gefängnis-Hefte Gramscis sind dafür mehr als nur ein symbolischer Ausdruck, vielmehr in ihrem unsystematischen und vielschichtigen Charakter auch die Form eines Theorietyps, der von Tagungsteilnehmern für den postrealsozialistischen Marxismus als paradigmatisch und als Typ des postmodernen Marxismus (Frank Deppe) angesehen wurde.

Nicht alle wollten Haugs Sicht auf Gramsci als Märtyrer teilen. Ursula Apitzsch wollte ihn demgegenüber als Ungebeugten gegenüber Faschismus und sich stalinisierendem Marxismus charakterisieren, der in den letzten Kerkerjahren auch in der Situation der Vereinzelung gegen-

über seiner Partei gestanden habe. Gramsci ist in ihrer Sicht untauglich zum neuen Säulenheiligen des Sozialismus, vielmehr müsse er als Theoretiker der Moderne mit Möglichkeiten des Sozialismus begriffen werden.

Für W.F. Haug haben die Gefängnishefte den Status eines der "Hauptwerke der politischen Theorie des 20 Jahrhunderts". Demgegenüber verwies Frank Deppe auf das Fragmentarische dieses Hauptwerkes Gramscis und machte darauf aufmerksam, daß die Gramsci-Konjunktur in der linken Intelligenz im Zusammenhang mit dem Aufkommen des Euro-Kommunismus stand. Harald Neubert sah bei Gramsci ab 1923/24 ein Ausbrechen aus dem Gedankengebäude der Komintern in der Verarbeitung der Niederlage. Wahrscheinlich resultiert die Originalität Gramscis aus der Spannung zwischen leninistischem Theorie- und Politikverständnis - einige Teilnehmer aus der frühen DDR tendierten dazu, den Leninisten und kommunistischen Parteiführer auszublenden und ihn zum Vorläufer subversiver Zivilgesellschaftskonzeptionen der Bürgerbewegungen Osteuropas umzufunktionieren - und der Entwicklung einer theoretischen und politischen Konzeption für Italien aus dem historischen und kulturellen Kontext des Landes heraus.

Festgestellt werden muß, daß auch im Kreis der Gramsci-Experten entsprechend der historischen und nationalen Spezifik unterschiedliche Bewertungen und Akzentuierungen - ganz abgesehen von Mißverständnissen der oben genannten Art, die von rigoristischen "Abrechnungs"bemühungen gegenüber den offiziellen Interpretationen der Vergangenheit durchsetzt waren, mitunter ein Klima der Peinlichkeit erzeugten und beim Großteil der "West"teilnehmer nicht die wohl erwartete Resonanz fanden - zu registrieren sind. Ist im angelsächsischen Raum Gramsci in hohem Maße der Theoretiker des sozial und politisch engagierten Intellektuellen, so bleibt in Italien, vermittelt auch über Togliatti, nach wie vor - bei Freund und Feind - die Leninsche Linie maßgebend. Gramsci, nimmt man ihn nicht selektiv, bleibt nach wie vor auch sperrig gegenüber der Vereinnahmung durch den "westlichen Marxismus", es sei denn man sieht eine gemeinsame Gramsci-Luxemburg-Linie (Giorgio Baratta, Rom), die aus der kommunistischen Bewegung in Westeuropa hervorgegangen war und immer als eine ihrer Strömungen existierte.

In den Beiträgen über die Methode Gramscis und den Charakter seiner Theorie erschloß sich in hohem Maße auch die Anziehungskraft auf kritische linke Intellektuelle. Das Fragmentarische und Unsystematische fordert die Interpretation heraus. Der Meinung Haugs, im Vergleich zur Realitätsblindheit bisheriger Systematisierung habe Gramsci neue Kontinente erschlossen, stand die Ansicht Deppes gegenüber, man dürfe aus der Not (Arbeitsbedingungen und journalistisches Profil) nicht gleich eine Tugend machen. Joseph Buttigieg (USA), Herausgeber der angelsächsischen Gramsci-Ausgabe, machte darauf aufmerksam, daß aus seiner Sicht der Zusammenhang von Intellektuellen, Kultur und Politik im Zentrum von

Gramscis Denken stehe. Er gehe vom Phänomen, nicht von der Kategorie aus. Seine Methode sei "Detail-Work", Materialanalyse. Kuno Füssel sah in der induktiven Systematisierung Analogien zu Walter Benjamin. Baratta macht auf Gramscis Option für eine "lebendige Philologie" aufmerksam, die sich besonders gut an seiner Kritik an Bucharin zeige. Geschichte als im kollektiven Organismus der Massen verankerte Erfahrung könne gerade mit der philologischen Methode erschlossen werden. Sebastian Reinfeldt vermerkte das Überschreiten der Grenzen intellektueller Arbeitsteilung für Gramsci als charakteristisch. Es gebe kein Kräftezentrum, sondern den Durchgang durch verschiedene Ebenen und die Verbindung durch das kulturelle Ferment. Dies mache die Modernität Gramscis aus. "Denker neuen Typs im Rahmen des Marxismus" (Anne Schwarz) war eine Formel, die eine mittlere Interpretationslinie ausdrückte.

Den Gefängnisheften im engeren Sinne galten zwei Sektionen des Colloquiums. Baratta und Buttigieg, Herausgeber der italienischen und angelsächsischen Ausgaben der Gefängnishefte, traten hier mit informativen Überblicksbeiträgen auf. Die Geschichte der deutschen Gramsci-Übersetzungen und -Ausgaben wurde von Joachim Meinert dargestellt, der dem wichtigsten Herausgeber in der früheren DDR, Guido Zamisch, einem der wenigen unmittelbaren Mitarbeiter Gramscis aus den 20er Jahren, seine Interpretation in der Lenin-Linie ankreidete. Diese wiederum wurde von Harald Neubert in der Sicht der Tatsachen unterstrichen. Sabine Kebir machte in diesem Zusammenhang auf stalinistische Blockaden und Verengungen aufmerksam. Klaus Bochmann, gemeinsam mit Wolfgang F. Haug Herausgeber der deutschen Ausgabe der Gefängnishefte, brachte - von letzterem ergänzt - den Zuhörern die Probleme der Übersetzung nahe, wobei die Unterschiede der wissenschaftlichen und politischen Kultur in Deutschland und Italien in den Mittelpunkt rückten.

Schon in seiner Eröffnungsrede hatte der Ostberliner Mitorganisator Harald Neubert im Thema Zivilgesellschaft ein Thema der Konvergenz linker, gesellschaftskritischer, sozialistischer Kräfte gesehen. Freilich kann sich diese Konvergenz, wie der Verlauf des Colloquiums zeigte, in der Hauptsache nur auf das Interesse an theoretischer Klärung und staatsfreier Gesellschaftsorganisation beziehen.

In der der Zivilgesellschaft als theoretischer Kategorie gewidmeten Sektion war vor allem die Rekonstruktion des Begriffs aus der italienischen Theoriegeschichte durch Gerhard Kuck (Rom) aufschlußreich. Er sieht im 18./19. Jahrhundert, vor allem bei den katholischen Schriftstellern, die stark antietatistische Wendung, die sich konkret gegen den laizistischen Staat richtet. Ebenfalls scheint hier immer auch der Antisozialismus auf. Das Thema Zivilgesellschaft ist ein Aspekt der Diskussion des Verhältnisses von Staat und Gesellschaft. Bei Ludmilla Nikititsch (Moskau) erhielt der Begriff der Zivilgesellschaft von vornherein eine ausschließlich positive Aufladung. Den etatistischen Ansatz des sowjetischen Sozialismus sieht sie

schon bei Lenin angelegt. Gramsci rückt für sie in die Reihe der Vorläufer des derzeitigen Moskauer "neuen Denkens". Frank Rupprecht fragte nach dem Verhältnis von Zivilisation und Zivilgesellschaft und nach deren begrifflichen Gegensätzen - ein Problembereich, der unterbelichtet blieb. Frank Deppe meldete Skepsis an, ob aus den heutigen Krisenerfahrungen heraus die Zentrierung um die Zivilgesellschaft eine Lösung bringen könne oder ob man nun nicht einen breiteren Zugang wählen müsse, in den vor allem die Problematik Staat-Demokratie einginge.

Der Begriff der Zivilgesellschaft hat viele Dimensionen. Als analytischer Begriff bezieht er sich auf die nichtstaatlichen Überbaubereiche und -funktionen, die die Öffentlichkeit konstituieren (Sabine Kebir). Zivilgesellschaft steht komplementär und kontrovers zum Staat bzw. zur politischen Gesellschaft. Sie ist der Ort der Konsens- und Hegemoniebildung im Gegensatz zum Zwang (Gerhard Kuck). Alexander Demirovic sieht in Zivilgesellschaft einen kritisch-analytischen Begriff im Sinne ihrer Überwindung und Aufhebung. Gegen die positive Bewertung von Zivilgesellschaft, wie sie etwa im Sinne eines Spektrums der osteuropäischen Bürgerbewegungen durch Herzberg geltend gemacht

wurde, stellte Johannes Henrich von Heiseler die Notwendigkeit von jeweils konkreten Analysen der Situationen und Bewegungen. Für ihn ist der Gesellschaftsbegriff in materialistischer Bestimmung nach wie vor entscheidend. Nicht jede Form der Herstellung gesellschaftlichen Konsens' werde durch zivilgesellschaftliche Strukturen getragen. In Osteuropa und der DDR sei allerdings mit der Trennung von staatlicher Öffentlichkeit und gesellschaftlicher Öffentlichkeit Zivilgesellschaft zur Verkörperung von Gegenwelt geworden. In den kapitalistischen Metropolen gehe es demgegenüber gegen kommerzielle und etatistische Verformungen um die Schaffung lebensfähiger Öffentlichkeit. Für Volker Gransow besteht das Gegenkonzept zur Zivilgesellschaft in der militanten Gesellschaft. Wie zuvor schon Deppe machte auch er auf die Funktion der Zivilgesellschaft bei Habermas in der Vermittlung von System und Lebenswelten aufmerksam.

Im Rekurs auf die Turiner Rätebewegung und Gramsci konnte Sabine Kebir die reale Funktion zivilgesellschaftlicher Elemente und Bewegungen präzisieren und Analogien zu den unterschiedlichen Bürgerbewegungen der Gegenwart ziehen. Dirk Boer (Amsterdam) definierte Zivilgesellschaft als Kampffeld durchsetzt mit Ideologie. Eine positive Bewertung könne erst dann erfolgen, wenn dieser Raum von Herrschaft befreit sei, was ja für die bürgerliche Zivilgesellschaft kaum gesagt werden könne.

Auch nach diesem Colloquium kann die Gramscische Vorstellung von Zivilgesellschaft bei weitem noch nicht als ausgeleuchtet angesehen werden. In der Schlußsektion wurde nochmals das Thema "Zivilgesellschaft und moderner Sozialismus" behandelt, wobei es natürlich in erster Linie um den gerade untergebenden ging. Dieter Segert verstand Zivilgesellschaft

als Schlüsselbegriff zur Analyse des alten Staatssozialismus. Für Anne Schwarz ging das Auseinanderdriften von ziviler und politischer Gesellschaft in der DDR mitten durch die Individuen. Harald Nenbert sah in der Dysfunktion von Staat und Gesellschaft im alten Sozialismus die Hauptursache seines Zusammenbruchs. Die Zivilgesellschaft habe sich hier gegen den Staat entwickelt. Im Falle der DDR sei dann die politische Gesellschaft der BRD in das entstandene Vakuum eingebrochen. Dem hielt Demirovic entgegen, daß man doch eher von der Umwandlung der Nomenklatura in eine Prokura reden müsse, wobei erstere daran interessiert sei, ihre Herrschaft auf eine internationalisierte Grundlage zu stellen.

Anzumerken bliebe die Selbstverständlichkeit, daß sich der theoretische Gramsci nicht in der Zivilgesellschaft erschöpft. Dementsprechend war auch Raum für die Erörterung weiterer Themen gegeben. Auf sie kann nur verwiesen werden. Von besonderem Interesse waren die Beziehungen von Kirche, Volksreligion, Folklore (Kuno Füssel - Münster, Derek Boothmann - London, Jan Rehmann - Berlin), die Mezzogiornofrage in Bezug auf die Entwicklungsprobleme, die Nord-Süd-Spaltung, die Emigrationsfrage usw. (Frank Deppe, Werner Rügemer, Joseph Buttigieg, Rolf Wörsdorfer u. a.), die Darlegungen zur Fordismus-Debatte (Joachim Bischoff) oder zur aktuellen Intellektuellen-Analyse im Kontext des Golf-Krieges (Renate Holub-Wiesner), die Anwendung des Hegemoniebegriffs auf die Analyse akuteller Bewegungen (Christoph Butterwegge) oder die Multikulturdebatte mit Gramscischen Blickwinkeln (Ursula Apitzsch), das Verhältnis von Kultur und Hegemonie in seiner Anwendung auf die Niederlage des Sozialismus (Dirk Boer, Andrea Catone - Rom), Gramsci und die Linke der 90er Jahre (Anne Showstack Sassoon - London) u.a.

Ein Teil der Beiträge erscheint noch im Herbst 1991 in einem Sammelband (W.F. Haug, P.J. Jehle (Hrg.), Gramscis Gefängnishefte lesen, Argument-Sonderband AS 189, DM 18,50). Bleibt zu hoffen, daß der Raumbeschränkung und Selektion nicht allzuvielen Beiträgen zum Opfer fallen.

Nachtrag des Berichtstatters:

Vielleicht gehört es zu den wichtigsten Einsichten dieses Colloquiums, daß Antonio Gramsci zu den progressiven Denkern gehört, die eine Niederlage ihrer Bewegung geistig zu bewältigen hatten. Dies gilt im Bezug auf den Sieg des italienischen Faschismus und des amerikanischen Fordismus gleichermaßen. Gerade hieraus ergibt sich der aktuelle Bezug für Sozialisten und Marxisten der Gegenwart. Er ist deshalb ein marxistischer Analytiker und Denker der kapitalistischen Moderne, weil er die Gesellschaft von ihren auseinanderfallenden Teilbereichen und von ihren verhängenden Momenten (Kultur) her erfaßt, die Zugänge zur Veränderung über die Materialanalyse - die "konkrete Analyse einer konkreten Situation" -

schafft und dem die Fragmentarität seines theoretischen Werkes entspricht. Wahrscheinlich kann heute nur über diese Variante marxistischen Denkens eine Erneuerung von Theorie und Praxis erfolgen.

Dies macht das Thema Zivilgesellschaft exemplarisch deutlich. Gramsci hat weder systematische wissenschaftliche Abhandlungen noch abgeklärte Definitionen hinterlassen, sondern nur Zugänge, deren sich marxistisches Denken heute bedienen muß, um zu einer adäquaten Realitätserfassung zu gelangen. Unklar bleibt auch nach diesem Colloquium, inwieweit und oh überhaupt die Zivilgesellschaftskonzeption zu einem tragfähigen und erneuerten Sozialismusverständnis führen kann, das die Gesellschaftskonzeption des alten Staatssozialismus nicht nur negiert, sondern auch positiv aufhebt. Dies gilt auch für die reformpolitischen Einflußnahmen auf die Entwicklung der kapitalistischen Gesellschaft.

Freilich ist längst offenkundig - und das haben die "Bürger"bewegungen Osteuropas bestätigt -, daß die Errichtung der Zivilgesellschaft der entscheidende Weg kapitalistischer Restauration geworden ist, weil die Reformkräfte des Sozialismus unfähig waren, die Ablösung des Staatssozialismus über die Schaffung einer sozialistischen Zivilgesellschaft durchzusetzen. Zu den theoretischen Defiziten gehörte dabei zweifelsohne die Unfähigkeit zu einer sozialökonomischen und auf die Antagonismen der heutigen Welt bezogenen Analyse von Zivilgesellschaft. Dementsprechend konnte es kaum Wunder nehmen, als Herr Alexander Jakowlew, Chefberater des sowjetischen Präsidenten Gorbatschow, kürzlich in einer Talkshow ("Club 2") aus Wien am 4.6.1991 in Bayern II, 20.15 h) seinem Gesprächspartner Henry Kissinger (der auf die Vertraulichkeit des "dear Henry" allerdings nicht einstieg) die Kreditwürdigkeit der derzeitigen UdSSR damit auszublendern suchte, daß er versicherte, Ziel der Reformen sei die Schaffung einer Zivilgesellschaft, das Angebot zur bedingungslosen Einstellung in die "westliche Wertegemeinschaft".

Hierzulande ortet der Sozialist Uwe Kremer (SPW Nr. 3/91): "Die moderne Zivilgesellschaft und ihre Lebenswelten sind der Raum, wo sich die sogenannte Individualisierung unahlässig entfaltet." Kollektive Identitäten würden in dieser Optik durch offene Kommunikationszusammenhänge ersetzt und Demokratie werde zur Sache der "aufgeklärten Individuen" und des "neuen Denkens". "Für meinen Geschmack ist die ganze Zivilgesellschafts-, Lebenswelt- und Demokratiedebatte völlig auf das falsche Gleis geraten."

Kassandra Georg Fülberth warnt ("konkret", Nr. 5/1991) vor der Zivilgesellschaft als der "neuen Naturreligion" und dem "gemeinsamen Boot von Liberalen, Libertären und durchgeweichten Marxisten". "Inzwischen hat, was als Zivilgesellschaft gedeutet werden sollte, sich recht schnell als Kapitalismus - wenngleich zunächst noch in der Form der Ruine eines einst angestrebten Reale Sozialismus - entpuppt."

Diese kritischen Stimmen sollten nicht überhört werden, markieren sie doch zu Recht die Schwierigkeiten, in einer Situation der epochalen Niederlage Neuansätze einer modernen sozialistischen Politik zu gewinnen.

Reinhard Schweicher

Defizite des Marxismus oder Defizite des Marxschen Werks? Zur fünften Sitzung der AG Marx-Engels-Forschung beim IMSF e.V.

Auch diesmal blieb die nach dem Zusammenbruch des staatlich verfaßten Marxismus schon im letzten Jahr befürchtete "politische Generalabrechnung mit allem, was sich zu Recht oder zu Unrecht auf Marx und Engels berufen hatte", aus (Winfried Schwarz, Bericht über die vierte Sitzung, in: Z, Nr. 3). Die infolge der erschwerten Arbeitsbedingungen nicht nur des IMSF nur teilweise oder in knapper Thesenform den Teilnehmern vorliegenden Beiträge waren vielmehr bemüht, den Vorschlägen der vorjährigen Sitzung zu folgen und in kurzen Statements Fallstudien über für den Marxismus folgenreiche Defizite und "schwarze Löcher" im Marxschen Werk zur Diskussion zu stellen. So gab es auf unterschiedliche Theorieebenen bezogene Versuche, "systematische Leerstellen" in der Theorie und "selektive Wahrnehmungen" oder vorweg "politisch-ideologische" Rezeptionsformen bei Marx und Engels im Umgang mit zeitgenössischen Theorieverhältnissen nachzuweisen und daraus Fragestellungen für die Marx-Engels-Forschung zu formulieren. Die beiden AG-Sprecher (Werner Goldschmidt und Winfried Schwarz) ordneten die Diskussionsbeiträge, soweit sie angekündigt waren, zwei Themenkomplexen - Ökonomie und Erkenntnistheorie/Methodologie - zu. An dieser Stelle ist es nicht möglich, auf alle vorbereiteten Diskussionsbeiträge einzugehen. Ihre vollständige Veröffentlichung ist für den Band 4 der IMSF-Reihe "Marx-Engels-Forschung heute" vorgesehen.

Wolfgang Jahn (Halle) versuchte die Folgen nicht nur des torsohaften Charakters des "Kapital", sondern auch widersprüchlicher Aussagen im vorliegenden Marxschen Werk selbst aufzuzeigen. Die verbreitete Auffassung etwa, die von Marx ursprünglich geplante, aber auf ihren konkreteren Darstellungsebenen nicht bearbeitete "selbständige Lehre von der Konkurrenz" sei bereits in das "Kapital" eingegangen, führte "bei den nachfolgenden Generationen marxistischer Ökonomen zu einer folgenschweren Ver-

nachlässigung der Analyse der realen Bewegung des Kapitals" und zu dem "undialektischen Verständnis der Beziehung zwischen Plan und Markt" im Sozialismus. Gründe dafür sind freilich nicht nur an den Fragment gebliebenen Stücken der Marxschen Theorie festzumachen, sie finden sich auch in deren widersprüchlichen Bestimmungen, die Jahn als "Problemanomie" zwischen "esoterischen" und "exoterischen" Teilen des Marxschen Werks bezeichnet. Der esoterische Teil beschränkt sich auf die Darstellung der Bewegungsgesetze der kapitalistischen Produktionsweise als transitorischer Form gesellschaftlicher Entwicklung. Die Gestaltung der auf den Kapitalismus folgenden Gesellschaftsform bleibt hier "nach vorne offen". Den exoterischen Teil bilden tagespolitische und polemische Arbeiten, "in denen der ungeduldige Revolutionär den Wissenschaftler Marx links überholte". Marx sei der Widerspruch zwischen seinen Thesen in der "Kritik des Gothaer Programms" über das Verschwinden von Warenaustausch und Markt in der auf Gemeineigentum an den Produktionsmitteln gegründeten Gesellschaft und seiner eigenen esoterischen Theorie mit ihrem viel höher angesetzten Niveau des gesellschaftlichen Charakters der Arbeit offensichtlich nicht bewußt gewesen. Hier ist, so Jahn, die Reduktion der Wertkategorien auf der Planung untergeordnete Instrumente der Rechnungsführung und Kontrolle bereits angelegt. Damit aber verliere die sozialistische Produktion, bei Fortbestand herkömmlicher Arbeitsteilung, einen unentbehrlichen Regulator rationaler Wirtschaftsrechnung - um den Preis ihrer Deformation in eine "bürokratische Kommandowirtschaft". Aus der esoterischen ökonomischen Theorie von Marx folge vielmehr, daß Ware, Wert und Geld nicht notwendig der Kapitaldominanz unterliegende Kategorien sind und sich in einer demokratischen Alternative mit Elementen der Planmäßigkeit verbinden und zivilisatorisch wirken können.

Hans-Georg Backhaus (Frankfurt/M.) fragte nach den Gründen für "das Versagen der Ökonomen und Philosophen des Marxismus" vor einer systematischen Untersuchung des Fetischismusproblems, das alle drei Bände des "Kapital" durchdringt und als Kernpunkt der Marxschen "Kritik der politischen Ökonomie" anzusehen ist. Auch hier geht es um Mängel in der Darstellung bei Marx selbst. Gibt es, über das im "Kapital" unzulänglich ausgearbeitete Problem der Wert-Preis-Transformation hinaus, eine weitere, umfassendere Fragestellung, "die erst den Ort der Marxschen 'Kritik der politischen Ökonomie' zwischen den Disziplinen Ökonomie und Philosophie begründet und erst eigentlich den Anspruch auf die Begründung einer Wissenschaft sui generis rechtfertigt?" Backhaus sieht diese "Urkonzeption" des Marxschen Theorieprogramms in der bereits 1846 (Brief an Annenkov) formulierten These, daß "die Menschen ... Kategorien ... produzieren". Wenn bisher weder von Marx selbst noch nach ihm gezeigt worden sei, wie die Menschen die Kategorie "Wert" samt ihren Erscheinungsformen "produzieren", so bleibe diese Fragestellung, da es sich um die "Produktion" sozialökonomischer, nicht philosophischer "Kategorien" handelt, das Fundamentalproblem der Sozialwissenschaft überhaupt.

Denn entweder wird der Wert und werden die verschiedenen Formen, in denen derselbe zum Ausdruck gelangt, von Menschen "produziert" oder der Wert gilt als ein Urphänomen, als eine Struktur, die von Menschen immer schon "vorausgesetzt", also *n i c h t* "produziert" wird. Was den einen als ein "Fetisch" gilt, erscheint den anderen als "Apriori".

Am Anfang der modernen Ökonomie steht der "Aberglaube der Physiokraten", nach deren Auffassungsweise Wert auf "Stoff überhaupt", auf "Naturstoff als solchen", ein "Universale, wie die Scholastiker sagen" (Marx), reduziert wird: Wert wird, und das bis in die Neoklassik der Gegenwart hinein, einer wirtschaftlichen Materie gleichgesetzt. Auch bei Ricardo geht es letzten Endes um "das bloße Wiedererscheinen der vorgeschossenen Werte im Produkt". So ist die Marxsche "Kritik der politischen Ökonomie" als "Kritik der ökonomischen Kategorien" und ihrer "Welt des Scheins", in der Ricardo "befangen" bleibt, konzipiert, aber als solche nie rezipiert worden. Doch hat Marx, so fragt Backhaus, auch wenn er prinzipiell an dieser ursprünglichen Konzeption einer Untersuchung der "inneren Genesis" seines Gegenstandes festgehalten hat, wirklich gezeigt, wie die Bestimmung der Gebrauchsgegenstände als Werte, wie dieser "Geburtsakt" des Werts vor sich geht, wie man sich den Prozeß der "Verrückung", "Verkehrung", "Transposition" etc. vorzustellen hat? Die Art und Weise, wie sich, durch die Köpfe der Menschen hindurch, die Darstellung der Arbeit als Wert vollzieht, bleibt auch bei Marx im Dunkeln. Die Tatsache, daß die eigentliche Intention des ersten Abschnitts des ersten Bandes des "Kapital" das Problem der dialektischen Darstellung von Kategorien, erst in den letzten 25 Jahren zur Sprache kam, siebt Backhaus als Nachweis dafür an, daß die theoretischen Abschnitte des ersten Bandes, gemessen an dem Programm, die "Produktion" und die "Kritik der Kategorien" darzustellen, "gänzlich mißlungen" sind.

Wurden von Jahn und Backhaus innere Brüche und Inkonsistenzen des Marxschen Werks thematisiert, so befaßten sich die folgenden Beiträge mit im Marxismus fortwirkenden "Selbstblockierungen" bei Marx und Engels in der Rezeption zeitgenössischer Theorieentwicklungen.

Das Urteil Schumpeters, Marx sei ein Kenner der gesamten ökonomischen Literatur gewesen, müsse, so Ernst Theodor Mohl (Hannover), zumindest für die deutsche Ökonomie relativiert werden. Zu Heinrich von Thünen, nach Braudel einer der größten Wirtschaftstheoretiker seiner Zeit, sei Marx, in einem Brief an Engels, nichts anderes als "dieser mecklenburgische Krautjunker" eingefallen. Wenn Marx diese Titulierung an anderer Stelle (Brief an den Thünen-Biografen Schumacher) auch revidiert und ihn als einen der "unter deutschen Ökonomen" nur äußerst seltenen "selbständige(n), objektive(n) Forscher" bezeichnet hat, so ist ihm doch entgangen, daß im "Isolierten Staat" ein der eigenen Analyse durchaus korrespondierender methodischer Entwurf zur Verfeinerung der Grundrentenanalyse enthalten war. Die Folgen solcher Ignoranz seien jedenfalls

daran festzustellen, daß der Verriß Thürens durch Alfred Lemnitz in der DDR lange unbestritten geblieben sei.

In der Diskussion merkte Carl-Erich Vollgraf (Berlin) zu Mohls Befund an, daß es gleichwohl zwei Kategorien von Ökonomen gab, "die Marx zu akzeptieren gelernt hat": 1.) Ricardianische Sozialisten (dazu gehöre auch Thünen), 2.) Ökonomen, die der Entwicklung der Produktivkräfte Raum gegeben haben (etwa Friedrich List und, wie unter der ersten Kategorie, Rodbertus und Thünen).

Auf "Defizite der Marxschen Rezeption der klassischen Ökonomie" verwies Michael Heinrich (Berlin). Marx billigte Smith und Ricardo zwei große Leistungen zu: 1.) eine Arbeitswertlehre (bei Ricardo weiter entwickelt als bei Smith), 2.) eine implizite Mehrwerttheorie - unter der Kategorie des Profits. Einerseits, so Heinrich, ist diese Zubilligung problematisch und andererseits argumentieren Smith und Ricardo unter ihren Voraussetzungen konsistenter als Marx. Denn Ricardo argumentiert durchgängig auf der Ebene des Durchschnittsprofits, nicht auf der Ebene einer Substanztheorie des Arbeitswerts. Damit aber vertritt er noch keine Arbeitswertlehre im Sinne der Marxschen. Hinsichtlich der Marxschen Unterscheidung zwischen wissenschaftlicher Ökonomie und Vulgärökonomie ergeben sich daraus zwei mögliche Konsequenzen: Entweder wird der Begriff der Vulgärökonomie dermaßen radikalisiert, daß Wissenschaftlichkeit allein der Marxschen Theorie zukommt, oder aber der Unterschied ist keiner zwischen Wissenschaft hier und Nicht-Wissenschaft dort, sondern einer zwischen produktionstheoretischem und einem, dem späteren Marginalismus zu Grunde liegendem, nutzentheoretischen Paradigma wissenschaftlicher Ökonomie. In diesem Falle habe sich Marx unter Vernachlässigung zweier unvereinbarer Paradigmen seine Vorläufer selber produziert. "Wir als Marxisten", fügte Heinrich selbstkritisch hinzu, sind indessen noch weit davon entfernt, den gegenwärtigen Stand der bürgerlichen politischen Ökonomie zu rezipieren und die Auseinandersetzung mit ihr auf einem vergleichbar hohen Niveau wie Marx zu führen.

In der Diskussion wandte Diethard Behrens (Frankfurt/M.) gegen diese Abgrenzung von Paradigmen ein, es gebe keinen positiven Status der Marxschen Theorie und daher könne sie nicht nach Kriterien von Genesis und Geltung beurteilt werden. Denn "sie ist prinzipiell Kritik der bürgerlichen Gesellschaft und damit der Kategorien der bürgerlichen politischen Ökonomie". Ihr Kritikcharakter ist konstitutiv für ihren Status als Theorie, sodaß daran auch die Marxsche Unterscheidung von wissenschaftlicher Ökonomie und Vulgärökonomie zu bestimmen ist.

Einen anderen Aspekt einseitiger Marxscher Rezeption der klassischen Ökonomie hob Wulf D. Hund (Hamburg) hervor. Werde in der gegenwärtigen marxistischen Diskussion um die Frage sozialpolitischer Hegemonie beklagt, der Marxismus habe die Analyse des Sozialen vernachlässigt, so könne das hier angesprochene Problem an einer "die nichtökono-

mischen Dimensionen" ausblendenden Marx'schen Smith-Lektüre verdeutlicht werden. Denn von Adam Smith werden nicht nur die Fragen nach Herkunft und Legitimität des Eigentums gestellt. Sie werden in der Smith'schen Diskussion der Moral, deren gesellschaftlicher Ursprung bereits in der Rousseauschen Unterscheidung von *inégalité naturelle* und, durch Konvention und Zustimmung etablierter, *inégalité morale* behauptet wird, "auch mit den Fragen nach dem Sozialen und der Hegemonie vermittelt". Marx betreibt, so Hund, eine "Komplexreduktion der von Smith durchaus thematisierten Abhängigkeiten zwischen materiellen und normativen Elementen des sozialen Prozesses", wenn er Smith dahingehend würdigt, "den wahren Ursprung des Mehrwerts erkannt" (MEW 26.1, 51) zu haben, hinsichtlich der Entdeckung der Klassen aber den hürgerlichen Ökonomen lediglich bescheinigt, "die ökonomische Anatomie derselben dargestellt zu haben" (MEW 28, 508). Der klassentheoretische Gehalt der Smith'schen Überlegungen zu den normativen Ursprüngen der Institutionalisierung von Politik in Herrschaftsapparaten wird von Marx "übergangen oder nicht rezipiert". Die Erörterung der Frage aber, wie *privates Eigentum* "gegen Übergriffe der Besitzlosen zu schützen" sei, führt, da Herrschaft allein dazu nicht hinreicht, Smith zum Problem der Hegemonie. Sie ist ein vorstaatliches soziales Phänomen einer in den Klassengesellschaften un Herkunft und Reichtum orientierten moralischen Bewertung, die zugleich sozial unterscheidend wirke. "Dieser schottische Beitrag zur marxistischen Soziologie ist", so Hund, "von Marx vernachlässigt und von den meisten Marxisten vergessen worden". So habe die verengte Marx'sche Rezeption der Klassentheorie bei Smith ihren Anteil an den auseinander tretenden Klassendefinitionen, die in der marxistischen Diskussion entwickelt wurden - auf der einen Seite die der IMSF-Analyse zur Klassenstruktur der Bundesrepublik zu Grunde liegende Leninsche Klassenbestimmung (Stellung im Reproduktionssystem, zu den Produktionsmitteln, in der Arbeitsorganisation, bei der Verteilung des Reichtums), auf der anderen Seite etwa E.P. Thompsons Definition einer Klasse als eine durch Teilhabe an Interessen, Erfahrungen, Tradition, Werten, Handlungen, Bewußtsein bestimmte "soziale und kulturelle Formation".

Marx wußte, daß "der stumme Zwang der ökonomischen Verhältnisse" nicht genügt. Die Reproduktion von Klassenherrschaft bedarf auch "einer Arbeiterklasse, die aus Erziehung, Tradition, Gewohnheit die Anforderungen jener Produktionsweise als selbstverständliche Naturgesetze anerkennt" (MEW 23, 765). Wie aber ökonomischer Zwang und gesellschaftliche Anerkennung zusammenwirken, bleibt bei Marx offen. Die Auffassungen von dieser Wechselwirkung bei Rousseau und Smith, den "ersten Soziologen", habe die marxistische Soziologie bisher nicht ernsthaft im Sinne einer kritischen Erweiterung der einseitig "ökonomistischen" Durchführung des Marx'schen Programms geprüft. Die in der hürgerlichen Soziologie den ökonomischen nicht minder einseitig entgegen gestellten "sozialen Tatsachen" führten vielmehr zu den getrennten Welten des Ökonomischen

und Sozialen, ohne deren Vermittlung eine Konstitutionstheorie von Gesellschaft nicht zu haben ist.

Die unter dem zweiten thematischen Schwerpunkt der Tagung - Erkenntnistheorie, Methodologie - von Peter Schafmeister (Bremen) vorgetragenen Anmerkungen zur "Hegel-Verweigerung von Hans Jörg Sandkühler" bezogen sich auf Sandkühlers vorjährigen Beitrag zur "paradigmatischen Bedeutung der Naturwissenschaften" in der Theoriebildung bei Marx. Als "denunziatorisch" im Sinne eines faktischen Ausschlußversuchs oder einer faktischen Behinderung von Kritik empfand Schafmeister Sandkühlers hier artikulierte "Abneigung gegenüber diesem verhängnisvoll hegelianisierenden deutschen Marxismus, der aus wenigen Belegstellen wie jener, man solle doch einmal eine Hegelsche Dialektik oder Logik neu verfassen, die voreilige Schlußfolgerung zieht, die grundsätzliche empiristische Abrechnung von Marx und Engels mit der Hegelschen spekulativen Philosophie könne nachträglich noch einmal in Frage gestellt werden" (Marx-Engels-Forschung heute 3, 78). Hatte Sandkühler, der an der diesjährigen Tagung nicht teilnehmen konnte, diese Äußerung im Kontext seiner Thesen zum "Theorietypus Marx" wohl eher auf den hegelianisierenden Duktus eines mit den Marx'schen "Rationalitätsidealen" nnvereinbaren "politisch-ideologischen Szientismus" im "System Partei-Staat-Ideologie" (ebd., 13) gemünzt als auf die Marx'sche Hegelrezeption, - für Schafmeister war sie ein Anlaß, in Ergänzung zu seinen gleichzeitig vorgelegten Thesen zum "systematischen Gehalt des Marx'schen Werks für Soziologie und Sozialwissenschaft" auf die Bedeutung des Hegelschen Erbes für die Marx'sche "Konstitutionsproblematik" von Gesellschaft hinzuweisen.

Konstitution sei bei Sandkühler für den "Theorietypus Marx" nur relevant, und dies durchaus in Fixierung auf die kantische Tradition, als Konstitution von Wissen, nicht aber "auch in einem bei Marx nnübersehbaren spezifischen Sinn als Konstitution von Wirklichkeit selber: nämlich als Konstitution von gesellschaftlicher Wirklichkeit". Die Darstellung der vier Kategorien Produktion, Distribution, Konsumtion und Austausch in der Marx'schen "Einleitung" von 1857/58 habe, "positiv wie negativ aufgehoben", sehr viel mit der Hegelschen Triade zu tun, nicht das geringste aber mit Gesetz und (nomologischer) Gesetzesförmigkeit im Sinne der Naturwissenschaften, wenn auch Sandkühler darin zuzustimmen sei, daß "die Daten und die Gesetze konstituierte Daten und konstituierte Gesetze sind" (ebd., 60).

Nach dieser Kritik an Sandkühlers Konstitutionsbegriff blieb der den Teilnehmern zuvor zugesandte diesjährige Beitrag Sandkühlers über "den defizitären Status" des dialektischen Materialismus in epistemischen Kontexten wie der "Debatte über Grenzen der Erkenntnis" und des Neukantianismus imdiskutiert. Wohl kaum rezipiert, verbreitete er eher ein mehr oder weniger theoretisch artikuliertes Unbehagen an dem zumal von den Ökonomen als Verselbständigung erkenntnistheoretischer Fragestellungen

gegenüber der Ökonomietheorie verstandenen Sandkühlerschen Versuch einer Rekonstruktion des Marxschen Rationalitätskonzepts.

Den gegenwärtigen Forschungsstand zu Grundsatzfragen marxistischer Geschichtstheorie betrafen die Überlegungen von Alessandro Mazzone (Siena). "Die logische und methodologische Tragweite des Gangs der Philosophie durch die klassische Ökonomie" bietet, nachdem die Textgrundlage (Abt. II und IV der MEGA) zum größeren Teil offenliegt, eine "zwar offene, aber deutlich umrissene Problemlage". Danach scheidet eine anthropologische (bzw. handlungstheoretische) Grundlegung der austheoretischen Theorie der Produktionsweise aus. Denn in der Frage nach der Abstraktionsebene des Marxschen Hauptwerks geht es um das "Bewegungsgesetz der kapitalistischen Gesellschaft" als eine Modellierung der realen Bewegung, die die herkömmliche Hierarchie von anthropologischer Allgemeinheit und ökonomischer Besonderheit nicht beibehält. Ihr kategorialer Grund ist vielmehr "Arbeit" als Verhältnis "in corpore naturae" und seine neue Allgemeinheit in der kapitalistischen Produktion. Unter den Bedingungen der "Klassenverfaßtheit kapitalistischen Produzierens" zeigt die Theorie der Produktionsweise keineswegs einen notwendigen Übergang zur vernünftigen Regulierung des "gesellschaftlichen Körpers", sondern nur die seiende Möglichkeit eines solchen Übergangs. So ist sie "Theorie der Entstehung des Grundes der Freiheit im naturhistorischen Prozeß".

Mit seinem abschließenden Hinweis auf das Problem der "Vermählung" von "Marxismus" und "Arbeiterbewegung" als ausgezeichneten Gegenstand marxistischer Geschichtstheorie gab Mazzone zugleich das Stichwort für die nächste Sitzung der AG Marx-Engels-Forschung: Als Thema für das Treffen im Juni 1992 wurde die Frage nach dem "Subjekt historischer Veränderung" vorgeschlagen. Zuvor aber wurde, um die Erfahrungen der MEGA-Edition in die AG aufzunehmen und somit ihrem nunmehr gesamtdeutschen Status zu entsprechen, Jürgen Jungnickel (Berlin) als dritter AG-Sprecher kooptiert.

Sebastian Reinfeldt

"Die Linke neu erfinden"

Es waren mehr als die erwarteten zwei Welten "Ost und West", die am 24. und 25. Mai 1991 in Mainz im Rahmen des Kongresses "Die Linke neu

erfinden", der von der der PDS Rheinland-Pfalz/Linke Liste nahestehenden Stiftung "Diskurs-An-Stiftung" und dem Referat Wissenschaft und Gesellschaft des AStA der Uni Mainz veranstaltet wurde, aufeinander getroffen sind. Viele, wild durcheinander purzelnde Welten prallten hier zusammen. "Die" Linke, soviel kann man in einem ersten Resümee sagen, gibt es nicht und es wäre auch völlig sinnlos, diese als eine Einheit "erfinden" zu wollen. Ganz verschiedene Ansätze, Ideen und Gedanken flottieren im Moment durch die Köpfe (und Herzen) und jeder und jede muß selbst entscheiden, an welchem dieser Ansätze es sich lohnt, weiterzudenken.

Dabei werden Profi-Politiker in Zukunft hoffentlich eine eher untergeordnete Rolle spielen. Die "Vorstellung", die bei der Auftaktpodiumsdiskussion Gregor Gysi (PDS), Roland Appel (Grüne) und Jens Christian Müller (ökologische Linke) gaben, war schlicht ein Trainerspiel. In elend langen, wortreichen Erläuterungen gestanden sie jeweils ein, einen recht eingeschränkten Fundus an kreativen Ideen und an selbstkritischen Einschätzungen ihres eigenen Tuns zu haben. Wenn Roland Appel beispielsweise den Bewußtseinsstand linker Grüner durch dem Hinweis offenbarte, er wisse auch nicht, wo die sozialen Bewegungen seien und im übrigen säße er im Parlament, um benutzt zu werden, dann ertete er zurecht nur höhnisches Gelächter. Ein Publikumsbeitrag faßte den Ertrag der Diskussion in der Erkenntnis zusammen: "Dies ist eine ideologiekritische Veranstaltung. Die Repräsentanten repräsentieren nichts mehr."

Trotzdem sind am Freitag abend zwei "Körner" ausgesät worden, über die es sich lohnt, nachzudenken. Jens Christian Müller formulierte in seinem Eingangsstatement einen interessanten Ansatz linker Theorie und Politik. Es gelte "Gegendiskurse, andere Bilder von einem anderen Leben zu entwickeln". "Links", so kann man diese Bemerkung verstehen, markiert eine dissidente Haltung zu der Gesellschaft, in der wir leben. Diese Gesellschaft erhält sich nicht nur durch den stummen Zwang der ökonomischen Verhältnisse, wie ein Teil der ZuhörerInnen meinte. Sie generiert unentwegt "Bilder", d.h. eine symbolische Ordnung, die eine bestimmte Art und Weise, zu denken und zu leben nahelegen. Antonio Gramsci nannte dieses Phänomen "Hegemonie".

"Linke Politik", so kann man Jens-Christian Müller verstehen, darf nicht versuchen, "konkrete" Sofortprogramme zu entwerfen, sondern sie muß in erster Linie anti-hegemonial wirken, d.h. "Gegen-Bilder" in die bürgerliche Hegemonie einschmuggeln, um plausibel zu machen, daß die Verhältnisse, so wie sie sind, nicht für ewig sein müssen.

Das zweite Korn säte Gregor Gysi aus. Er konstatierte nicht nur, daß es, angesichts der offensichtlichen Krise der Linken, gelte, Fragen richtig zu stellen und traf damit, wohl eher ungewollt, die Intention der VeranstalterInnen. In einem zweiten Gedanken verfolgte er eine weitere Spur, die zu Antonio Gramsci führt. Nicht mehr der große Bruch, die "proletarische

Revolution", die sich mit einem Rekurs auf eine "große" Theorie ("Marxismus") legitimiere, könne den Ort "linker" Politik ausmachen. "Linke" agieren innerhalb recht gefestigter "Kasematten" und "Schützengräben" der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft. Sie stehen selbst mit ihrer dissidenten Haltung nicht außerhalb dieser und können nicht mehr im Namen des ganz "Anderen", eines fix und fertigen Programms einer "besseren" Gesellschaft sprechen. Gysi erläuterte, daß es ihm um einen "linken Transformationsprozess" der Gesellschaft gehe, von dem er nicht wissen könne, wohin er führe.

Die Spaltung "Ost vs. West", die sich schon während der Podiumsdiskussion abzeichnete und sich in, von einigen TeilnehmerInnen als sehr unangenehm empfundenen, Beifallsklatschen der anwesenden "Ossis" für Gregor Gysi ausdrückte, setzte sich am darauf folgenden Samstag in den Arbeitsgruppen und workshops fort. In unserem Bericht über die beiden sehr gut besuchten Arbeitsgruppen, derjenigen über "Zivilgesellschaft" und derjenigen über "Postmoderne", sollen nicht nur diese Differenzen sichtbar gemacht werden, sondern auch einige Konnotationen des Kongreßlogans "neu erfinden" erläutert werden.

Der Begriff "Zivilgesellschaft" ist im Moment zweifellos in Mode. Und, wie bei solchen Schlagwörtern üblich, jeder/jede versteht etwas anderes darunter. Professor Uwe-Jens Heuer, PDS-MdB, der sich noch unter der SED-Herrschaft und gegen naheliegende Widerstände wissenschaftlich mit der Frage "Marxismus und Demokratie" beschäftigt hat, demonstrierte anhand persönlicher Erfahrungen in der Ex-DDR, warum er meint, daß "Linke" für eine Zivilgesellschaft, d.h. für freie Öffentlichkeit, für runde Tische, für Diskussion, für Toleranz Andersdenkenden gegenüber etc., kämpfen müßten: In der Ex-DDR gab es eine zivile Gesellschaft nicht, so seine These. Insofern markiere diese "Region" entwickelter kapitalistischer Gesellschaften einen Fortschritt. In ihr kursieren plurale Meinungen und Ansichten, weshalb sich nur dort Opposition formieren könne. Anschaulich zeigte Heuer, wie lebendig die Zivilgesellschaft rund um die 89-er Revolution war. Daß bei Volkskammersitzungen z.B. nicht morgens schon feststand, wie die Abstimmungen abends ausgingen. Der gesamtdeutsche Bundestag sei demgegenüber eine rein formal agierende Abstimmungsmaschine.

Dr. Alex Demirovic (Frankfurt) betonte einen kritischen Begriff der Zivilgesellschaft. Sie sei die Sphäre der bürgerlichen Gesellschaft, in der immer wieder ein Konsens hergestellt werde, ein Konsens, der die oben genannte "symbolische Ordnung" konstituiere und somit immer wieder Zustimmung zu dieser schaffe. Die gesellschaftliche Pluralität, die der Begriff suggeriere, sei nur simuliert. Deshalb müsse man vor einem allzu euphorischen Rekurs auf das Konzept "Zivilgesellschaft" warnen. Es sei ebenfalls fraglich, ob die These, die Ex-DDR habe eine zivile Gesellschaft nicht gekannt, stimme. Beispielsweise könne man die Erfahrung machen, daß das unter

der SED-Herrschaft "zivilgesellschaftlich" eingeübte Wehklagen über die Macht der Verhältnisse, ohne den Versuch zu unternehmen, diese zu verändern, nach dem Mauerfall - angesichts des sozialen Desasters des "Anschlusses" - fortbestehe. Die Persönlichkeitsstruktur, passiver Adressat anonymer Herrschaftsmechanismen zu sein, bestehe fort.

Der Verlauf der Diskussion in der Arbeitsgruppe zeigte, daß auf abschbare Zeit und entgegen allen Einheitsbeteuerungen Ost- und Westdeutsche sich grundlegend unterscheiden. Sie verfügen nicht nur über verschiedene Erfahrungen und Biographien, sondern über verschiedene Sprachen und damit zusammenhängend über verschiedene Bilder, wie "ihre" Gesellschaft aussieht bzw. eine Utopie einer zukünftigen aussehen soll. Etwaige Versuche, diese Differenz im Namen einer sozialen Einheit "Gesamtdeutschland" einebnen zu wollen, scheinen nicht nur realistisch betrachtet von vorneherein zum Scheitern verurteilt zu sein. Sie lösen eine vielleicht produktive Spannung "Ost vs. West" zugunsten einer künstlich aufgeherrschten Einheitlichkeit auf.

Ein Denken in Kategorien wie "Einheit", "Kohärenz", "vernünftigem Konsens" und in vorgeblich geschlechtslosen theoretischen Kategorien stand in der Arbeitsgruppe "Von der Kritik der Moderne zur Postmoderne" zur Diskussion. Da das Kongreßkonzept niemals beabsichtigt hatte, "die" Linke als eine "Einheit", oder gar in einer neuen Organisationsform, zu erfinden, sondern versucht wurde, Anstöße zu geben, sich von traditionellen Denkrastern zu lösen, näherte sich die Diskussion in dieser Arbeitsgruppe am weitesten den Intentionen der VeranstalterInnen an. Andrea Maihofer (Frankfurt) kritisierte das Konzept des Philosophen Jürgen Habermas, daß es Aufgabe emanzipatorischer Kräfte sei, die unvollendete "Moderne" zu vollenden. Hartwig Schmidt verdeutlichte einen ganz eigenen Zugang zu postmodernen Theorien, vor allem zu den Schriften Jean Francois Lyotards.

Ein zweites, vorläufiges, Resümee des Kongresses: Wir erleben im Moment eine Zeit der unendlichen Armut von Vorstellungen über Politik, da sie sich alle, positiv wie negativ, auf parteiförmige Staatsapparate beziehen. "Die" Linke kann nicht erfunden werden, weil es "die" Linke nicht gibt, vielleicht niemals gegeben hat. Ideen, Vorstellungen, Phantasien über Politik jedoch, die sich jenseits der oben genannten Apparate und ihrer "charismatischen Führer" hewegen zu "erfinden", scheint dringender und lohnender denn je.

AutorInnen

- Harry von Barga - Krefeld, Geschäftsführer der Bunten Liste Oberhausen, Mitherausgeber von Z
- Dr. Joachim Bischoff - Hamburg, Soziologe, Redakteur der Zeitschrift "Sozialismus"
- Prof. Dr. Elvio Dal Bosco - Rom, Hochschullehrer, Ökonom
- Dr. Holger Burmeister - Berlin, Politologe
- Franz Drey - Neuss, Journalist
- Prof. Dr. Georg Fülberth - Marburg, Hochschullehrer, Historiker und Politologe
- Dr. Kuno Füssel - Münster, Theologe und Soziologe
- Dr. Jörg Goldberg - Frankfurt/M., Ökonom, Mitarbeiter der MEMO-Gruppe
- Dr. Michael Heinrich - Berlin, Mitarbeiter am Otto-Suhr-Institut der FU, Redakteur der Zeitschrift PROKLA
- Dr. Johannes Henrich von Heiseler - Dierdorf, Mitherausgeber und Redakteur von Z
- Prof. Dr. Renate Holub - Berkeley, Kalifornien
- Prof. emer. Dr. Wolfgang Jahn - Halle-Neustadt, Ökonom, früher Leiter der MEGA-Gruppe an der Uni Halle
- Dr. Heinz Jung - Weilrod/Ts., Ökonom, Mitherausgeber und Redakteur von Z
- Dr. Jürgen Jungnickel - Berlin, Mitarbeiter der MEGA-Editions-Gruppe
- Dr. Sabine Kibir - Berlin, Privatdozentin, Philosophin
- Dr. Fritz Krause - Frankfurt/M., Historiker, Mitherausgeber von Z, Vorsitzender des "Forum Marxistische Erneuerung e.V."
- Dr. Barbara Lietz - Berlin, Mitarbeiterin der MEGA-Editions-Gruppe
- Dr. Manfred Müller - Berlin, Mitarbeiter der MEGA-Editions-Gruppe
- Prof. Dr. Harald Neubert - Berlin, Historiker
- Reiner Peters-Ackermann - Hannover, Kulturarbeiter
- Sebastian Reinfeldt - Mainz, Soziologe
- Friedemann Schuster - Frankfurt/M., Angestellter
- Dr. Reinhard Schweicher - Frankfurt/M., Lehrbeauftragter, Philosoph
- Prof. Dr. Karl Hermann Tjaden - Kassel, Hochschullehrer, Gesellschaftswissenschaftler
- Pierre Vidal-Naquet - Paris, Historiker

Gramscis Gefängnishefte

Antonio Gramsci: Gefängnishefte. Band 1. Hrsg. v. Klaus Bochmann mit einem Vorwort von Wolfgang Fritz Haug. Argument-Verlag, Hamburg 1991. DM 46,- (Subskriptionspreis 37,-)

Im Frühling 1991 erschien der erste Band der auf zehn Bände angelegten vollständigen deutschen Ausgabe von Gramscis Gefängnisheften. Die vollständige Ausgabe der Gefängnishefte ist die entscheidende Voraussetzung für eine Verarbeitung der Arbeiten dieses bedeutenden marxistischen Denkers im deutschen Sprachraum.

Antonio Gramsci ist am 21. Januar 1891 in Sardinien geboren; der Vater ist ein - später wegen eines Dienstverfahrens entlassener - Finanzbeamter mit Gymnasialbildung aus einer Beamtenfamilie albanischer Herkunft, die Mutter eine wohlhabende Sardin. Antonio Gramsci bleibt sein Leben lang sehr klein, verwachsen und verkrüppelt, hatte eine Fistelstimme, besaß aber dennoch eine starke Anziehungskraft, und auf dem verunstalteten Körper saß ein Kopf mit einem überaus ausdrucksvollen und schönen Gesicht.

Die Entlassung des Vaters führt dazu, daß es für Antonio, eines von sieben Geschwistern, schwierig wird, das Gymnasium zu besuchen. Dennoch gelangt er schließlich 1911 mit einem Stipendium an die Philosophische Fakultät der Universität Turin.

Gleich zu Anfang lernt er dort Angelo Tasca und Palmiro Togliatti kennen. Er studiert Sprachwissenschaften, hört literaturwissenschaftliche, philosophische und juristische Vorlesungen, beendet den Besuch universitärer Veranstaltungen dann 1915, obwohl er an den Promotionsplänen noch festhält.

Wahrscheinlich fällt in das Jahr 1913 sein Beitritt zur Sozialistischen Partei. Er beginnt mit journalistischen Arbeiten zu sozialen und literarischen Themen von 1914 an, ab 1915 ist er auch als Redakteur (in der Turiner Redaktion des *Avanti*) tätig, ab 1916 hält er Vorträge über die Pariser Commune, über Marx, über die Französische Revolution, über literarische Probleme und anderes vor Turiner Arbeitern.

Seit dem April 1917 schreibt er in verschiedenen Artikeln und Zeitungen mehrfach über Lenin und über die sozialistische Tendenz der Russischen Revolution. Nach Verhaftungen führender Sozialisten wird er der Sekretär der Turiner Sektion der Sozialistischen Partei und faktisch der Leiter der Turiner Zeitung. Am 24. 12. 1917 erscheint sein Artikel zur Oktoberrevolution "Die Revolution gegen das Kapital", eine Überschrift mit dem Doppelsinn: Die Russische Revolution richtet sich gegen die faktische Gewalt des russischen und internationalen Kapitals in Rußland, zugleich gelingt ihr Durchbruch entgegen dem, was man nach der Lektüre des

"Kapitals" erwarten sollte an diesem Ort und unter diesen Umständen. Er veröffentlicht und schreibt regelmäßig Berichte, Artikel, Kommentare zu den russischen Ereignissen. 1919 gründet er mit anderen die Wochenschrift "L'Ordine Nuovo", deren Redaktionssekretär er wird.

1919-1920-1921 spielt er eine wichtige Rolle in der Verarbeitung der Turiner Rätebewegung und dann vor allem in dem wirren und komplizierten Prozeß der Herausbildung der Italienischen Kommunistischen Partei, deren Mitgründer Gramsci wird. Dabei ist der eigene Weg Gramscis, wie wohl der Weg jedes der Beteiligten recht verschlungen, oft durch überraschende Einsichten, kühne Projekte (er sucht z.B. Kontakt zu Gabriele D'Annunzio herzustellen), aber verständlicherweise auch oft durch radikale Positionen einer Art, die wir nachträglich sektiererisch nennen würden (und das kann man auch für Lenins Haltung zu den italienischen Fragen sagen), gekennzeichnet.

1921 beginnt er mit Analysen des italienischen Faschismus. Als 1922 die Faschisten im Marsch auf Rom die Macht übernehmen, war es "niemand außer Gramsci" gewesen, wie sich Trotzki später erinnert, der unter den italienischen Kommunisten eine solche Entwicklung als möglich vorausgesehen hatte. Infolge der Machtübernahme des Faschismus befindet sich die italienische kommunistische

Partei in einem Zustand der Halblegalität, in der die normalen Regeln der bürgerlichen Demokratie nicht mehr gelten, die faschistische Gewalt erscheint unberechenbar.

Gramsci nimmt 1922 an der Sitzung des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale teil und wird deren Mitglied. Er arbeitet über den italienischen Futurismus. Er lernt Julia Schucht in Moskau kennen, mit der er dann 1924 den Sohn Delio und 1926 den Sohn Giuliano hat. Im März 1924 erscheint die von Gramsci vorbereitete Nummer der neuen Halbmonatsschrift "L'Ordine Nuovo", Gramscis Leitartikel ist dem Andenken Lenins gewidmet.

Er selbst kehrt 1924 nach Italien zurück, wo er zum Abgeordneten gewählt worden ist. Im Herbst 1925 kommt Julia zusammen mit Delio nach Italien und lebt dort bei ihren Schwestern Tatjana (Gramsci hatte Tanja schon im Februar in Rom kennen gelernt) und Genia in Rom, reist aber zur Geburt von Giuliano wieder nach Moskau. Gramsci ist in dieser Zeit in die Auseinandersetzung über die Haltung zur parlamentarischen Arbeit, zur Einheitsfront, zur Parteistruktur, zu der Haltung zu den Fraktionskämpfen in der KPdSU verwickelt.

Unter Verletzung seiner Immunität als Abgeordneter wird Antonio Gramsci am 8. November 1926 verhaftet. Die Vorbereitungen auf den Prozeß und der Pro-

zeß dauern bis Mitte 1928. Der Staatsanwalt erklärt zu Gramsci: "Für zwanzig Jahre müssen wir verhindern, daß dieses Gehirn funktioniert." Im Juni 1928 wird Gramsci dann zu zwanzig Jahren, vier Monaten und fünf Tagen Haft verurteilt.

In den verschiedensten Gefängnissen bemüht er sich darum, lesen und schreiben zu dürfen, um nicht durch die Lage als Gefangener völlig zerstört zu werden. Seine wichtigste Verbindung nach außen ist Julias Schwester Tanja, die ihn besucht, ihm Bücher schickt, sich darum kümmert, daß er ärztlich behandelt wird (sein Gesundheitszustand ist immer schon bedenklich gewesen und wird im Gefängnis immer schlechter), die Schritte für eine bedingte Freilassung unternimmt (zum Teil geschieht einiges ohne seinen Willen), schließlich für die Erhaltung seiner Aufzeichnungen sorgt.

Antonio Gramsci verfaßt von 1929 an die Gefängnishefte. Die Aufzeichnungen werden immer wieder durch innere und äußere Krisen und Erschwernisse verlangsamt oder unterbrochen. Unter seinen Gefährten und Genossen, die im gleichen Gefängnis untergebracht sind, beginnt Gramsci einen Diskussionskreis einzurichten. Durch seine Opposition gegen die herrschend gewordene sektiererische Politik der Kommunistischen Internationale gerät er in diesem Kreis der Politischen im Gefängnis in die Minderheit. Gramsci hört mit den Diskussionen in diesem

Kreis wieder auf. Seine eigenen Überlegungen, Niederschriften und Gedanken setzt er fort. Zur Verfügung stehen ihm Bücher, für die immer erst die Erlaubnis eingeholt werden muß - Tanja ist hier seine Hilfe - und sein Fonds an Bildung und Erfahrung in seinem Kopf.

Nicht zuletzt unter dem Druck einer internationalen Kampagne von Künstlern und Schriftstellern für seine Freilassung und dank der Hilfe Tanjas kommt er im Dezember 1933 in eine zivile Klinik und erreicht im Oktober 1934 eine bedingte Freilassung. Weitere Klinikaufenthalte folgen. Im April 1937 endet die Bewährungsfrist, sodaß Antonio Gramsci seine völlige Freiheit wiedererlangen kann. Er stirbt am 27. April.

Die Verarbeitung der Gedanken Gramscis begann unter völlig gegensätzlichen Voraussetzungen in den Ländern mit sozialistischem Anspruch und in den Ländern des Westens. Die Diskussion wichtiger Gedanken Gramscis war in der Sowjetunion und in den osteuropäischen Ländern blockiert worden, weil sein Denken in die Verwandlung des Marxismus in eine Legitimationsideologie nicht hineinpaßte. An dieser Blockade beteiligten sich aus andern Gründen auch Personen, wie etwa der frühere Gefährte Gramscis aus Komintern-Tagen Guido Zamis, der sich auf diese Weise ein Interpretationsmonopol zu sichern glaubte, der andererseits gleichzeitig das Verdienst hatte, über-

haupt für das Erscheinen von deutschen Ausgaben gesorgt zu haben. Im Italien dagegen galt Gramsci als der unversöhnliche Leninist; in die Entwicklung großer Teile der italienischen kommunistischen Bewegung nach rechts paßte er ebensowenig.

Der Auswahlband, der 1967 von Christian Riechers (Antonio Gramsci: Philosophie der Praxis. Eine Auswahl. Hrsg. und übersetzt von Christian Riechers mit einem Vorwort von Wolfgang Abendroth. S. Fischer, Frankfurt 1967) herausgegeben wurde, litt unter drei grundlegenden Schwächen. Erstens - was nichts mit dem Band selbst zu tun hatte - war es offenbar nicht die Zeit für eine große und großartige Aufnahme und Diskussion des Denkens von Gramsci im deutschen Sprachraum. Zweitens lag damals die kritische Ausgabe der Gefängnishefte durch Valentino Gerratana in italienischer Sprache noch nicht vor; unter anderem dadurch erklärt sich, daß die Ausgabe von Christian Riechers unter textkritischen Gesichtspunkten kaum mehr zu verteidigen ist. Drittens erwies sich als problematisch, daß Christian Riechers' politisch-philosophische Sympathien stärker mit Gramscis Kontrahenten in der italienischen kommunistischen Bewegung, mit Amadeo Bordiga verbunden waren. Trotz dieser Einschränkungen war das Erscheinen ein Meilenstein; seitdem begann sich unter kleineren Kreisen deutschsprachiger In-

tellektueller etwas von der Bedeutung Gramscis herumsprechen.

Das "Deutsche Gramsci-Projekt" ist ein Beispiel der Zusammenarbeit ost- und westdeutscher Marxisten. Es ist wenige Tage nach der Öffnung der Mauer auf Initiative von Wolfgang Fritz Haug (Freie Universität Berlin und theoretische Leitfigur der Zeitschrift *Das Argument*) zustande gekommen. Die Initiatoren haben sich zur Aufgabe gesetzt, einen, den wichtigsten, Komplex von Gramscis Werk, nämlich die Gefängnisschriften, in deutscher Sprache vollständig herauszubringen. Die wissenschaftliche Leitung liegt bei Wolfgang Fritz Haug und bei Klaus Bochmann (Universität Leipzig).

Gramsci hat einzelne Textparagrafen hintereinander in jeweils ein Heft geschrieben, ohne daß das Heft dadurch einen systematischen Zusammenhang hat. Insgesamt gibt es 29 solcher Hefte, dazu 4, die lediglich Übersetzungsübungen (vor allem aus dem Deutschen und Russischen) enthalten. Es gibt Textparagrafen, die Gramsci nur einmal geschrieben hat. Es gibt andere, die in einer überarbeiteten Fassung ein weiteres Mal auftauchen. Die Überarbeitung ist manchmal nur eine Abschrift des alten Paragrafen, manchmal eine Ausformulierung der Gedanken, manchmal läßt sich der Ursprungstext in der Zweitfassung kaum noch wieder erkennen. Die nicht überarbeiteten

Texte, die nur in einer einzigen Fassung vorhanden sind, werden B-Texte, die Erstfassungen werden A-Texte, die Zweitfassungen C-Texte genannt.

Der Plan der Hefte wird von Gramsci in der Untersuchungshaft im März 1927 entwickelt. Die tatsächliche Arbeit beginnt aber erst 1928.

Tanja ist es, die nach Gramscis Tode die Hefte rettet, sie vorläufig ordnet und nummeriert, sie dann nach Moskau auf den Weg bringt (zwischendurch werden sie in Rom verwahrt), von wo sie nach Kriegsende nach Italien zurückkommen.

Nach mehreren auszugsweisen Sammelveröffentlichungen erscheint 1975 die vollständige Ausgabe von Valentino Gerratana. (Antonio Gramsci: Quaderni del carcere. Ed. Valentino Gerratana. Turin 1975) Sie bringt alle Texte außer den Übersetzungsübungen, diejenigen Texte, die eine Erstfassung darstellen (oft von Gramsci durchgestrichen) erscheinen ebenfalls in der ursprünglichen Reihenfolge, aber kleiner gesetzt. Weiter enthält die Ausgabe eine Einleitung des Herausgebers, Manuskript-Beschreibungen und Anmerkungen des Herausgebers zu den einzelnen Texten. Die Anmerkungen enthalten den Hinweis, ob es sich um einen A-, B- oder C-Text handelt, bei A- und C-Texten den Hinweis, wo sich das entsprechende Pendant befindet, Hinweise darauf, in welchen an-

dern italienischen Ausgaben der Text bereits enthalten war und Erläuterungen zu Zitaten, literarischen Bezugnahmen usw. Die jetzt erschienene deutsche Ausgabe enthält die deutsche Übersetzung der Gramsci-Texte, die Übersetzung der Textbeschreibung, eine unwesentlich gekürzte Übersetzung der Anmerkungen und selbstverständlich die Einleitung des italienischen Herausgebers. Im jetzt erschienenen ersten Band ist das Heft 1 (samt Textbeschreibung und Anmerkungen) enthalten, die Einleitung, ein Vorwort von Wolfgang Fritz Haug und eine editorische Vorbemerkung von Klaus Bochmann, dazu eine Zeittafel zum Leben von Gramsci, ein Abkürzungsverzeichnis und ein Titelverzeichnis der Paragraphen des Heftes 1. Bedauerlicherweise konnten sich die Herausgeber nicht entschließen, die Anmerkungen durch für den deutschen Leser notwendige Erläuterungen zu Bezugnahmen auf die italienische Geschichte, Literatur und Kultur zu ergänzen, wahrscheinlich, weil dies das Projekt unvertretbar verzögert hätte. Dieser erste Band wurde in der verhältnismäßig kurzen Zeitspanne vom Frühjahr 1990 bis zum Januar 1991 fertiggestellt. Nach dem Abschluß der vollständigen deutschen Ausgabe in insgesamt zehn Bänden wird eine Konkordanz der deutschen Ausgaben und ein Sachregister und ein Glossar folgen.

Gleichzeitig mit dieser deutschen Ausgabe wird in den Vereinigten

Staaten von Amerika von J.A. Buttigieg eine englische Ausgabe begonnen. Wenn auch zur Zeit und in den nächsten Jahren von der Stimmung her keine Gramsci-Renaissance als Mode-Trend zu erwarten ist, so ist mit diesen beiden Ausgaben die Grundlage für eine wissenschaftliche, und das heißt politische Beschäftigung mit Gramscis Werk außerhalb Italiens (z.B. kann man davon ausgehen, daß mit Ausgaben in Italienisch, Englisch und Deutsch die völlig überwiegende Mehrheit von Wissenschaftlern etwa in solchen Ländern wie Japan oder der Sowjetunion oder in Skandinavien einen Zugang zu Gramsci finden kann, wenn sie ihn sucht) geschaffen.

Gramscis Gefängnishefte haben einen eigenartigen Charakter. Keineswegs sind es zufällige Aufzeichnungen. Er plant im Gefängnis ein großes und grundlegendes Werk. Gramsci nennt seinen Plan in einem Brief an Tanja vom 19. März 1927 eine "Untersuchung über die Herausbildung des öffentlichen Geistes in Italien im letzten Jahrhundert .. über die italienischen Intellektuellen, ihre Ursprünge, ihre Gruppierungen entsprechend den Strömungen der Kultur, ihre unterschiedlichen Denkweisen usw. usw." (Valentino Gerratana: Einleitung, im besprochenen Band, S. 24 f.) Hinter dem "und so weiter, und so fort" verbirgt sich die Bezugnahme auf ein politisches Aktionsprogramm und das Thema des italienischen Südens. Im gleichen Brief macht

Gramsci die überraschende Feststellung: "Ich werde gequält (es ist jenes Phänomen, denke ich, das den Gefangenen eigen ist) von folgender Idee: daß es nötig wäre, etwas 'für ewig' zu machen, gemäß einer komplexen Auffassung Goethes .." Er wiederholt diesen Gedanken verbunden mit einer Anspielung auf das politische Programm: "Nun gut, ich würde gerne ausführlich die damals skizzierte These entfalten, von einem 'nicht zweckgebundenen' <im Original: disinteressato> Gesichtspunkt aus, 'für ewig'." Die Worte "für ewig" sind jeweils in deutscher Sprache geschrieben.

Auf der einen Seite also das Streben, etwas von einem nicht zweckgebundenen Standpunkt, etwas "für ewig" zu schreiben. Auf der andern Seite der fragmentarische, unsystematische, ja jedes System immer wieder durchbrechende Charakter. Wolfgang Fritz Haug spricht von einem "Textmosaik" (S. 12), womit er wohl den Eindruck des Lesers wiedergeben will, der sich zunächst in den unzähligen Einzelheiten zu verlieren droht, bevor ihm andeutungsweise Gesamtstrukturen erkennbar werden. Aber sind die Gefängnishefte als "Mosaik", das hieße ja nach einem vorausgedachten großen Plan, der letztlich alle Mosaiksteine in einer Gesamtordnung im Kopf voraussieht, geschrieben? Vielleicht wird sich das herausstellen. Ich bezweifle es.

Der fragmentarische Charakter und der mosaikartige Eindruck beruht wohl unter anderem auf der Gefängnissituation, wo Gramsci kein zugänglicher wissenschaftlicher Apparat zur Verfügung stand. Aber dies scheint nicht die einzige und möglicherweise nicht die wichtigste Erklärung zu sein. Meine These ist, daß gerade der Anspruch 'für ewig' zu schreiben, den fragmentarischen, scheinbar zusammenhanglosen Charakter der Gefängnishefte bedingt.

Zu Beginn einer neuen Weltlage ist die Zeit von neuen systematischen, auf enzyklopädischen Zusammenhang orientierten Entwürfen; wenn sie gelingen, sind es neue Grundformeln eines neuen Weltzustands. Ist der Weltzustand nicht mehr im Frühling seiner Entwicklung, dann wird die Systematisierung oft nur noch zur Wiederholung von inzwischen bekannten Formeln. Solange grundsätzlich dieser Weltzustand besteht, ist es ein Verdienst, diese Formeln zu wiederholen, weiter zu systematisieren, sie auf neue Erfahrungen anzuwenden. Aber eines kann dabei verloren gehen: Solche Erfahrungen, die nicht mehr mit dem bisherigen Weltzustand übereinstimmen, die Risse und Brüche zeigen, die auf eine neue Welt hindeuten mögen. Die Zeit für eine systematische Erfassung solcher Erfahrungen, die quer zu den bisherigen Erfahrungen liegen, ist noch nicht gekommen. Aber die Möglichkeit, sie in noch

nicht systematischer Weise zu erfassen, ist schon da.

Voraussetzung dafür ist aber die Bereitschaft, nicht sogleich auf systematisierendes Denken auszugeben, um den neuen Erfahrungen Einlaß in die Welt der Theorie zu gewähren.

Das ist der heimliche Grund dafür, daß die Schreib- und Denkweise Gramscis dieses unsystematische, chaotische Moment bat, und der Grund dafür, daß dieser "Theorietyp" beute auf kritische Intellektuelle eine so starke Anziehungskraft ausübt.

Gramsci war selbstverständlich geprägt von der Erfahrung der Russischen Revolution und der Leninschen Form der Zuspitzung des Marxschen Werks im Hinblick auf die konkrete Lage im Zeitalter der Entstehung von Trusts und weltweiter Imperialpolitik, in der Zeit, in der das scheinbar unbegrenzte friedliche Wachstum des industriellen Kapitalismus in grausigen Schlachten und in grausigem Schlachten mündete, die Zeit, in der das scheinbar automatische lineare Wachstum der Arbeiterbewegung in ihrer bis dahin größten Krise endete. Lenin hatte im übrigen auf ganz andere Weise ähnlich unsystematische Züge in seinem Denken, die jedoch durch das Streben der politischen Vereinfachung überdeckt werden. Gramsci aber, der im Gefängnis nicht nach vereinfachender politischer Zuspitzung zu streben brauchte, sondern

versuchte "für ewig", "nicht zweckgebunden" zu schreiben, konnte die unsystematische, chaotische Schreibweise positiv nutzen.

Der Vergleich mit Lenin ist auch noch in anderer Hinsicht ergiebig. Gramsci stand, wie viele Große seiner Zeit, emotional unter dem Einfluß der Russischen Revolution und die Erscheinung, das Denken und Handeln Lenins übten eine große Anziehungskraft auf ihn aus. Gramsci versuchte aber nicht, wie manche, Lenin abzuschreiben, sondern die entsprechenden Fragestellungen zu formulieren und zu beantworten. Um das zu können, besaß er wichtige Voraussetzungen. Er war ein Intellektueller, der voll in dem geistigen Zusammenhang des westeuropäischen Intellektuellen seiner Zeit stand. Er kannte die europäische (vor allem italienische, deutsche, russische und französische) Literatur und Kultur, kannte die italienische populäre Kultur, den durch Trivialromane u.ä. geprägten "Alltagsverstand", hatte die für die moderne kapitalistische Entwicklung kennzeichnenden Widersprüche durch seine sardische Herkunft erlebt, analysierte frühzeitig den Aufstieg des italienischen Faschismus.

Aus all dem mußten sich sofort bei ähnlichen Fragestellungen andere Antworten als bei Lenin ergeben. Die Frage, was in Westeuropa anders ist, als in Rußland, erscheint auch ausdrücklich; aber auch da, wo sie

nicht ausdrücklich formuliert wird, muß sie immer mitgedacht werden.

Johannes Henrich von Heiseler

Zivilgesellschaft

Sabine Kebir: *Antonio Gramscis Zivilgesellschaft. Alltag, Ökonomie, Kultur, Politik. VSA-Verlag, Hamburg 1991. DM 38,-*

Sabine Kebirs Buch ist eine vorzügliche Einführung in das Denken Antonio Gramscis. Es ist ein Buch von eigenständigem theoretischen Wert und darf nicht unter "Sekundärliteratur" abgelegt werden.

Das Buch geht nicht historisch, sondern theoretisch vor. Sabine Kebir nimmt die Fragestellungen Gramscis als theoretische Fragestellungen ernst. Die beabsichtigte Aktualisierung ist daher nicht vordergründig.

Wirkliche Aktualisierung der Philosophie Antonio Gramscis verlangt nach der Auffassung von Sabine Kebir nicht nur ernsthafte theoretische Arbeit, sondern auch die Historisierung: "Das methodische Grundprinzip, das der Arbeit zugrundeliegt, ist die Überzeugung, daß jede Aktualisierung einer historischen Philosophie nur über ihre Historisierung legitim wird, d.h. über die Erarbeitung möglichst vieler konkreter Bezüge und Funktionen, die sie mit ihrer Epoche verbanden. Gerade für Gramscis 'società civile' erschließen sich bei Anwendung dieses Verfahrens neue, der Forschung bislang

verborgen geblieben Aspekte." (S. 20)

Sabine Kebirs Buch geht aus von der Überlegung, daß Gramscis Denken geprägt ist von der Erfahrung der aktuellen Niederlage der sozialistischen Bewegung im Westen. Es zeigt die systematische Bedeutung, die die theoretische Verarbeitung dieser Niederlage hat. Es geht ein auf die Entwicklung des Hegelschen und Marxschen Begriffs der bürgerlichen Gesellschaft und die Entwicklung des spezifischen Begriffs der 'società civile' bei Gramsci. Hier gelingt Sabine Kebir eine theoretisch und historisch (im Unterschied zu anderen Darlegungen, die gleiches versuchen) überzeugende Begründung für die deutsche Wortneuschöpfung "Zivilgesellschaft".

Das Buch stellt die materialistische Verschränkung zwischen der Zivilgesellschaft und der sozialökonomischen Struktur dar, die die Behauptung, die Gramscische Zivilgesellschaft sei eine luftig-idealistische Theorie konkret widerlegt. Zugleich wird die Verschränkung der Zivilgesellschaft mit der politisch-staatlichen Struktur dargelegt. "In den modernen bürgerlichen Demokratien haben wir es mit einer Konsensbildung zu tun, die in hohem Maße auf der Ebene der Zivilgesellschaft stattfindet. Und doch weiß jeder, daß die politische Gesellschaft auch heute in Reserveposition - aber nicht in Ruheposition - dahintersteht: Konsensbildend ist nicht nur der Sportverein, sondern auch die

permanente Aktivität der juristischen Organe, welche eine wichtige Aufgabe gerade darin haben, das Anwachsen alternativen Potentials zu verhindern, beispielsweise durch Berufsverbote für linke Lehrer. Konsensbildend ist nicht nur die Diskussion, sondern auch ein gelegentlicher Demonstrationstoter oder auch nur neue Einsatzgeräte der Polizei, wodurch der Zustrom neuer Bevölkerungsteile zu den fortschrittlichen Kräften verlangsamt oder ganz gestoppt werden kann." (S. 72)

Aber auch die ökonomische Sphäre selbst ist ein Raum der Konsensbildung, wie Sabine Kebir in der Weiterarbeit an Gramsci darlegt: Zweifellos muß man auch von einer konsensbildenden Funktion der ökonomischen Basis selber sprechen. Die erheblichen materiellen Zugeständnisse, die der westeuropäischen und amerikanischen Arbeiterklasse im 20. Jahrhundert gemacht wurden, sind nicht nur der fordistisch-keynesianischen Politik zuzuschreiben, sondern auch den kolonialen und neokolonialen Extraprofiten, deren weiteres Anschwellen durch die beschränkt bleibende Unabhängigkeitsbewegung der Dritten Welt nicht geringer geworden ist. "Ökonomische Alltagsprobleme in anderen Weltgegenden werden bis in die Wohnungen der Arbeitslosen gestrahlt, die sich immer wieder sagen können, daß es ihnen noch lange nicht am schlechtesten geht." (S. 72)

Es wird dargelegt, daß dennoch zwischen der ökonomischen Sphäre und der politisch-staatlichen der Bereich der Zivilgesellschaft der wichtigste Raum für die Konsensbildung in der Zeit des Aufstiegs des Bürgertums wurde; daß aber in der Entwicklung der kapitalistischen Gesellschaft diese besondere Form der Konsensbildung nach der Eroberung der Macht durch die Bourgeoisie für diese auf neue Art an Bedeutung gewinnt: "daß diese Konsensbildung auch noch vorrätiges Konsenspotential für Krisenzeiten produziert, das den herrschenden Klassen erlaubt, auch in Krisenzeiten zu überleben und zwar mit relativ geringem Einsatz von Repression." (S. 66)

Gramsci hat, schreibend im Gefängnis des italienischen Faschismus, der zeitweise die Zivilgesellschaft "verschlungen" hatte, offenbar grundlegende Merkmale der modernen kapitalistischen Gesellschaft erfaßt, die manchen durch den Rückgriff der Herrschenden auf die unmittelbare Repression in großem Stil verborgen blieben.

Als die Nahtstelle zwischen Konsens und Gewalt macht Gramsci die "öffentliche Meinung" aus, in der der Kampf um Hegemonie von Gramsci bezeichnet wird als "Kampf für das Monopol der Organe der öffentlichen Meinung - Zeitungen, Parteien, Parlament". (S. 73)

Die Zivilgesellschaft als das wichtigste Kampffeld für die Er-

ringung der Hegemonie wird dann in ihren einzelnen Funktionen von Sabine Kebir dargestellt und untersucht. Die Themen des Buches sind so vielfältig wie die der Wirklichkeit, die im Gramscischen Denken erfaßt sind. Die Frage der theoretischen Beziehung von Gramsci und Max Weber wird angesprochen; der Fordismus wird zum Thema und die Frage der Beziehung zwischen Fordismus und Monogamie; ausführlich wird der Alltagsverstand (*senso comune*), zentraler Begriff bei Gramsci und zentraler Gegenstand der Zivilgesellschaft, erörtert; der Populismus im Zusammenhang mit dem italienischen Faschismus, aber auch mit der Bedeutung, die er in "liberalen" Zeiten haben kann, wird behandelt; der umfassende Kulturbegriff Gramscis wird vermittelt, und in diesem Zusammenhang die entscheidende Frage des möglichen Einflusses von unten auf die Massenkultur. Heute besonders bedeutsam ist die Frage der Internationalisierung der Zivilgesellschaft.

Immer wieder wird deutlich, daß Gramsci nicht einen mechanischen Fortschrittsgedanken vertritt, sondern die Dialektik des Fortschritts faßt. Sabine Kebir wendet die Aufmerksamkeit auf den bisher unbeachtet gebliebenen Ferment-Begriff bei Gramsci. Auch nach tiefen Niederlagen, die nicht nur die Führung einer Partei, sondern vielleicht auch einen beträchtlichen Teil ihrer Mitglieder besiegt hätten,

würde, wenn die Existenz einer Strömung objektiv bedingt sei, zumindest ein Ferment ührig-bleiben, aus dem einmal eine Regeneration möglich sei. Sabine Kebir fügt hinzu, ihr scheine der Ferment-Begriff "geeignet zu sein, das Problem anzugehen, daß die Früchte des gesellschaftlichen Fortschritts selten schon von der Generation geerntet werden, die am meisten dafür gekämpft hat, ein subjektives Problem, mit dem alle großen historischen Fortschrittshewegungen konfrontiert sind. Ausdauer und Unerhittlichkeit auch in Perioden der Niederlage beizubehalten, erfordert die bewußte Bereitschaft zur Bescheidenheit seitens der Aktivisten, möglicherweise nur ein 'Ferment' gewesen zu sein." (S. 25)

Sabine Kebir ist aus einer Menge höchst persönlicher Umstände der richtige Mensch, der dieses Buch schreiben konnte. Sie hat seit langem über Antonio Gramsci, aber auch seit langem über Bertolt Brecht gearbeitet. Sie kennt die deutsche, russische, französische und italienische Literatur. Sie hat die erlebte Erfahrung dreier Welten: Die Erfahrung der Welt der inzwischen untergegangenen DDR, der Welt Algeriens, wo sie über ein Jahrzehnt gearbeitet hat und der Welt unseres "hoch" und "modern" entwickelten Kapitalismus. Die unterschiedlichen Erfahrungen werden in ihrem Buch fruchtbar. Fruchtbar wird auch die lange Arbeit an Brecht

und an Gramsci parallel nebeneinander. Sie zeigt eine geheime Verwandtschaft, sie zeigt, daß es zu den Stärken Antonio Gramscis wie Bertolt Brechts gehört, die im kanonisierten Marxismus-Leninismus verloren gegangene Dialektik wiedergewonnen zu haben. Daher der starke Bezug zu Hegel bei beiden Denkern. Sabine Kebir zeigt darüber hinaus, wie absurd es ist, daraus den Schluß ziehen zu wollen, Gramsci sei nur ein halber Materialist. Gerade der Ausgangspunkt der Feuerbach-Thesen erlaubt es, den platten Vulgärmaterialismus wie den Idealismus produktiv zu überwinden. Daß dies unter den Bedingungen unserer Zeit eine eigenständige Arbeit erfordert, wird an Gramscis Werk deutlich.

Johannes Henrich von Heiseler

DRITTE WELT



Monatsmagazin für internationale
 Politik, Wirtschaft und Kultur
 Nr. 8-9/ August - September 1991
Lateinamerika
 Integrationshebel auf dem
 Subkontinent • Peru in den Zeiten der
 Cholera • Kubas Navigieren in
 stürmischen Gewässern • Nicaragua:
 Der Preis des "Nolins" zum
 Sandinismus • Kolumbiens Kampf
 gegen die Mafia
 Flüchtlinge am Horn von Afrika •
 Europäische und bundesdeutsche
 Flüchtlingspolitik • Kambodscha:
 Frieden in Sicht? • Außerdem:
 Golfkrieg, Entwicklungspolitik

40 Seiten, 4,50 DM
 Probeabo: 3 Hefte für 10 DM;
 keine automatische Verlängerung
 Jahresabo: 42,50 DM; Ausland: 48,50 DM

Plan und Markt - Ökologie und Ökonomie

Elmar Altvater, *Die Zukunft des Marktes. Ein Essay über die Regulation von Geld und Natur nach dem Scheitern des "real existierenden Sozialismus"*, Verlag Westfälisches Dampfboot, Münster 1991, 386 Seiten, DM 38,-

Altvater gehört zu jenen marxistischen Autoren, die wegen ihrer schon lange kritischen Position dem "realen Sozialismus" gegenüber dessen Zusammenbruch eher gelassen zusehen könnten. Er tut dies nicht, weil der mit der Desavouierung des Sozialismus verbundene Siegeszug des Marktwirtschaftsgedankens als folgenschwere Fehlentwicklung gesehen wird. Seine Hauptintention ist es, die Unvereinbarkeit der marktförmigen Regulierung der Wirtschaft mit den ökologischen Grundlagen allen Wirtschaftens zu belegen. Der Kapitalismus, so könnte man die Kernaussage des "Essays" verkürzend beschreiben, versagt gegenüber den ökologischen Herausforderungen und dabei auch gegenüber den daraus resultierenden sozialen und politischen Problemen.

Das "sozialistische Projekt" der Oktoberrevolution sei von Anfang an zum Scheitern verurteilt gewesen, weil es nur die Steuerungsmechanismen, nicht aber die Ziele der Gesellschaft revolutioniert habe: Letzten Endes sollte der Kapitalismus nur überholt werden (19).

Darüberhinaus - so die Analyse der Ursachen für den Bankrott der real-sozialistischen Systeme im ersten Teil des Buches - habe die Politisierung der Ökonomie dazu geführt, daß jede ökonomische Krise sofort zu einer politischen Krise, zu einer Krise des Systems werden mußte. Dies wäre nur zu vermeiden gewesen, wenn "soziale Formen der direkten Demokratie" als demokratische Kontroll- und Rückkoppelungsmechanismen zu einem Bestandteil der Wirtschaftsplanung geworden wären (40).

Ob dies in den produktivitätsmäßig schließlich weit hinter dem entwickelten Kapitalismus zurückliegenden Ländern des siegreichen Sozialismus allerdings zu einem grundlegend anderen technologisch-zivilisatorischen Entwicklungsweg geführt hätte, bezweifelt der Rezensent. Nichts spricht dafür, daß ein demokratischer Sozialismus (wenn dieser Terminus abkürzend erlaubt ist), die "okzidentale Rationalität" der industriellen Kultur in Frage gestellt hätte. Und wenig spricht dafür - so die Ansicht des Rezensenten - daß die Durchsetzung des "Primats der Politik" über die Ökonomie heute in ökologisch akzeptablen Zeiträumen mit dem "okzidentalen Zivilisationstyp" (347 ff.) brechen würde.

Trotz der historisch negativen Erfahrungen mit der politischen Regulierung der Ökonomie im Real-Sozialismus gibt Altvater

einer marktförmigen Regulierung der Gesamtökonomie - mit ihrem logischen Bestandteil Privateigentum - keine dauerhafte Perspektive: Eine effiziente Allokation von knappen, d.h. nur in begrenzter Menge verfügbaren Gütern, könne durch den Markt nicht bewerkstelligt werden. Eine Verteilung solcher "positioneller" Güter über den Markt bewirke immer Ausschließung. Da die Ressourcen des Planeten aber knapp sind, haben faktisch alle Güter "positionelle" Eigenschaften - was unmittelbar einleuchtet, wenn man sich z.B. vorstellt, daß die gesamte Weltbevölkerung den pro-Kopf-Energieverbrauch der USA beanspruchen würde. Der der Welt angepriesene "Western way of life" kann nur für eine Minderheit der Menschheit Realität werden. Eine Verallgemeinerung wäre sein (und ihr) Untergang.

Marktwirtschaft ist Geldwirtschaft - Altvater analysiert daher in seinem zweiten Hauptteil über "das Geld des Marktes" die monetären Restriktionen. Der Zins als die auf die Spitze getriebene 'Rationalität' des kapitalistischen Marktes bedinge gleichzeitig dessen Instabilität: Das Geld als zinstragendes Kapital gewinne ein Eigenleben gegenüber der Ware, die Finanzsphäre könne sich von der "realen" (d.h. güterwirtschaftlichen) Sphäre lösen; da die Güterwirtschaft aber immer in erster Linie Geldwirtschaft sei, räche sich diese Auseinanderentwicklung in Form

von Krisen und Instabilitäten. Dies belegt Altvater mit einem langen Ausflug in die Geschichte der Schuldenkrisen: Die Darstellung der Finanzschwindel von den Kreuzzügen bis zum aktuellen Schuldenmanagement der Weltbank hat sicherlich informativen Wert, dient aber nicht der Klarheit der Darstellung.

Der Kern seiner Aussagen findet sich im dritten Teil der Arbeit über die "Natur des Marktes". Entwickelt und mit Beispielen belegt wird der Widerspruch zwischen Ökonomie und Ökologie, wobei der im Zins gipfelnde Zwang zur Überschüßerzielung und die Begrenztheit der Ressourcen als unüberwindbarer Konflikt gelten. In einem sehr lesenswerten Abschnitt über die Zerstörung des brasilianischen Regenwaldes wird dieser Mechanismus beispielhaft geschildert.

Die in der Geldwirtschaft auf die Spitze getriebene Verdinglichung gesellschaftlicher Verhältnisse führe zum "Verschwinden der Naturgebundenheit von Produzieren und Konsumieren aus dem Horizont gesellschaftlichen Bewußtseins". (242) Der Versuch, die Umwelt zu "verpreislichen", um die für die natürlichen Grundlagen der Produktion prinzipiell blinde Marktökonomie ökologisch sehend zu machen, könne in Einzelfällen (z.B. CO₂-Abgabe) sinnvoll sein, löse aber den Grundwiderspruch niemals auf: Die Ausstattung absolut begrenzter Güter mit einem Preis

suggeriert ihre Vermehrbarkeit. Teuer ist nicht gleich knapp. Die Käuflichkeit von Verschmutzungsrechten z.B. macht den Grad der Verschmutzung zu einer Frage der Kaufkraft. Nirgends ist gewährleistet, daß die Kaufkraft nicht die Grenze übersteigt, wo das Einatmen der Schadstoffe tödlich wird.

Dieser Grundgedanke der prinzipiellen Unvereinbarkeit von Marktregulierung und Ressourcenerhaltung - oder der Tauschwert- und Gebrauchswerteigenschaften von Gütern - wird von Altwater mit Bezug auf das zweite Gesetz der Thermodynamik, das Entropiegesetz, entwickelt. Dies besagt, daß jede Stoff- und Energietransformation die Temperaturdifferenzen innerhalb eines Systems abbaut und so dessen Fähigkeit zur Verwandlung von Energie in Arbeit mindert. Ob der Rückgriff auf die Thermodynamik wirklich geeignet ist, um die geschilderte Grundproblematik der Unvereinbarkeit von Ökonomie und Ökologie deutlich zu machen, kann der Rezensent mangels naturwissenschaftlicher Kenntnisse nicht beurteilen. Immerhin scheint doch deutlich zu werden, daß Altwater eine ökologische Patentlösung nicht sieht: Denn jede Produktion steigert die Entropie, verbraucht begrenzte Ressourcen: "Der Gebrauchswert ist als Element eines Stoffwechsels zu betrachten, in dessen Verlauf die Entropie ansteigt." (253)

Im Ergebnis empfiehlt Altwater eine Organisation des Soziosystems, welche die unvermeidliche Entropiesteigerung begrenzt: "...das Soziosystem muß so organisiert werden, daß im Zusammenspiel mit Biosphäre, Atmosphäre, Lithosphäre und Hydrosphäre das thermische Gleichgewicht innerhalb des Energiestroms der Sonne eingehalten wird." (259)

Wie dies aussehen könnte, deutet Altwater am Schluß des Buches nur sehr vage an: Er plädiert für ein "Primat der Politik" über die Ökonomie, wobei Marktprozesse aber unabdingbar seien. Nicht alle ökonomischen Prozesse seien planbar in einer arbeitsteiligen Gesellschaft, daher sollte zentrale Planung "indikativ auf makroökonomische Rahmengrößen beschränkt bleiben und viele Entscheidungen auf Mikroebene können über den Marktmechanismus koordiniert werden." "Markt und Plan sind keine Gegensätze" (360). Daß diese Gedanken nicht weiter ausgeführt werden, ist nicht zu kritisieren - es geht Altwater um eine im wesentlichen ökologisch gewendete Kritik des Kapitalismus.

Ausgangspunkt seiner Kritik des "Marktes" bleibt die Marxsche Bestimmung der kapitalistischen Produktionsweise und ihrer Widersprüche, die explizit nicht in Frage gestellt wird. Implizit allerdings schon! So wird mit dem Satz: "Auf die Herausforderung der kleinen und der großen Krise kann die marktwirtschaftliche

Restrukturierung eine Antwort sein ..." (68) doch ein Kernbestandteil der Kritik der politischen Ökonomie des Kapitalismus ad acta gelegt - vielleicht mit Recht. Der Kapital-Arbeit-Widerspruch als Hauptmoment der Marxschen Analyse scheint seine Sprengkraft eingebüßt zu haben, wenn die immanenten Krisen der Produktionsweise ohne Formationswechsel lösbar sind. Wenn man aber zu so einer doch recht folgenschweren Schlußfolgerung kommt, darf man dann den Kapitalismus und seine immanente Bewegungsdynamik - wie es Altwater tut - weiter mit den bekannten Kategorien des Wertgesetzes (z.B. S. 120 ff.) beschreiben?

Daß die Kritik am Regulierungssystem des Marktes eigentlich zu kurz greift, wird an mehreren Stellen des Buches deutlich, u.a. im zweiten Teil des vorstehend zitierten Satzes, der weitergeht: "... nicht aber auf die von der Zivilisationskrise aufgeworfenen Probleme." So sehr zuzustimmen ist, daß der notwendige (und angesichts von Klimakatastrophe und Entwicklungsproblemen in historischen Zeiträumen sehr rasch zu vollziehende) Wechsel des Produktions- und Konsumtionsmusters, der Übergang zu einem völlig anderen Zivilisationsmodell von der derzeit vorherrschenden Weltwirtschaftsordnung gehemmt wird, so fraglich bleibt doch, ob darauf ein Wechsel im Regulierungssystem wirklich eine nur einigermaßen hinreichende Antwort ist.

Wenn Altwater mit Recht kritisiert, daß die Oktoberrevolution im Rahmen des alten Zivilisationsmusters geblieben ist und somit nicht radikal genug war, so erscheint doch klar, daß auch ein demokratisch verfaßter Sozialismus nicht den erforderlichen Wechsel der Produktions- und Konsumtionsformen gebracht hätte. Die Diskussion von Alternativen zum kapitalistischen Regulierungssystem muß sicherlich wach gehalten werden - angesichts der ungebrochenen Vorbildhaftigkeit des herrschenden Zivilisationsmodells aber scheint diese Frage nicht mehr im Zentrum der politischen Auseinandersetzung zu stehen. Die Diskussion über das Verhältnis von Markt und Plan im System der Wirtschaftsregulierung ist nicht überflüssig, sie bringt aber m.E. keinen entscheidenden Beitrag zur Bewältigung z.B. der drängenden Klimaprobleme.

Jörg Goldberg

NEUERSCHEINUNG

FRANK DEPPE
Jenseits der
Systemkonkurrenz
 Überlegungen
 zur neuen Weltordnung
 230 Seiten, DM 22,00
 ISBN 3-89419-019-1

Aus dem Inhalt

1. Die welthistorische Zäsur 1989/90
2. Zur Dynamik des kapitalistischen Weltsystems
3. Lenin Revisited - zur aktuellen Bedeutung der Imperialismustheorien
4. Neue Weltordnungen

va&g

Postf. 510 • 3550 Marburg
 Verlag Arbeit & Gesellschaft

Materialistischer globaler Realismus

Frank Deppe: *Jenseits der Systemkonkurrenz. Überlegungen zur neuen Weltordnung.* Verlag Arbeit und Gesellschaft, Marburg/L. 1991, 230 Seiten, DM 22.-

Das wissenschaftliche Interesse von Frank Deppe für die internationalen Entwicklungen und Verhältnisse beginnt nicht erst in jüngster Zeit. Während es aber früher stärker mit der Entwicklung der Arbeiterbewegung und der EG verbunden war, orientiert es sich in den letzten Jahren in höherem Maße auf das internationale Gesamtsystem. Die vorliegende Studie ist nun die erste (Zwischen) Bilanz dieser Bemühungen. Sie muß nun nach 1989 ff. vor allem den epochalen Umbruch in den internationalen Herrschafts- bzw. Hegemonieverhältnissen erfassen. Dies ist nur möglich, wenn sie einen Begriff von der früheren internationalen Konfliktformation der Systemkonkurrenz und Bipolarität entwickelt, die Triebkräfte und Faktoren des Zerfalls und Umbruchs und damit natürlich auch generell der internationalen Verhältnisse und Beziehungen erfaßt und auf dieser Grundlage die Konturen der sich neu herausbildenden Weltordnung zu erkennen sucht.

Dem sozialistischen und marxistischen Theoretiker Deppe verbindet sich das Streben nach Erkenntnis mit der Gewinnung neuer politischer Grundlagen

und Perspektiven, nachdem mit dem Ende der Systemkonkurrenz auch die damit verbundenen progressiven Lösungsmöglichkeiten hinfällig geworden sind.

"Stets war diese Konfrontation - als die dominante Konfliktkonstellation der Weltpolitik - vom Bewußtsein der Akteure durchdrungen, daß es schließlich in diesem welthistorischen Ringen Sieger und Verlierer geben müsse. Der Verlierer steht inzwischen fest: es ist der 'reale Sozialismus' und der 'Marxismus-Leninismus' als dessen Legitimationsideologie." (28) Das Ausloten der Ursachen dieser Niederlage ist ein Aspekt dieser Studie und zwar im Kontext ihrer Gesamtanlage.

Frank Deppe hat zu den Ereignissen schon jene notwendige Distanz gewonnen, ohne die eine auf Objektivität zielende Analyse nicht möglich wäre. Wer die Konturen der neuen Weltordnung erkunden will, muß einen kühlen Kopf bewahren und den ja noch in vollem Gang befindlichen Herausbildungsprozessen als geschmeidiger und elastischer Dialektiker gegenüber treten, der es vermeidet, die Wahrheit, oder das, was er dafür hält, mit Brachialgewalt ans Licht zu zerren. Es gibt nur wenige deutsche Autoren, die dies wie der im September 1991 50jährige Frank Deppe beherrschen und mit unmißverständlichen marxistischen Positionen verbinden.

Auf den letzten Seiten des Buches buchstabiert Frank Deppe den Erkenntnisgehalt seiner Untersuchungen nochmals auf die politische Basis zurück. Obwohl sein Standpunkt zur bestimmenden Rückwirkung internationaler Verhältnisse auf die jeweils innergesellschaftlichen Entwicklungen im Verlauf der Studie etwas oszilliert, ist aus seiner Sicht die "widersprüchliche Dynamik des kapitalistischen Weltsystems" der "wesentliche Bezugspunkt" zur Bewertung der möglichen praktischen Handlungskonstellationen. (218) Damit wird der Ansatz, die subjektive Befindlichkeit zum Maßstab der Politik zu machen, zumindest stark relativiert. Dies gilt auch dann, wenn die internationalen Machtverhältnisse in der marxistischen Tradition und in Bezug auf Gramsci methodisch auf die innergesellschaftlichen Verhältnisse zurückgeführt werden müssen. Für die Zukunft richtungsweisend könnte die Verbindung des Gramscischen Hegemoniekonzepts mit den globalen Machtstrukturen, also die Entwicklung eines Konzepts der Welthegemonie als gesellschaftlicher, ökonomischer und politischer Struktur werden - Deppe stützt sich dabei auf Robert W. Cox -, weil damit der Herausbildung globaler Klassenformationen geistig vorgearbeitet wird.

Obwohl also im antagonistischen Charakter transnationaler Vergesellschaftung der Zusammenhang hergestellt wird "zwischen

der inneren (im Rahmen der Nationalstaaten wirksamen) und den transnationalen Widerspruchskomplexen und Konfliktfeldern" und dabei die "Machtstrukturen im internationalen System - als Machtblöcke in den Staaten und als Machtbeziehung zwischen den Staaten - mit den Vergesellschaftungsprozessen selbst in Beziehung" treten (214), ist die Herausbildung der neuen Weltordnung in erster Linie eine Angelegenheit der imperialistisch-kapitalistischen Großmächte und der in ihnen herrschenden Klassen. Frank Deppe schreibt deshalb (als methodisches Credo), "daß die Suche nach den bestimmenden Tendenzen nicht ins Lager der Verlierer, sondern ins Lager der Sieger führen muß". (40)

Auf diese Suche begibt sich Frank Deppe in den vier Kapiteln des Buches. Dabei werden die durchgehenden Fragestellungen jeweils unter anderen Aspekten beleuchtet. Kapitel 1 skizziert den Umbruch der internationalen Ordnung 1989/90; dem folgt im Kapitel 2 die Untersuchung des kapitalistischen Weltsystems von der unangefochtenen US-amerikanischen Hegemonie nach 1945 bis zu deren Niedergang in der Gegenwart; Kapitel 3 wirft einen Blick zurück auf die klassischen marxistischen Imperialismustheorien und rezipiert unter deren Fragestellungen die Lesarten der wichtigsten außenpolitischen Schulen; Kapitel 4 erörtert schließlich unter Verarbeitung

der Golf-Kriegs-Erfahrungen, welche neue Weltordnung als Resultante der realen Kräfteverhältnisse als wahrscheinlich erscheint.

Für Frank Deppe ist durchgehend die kritische Verarbeitung vor allem der angelsächsischen und westdeutschen Literatur der maßgebenden Schulen der Analyse und Interpretation der internationalen ökonomischen und politischen Verhältnisse ein zentraler Zugang zur Problemstellung. In diesem Prozeß entwickelt er seine eigenen Positionen im Kontext eines, wie es der Rezensent bezeichnen würde, materialistischen globalen Realismus.

Während die neorealistische Schule auf das Machthandeln der Nationalstaaten, neben den ökonomischen und politischen Ressourcen vor allem durch das Militärpotential gestützt, als Ordnungsfaktor setzt, stellt die Globalismus-Schule die globalen Vergesellschaftungsverhältnisse und die Interdependenz in den Vordergrund. An der neorealistischen Schule kritisiert Frank Deppe vor allem, daß ihr Machtbegriff an die Basisprämisse des Primats der Außenpolitik gehunden und damit so an die "außen- und weltpolitische Machtentfaltung von Nationalstaaten fixiert" sei, daß "einerseits die relativ eigenständige Bedeutung von binnenwirtschaftlichen Krisenprozessen unterschätzt und andererseits "die über den Weltmarkt vermittelten Prozesse der ökonomischen Verflechtung und Interde-

pendenz zwischen den kapitalistischen Industriestaaten" völlig negiert werde.(110) In Deppes Sicht ist die Transnationalisierung der entscheidende neue Fakt. Gegen die Globalismus-Schule wendet er vor allem ein: "Trotz der zunehmenden Verflechtung- und den damit verbundenen Interdependenzverhältnissen - sind die Nationalstaaten die 'Hauptakteure der internationalen Machtbeziehungen' geblieben". (85) Anzumerken bleibt, daß die Interdependenz-Schule ihre wichtigsten Befürworter im Lager der Manager der internationalen Konzerne hat, deren Weltmarkteinbindung auch einen stärker die zivilen und ökonomischen Momente betonenden Sicherheitsbegriff hervorgebracht hat. Deppes Sicht hebt mit der Wechselwirkung von Weltmarkt und Nationalstaat demgegenüber den Subjektcharakter der Konzerne und Kapitalgruppen hervor, deren Aktivitäten gegenüber dem Nationalstaat die Pakten der globalen Vergesellschaftung setzen, betont aber gleichfalls den entscheidenden Subjektcharakter der Nationalstaaten in ihrer Vermittlungsfunktion zum Weltmarkt. Dies gilt natürlich in dieser Passung nur für die Staaten der tripartistischen Zentren des heutigen Kapitalismus. Gerade die UdSSR könne als Beispiel dafür angeführt werden, "in welchem hohem Maße die außenpolitische Handlungsfähigkeit eines Staates zerfällt, wenn gleichzeitig die Verfügung über

die inneren Ressourcen zerbricht". (125) Sein theoretisches Fazit lautet, "daß sich die Anpassung der ökonomischen Strukturen an die Zwänge der Weltmarktkonkurrenz jeweils über die Staatstätigkeit vermittelt, die ihrerseits auf die Produktionsverhältnisse sowie auf den jeweiligen Typus der Regulierung der Klassenbeziehungen in den Staaten ('hegemoniale Blockbildung' bezogen ist". (129)

Im Anschluß an Paul Kennedy, einem der gewichtigen Neorealisten, erörtert Frank Deppe immer wieder dessen These von der imperialen Überdehnung der Supermächte der Epoche der Systemkonkurrenz als Ursache von deren Abstieg. Diese These war auch der Anknüpfungspunkt der "Decline-Schule" in den USA. "Der Abstieg der beiden Weltmächte USA und UdSSR ist eine unmittelbare Folge der 'Überdehnung' der Rüstungsausgaben, die mit ihrer weltpolitischen Führungsrolle legitimiert werden und deren Expansionslogik sich mit dem Rüstungswettlauf zwischen den Systemen immer mehr verselbständigt hat." (70) "Noch stärker als die USA hat sich die UdSSR letztlich durch die Rüstungsanstrengungen in die Sackgasse der Stagnation, der Krise und schließlich des Verfalls ihrer hegemonialen Machtposition in der Weltpolitik hineinmanövriert." (70) Damit wurde faktisch die innere Modernisierung blockiert.

Obwohl die Erscheinungen industriellen Zerfalls in den USA,

nicht zuletzt infolge der neokonservativen Deregulierungspolitik und der steigenden Rüstungsausgaben, nicht infrage stehen, muß die davon abgeleitete Abstiegsprognose m.E. bezweifelt werden. Die dafür angeführten ökonomischen Angaben (Vgl. S. 55 ff) sind für ein Gesamtbild nicht ausreichend. Mit dem Golf-Krieg waren übrigens die Abstiegsthese vom Tisch der amerikanischen Dehatten. Die Übertragung des Abstiegs der UdSSR auf die USA mit dem Ende der alten Bipolarität beruht zu sehr auf Analogieschlüssen, als daß sie als zwingend akzeptiert werden müßte. Schließlich geht es ja auch um die sich daran anschließenden Vermutungen der dann zu erwartenden innenpolitischen Erschütterungen und Krisensituationen.

Was die Politik der Gorbatschow-Führung seit Mitte der 80er Jahre betraf, so kann sie in ihrer "theoretischen Begründung" auch als eine Variante der Globalismus- und Interdependenz-Schule in ihrer idealistischen One-world-Vision angesehen werden. Dies galt in der Praxis dann vor allem für den Verzicht auf die Anwendung militärischer Gewalt. "Daß eine der zentralen Visionen der Gorbatschowschen Perestroika, nämlich die der Erneuerung und Stärkung des Sozialismus, dabei 'unter die Räder geriet' und inzwischen infolge der inneren Destabilisierung der UdSSR gänzlich unterzugehen droht", bestä-

tige allerdings eher die Thesen des Neorealismus. (36)

Auf diesen Sachverhalt kommt Frank Deppe noch in verschiedenen Zusammenhängen zurück: "Die Rede von den allgemeinen 'Menschheitsinteressen', die nunmehr an die Stelle der antagonistischen Klassen- bzw. Systeminteressen getreten seien, verhüllt nur dürftig das Interesse der derzeitigen Führung der UdSSR an einem innen- und außenpolitischen Systemwandel, der mit dem Zusammenbruch des sozialistischen Wirtschafts- und Gesellschaftssystems im Inneren die Sowjetunion nicht länger als den Gegner, sondern als den Partner der 'Ersten Welt' anerkannt wissen will." (129) "Indem sie die Menschheits- bzw. Gattungsinteressen als Bezugspunkt des außenpolitischen Handelns definierte, verabschiedete die sowjetische Politik sich von der seit Lenin gültigen imperialismustheoretischen Begründung internationaler Politik." (143) Der Machtverfall hat "schließlich dieses Projekt einer neuen Weltordnung als illusionär erwiesen und zum Scheitern verurteilt". (144) "Die 'Rußlandhilfe', die Anfang 1991 auf Lastwagen der ehemaligen Nationalen Volksarmee der DDR nach Osten transportiert wurde, war insofern auch ein symbolischer Ausdruck des neuen subalternen Status der Sowjetunion, der dann während des Golf-Krieges durch die Nichtbeachtung des Gorbatschow'schen Friedensplanes durch die US-amerikanische

Führung nochmals unterstrichen wurde". (144) Gerade der Golf-Krieg hat den Utopien von 1989 "ein schnelles Ende bereitet". "So zeichnen sich die Konturen einer Weltordnung ab, die sich radikal von den Visionen des 'neuen Denkens' abhebt." (160)

Für marxistische Leser von besonderem Interesse dürften die Überlegungen zur marxistischen Imperialismustheorie, vor allem jener Lenins, sein. (93ff) Frank Deppe hält heute historische Analogieschlüsse für fragwürdig angesichts der gegenüber 1914/16 doch entschieden veränderten Realität. Die moderne Globalvergesellschaftung lasse sich mit dem klassischen Instrumentarium nicht erfassen. Zum anderen sei die zeitgenössische Sozialtheorie über die Begriffsdefizite der alten Imperialismustheorien hinweg. Ferner lasse sich der heutige Kapitalismus nicht mehr in "der geradezu selbstverständlichen, fast naturwüchsigen revolutionären Perspektive der Überwindung des Kapitalismus" interpretieren. (104) Das Entstehen einer fordistischen Formation könne nicht auf der Basis der damaligen Überakkumulationsthese erklärt werden. Dem kann allerdings widersprochen werden, wird doch in der Absorptionsproblematik der wichtigste Antrieb zur Herausbildung des Stamokap gesehen. Die Achse Metropolen-Peripherie sei heute für die Handelsströme nicht mehr zentral. Der alte Machtbegriff entspreche nicht mehr den heutigen

Interdependenz-Strukturen. Schließlich sei auch die Zuspitzung der imperialistischen Gegensätze bis zum Krieg fragwürdig. Diese und andere Einwände stehen der weiteren Diskussion und Prüfung an. Positiv rekurriert Deppe auf das von Lenin mit aller Schärfe formulierte Theorem der ungleichmäßigen Entwicklung. Schließlich taucht auch der Widerspruch zwischen Nationalstaaten und internationalen Kapitalgruppen und ihre Fassung als Subjekte doch schon bei Lenin in stärkerem Maße auf, als es bei Deppe rezipiert wird.

In der Sicht des Rezensenten kann Deppes Konzeption als Angebot einer Imperialismus-Theorie für das Stadium globaler antagonistischer Vergesellschaftung nach der Epoche der Bipolarität und Systemkonkurrenz gelesen werden. Vielleicht ist "Theorie" zu weit gegriffen. Dies ist aber zweitrangig. Es ist eine analytische Erfassung der Welt der Sieger, "die die Regulation von multipolaren Machtbeziehungen innerhalb der Triade der kapitalistischen Zentren mit einer Kriegserklärung an die Dritte Welt verbinden". (160) "Diese Ordnung beruht auf militärischer Gewalt und sie erzeugt notwendig neue Gewaltverhältnisse." (161) Freilich: "Die multipolare Weltordnung ist ein Projekt des Trilateralismus, also der reichen Zentren in der nördlichen Hemisphäre...Seine ökonomischen Träger sind die transnationalen Konzerne der

Hochtechnologiesektoren und des Dienstleistungskapitals." (159)

M.E. besteht eine Schwäche der Konzeption in der untergewichteten Rolle der Länder, die man früher unter dem Wort 'dritte Welt' zusammenfaßte. So sehr ihr Machtverlust und ihre innere Differenzierung seit Mitte der 70er Jahre zutrifft, so bleiben sie - und dies nach der Differenzierung der früheren realsozialistischen Ländermasse in erhöhtem Maße - doch die große Mehrheit der Weltbevölkerung, eine Ausbeutungsbasis des Imperialismus. Daß der Nord-Süd-Konflikt zum zentralen Bezugspunkt imperialistischer Politik geworden ist, zeigen nicht zuletzt Umstellung und Umrüstung der NATO. Die Erschütterungen der wie auch immer gearteten imperialistischen Weltordnung werden mit großer Wahrscheinlichkeit durch diese Konflikte erfolgen, selbst wenn sie nur eine regionale Ausformung erhalten.

In ihrer Konkretisierung hat die multipolare Weltordnung auch die Gestalt einer Konsortialführung bzw. eines Kollektivimperialismus angenommen. Freilich verweist der Golf-Krieg auf die militärischpolitisch führende Rolle der USA. Es versteht sich, daß angesichts der machtpolitischen Realitäten, nach denen sich internationale "Ordnungen" herausbilden, die "idealistische Vision einer 'One World'schnell verblaßt - u. a. auch deshalb, weil die innere Krise der Sowjetunion deren Außen- und Weltpolitik

weitgehend entmachtet bzw. auf einen sabalturnen Status (gegenüber den USA bzw. gegenüber der BRD) reduziert hat". (205) Diese von moralisch-normativen Gesichtspunkten sicher wünschenswerte Weltordnung kann deshalb als Realvariante außerhalb der Betrachtung bleiben.

Selbst wenn man nach dem Zusammenbruch des alten bipolaren Systems - der allerdings erst mit der faktischen Entwaffnung der UdSSR, ein Prozeß, der auf diplomatischen Ebenen z. Z. in vollem Gang ist, vollendet sein wird - mit einer Abnahme der Rolle des Militärfaktors und einer Zunahme der ökonomisch-technologischen Zwänge der Interdependenz rechnen kann, wird angesichts der durch die USA wahrgenommene Rolle des imperialistischen Weltpolizisten die Grenze zwischen konsortialer und unipolarer Hegemonie fließend und umstritten bleiben.

Hauptgewinner des Endes der Systemkonkurrenz ist die neue Großmacht Deutschland. Gegenüber der Westorientierung des deutschen Kapitalismus gibt es in der Sicht Frank Deppes keine Alternative - auch nicht angesichts der "ordnungspolitischen Anforderung" zur Gestaltung des früheren RGW-Raumes. Wahrscheinlich ist - zumindest mittelfristig - eine Perspektive der sozialökonomischen Spaltung West- und Osteuropas sowie der osteuropäischen Länder selbst (mit einer

'umgedrehten Zwei-Drittel-Gesellschaft')". (193)

In den Reihen der politischen Klasse des neuen Deutschland und ihrer Ideologen registriert Deppe den Vormarsch des Neorealismus mit einer Aufwertung außenpolitischen staatlichen Machthandelns auf nationalistischer Grundlage gegenüber dem bisher vorherrschenden 'Genschismus', bisheriges Programm und Strategie der deutschen Hegemonie im Prozeß der Neuordnung Europas. Der Ausgang dieses beginnenden Machtkampfes wird in hohem Maße durch die Entwicklung bei den Rivalen der Triade bestimmt werden. Dann davon wird es abhängen, ob die Konzernchefs ebenfalls weiterhin auf die internationale Regulierung durch das Machtgeflecht der Triade oder das Handeln des eigenen imperialen Machtstaates setzen werden.

Wie auch immer, diese Prozesse sind für die Linke von hoher Brisanz. Welche Bedeutung einer adäquaten Verarbeitung der internationalen Verhältnisse zukommt, zeigte während des Golf-Krieges der proamerikanische Kotau eines Teils der literarischen Linken. Frank Deppes Buch kann der marxistischen Linken dazu verhelfen, die Realitäten nach dem Ende der Systemkonkurrenz materialistisch zu verarbeiten, illusionäre Vorstellungen, wie sie das 'neue Denken' hervorgerufen hatte, zu überwinden und auf dem Niveau eines globalen Realismus ihre

politischen und strategischen Vorstellungen zu reformulieren.

Heinz Jung

Modernetheorie statt Kapitalismuskritik?

Michael Brie/Dieter Klein (Hrg), *Umbruch zur Moderne? Kritische Beiträge*, VSA-Verlag, Hamburg 1991, 238 S., DM 29,80.

Abgesehen von Mitherausgeber D. Klein gehören die Autoren dieses Bandes zu den 35 - 40-jährigen früheren DDR-Gesellschaftswissenschaftlern, die durch den Stagnationssozialismus seit Mitte der 70er Jahre generativ geprägt wurden. Sie waren z. T. in der letzten Phase der DDR in der Arbeitsgruppe moderner Sozialismus an der Humboldt-Universität aktiv, die sich um die Entwicklung und dann auch die Propagierung eines neuen reformkommunistischen Alternativkonzepts bemühte. Schon damals waren sie sehr stark durch das Denken und die Arbeiten kritischer westdeutscher Sozialwissenschaftler wie J. Habermas, N. Luhmann, C. Offe u.a. beeinflusst. Das betraf vor allem die Adaption einer gesellschaftsformationsübergreifenden Moderne- und Zivilisations-Konzeption, auf deren Grundlage plausible Gründe für den Zusammenbruch des offensichtlich gegenüber einem moderneren Kapitalismus auf vielen Gebieten rückständigen Sozialismus gefunden werden konnten. Handelte es sich damals noch in der Hauptsache um die Verbindung

von Moderne- und Formationskonzeptionen, so ist inzwischen die Moderne-Theorie von beherrschender Dominanz geworden. Derzeit arbeiten die meisten Autoren am 1990 gegründeten Institut für Zivilisationsforschung der Humboldt-Universität oder sind diesem verbunden.

In den Beiträgen, die von unterschiedlicher wissenschaftlicher Substanz sind, geht es vor allem um die Analyse jeweils spezifischer Aspekte des alten Sozialismus und seines Zusammenbruchs mit dem modernetheoretischen Ansatz; ferner um das Bemühen, progressive Möglichkeiten der Modernisierungspotentiale der nun in den Osten einkehrenden Gesellschaften auszumachen. In ihrer Sicht muß zum Prozeß der nachholenden Modernisierung, die faktisch ja auf nichts anderes als die Restauration des Kapitalismus hinausläuft (noch waltet gegenüber diesen harten Tatsachen der Verdrängungseffekt), die radikal-demokratische Veränderung bzw. Modernisierung der hürgerlich-kapitalistischen Gesellschaften treten. Dies verstehen sie als Prozeß der doppelten Modernisierung. Die Begründungsgrundlage liefern vor allem die globalen Probleme. Demgegenüber tritt die innergesellschaftliche Kapitalismuskritik fast völlig in den Hintergrund.

Diese Grundthemen werden schon im Beitrag von Dieter Klein, ehemals bekannter marxistischer Politökonom, angeschla-

gen. "Doppelte Modernisierung im Osten", schreibt er, "würde sich dann vollziehen, wenn die nachholende Umwälzung dort mit den Entwicklungen außerhalb bloßen Nachholens als Bestandteil eines weltweiten Wandels zu einer bisher unbekanntem zivilisationsbewahrenden Moderne verwoben wäre." (18) Freilich ist er skeptisch genug, dies dann doch eher der Kategorie der schönen Wünsche zuzuordnen; "Vieles deutet darauf hin, daß doppelte Modernisierung sich als die nächste Illusion der unverbesserlichen Kritiker des Bestehenden erweisen könnte." (24) Dies war noch vor dem Golf-Krieg geschrieben und bedeutete faktisch schon damals die Makulaturerklärung der strategischen Überlegungen des Bandes. Sucht man nach Erklärungen, weshalb sich die Verfasser auf diesen Weg begeben haben, dann liegt dem m.E. vor allem zugrunde, daß sie sich noch keine Rechenschaft über den Charakter des Zusammenbruchs im Osten, über die derzeitigen Sieger der Geschichte und über den Einfluß der kapitalistischen Restauration auf die Entwicklung im Westen abzulegen bereit sind. Die Moderne-Konzeption hat außerdem vor allem Blindstellen in Bezug auf kapitalistische und imperialistische Herrschaftsverhältnisse und die davon ausgehenden Tendenzen hinterlassen. Die Sieger werden sich kaum von Appellen an ihr Verantwortungsbewußtsein für den Osten beeindrucken lassen.

Das Plattmachen der DDR spricht dafür eine deutliche Sprache.

Ein theoretischer Einwand gegen die Moderne-Konzeption besteht aus der Sicht des Renzentsen vor allem darin, daß der Ausdifferenzierung der Subsysteme die Integration ins Gesamtsystem gegenübersteht, deren Charakter sich nicht aus dem Bewegungsmodus des Wettbewerbs erschließt, sondern aus den entscheidenden ökonomischen und politischen Interessen und Kräften. Ferner ignoriert dieses Konzept, daß der "systemische Eigensinn" der einzelnen Subsysteme von unterschiedlicher Relevanz für das Gesamtsystem ist und in der kapitalistischen Gesellschaft die wesentlichen Gegensätze und Widersprüche von der Ökonomie ausgehen. Abgesehen davon, sollte die Marx'sche Fassung der Janusköpfigkeit des Fortschritts auf antagonistischer Grundlage nicht ganz in Vergessenheit geraten, wenn es um die Bewegung der modernen bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft geht.

Bei den Beiträgen fällt auf, daß zwar eine konzeptionelle Öffnung für die globalen Probleme vorhanden ist, die Bewegung des Weltmarkts und die dadurch gesetzten Bedingungen aber außerhalb der Betrachtung bleiben. Damit erhalten die reformpolitischen Vorstellungen unrealistische Züge. M.E. hat die schnelle Adaption der westdeutschen Autoren und ihrer Konzeptionen auch dazu geführt, die Realitäten

der kapitalistischen "sozialen Marktwirtschaft" in deren Sichtweise für bare Münze zu nehmen. Freilich reflektiert sich darin eine Grundstimmung des Zusammenbruchs des alten Sozialismus. So etwa im Beitrag von Wilfried Ettl und Jürgen Jünger, die dem Staatssozialismus analytisch mit den Kategorien der Freiburger Ordoliberalen (Zentralverwaltungswirtschaft etc.) zu Leibe rücken und jenseits der Realität der 2/3-Gesellschaft in der "sozialen Marktwirtschaft" die "Symbiose von Konkurrenz und Solidarität" erkennen zu können glauben.(47)

Es kann hervorgehoben werden, daß die kritische Innensicht auf den alten Sozialismus und seine Ideologie für den Leser von Gewinn ist. Dies gilt in besonderem Maße etwa vom Beitrag Dieter Segerts über die politische Kultur der DDR. Hier wird auch eine andere Quelle der z. T. illusionären strategischen Optionen deutlich, nämlich das Erlebnis der Gewalt der Massenbewegungen des Jahres 1989/90. Der damit verbundene schnelle Fluß der Dinge verführt zur Übertragung auf Verhältnisse, deren Änderung ebenfalls als wünschenswert und in dieser Optik dann auch als realisierbar erscheint. So setzt er auf die Verbindung der Alternativpotentiale aus Ost und West, was derzeit selbst beim Zustandekommen nur von marginaler Bedeutung für den Gesamtprozeß wäre.

Zu den von Realismus geprägten Beiträgen gehört auch jener von Ewald Böhlke über die internationalen Aspekte der jüngsten Entwicklung. Dies gilt vor allem für die Beurteilung der Rolle der sowjetischen Politik beim Zusammenbruch des Sozialismus und der derzeitigen internationalen Konsequenzen. Das Motiv der Unterstützung der Kohl-Regierung für Gorbatschow sieht er darin, "einen konfliktminimierenden Übergang zu bürgerlichen Verhältnissen zu erreichen und gleichzeitig eigene ökonomische Interessen (z.B. Rohstoffsicherung) zu wahren". (118) Seine Positionen im Rahmen der Interdependenz-Schule schärfen den Blick auf die Konsequenzen des Restaurationsprozesses: "Was sich partikulär als Gewinn an Lebensqualität darstellt, erweist sich im Kontext europäischer und globaler Probleme als Tragödie." (121) Freilich ist m.E. auch sein von der Interdependenz geprägtes Politik-Konzept nach dem Golf-Krieg kaum noch tragfähig, es sei denn als normative Willenserklärung.

Bei Harald Bluhms "Pädoyer für eine veränderte Sicht auf Marxens Werk" muß, abgesehen vom wohl als Zeichen der Emanzipation angesehenen forciert despektierlichen Umgang mit Marx, gefragt werden, ob sein Versuch, den Marx der letzten Lebensjahrzehnte zu einer Art Vorläufer des in diesem Band propagierten "Moderne-theoretischen Diskurses" zu machen.

(141), den Tatsachen gegenüber gerechtfertigt ist.

Zu den gewichtigen Beiträgen gehören Michael Bries' Erörterung neuer Ansätze sozialistischer Politik. Er setzt darauf, daß "es nach einer Periode der Sprachlosigkeit durchaus zu einer Neuartigen versprechenden Verbindung der nachholenden 'traditionellen' Modernisierung in Osteuropa mit einer auf Wandlung der Machtstrukturen zielenden 'reflexiven' Modernisierung in Westeuropa kommen" könne. (153) Damit könnte dem Neokonservatismus und Neoliberalismus "unerwartet eine 'neosozialistische' Herausforderung erwachsen". (153) Freilich stellt sich Brie nicht der Frage, wer den nun die Träger der nachholenden Modernisierung im Osten und der reflexiven Modernisierung im Westen sind oder sein sollen, womit die schöne Vision, daß dann "von Europa unerwartet eine völlig neue, 500 Jahre imperiale Strategie überwindende epochale Ausstrahlung auf die demokratische, solidarische und ökologische Umgestaltung der Welt ausgehen" könne (155), über den Wolken bleibt. Interessant ist auch seine Eigentumsanalyse. Hier markiert er den Unterschied sozialistischer zu anderen Positionen zutreffend damit, daß Kapital nicht als Existenzbedingung der Wirtschaft und auch nicht der Marktwirtschaft gesetzt werde. Die Grundfrage eines neuen Sozialismus sieht er darin, "ob eine

progressive Bewegungsform gefunden werden kann, ob gesellschaftliches Eigentum an den Produktionsbedingungen ohne Zerstörung der freien und eigeninteressierten individuellen, kollektiven, betrieblichen, kommunalen und in Konzernen organisierten Subjekte hergestellt werden könnte". (163) Es geht um die marktwirtschaftlichen Wettbewerbsmechanismen bei sozialistischem Eigentum auf nichtetatistischer Vertragsgrundlage.

Nach der Lektüre des Beitrags von Rainer Land zur Rolle des Geldes bei der Gestaltung wirtschaftlicher Entwicklung fragt sich der Leser, ob die terminologische Umformulierung zu Erkenntnisgewinn führt, gehörte doch einst der Einfluß der Politik auf die Wirtschaft schon zu den ledernen Standards der Stamokap-Theorie. Freilich geht es nun um "die Etablierung lebensweltlicher Selektionskriterien in die kommunikative Gestaltung wirtschaftlicher Entwicklung", um die "Rückbindung gesellschaftlicher Mächte an individuelle Lebenswelten" (190) usw.

Den Abschluß des Bandes bildet ein Aufsatz des Wissenschaftstheoretikers Hans-Peter-Krüger über den französischen Philosophen Lyotard und die Postmoderne. Krüger hatte sich schon vor der Wende als Habermas-Dolmetscher für den DDR-Gebrauch verdient gemacht und kann wohl als geistiger Kopf der Adaption der Moderne-Konzept-

tion angesehen werden. Von ihm stammte auch ein aufschlußreicher Aufsatz über den Unterschied von moderner und kapitalistischer Gesellschaft - allerdings noch aus der "sozialistischen Periode" (Deutsche Zeitschrift für Philosophie, 3/1990). Um so hedauerlicher, daß sich ein Mann vom Format Krügers nicht der faktischen Zuarbeit zur "Evaluation" des "Philosophiebetriebes" der früheren DDR enthalten kann. (Vgl. Frankfurter Rundschau vom 23.2.1991)

Krüger setzt am Verhältnis von Pluralität und Ganzheit in der Moderne an und kommt zum Ergebnis, daß "es welthistorisch nicht mehr nur um die Entstehung und Ausdifferenzierung moderner Strukturen kulturellen, politischen und wirtschaftlichen Wettbewerbs geht, sondern um deren Integration". (201) Die Lösung sieht er in der Ko-Evolution der Wettbewerbsformen. Nach der dominierenden Rolle der Ökonomie und des ökonomischen Wettbewerbs im 19. Jahrhundert und deren Ablösung (?) im 20. Jhd. durch die Politik müsse die integrative Steuerung im 21. Jahrhundert der Kultur und dem diskursiven Wettbewerb zufallen - womit das eigentliche Zeitalter der Aufklärung reale Einkehr hielte. Aber damit ist das Interessenproblem nicht aus der Welt und Krüger ist sich dessen auch bewußt: "Modernetheoretische Überlegungen ersetzen nicht die Analyse der klassenspezifischen

Schichtung... Die Vagheit der Postmoderne-Diskussion lenkt von der nötigen Synthese zwischen klassen- und modernetheoretischen Analysen ab." (203) Das Konzept der Gesellschaftsformationen taucht allerdings nicht mehr auf.

Man darf für die Zukunft gespannt sein, ob nach der "sozialistischen Periode" und der etwas hastigen Adaptionsphase die Zeit der Kritik und Selbstkritik der z. Z. vertretenen Moderne- und Zivilisationskonzepte folgt und damit der Blick für die materialistische Kritik des Realkapitalismus geöffnet wird. Golf-Krieg, Niedermachen der DDR und die abstoßenden Züge der kapitalistischen Restauration in Osteuropa konstituieren eine Realität gegen die in diesem Band ausgebreiteten Verheißungen eines Doppelsprungs der Moderne. Das intellektuelle und das Erfahrungspotential der Autorengruppe wäre für die Analyse dieser Realität und die Erarbeitung der diesen Realitäten entsprechenden linken und sozialistischen Alternativen unverzichtbar.

Heinz Jung

Geschlechterverhältnisse

Ursula Beer, *Geschlecht, Struktur, Geschichte: soziale Konstituierung des Geschlechterverhältnisses*. Campus Verlag, Frankfurt-M., New York 1990

Ursula Beer will zur Begründung der "Vermutung" beitragen, daß die Ungleichheit der Ge-

schlechter in der Gesellschaft "die Gestalt von sozialen Verhältnissen angenommen" hat (9). Sie will dazu insbesondere folgende drei Fragestellungen verfolgen: kann von einem solchen Verhältnis der Geschlechter überhaupt gesprochen werden?; wie ist gegebenenfalls dessen gegenwärtige Verfassung zustande gekommen?; kann ein solches Verhältnis als grundlegend für die Zuweisung von ungleichen Lebens- und Erwerbschancen für Frauen und Männer betrachtet werden? (20 f). Sie geht davon aus, daß hierzu insbesondere Untersuchungen von "Arbeitsteilungen und Eigentumsformen in Klassegebilden" und somit der "sozio-ökonomischen Dimension" von Gesellschaften anzustellen sind, was insbesondere die "Auseinandersetzung mit dem historisch-materialistischen Denkmodell" und zugleich neue Begriffsbildungen ("begriffliche Konzeptualisierungen, die mehr sind als Sprachgebrauch") erfordern (12 f). Unterstellt wird die Existenz "zweier gesellschaftlicher Arbeits- bzw. Produktionsbereiche", denen im Fall kapitalistischer Industriegesellschaften eine "marktvermittelte" und eine "nicht-marktvermittelte Ökonomie" bzw. eine Warenproduktion und eine "Produktion" in der Bedeutung des generativen gesellschaftlichen Bestandserhalts entsprechen. Die angenommene sozioökonomische strukturelle Benachteiligung von Frauen gegenüber Männern soll aus dem "inneren Band" er-

kärt werden, das diese beiden Wirtschaftsbereiche zusammenhält und das mit der herrschenden Eigentumsverfassung zu tun habe (21 f).

Zur Abarbeitung dieses Programms werden verschiedene theoretische Ansätze zur Klärung der Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern untersucht (New Home Economics sowie marxistische bzw. feministische Überlegungen über Klassenverhältnisse und über Hausarbeit) (Teil 1). Zudem soll die Frage nach der Berechtigung der Annahme eines spezifisch sozialen Verhältnisses zwischen den Geschlechtern durch die Diskussion von Reflexionen über Kategorien aus der Frauenforschung und der Arbeits(wert)lehre "präzisiert" werden (Teil 2). Dabei werden in Anschluß an Gerhard Mackeuroth (1953) die Begriffe "Bevölkerungsweise" und "Wirtschaftsweise" eingeführt, die die Autorin dann als die beiden Momente des Konzepts "Produktionsweise" begreifen will (141). Zur Klärung des Zusammenhangs dieser beiden Seiten bemüht sich die Autorin zunächst um eine Bestimmung und Deutung des Begriffs der Struktur, die im wesentlichen im Anschluß an die einschlägigen Überlegungen von Maurice Godelier aus den Jahren 1966 und 1970 erfolgen. Dabei wird die fortgeschrittenere Fassung des Konzepts Produktivkraftstruktur von Godelier als Mensch-Natur-Beziehung in die Konzeption einer "Dinge und Menschen" um-

fassenden "vergesellschafteten Natur" verwandelt, der natürlich die Geschlechter angehören (126). Bis hierhin bewegt sich die Untersuchung, wie die Autorin schreibt, "in den Dürrezonen methodologischer und metatheoretischer Überlegungen" (13). Die "soziale Konstitution", besser vielleicht die gesellschaftliche Formung des Verhältnisses der Geschlechter kann nun aber als Prägung durch die Einheit und den Wandel der gesellschaftlichen Wirtschafts- und Bevölkerungsweise beschrieben werden, was am Beispiel des Übergangs zur kapitalistischen Industrie in Deutschland vorgeführt wird (Teil 4). Allgemeinere theoretische Reflexionen (Teil 5) schließen das Buch ab, wobei unter anderem die doppelte Ungleichheit der Geschlechter in Lohnarbeitsverhältnissen (Ungleichheit im Zugang zu Erwerbschancen und zu Verfügungsgewalt aufgrund eines "außermarktlichen Sekundärpatriarchalismus", der durch familiäre ökonomische Abhängigkeitsbeziehungen "vermittelt" ist) hervorgehoben wird.

Die historische-materialistische Theorie der Gesellschaftsformen, die Karl Marx und Friedrich Engels entworfen haben, bezieht sich, wie sich inzwischen herumspricht, vor allem auf die ökonomisch-soziale Produktionsweise des Kapitalismus und ist nicht bis zur Ausarbeitung der Theorie der kapitalistischen Formation von Gesellschaft insgesamt und der Theorie ihrer

gesellschaftlichen Vorgeschichte gelangt. Unter anderem sind, wie man weiß, Themen wie das Verhältnis der Geschlechter oder das Verhältnis der Menschen zur irdischen Gesamtnatur nicht systematisch bearbeitet und allenfalls kursorisch angesprochen worden. Die von der Autorin beabsichtigte kritische Auseinandersetzung mit dieser ob ihres Materialismus potentiell thematisch relevanten, aber eben doch im wesentlichen "unabgeschlossenen" (Enrique Dussel 1988) Lehre von der Gesellschaftsgeschichte musste daher zu einer risikoreichen Sisyphusarbeit geraten. Das von der Autorin aufgeworfene und von ihr verschiedentlich als zweifache "Vergesellschaftung" der Menschen - wenn ich es recht verstanden habe: in Form einer "Bevölkerungsweise" und einer "Wirtschaftsweise" - apostrophierte Problem, wie der gesellschaftliche Zusammenhang der sich ernährenden und sich fortpflanzenden menschlichen Lebewesen überhaupt zu begreifen ist, ist hier sicherlich nicht geklärt worden. Das war wegen des starken Gewichts, das die Bearbeitung von Sekundärliteratur und von modernen Phänomenen des Geschlechterverhältnisses in dieser Untersuchung hat, auch kaum anders zu erwarten. Ob die Formel der zweifachen Vergesellschaftung in die richtige Richtung weist, muß schon aus diesem Grunde jedenfalls offen bleiben. Gleichwohl gelangt Ursula Beer meines Erach-

tens zu verschiedenen weiterweisenden theoretischen Resultaten. Hierzu rechne ich die Annäherung an eine Konzeption des materiellen Substrats von Gesellschaften, das insbesondere die als Bevölkerung zu begreifenden Menschen und die natürlichen Dinge umfaßt, wobei letztere wohl angemessener als der von einer Gesellschaft betroffene Naturhaushalt zu begreifen sind. Hierzu wäre freilich der modifizierende Rekurs auf die - bei aller Wertschätzung dieses Autors - problematischen Konzepte einer Produktivkräftestruktur von Godelier nicht vonnöten gewesen; weiter geführt hätte vielleicht die Rezeption ökologisch-geografischer Forschungsergebnisse. Jedenfalls erlaubt es diese Sichtweise, das Verhältnis der Geschlechter (und Generationen) in menschlichen Populationen eines außermenschlichen Naturmilieus als ein selbstverständliches Merkmal des materiellen Substrats einer Produktionsweise und Gesellschaftsform zu begreifen, das ebenso selbstverständlich der Formung durch diese gesellschaftlichen Verhältnisse unterliegt - es fragt sich nur, auf welche Weise. Daß es unter diesem Gesichtspunkt sinnvoll sein dürfte, die Kategorie der Familienform - der anscheinend bei Ursula Beer keine systematische theoretische Bedeutung zukommt - in einer Theorie der Gesellschaftsformationen zu verorten und zu erhellen, sei hier nur erwähnt. Wahrscheinlich würde man dann

nicht mehr sagen können, daß der "Kapitalismus" (der ja durchaus eine besondere Form rationaler ökonomischer Herrschaft ist) "eine hochentwickelte Form von (patriarchalischer) Geschlechterherrschaft" (274) darstellt, denn letztere ist hier kein unmittelbarer Ausdruck kapitalistischer Produktionsweise, sondern Fortsetzung und Steigerung des tradierten Patriarchalismus der Privatfamilie, die wesentliches Moment der kapitalistischen Gesamtform der Gesellschaft ist. - Zu den wichtigen Befunden der vorliegenden Untersuchung zählt meines Erachtens ferner die Begründung der Einsicht, daß die kapitalistische "Warenwirtschaft" notwendig mit einer "Naturalwirtschaft" verbunden ist, welche letztere hier verständlicherweise am Beispiel der patriarchalisch geforderten Versorgungs- und Erneuerungsleistungen von Frauen verdeutlicht wird (267). Es wäre sicherlich sinnvoll, hier eine Verbindung zu anderen Abwälzungen von Kosten der kapitalistischen Warenproduktion auf Mitglieder und Einheiten der Gesellschaft sowie zur damit verbundenen Schädigung des materiellen Substrats der Gesellschaft herzustellen. Die Erforschung der gesellschaftlichen Ungleichstellung der Geschlechter würde auf diese Weise Anschluß an die mittlerweile doch recht weit entwickelte Theorie sozialer Kosten in ihrer materialistischen Version und an die ökologische Dis-

kussion ökonomischer Theorie gewinnen. Und es könnte sich wohl ergehen, daß es heute außer der warenerzeugenden und -verwendenden Arbeit und der überwiegend familial verfaßten Versorgungs- und Erneuerungsarbeit dann noch einen dritten Bereich gesellschaftlicher Arbeit gibt, nämlich diejenigen Arbeiten, die den gesellschaftlichen Zugang zur sowie die Erneuerung von Natur an sich bewältigen. Daß über den Begriff der Gesamtarbeit der Gesellschaft sowie über den davon wesentlich verschiedenen Doppelbegriff der Produktion und Reproduktion noch wesentlich genauer nachgedacht werden muß, als bisher üblich, gehört wohl zu den wichtigsten Ergebnissen dieser Untersuchung, die hierzu wesentliche Einsichten vermittelt.

Karl Hermann Tjaden

Rekonstruktionsversuch des Scheiterns

Georg Fülberth, Sieben Anstrengungen, den vorläufigen Endsieg des Kapitalismus zu begreifen, Konkret Literatur Verlag, Hamburg 1991, 208 Seiten, DM 24.-

Wie anderswo, so fordert auch hier das Eigenwillige und Unkonventionelle des marxistischen Politologen und Historikers Georg Fülberth die teilnehmende Opposition des Lesers heraus. Gleichzeitig hält die Provokation konventionellen marxistischen Denkens den Leser bis zur letzten Seite an der Lektüre fest. Natürlich ist es auch die Sache,

um die es geht: Die Rekonstruktion der Ursachen des Scheiterns der bisherigen Versuche der sozialistischen Überwindung des Kapitalismus, besonders des Realsozialismus. Hinzu kommt die Beurteilung der Situation für linke Politik und sozialistische Optionen nach dem Ende der Systemkonkurrenz.

Man kann dem Buch sicher auch über weite Strecken feuilletonistische Kurzatmigkeit vorwerfen, die dem Erkenntnisgewinn nicht unbedingt förderlich ist. Aber was ist das gegenüber der Leserfreundlichkeit, die vielen erst den Problemzugang ermöglicht! Vielfach animieren gerade auch die Überschriften, die dann aber mehr versprechen als sie einlösen. So gehört, wie bekannt, die Zahl sieben zu den magischen Ziffern der Mythen und Märchen. Aber der Leser hat Schwierigkeiten, sie in der Abfolge oder im Aufbau des Buches aufzuspüren, es sei denn, man sieht jeden der sieben Abschnitte als Anstrengung für sich an, aber dann fällt sie sehr unterschiedlich aus.

Ausgesprochen wichtig erscheint es dem Rezensenten, daß Georg Fülberth in den gegenwärtigen historischen Turbulenzen der Begriff des Sozialismus nicht abhandeln kommt, wie dieser von Generationen von marxistischen Sozialisten verstanden worden ist, eben als Gesellschaft des Gemeineigentums, in der kapitalistisches Privateigentum abgeschafft ist. Aber dies und seine generelle Sicht auf die Ursachen

des Scheiterns hindern ihn offenkundig auch daran, der Eigentumsfrage des Sozialismus überhaupt Aufmerksamkeit zu schenken.

Fragt man nach dem roten Faden der Argumentation, dann spielt die Anlehnung an den großen historischen Wurf der Kuczynski-Dynastie eine Rolle, deren Mentor sich ansonsten gerade bei der Einschätzung des Herbstes 1989 in der DDR so bitter blamiert hatte. Wenn uns die Äonen umwehen, was bedeutet da schon die Fehlkalkulation von hundert Jahren! Der Realsozialismus ist als früher Versuch - Frühsozialismus oder roher Kommunismus zu verstehen, dem der Durchbruch unter historischen Sonderkonditionen gelang und zwar in Randzonen des Kapitalismus, ohne daß er dann in der Lage war, die sozialistischen Produktionsverhältnisse mit einem sozialistischen System der Produktivkräfte, das eine qualitative Weiterentwicklung gegenüber jenem des Kapitalismus dargestellt hätte, abzustützen und eine neue Produktionsweise zu schaffen. Im Systemwettbewerb ist der Realsozialismus von Anfang an und durchgehend unterlegen. Diese Konstellation ist Rahmen und Ursache für politische und soziale Defizite und Deformationen, auch den Stalinismus. War über weite historische Strecken eine regionale Sonderentwicklung auch im Rahmen der Systemkonkurrenz möglich, so wird seit den 70er Jahren mit

der neuen Stufe der Internationalisierung diese Möglichkeit aufgehoben und damit die Krise des Realsozialismus eingeleitet. Der kapitalistische Weltmarkt unterwirft nun die noch außen stehenden Areale. Realsozialismus ist also kein Synonym für eine neue, dem Kapitalismus historisch überlegene Produktionsweise, sondern die Reaktion auf die Mängel des Kapitalismus. Er ist den frühkapitalistischen Versuchen im Rahmen des Feudalsystems vergleichbar, die bekanntlich liquidiert und in das Feudalsystem reintegriert worden waren. Bis zur Durchsetzung des Kapitalismus ließ sich danach die europäische Geschichte noch einige hundert Jahre Zeit. Entsprechend dann die Analogie für die Perspektiven des Sozialismus.

Nach kurzen Skizzen zur theoretischen Debatte in der Arbeiterbewegung über die Überwindung des Kapitalismus (Luxemburg, Hilferding, Lenin, Bernstein usw.) und ihre in heutiger Sicht fehlerhaften Vorstellungen, stellt Georg Fülberth in Abschnitt IV die schon andernorts von ihm publizierte Periodisierung der kapitalistischen Entwicklung vor. Sie arbeitet mehr mit Plausibilität als mit nachprüfbaren Kriterien. So hat seine Periode der industriellen Revolution kaum etwas mit der von Marx im "Kapital" vorgestellten Konzeption zu tun. Die auf den kalten Krieg folgende Periode charakterisiert er als Periode der neuen imperialistischen Konsolidie-

rung. In diesem Rahmen erörterte er auch den Untergang des Realsozialismus (S. 43 ff.). In den 70er Jahren sieht er den Versuch, den technologischen Sprung durch "außenkreditfinanziertes Wachstum" mitzuvollziehen, was dann unterschiedliche Formen der Weltmarktdiktatur zur Folge hatte - inklusive des Aushaus der Sicherheitsapparate - und direkt in die Systemkrise mündete. "Der Ausgang der Systemkrise in der UdSSR ist lediglich hinsichtlich der konkreten Politikformen, die dabei entstehen werden, offen, jedoch nicht mehr hinsichtlich der prokapitalistischen ökonomischen Substanz." (47) Die Ursachen des Scheiterns beschreibt er auch in den folgenden Abschnitt (S. 107 ff., S. 127 u.a.).

Bei der Erörterung des Status des Marxismus geht Fülberth auch auf die Konzeption des staatsmonopolistischen Kapitalismus ein, wobei man allerdings den Eindruck hat, daß er die in der BRD vorliegende Literatur nur äußerst cursorisch und selektiv rezipiert hat. SMK-Theorie und Programm-Keynesianismus werden in einem Topf verrührt, wobei die Legitimation aus der Überlappung auf der reformpolitischen Forderungsebene hergeleitet wird. Hierbei wird ein schwacher Punkt Fülberths offenbar, der sich nicht ernsthaft marxistischer Politikentwicklung in nichtrevolutionären Perioden stellt. Dies ist verwunderlich, ist er doch mit seinen vielfältigen Erfahrungen

als "Graswurzelrevolutionär" vor Ort, einschließlich eines DKP-Stadtverordnetenmandats, unter den marxistischen Publizisten und Wissenschaftlern eine Ausnahme. Offenkundig steht dem der publizistisch kultivierte Gestus des "Linksradikalen" etwas im Wege, der auch im vorliegenden Buch seinen Niederschlag findet.

Aus seiner Sicht kommt der marxistischen Theorie gegenwärtig überbanpt keine praktische Relevanz zu. Praktische Politik, soweit sie sich als links verstebe, folge vielmehr dem Linkskeynesianismus usw. (82 ff.) Dies gelte auch für die Ökologiefrage, etwa im Verständnis von K.H. Tjaden: "Es bleibt also dabei, daß bei der praktischen Bearbeitung der hier angesprochenen Probleme keine unmittelbar operative Bedeutung des Marxismus abzusehen ist." (87)

Unter den Defiziten der marxistischen Theorie ist für Fülberth besonders das aus seiner Sicht ungelöste Transformationsproblem, also das Wert-Preis-Problem, bedeutsam. "Ganz offensichtlich hat der moderne Kapitalismus nicht jenen Vergesellschaftungsgrad erreicht, der eine Transparenz der Arbeitswerte und damit eine rationelle Planung gesellschaftlicher Prozesse ermöglicht." (116) Er hält sogar das Fehlen einer entsprechenden politischen Ökonomie des Sozialismus als eine Hauptursache des Scheiterns des Realsozialismus.

Im Abschnitt V "Gegengesellschaften" finden sich interessante Überlegungen zur Diktatur des Proletariats und ihren Effizienzdefiziten. (105 ff) Dies gilt m.E. auch für die vergleichende Gesamtbewertung des Scheiterns: "Der Ursachenzusammenhang für das Scheitern des Realen Sozialismus hätte ganz offensichtlich auch nicht dadurch aufgebrochen werden können, daß eine der vier Gefahren - Überlegenheit des 'Westens' im Kalten Krieg; Effizienzdefizit durch Demokratie-Defizit; imperialistische Vermachtung des Weltmarktes; Fehlen einer spezifischen Politischen Ökonomie des Sozialismus, da das Problem der Wert-Preis-Relation nicht nur praktisch, sondern auch theoretisch ungelöst blieb - vermieden werden konnte." (114/115) Und wird durch den Verweis auf die Beispiele Jugoslawiens und Chinas belegt. Freilich landet Fülberth damit bei einem fatalistischen Determinismus, der keine Alternativen gegen die Niederlage aufkommen läßt.

Zweifellos muß heute in der Retrospektive auch die Oktoberrevolution neu bewertet werden, nachdem ihr Produkt, der Realsozialismus, gescheitert ist. Fülberths Lesart ist provokativ, gleichwohl anregend. Sein Fazit: "Werden die Voraussetzungen des Marxschen Denkens beibehalten, dann sind es die auf dem Weltmarkt und in den internationalen Kräfteverhältnissen fundierten kapitalistischen Inter-

essen, an denen die 'Idee' der Oktoberrevolution scheiterte." (123) Neben den Versuchen, mit alternativen Gesellschaften den Kapitalismus zu überwinden, sieht er auch die nichtkapitalistischen Vergesellschaftungstendenzen im Kapitalismus selbst. Hier erörtert er die demokratischen Repräsentationssysteme, den Sozialstaatskompromiß, das kommunikative Handeln, die Zivilgesellschaft. Vom demokratischen Sozialismus könne aber selbst bei einer Summierung nicht die Rede sein (144), weshalb nach wie vor am Revolutionsbegriff festgehalten werden müsse.

In den letzten Abschnitten behandelt Fülberth die antikapitalistischen Organisationen, vor allem der Arbeiterbewegung. Produktiv ist m.E. besonders, nun die Struktur der Arbeiterparteien unter dem Gesichtspunkt der Systemkonkurrenz zu untersuchen. Nachdem mit Gorbatschows Absage an den Internationalismus und seinem Buhlen um sozialdemokratische Partnerschaft die außenpolitische Legitimation für bisherige Kommunistische Parteien entfallen ist, blieben ihnen nur noch drei Optionen: "Selbstausslösung, Integration in die sozialdemokratisch dominierte Richtung oder eine Radikalität, die sich an neuen gesellschaftlichen Widersprüchen entwickelt." (165) Letztere Alternative, seine eigene Option, greift er auch nochmals zum Schluß auf.

Gerade weil er keinen Begriff sozialistischer Politik in nichtrevolutionären Situationen zu entwickeln bereit ist, ist seine Prognose eher pessimistisch und seine Perspektive vorwiegend abstrakt: Analyse, Kritik, Protest, kommunistische Perspektive. Entscheidend für die marxistische Linke, die sich nicht auf den "Linksradikalismus" einengen lassen wird, ist jedoch das, was zwischen Himmel und Erde passiert.

Gelegentlich hat Georg Fülberth geäußert, dies sei sein letztes Buch in diesem Jahrhundert. Demgegenüber ist jedoch die Annahme durchaus begründet, daß die Folgen der von ihm z. T. provokativ aufgeworfenen Probleme und offenen Fragen ihn sich auch in Zukunft nicht nur mit Kolumnen in "Konkret" bescheiden lassen werden.

Heinz Jung

Neubefragung von DDR-Geschichte

Brüche, Krisen, Wendepunkte. Neubefragung von DDR-Geschichte. Urania-Verlag, Leipzig-Jena-Berlin 1990, 308 Seiten.

Meine Neugier weckte schon der Titel. Die einzelnen Abschnitte (Weichenstellung 1948 - Gesellschaftliche Krise 1952/53 - Der 17. Juni 1953 - Der 13. August 1961 - Kulturpolitische Krise 1965/66 - Ökonomische Krise 1969/70 und Herbstrevolution 1989) erhöhten mein Interesse. Zum anderen wird im Vorwort ein direkter Zusammenhang zu

den Ereignissen im Oktober 1989 gezogen: "Sie", die Herbstrevolution, "hat dieses Buch ermöglicht, benötigt, hervorgebracht" (S. 9). Meine Spannung wuchs, als ich weiter las: "Kaum eine andere geschichtswissenschaftliche Disziplin war so diszipliniert wie unsere, keine im gleichen Maße teleologisch, keine lieferte soviel Apologie und hat sich gleichermaßen diskreditiert" (ebd.). Also doch übliche Trauer- bzw. Wendearbeit?

Keineswegs! "Neubefragung von DDR-Geschichte" enthält Beiträge eines Kolloquiums, veranstaltet im Dezember 1989/Januar 1990 in der Akademie der Wissenschaften der DDR (Bereiche "DDR-Geschichte" im Zentralinstitut für Geschichte und "Sozialismus" im Institut für Wirtschaftsgeschichte sowie der Arbeitsgruppe "DDR-Literatur" im Zentralinstitut für Literaturgeschichte). Es fand also zu einem Zeitpunkt statt, wo "für einen Moment die Geschichtsschreibung über die DDR von äußeren Zwängen befreit ist ... Die innere Zensur verliert ihre Maßstäbe" (S. 10).

Durchgängig ist denn auch der Drang der Autoren nach einer Neubefragung der DDR-Geschichtsschreibung und Aufarbeitung so mancher "weißer Flecken" zu spüren. Es kommt in diesem Sammelband "viele zum ersten Mal aus der Schublade an die Öffentlichkeit" (S. 11). Dabei wird zurecht auf offene Problemstellungen und noch nicht zugängliche Quellen

verwiesen: "Wir wissen zu wenig und sagen daher nichts über die politischen Geschehnisse insbesondere von 1956, 1968, 1970/71" (S. 11). Doch werden insgesamt wichtige historische Ereignisse bzw. Abschnitte/Wendepunkte und Markierungen des bisherigen DDR-Geschichtsbildes "in einer radikal veränderten Sicht" (S. 15) dargestellt.

Rolf Badstübner setzt sich mit dem Zeitraum 1945 bis 1948 auseinander, zeigt, wie die SED das Konzept des "besonderen deutschen Weges zum Sozialismus preisgab" (S. 15) und sich auf das sowjetische Sozialismusmodell orientierte. B. wertet diese Phase der Nachkriegsentwicklung in der SBZ "als eine tiefgreifende und radikale antifaschistisch-demokratische Umgestaltung ..., freilich unter einschränkenden und zugleich reglementierenden Besatzungsbedingungen" (S. 16). Allerdings schieden sich dann "an der von den Kommunisten seit 1947 zunehmend geforderten Anerkennung der Beispiel- und Vorhildwirkung der Sowjetunion ... zunehmend die Geister" (S. 22). B. schätzt weiterhin die Rolle der Vereinigung von KPD/SPD zur SED im Zusammenhang der Gesamtentwicklung ein und wertet die Blockade Westberlins durch die UdSSR als "eine der schlimmsten Fehlentscheidungen sowjetischer Politik" mit "katastrophalen Auswirkungen und folgenschwerer Langzeitwirkung" (S. 22). Zurecht stellt der Autor für diesen

Zeitraum fest: "Die Zuspitzung des kalten Krieges und besonders die deutsch-deutsche Konfrontation gehörten zu den Grundbedingungen der Weichenstellung von 1948/49" (S. 25) - und, so möchte ich ergänzen, auch für die nachfolgende Zeit. Dieser Gesichtspunkt fand in manchen Beiträgen allerdings zu wenig Berücksichtigung. Denn wichtige Entscheidungen der agierenden politischen Kräfte der DDR/BRD hingen auch nach der formalen Aufhebung der Besatzungsrechte in beiden deutschen Staaten von den Siegermächten ab.

A. Malychas Beitrag machte die Umwandlung der SED zu einer "Partei neuen Typs" verantwortlich für den Verlust von "wertvollen Elementen der innerparteilichen Demokratie, vor allem innerparteilichen Meinungspluralismus, (...) was die Handlungsfähigkeit der SED - gerade in Krisensituationen - einschränkte" (S. 43).

Kritisch wurde auch in den nachfolgenden Beiträgen das bisherige DDR-Geschichtsbild durchleuchtet bzw. ergänzt - so in den Artikeln "Sowjetische Einflußnahme auf DDR-Politik 1952/53; Bildung der Bezirke; Privatindustrie ohne Perspektive; Die Agrarpolitik 1952/53 und ihre Folgen" u.a.m.

Zwei Daten in der DDR-Geschichte erhalten in dem Buch einen besonderen Platz: der 17. Juni 1953 und der 13. August

1961. Sie zählen als Markierungen bzw. Wendepunkte in der Politik und Gesellschaft.

P. Hübner geht auf die sozialen Spannungen und Konflikte im Vorfeld des 17. Juni 1953 ein. Heinz Heitzer analysiert die Ursachen und schätzt den Charakter des Juni-Konfliktes ein. N. Knoth wertet die Rolle der Intelligenz in dieser Lage und St. Bollinger zieht in seinen Beitrag "Die verschleppte Entstalinisierungskrise" einen politikwissenschaftlichen Vergleich zwischen 1953 und 1989. D. Schiller geht im Zusammenhang des 17. Juni 1953 auf Stefan Heyms in der DDR lange Zeit verbotenen und in der BRD herausgegebenen Roman "5 Tage im Juni" ein.

H. Heitzer vertritt in seinem Aufsatz die Meinung: "Es handelte sich (...) weder um einen Volksaufstand (These der BRD-Geschichtsschreibung - F.K.), da sich kaum Kleinbürger, Mittelständler, Bauern und Intellektuelle beteiligten, noch um einen faschistischen Putsch (so lange Zeit die Einschätzung durch die offizielle DDR-Geschichtsschreibung - F.K.), sondern um eine hauptsächlich von der Industriearbeiterschaft getragene Erhebung gegen die Verschlechterung ihrer Lage vor dem Hintergrund der tiefen Krise der DDR im ersten Halbjahr 1953" (S. 136). Schon Stefan Heym hatte in seinem Roman "5 Tage im Juni" dazu geschrieben: Der 17. Juni 1953 war "mehr als nur das Werk von Agenten und Provo-

kateuren. Ohne eine tatsächlich existierende Unzufriedenheit in breiten Schichten der Bevölkerung hätten sie abblitzen müssen" (S. 141). H. verweist zugleich auf äußere Einflüsse - so auf die Rolle der NATO/BRD-Politik und insbesondere auf RIAS.

Die Beiträge zu den Juni-Tagen 1953 - auch mit ihren Fragestellungen - stellen dieses historische Ereignis durchaus in einer neuen Sicht dar. Die Auswertung der Stasi-Akten zum 17. Juni 1953 wird sicherlich neue Erkenntnisse ermöglichen.

Und auch der 13. August 1961 wird anders als zuvor dargestellt. Das geschieht in den Beiträgen: Prokop: Kritische Situation oder Krise; Roesler: Wende in der Wirtschaftsstrategie; Keiderling: Berlinkrise und Mauerbau; Schiller: Geteilter Himmel.

Dieser Tag galt in der bisherigen Geschichtsschreibung als Datum der "zweiten Staatsgründung", schloß die Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus in der DDR ab, eröffnete die "eigentliche" sozialistische Entwicklung. Prokop widerspricht dieser Einschätzung. Er verweist in diesem Zusammenhang auf die "Unreife der sozialistischen Verhältnisse" (S. 165) und auf bemmende Momente für den sozialistischen Aufbau. Versäumnisse sieht P. vor allem auf dem Gebiet der wissenschaftlich-technischen Revolution. Der Kapitalismus erschließt die WTR als Quelle seiner Entwicklung.

Die Führungen der kommunistischen und Arbeiterparteien gehen sich dagegen "schon mit dem Gerede über diese Quelle und relativ geringfügigen technischen Fortschritt zufrieden" (S. 166). Keiderling vertritt in seinem Beitrag die Auffassung: durch den 13. August 1961 wurde die der Berlin-Krise innewohnende Kriegsgefahr gebannt; die "Rollback"-Doktrin erlitt an diesem Tag eine Niederlage. Der 13. August 1961 leitete "einen weltpolitischen Szenenwechsel ein" (ebd.). Er schuf zwar Rahmenbedingungen für eine gewisse Konsolidierung der DDR. Tatsächlich war er eine "Bankrotterklärung des Systems" (S. 197). Er trug letztendlich durch die Abschottung nach außen zur späteren Stagnation bei und führte in die Existenzkrise 1989.

Die nachfolgenden Beiträge enthalten ebenfalls aus der Sicht des Dezember 1989/Januar 1990 neue Gesichtspunkte der DDR-Geschichte. D. Schiller untersucht die "Literarische Reaktion auf den Mauerbau"; L. Krenzlin schätzt in "Am Ende des Bitterfelder Weges" ein Jahrfünft Literatur und Literaturpolitik ein; K. Wischniewski befaßt sich mit DEFA-Spielfilmen zwischen 1961 und 1966. Andere Beiträge durchleuchten die Krisenprozesse der nachfolgenden Jahre in der DDR und geben in einem Gespräch 1989 "Machen wir einen radikalen Schnitt" einen Einblick in die

"Krisenverarbeitung an der Basis" (S. 281).

Der Sammelband hatte zurecht mein Interesse geweckt. Und ich bin nicht enttäuscht worden. Denn subjektiv miterlebte DDR-Geschichte erhält einen genauer analysierten Hintergrund. Sicherlich wird die DDR-Geschichte nach der Auswertung von bisher nicht freigegebenen Quellen noch manche genauere Einschätzung erhalten. Der Sammelband ist auf diesem Wege ein guter Anfang und findet boffentlich auch nach der Liquidierung der DDR und trotz "Abwicklungen" eine Fortsetzung.

Fritz Krause

Linker Wirtschaftsdienst

isw-Report, jeweils etwa 14 Seiten DIN A 4, DM 4,-; isw-Wirtschafts-Info, 8 Seiten DIN A 4, DM 1,-. Anschrift und Bestellungen: isw e.V., Georg-Wopfnier-Str. 46, 8000 München 45

Mit "Fette Jahre - Magere Zeiten. 8 Jahre Boom und Prosperität für wen" legte das "isw: sozial-ökologische Wirtschaftsforschung München e.V." die 6. Ausgabe seiner Reihe "isw-Report" vor. Das isw wurde im Herbst 1990 von Münchner Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlern, Gewerkschaftlern und Betriebsräten gegründet und will vor allem einen "Beitrag zur Ausarbeitung und Verbreitung

antikapitalistischer Wirtschafts-analyse" leisten.

Abgesehen davon, daß die Widerständigkeit gegen den marktwirtschaftlich-kapitalistischen Zeitgeist und die Tatkraft, mit der unter den gegenwärtigen Bedingungen das ehrenamtliche Unternehmen ins Werk gesetzt wurde, Respekt verdienen, läßt sich nun nach 6 vorliegenden isw-Reports auch eine Meinung zu Inhalt und Machart formulieren. Neben den themenorientierten "Reports" erscheint auch ein "isw-Wirtschafts-Info. Fakten und Argumente zur wirtschaftlichen und sozialen Lage", der wohl - in den, heutigen Umständen entsprechenden, bescheideneren Möglichkeiten - an die früheren und 1990 eingestellten "IMSF-Informationen zur Wirtschaftsentwicklung und Lage der Arbeiterklasse" anknüpft und deren Tradition fortführt. Die isw-Infos sind jeder zweiten Ausgabe der Reports beigeheftet.

Beide Publikationen sind klar gegliedert, didaktisch gut aufbereitet, argumentieren direkt und knapp und sind mit Globus-Graphiken, Faksimiles, Karikaturen etc. aufgelockert - jeweils eine geballte Ladung an wichtigen Informationen, zusammengestellt nach Zeitungen, Zeitschriften, Diensten und mit Quellenangaben. Sie dürften wohl vor allem bei Betriebs- und Gewerkschaftsfunktionären Resonanz finden, könnten wohl aber darüber hinaus auch weitere Leser finden, denen an kriti-

schen, schnellen und kompakten Informationen gelegen ist.

Die Themen der bisher vorliegenden "Reports" beschäftigen sich mit der Globalstrategie der deutschen Konzerne (1), mit der Übernahme der DDR-Wirtschaft durch den BRD-Imperialismus (2), mit EG '92 - dem Europa der Multis (3), mit der Golf-Krise (4 - Sept. 1990), mit Hintergründen, Fakten und Folgen des Golf-Krieges (5 - Febr. 1991) und mit dem Charakter der deutschen Wirtschaftsentwicklung (6 - Mai 1991). Die Verfasser (meist Fred Schmid, Klaus Mähler, Franz Garnreiter) haben Marx und Lenin weder in die Ecke gestellt noch vergessen, sondern sie zeigen mit ihrer an den konkreten betrieblichen und gewerkschaftlichen Interessen orientierten publizistischen Arbeit, daß deren Werk nach wie vor produktiv für die Analyse des Realkapitalismus und Brutalimperialismus zu machen ist. Kapital-, Monopol- und Imperialismustheorie geben gerade heute auch die Kategorien und methodischen Ansätze her, um Triehkräfte und Mechanismen des "postsozialistischen Kapitalismus" transparent machen zu können. So entstehen die isw-Reports als kleine geistige Sprengsätze für die Fassaden des derzeitigen kapitalistischen Triumphalismus.

Dem isw-Report 6 ist das Wirtschaftsinfo 3 beigeheftet. Es befaßt sich mit der Konjunktorentwicklung (I) und enthält jeweils

knappe, aber gut ausgewählte Informationen und Fakten zum internationalen Vergleich, zu Arbeitsplätzen, Preisen, Zinsen, Löhnen, Haushaltsdefiziten in der BRD-alt und zur Währungsunion, Treuhandanstalt u.a. in der BRD-neu. Ein weiterer Abschnitt (II) beschäftigt sich mit dem Steuern- und Abgabepaket, den neuen Zusatzbelastungen und den Kosten der Annexion der früheren DDR.

Sicher wäre es gegenwärtig noch vorgegriffen, wenn die Publika-

tionen als Ergebnisse originärer wissenschaftlicher Analysen bezeichnet würden. Aber die Ansätze für eine Weiterentwicklung auch in eine solche Richtung sind geschaffen. Das isw-Projekt kann deshalb mit seinen Publikationen als "Entwicklungsaktie" angesehen werden. Es ist schon heute bei weitem nicht nur eine Lokalinitiative, sondern es verdient in der Linken der ganzen BRD Beachtung und Unterstützung.

Heinz Jung

Errata

Die Redaktion bedauert, daß im Anmerkungsapparat und in der Bibliographie zum Beitrag von Prof. Dr. Dieter Boris in der Nr. 6 von Z ("Aspekte divergierender kapitalistischer Entwicklung in der Dritten Welt") etliche Fehler enthalten waren. Nachfolgend geben wir die korrekten Angaben wieder:

S. 68, Anm. 7: Boeckh (1989: 102, 104).

S. 69, Anm. 35: Vgl. hierzu z.B. Nohlen/Barríos (1989) und Töpfer (1990).

S. 70: Elsenhans, H. (1986): Dependencia, Unterentwicklung und der Staat in der Dritten Welt, in: Politische Vierteljahresschrift, Nr. 27, S. 133-158.

ebd.: Erdmann, G. (1991): Demokratisierung in Afrika. Aussichten und Bedingungen, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, H. 1, S. 51-59.

S. 71: Gordon, D.M.: Die Weltwirtschaft: Neues Bauwerk auf bröckelndem Fundamenten, in: PROKLA, Nr. 77, S. 109-148.

ebd.: Lim, Hyun-Chin (1985): Dependent Development in Korea. 1963-1979, Seoul.

ebd.: Menzel U./D. Senghaas (1986): Europas Entwicklung und die Dritte Welt. Eine Bestandsaufnahme. Frankfurt/M.

ebd.: Meyer-Stamer, J. (1990): Analytiker im Mottenschrank, in: Informationsbrief Weltwirtschaft und Entwicklung, vom 21. Dez. 1990, S. 7.

Veröffentlichungen des IMSF e.V.

IMSF Forschung und Diskussion 4

Demokratisierung

Marxismus, Demokratietheorie, alternative Strategien
Beiträge von N. Paech, J.H. v. Heiseler, J. Meyer-Siebert,
M. Kutscha, J. Reusch
Erkrankung/M. 1990, 79 S., DM 9.80

IMSF Forschung und Diskussion 5

André Leisewitz/Klaus Pickshaus (Hrsg.)

Gewerkschaften, Klassentheorie und Subjektfrage

Beiträge von H. Bierbaum, J. Bischoff, A. Engelhardt,
Th. Hagelstange, S. Herkommer, J. Hirsch, H. Jung, A. Leisewitz,
K. Pickshaus, G.v.Randow, J. Schattmann, H. Schauer, A. Schwarz,
H.-J. Urban, H. Werner, L. Winter.
Frankfurt/M. 1990, 226 S., DM 24.80

IMSF Forschung und Diskussion 6

Heinz Jung

Abschied von einer Realität

Zur Niederlage des Sozialismus und zum Abgang der DDR.
Ein politisches Tagebuch – Sommer 1989 bis Herbst 1990.
Historischer Abriss, Chronik und ausgewählte Dokumente von
Fritz Krause
Frankfurt/M. 1990, 436 S., DM 29.80

IMSF Forschung und Diskussion 7

Lothar Peter

Dogma oder Wissenschaft?

Marxistisch-leninistische Soziologie und staatssozialistisches System in
der DDR
Frankfurt/M. 1991, 110 S., DM 12.80

Marx-Engels-Forschung heute 3

AG Marx-Engels-Forschung beim IMSF e.V. in Verbindung mit der
Marx-Engels-Stiftung Wuppertal (Hrsg.)
Naturwissenschaften und Produktivkräfte bei Marx und Engels
Materialien der vierten Sitzung der AG Marx-Engels-Forschung
Einleitende Beiträge: H.J.Sandkühler, Sozialistische Studiengruppen,
M. Beyer, E.Th.Mohl
IMSF Forschung und Diskussion 8
Frankfurt/M. 1991, 186 S., DM 19.80

Bestellungen bei Ihrer Buchhandlung oder direkt bei
Institut für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF) e.V.
Kölner Str. 66, 6000 Frankfurt/M. 1